

ministerium, bereit sein, der auf Ihre Reise nach Wien aufmerksam gemacht worden ist.<sup>20</sup>

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener  
Brentano<sup>21</sup>

**B 1 (Ministerbüro), Bd. 47**

## 161

### Botschafter Kroll, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-36/61 streng geheim  
Fernschreiben Nr. 570  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 25. Mai 1961, 19.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 25. Mai 1961, 18.10 Uhr

Thompson unterrichtete heute britischen Botschafter, französischen Botschafter und mich über seine gestrige Unterredung mit Chruschtschow.<sup>2</sup> Im Vordergrund stand deutsche Frage und Berlin, wobei Chruschtschow in langen, mit großem Ernst vorgetragenen Ausführungen seinen Standpunkt nahezu wortwörtlich wie in unserer Besprechung vom 24.4. (vgl. Drahtbericht Nr. 476 vom 27.4.)<sup>3</sup> wiederholte. Er werde nach der Bundestagswahl<sup>4</sup> bzw. nach dem Parteikongreß<sup>5</sup> den Friedensvertrag mit der SBZ<sup>6</sup> abschließen, mit den bekannten Konsequenzen für den Berlin-Verkehr. Keine Blockade. Keine wesentliche Behinderung der Transporte, falls man sich mit der SBZ-Regierung einige. „Jedoch würden die alliierten Garnisonen in Berlin ihren Gürtel enger schnallen müssen.“ Berlin müsse freie Stadt werden<sup>7</sup> und endlich als „Krankheitsherd“ verschwinden.

<sup>20</sup> Bei ihrem Treffen am 12. Juni 1961 in Bad Kreuznach einigten sich Bundesminister von Brentano und Staatssekretär Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, mit dem österreichischen Außenminister Kreisky und Finanzminister Klaus über noch offene Fragen eines Finanz- und Ausgleichsvertrags. Vgl. dazu das Kommuniqué; BULLETIN 1961, S. 1037.

Für den Wortlaut des am 27. November 1961 in Wien unterzeichneten Vertrags zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 1041–1063.

<sup>21</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Duckwitz am 26. Mai 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Ministerpräsidenten Chruschtschow mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Thompson, am 23. Mai 1961 vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 24, S. 66–69.  
Zur Unterrichtung der Botschafter Dejean (Frankreich), Kroll (Bundesrepublik) und Roberts (Großbritannien) durch Thompson vgl. auch DBPO III/VI, Dok. 222.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 124.

<sup>4</sup> Die Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden am 17. September 1961 statt.

<sup>5</sup> Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

<sup>6</sup> Zum sowjetischen Vorschlag für einen separaten Friedensvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 2, Anm. 4.

<sup>7</sup> Zum sowjetischen Vorschlag für eine „Freie Stadt“ Berlin (West) vgl. Dok. 2, Anm. 3 und 5.

Alliierte Garnisonen könnten bleiben, jedoch auf symbolische Stärke reduziert und durch entsprechendes symbolisches Sowjetkontingent ergänzt. Plan Groß-Berlin<sup>8</sup> wischte er mit einer Handbewegung weg. Wiedervereinigung wünsche niemand, weder Westen noch die Sowjetunion, und nicht einmal der Bundeskanzler. Oder-Neiße-Linie müsse juristisch bestätigt werden, wobei er durchblicken ließ, daß dies für die Bundesregierung schwierig und interessierte Staaten sich daher mit einseitigen Erklärungen der Hauptwestmächte bis auf weiteres begnügen würden. Bevor deutsche Frage nicht geklärt, werde es keine Abrüstung geben. Vorher lehne er auch jede Änderung der sowjetischen Haltung in den Genfer Atomstoppverhandlungen<sup>9</sup> ab. Verweise in diesem Zusammenhang auf Drahtbericht Nr. 557 vom 23. Mai.<sup>10</sup>

Thompson benutzte die Unterhaltung, um Chruschtschow erneut und mit Nachdruck auf die große Gefahr eines einseitigen sowjetischen Vorgehens hinzuweisen. Westmächte könnten Berlin nicht aufgeben, da Verlust Berlins auch Verlust Westdeutschlands und damit über kurz oder lang Westeuropas zur unausweichlichen Folge hätte. Sie würden daher genötigt sein, ihre Rechte notfalls mit militärischen Mitteln zu wahren. Er könne aber nicht einsehen, warum man den gegenwärtigen Zustand, der niemandem Schaden bringe, nicht noch einige Jahre ertragen könne, bis durch eine Einigung in der Abrüstungsfrage eine neue Lage geschaffen sei, in der auch das deutsche Problem mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden könnte.

Chruschtschow lehnte dies kategorisch ab. Die Sowjetregierung habe zunächst eine Frist von sechs Monaten zur Regelung der Berlinfrage gesetzt.<sup>11</sup> Jetzt seien 30 Monate vergangen. Das sowjetische Prestige dulde keinen weiteren Aufschub mehr. Falls die Westmächte militärische Maßnahmen ergreifen sollten, müßten sie den ersten Schritt tun. Denn sie seien es, die die Grenze überschreiten müßten. Er werde dann entsprechend antworten. Wenn der Westen einen Krieg wolle, so könne er ihn haben.

Chruschtschow betonte jedoch, daß er an einen Krieg nicht glaube und ihn auch nicht wolle. Er regte dann von sich aus erneut den Abschluß eines Nichtangriffs-

<sup>8</sup> Zu Überlegungen der Drei Mächte und der Bundesrepublik, in Verhandlungen mit der UdSSR einen Vorschlag zur Wiedervereinigung von Berlin vorzulegen, vgl. Dok. 23, Anm. 7.

<sup>9</sup> Zu den Teststopp-Verhandlungen vgl. Dok. 139, Anm. 13.

<sup>10</sup> Botschafter Kroll, Moskau, äußerte sich am 23. Mai 1961 zu den bevorstehenden Gesprächen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien. Er könne sich „kaum vorstellen, daß das Gespräch Kennedys mit Chruschtschow zu substantiellen Ergebnissen oder auch nur zu einer spürbaren Annäherung in den großen aktuellen Fragen führen wird. Hierzu rechnet Chruschtschow lediglich die Abrüstungsfrage und den Deutschland-Berlin-Komplex.“ Ohne Klärung der Deutschland-Frage werde sich Chruschtschow aber auch bei der Abrüstung und den Teststopp-Verhandlungen nicht bewegen. Weiter führte Kroll aus: „Die [...] vielfach vertretene Auffassung, daß ein klares Wort Kennedys über die Entschlossenheit des Westens, an seiner Berliner Position festzuhalten, genügen dürfte, um Chruschtschow von der Durchführung seines bekannten Programms bezüglich Friedensvertrag und Berlin abzuschrecken, verkennt sowohl die tatsächliche Lage wie Chruschtschows Mentalität. [...] Um Chruschtschow von seinem deutschen Programm abzubringen, müßte Kennedy ihm in aller Form erklären, daß die Vereinigten Staaten notfalls bereit sind, für die Aufrechterhaltung ihrer Berliner Position den vollen uneingeschränkten atomaren Krieg zu riskieren.“ Vgl. VS-Bd. 3873 (704); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>11</sup> Zur sowjetischen Note vom 27. November 1958 an die Drei Mächte, dem sog. Berlin-Ultimatum, vgl. Dok. 2, Anm. 11.

paktes zwischen den Mächten des Warschauer Paktes und den NATO-Mächten<sup>12</sup> an.

Chruschtschow bat Thompson, Präsident Kennedy vor dem Treffen in Wien<sup>13</sup> über das Gespräch ausführlich zu unterrichten. Er lege Wert darauf, daß Kennedy seinen Standpunkt genau kenne, da er bei ihrer Begegnung in Wien möglichst jeden Mißklang und angesichts der Teilnahme so vieler Berater jede heftige Kontroverse vermeiden wolle.

Sir Frank Roberts ergänzte Thompsons Ausführungen durch einige Bemerkungen über eine Unterredung, die er gestern nacht im Anschluß an ein Dinner für die sowjetisch-britische Handelsdelegation<sup>14</sup> mit Mikojan gehabt habe. Mikojan habe immer wieder unterstrichen, daß die Sowjetregierung keinen Krieg wolle, in der Berlinfrage jedoch unter keinen Umständen länger warten könne. Sie würde jedoch Verhandlungen einem einseitigen Vorgehen vorziehen. Roberts habe mit Unterstützung des anwesenden britischen Handelsministers Maudling Mikojan in aller Form darauf hingewiesen, daß die Sowjetregierung sich über die ernsten Folgen einer einseitigen Aktion im klaren sein müsse, und habe dabei auch an der Entschlossenheit der britischen Regierung in der Berlinfrage keinen Zweifel gelassen.

Wir vier Botschafter haben anschließend an die Berichte Thompsons und Roberts' die Lage erneut durchgesprochen. Thompson betonte mit unserer Zustimmung, daß nunmehr der letzte Zweifel über Chruschtschows Absichten, den man möglicherweise noch nach meiner Unterredung mit ihm vom 24.4. hätte haben können, gefallen sei. Man sehe sich jetzt einer völlig klaren Perspektive gegenüber. Seine persönliche Ansicht sei, daß der Westen nunmehr vor der Wahl stehe, entweder die sowjetische Aktion abzuwarten und dann die Lage erneut zu überprüfen, oder aber sich mit der Notwendigkeit vorheriger Verhandlungen vertraut zu machen. Im ersteren Falle werde man allerdings, wenn man es nicht auf einen Atomkrieg ankommen lassen wolle, unter dem Druck eines *Fait accompli* und unter Teilnahme der ostzonalen Regierung verhandeln müssen, im zweiten Falle müsse man sich beschleunigt über eine für den Westen annehmbare Verhandlungsgrundlage verständigen. Die Entscheidung darüber sei außerordentlich dringlich, denn Präsident Kennedy werde in Wien in eine taktisch schwierige Lage kommen, wenn er im Ungewissen darüber sei, was der Westen nun eigentlich wolle.

<sup>12</sup> Die UdSSR schlug auf der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Genf am 9. November 1955 einen Vertrag zwischen NATO und Warschauer Pakt vor, der den Verzicht auf „Waffengewalt gegeneinander“ und Beratungen in Streitfällen vorsah und bis zum Abschluß eines Vertrags zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa gültig sein sollte. Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. DzD III/1, S. 627f.

Der Vorschlag wurde in einer Erklärung, die Ministerpräsident Bulganin am 17. November 1956 an Präsident Eisenhower, Premierminister Eden und die Ministerpräsidenten Mollet, Nehru und Chou En-lai übermittelte, sowie in einem Memorandum vom 8. Januar 1958 an die UNO-Mitgliedstaaten, die Bundesrepublik und die Schweiz wiederholt. Vgl. dazu DzD III/2, S. 911, bzw. DzD III/4, S. 53.

Am 24. Mai 1958 legten die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau einen Entwurf für einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt vor. Für den Wortlaut vgl. DzD III/4, S. 1206 f.

<sup>13</sup> Zum Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien vgl. Dok. 170.

<sup>14</sup> Zu den britisch-sowjetischen Handelsgesprächen am Rande der am 19. Mai 1961 eröffneten Industrieausstellung in Moskau vgl. Dok. 156, Anm. 19.

Thompson vertrat dann, mit der Einschränkung, daß dies seine persönliche Ansicht sei, die Auffassung, es werde bei der Entscheidung über die der Sowjetregierung zu machenden Gegenvorschläge wohl das Beste sein, auf die Genfer Vorschläge des Westens vom Jahre 1959<sup>15</sup> zurückzufallen, sie der seitherigen Entwicklung anzupassen und gegebenenfalls zu ergänzen. Er ließ dabei die Frage offen, ob Chruschtschow heute überhaupt noch an Verhandlungen in der Berlinfrage ehrlich interessiert sei. Dies werde letztlich von der Art der Gegenvorschläge des Westens abhängen. Thompson deutete an, daß man Chruschtschow die westlichen Vorschläge unter Umständen durch die Zusage einseitiger Erklärungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zugunsten der Oder-Neiße-Linie, entsprechend der vorangegangenen bekannten Erklärung de Gaulles<sup>16</sup>, schmackhafter machen könne. Worauf es nunmehr ankomme, sei, Zeit zu gewinnen, den Krieg zu vermeiden und das Prestige des Westens vor einem weiteren Rückschlag zu bewahren.

Roberts und Dejean schlossen sich Thompsons Ansichten an. Ich ließ den Herren keinen Zweifel darüber, daß wir einseitige Erklärungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zugunsten der Oder-Neiße-Linie schärfstens ablehnen müßten und daß es nunmehr vor allem darauf ankomme, durch unmißverständliche Erklärungen, vor allem auch bei dem kommenden Treffen in Wien, die Sowjetregierung davon zu überzeugen, daß für den Westen in der Berlinfrage die eigene Existenz auf dem Spiel stünde und die Sowjetregierung daher bei einem einseitigen Vorgehen mit dem Feuer spiele.

Thompson bat uns ausdrücklich, für strikte Geheimhaltung seiner Mitteilungen Sorge zu tragen, da es für Präsident Kennedy eine unerträgliche Situation schaffen würde, wenn über die Erklärungen Chruschtschows im Hinblick auf das bevorstehende Wiener Treffen etwas in die Öffentlichkeit durchsickern würde.

[gez.] Kroll

**B 130, Bd. 3593 A (Abteilung II)**

<sup>15</sup> Zum westlichen Friedensplan (Herter-Plan) vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 23, Anm. 4.

<sup>16</sup> Auf einer Pressekonferenz am 25. März 1959 erklärte Staatspräsident de Gaulle: „La réunification des deux fractions en une seule Allemagne, qui serait entièrement libre, nous paraît être le destin normal du peuple allemand, pourvu que celui-ci ne remette pas en cause ses actuelles frontières, à l'ouest, à l'est, au nord et au sud“. Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 84f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/1, S. 1268.

162

### Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3599/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 1205

Aufgabe: 28. Mai 1961, 13.30 Uhr  
Ankunft: 28. Mai 1961, 20.15 Uhr

Anschluß Drahtbericht Nr. 1153 vom 23.5.<sup>1</sup>

Im folgenden übermittle ich den außenpolitischen Abschnitt des mit obigem Drahtbericht beginnenden Überblicks über die ersten Monate der Regierung Kennedy.<sup>2</sup>

[I.] Beim Rückblick auf die außenpolitischen Ereignisse und Ergebnisse der ersten Monate der Kennedy-Regierung drängen sich auch dem unvoreingenommensten Beobachter eine Reihe von kritischen Fragen und von Besorgnissen auf.

Das äußere Bild ist deprimierend:

1) Die Kuba-Politik war (was von niemandem bestritten wird) ein Fiasko; in der Südostasien-Politik zeichnet sich (in der Öffentlichkeit noch nicht mit gleicher Deutlichkeit erkannt) eine neue Niederlage von erheblich größerer Tragweite ab; in Korea ist die Politik der Unterstützung einer mit demokratischen Methoden arbeitenden Regierung gescheitert, über den Kurs des neuen Regimes<sup>3</sup> herrscht Unsicherheit, auf jeden Fall hat man sich von dem Putsch völlig überraschen lassen, und dieses alles in einem Lande, in dem starke amerikanische Streitkräfte stationiert sind.

2) Ein Teil der europäischen Verbündeten ist durch den Antikolonialismus und seine auf die Interessen der Verbündeten wenig Rücksicht nehmende Handhabung verbittert; auf die Sympathien, die man mit dieser Politik bei den afroasiatischen Völkern zu erwerben hoffte, ist der dunkle Schatten der Rassenkrawalle in Alabama<sup>4</sup> gefallen; die psychologische Wirkung des großen Entwick-

<sup>1</sup> Botschafter Grewe, Washington, übermittelte den ersten, allgemeinen Teil eines Berichts, in dem er sich mit „den ersten 100 Tagen Kennedys“ befassen wolle. Am Ende dieser Phase, der die amerikanische Öffentlichkeit „mit hochgespannten Erwartungen entgegengesehen“ habe, sei „eine starke Ernüchterung“ der Berichterstattung in der Presse zu verzeichnen. Auch sei „die Maschinerie der neuen Administration [...] nur stockend angelaufen und kommt nicht recht auf Touren; die Wirtschaftslage des Landes hat sich nicht gebessert; die bisherigen Ergebnisse der Gesetzgebungstätigkeit des Kongresses sind trotz der demokratischen Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus mager.“ Im folgenden erläuterte Grewe diesen Befund und kündigte weitere Berichte zur innen- und außenpolitischen sowie zur wirtschaftspolitischen Situation an. Vgl. VS-Bd. 3088 (II 6); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>2</sup> Mit Drahtbericht Nr. 1206 übermittelte Botschafter Grewe, Washington, am 29. Mai 1961 im Rahmen seiner „Berichterstattung nach Ablauf der ‚hundert Tage‘ der Kennedy-Regierung“ eine Darstellung der innenpolitischen Entwicklung. Vgl. B 32 (Referat 305), Bd. 125.  
Am 2. Juni 1961 beendete Grewe seine Analyse mit einem Bericht über die Wirtschaftspolitik. Für den Drahtbericht Nr. 1248 vgl. B 32 (Referat 305), Bd. 147.  
Zu dieser Berichterstattung vgl. auch GREWE, Rückblenden, S. 470–478.

<sup>3</sup> In der Republik Korea (Südkorea) fand am 16. Mai 1961 ein Militärputsch statt; den Vorsitz des Revolutionskomitees übernahm Generalleutnant Chang Do Yung. Vgl. dazu die Artikel „Leaders of S. Korean Coup Take Over Police“ und „1.930 Suspects Arrested in S. Korea“; THE TIMES vom 18. Mai bzw. vom 20. Mai 1961, S. 11 bzw. S. 7.

<sup>4</sup> Im Mai 1961 kam es in mehreren Städten im amerikanischen Bundesstaat Alabama zu blutigen Auseinandersetzungen, nachdem aus Weißen und Afroamerikanern bestehende Gruppen in öffentlichen

lungshilfe-Programms für Lateinamerika<sup>5</sup> ist, wenigstens teilweise und vorübergehend, von dem Eindruck<sup>6</sup> des unglücklichen Kuba-Unternehmens beeinträchtigt worden.

3) Der von dieser Ergebnisbilanz ausgehende negative Eindruck wird noch verstärkt durch Ereignisse, die außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten und Verantwortlichkeiten der amerikanischen Regierung liegen: den erfolgreichen Flug des sowjetischen Weltraumfahrers Gagarin<sup>7</sup> (nur teilweise aufgefangen durch Major Shepards kurzen Flug<sup>8</sup>); den Aufstand der französischen Generäle in Algerien<sup>9</sup>, der auch nach seinem Zusammenbruch immer noch Zweifel über die Stabilität des Regimes de Gaulle übrig läßt; die negative und intransigente Haltung der sowjetischen Unterhändler in Genf<sup>10</sup> und in den VN; die Ungewißheit über den Fortgang der Ereignisse in Iran.<sup>11</sup>

Angesichts dieses Bildes ist es nicht verwunderlich, daß der bedeutungsschwere Entschluß Kennedys, im jetzigen Zeitpunkt mit Chruschtschow zusammenzutreffen<sup>12</sup>, keiner einmütigen Zustimmung begegnet, daß es vielmehr im Kongreß sowohl wie in der öffentlichen Meinung eine Reihe von Stimmen gibt, die teils reserviert, teils ablehnend klingen.

II. Sowohl für die Bewertung des Kennedy'schen Entschlusses, mit Chruschtschow zusammenzutreffen, wie für die Beurteilung der künftigen amerikanischen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 722*

Bussen gefahren waren, um festzustellen, ob das per Bundesgesetz verhängte Verbot der Rassentrennung eingehalten werde. Gegen den Willen des Gouverneurs von Alabama, Patterson, entsandte Justizminister Kennedy daraufhin Federal Marshalls. Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 5. Juni 1961: „Es ist nicht anzunehmen, daß die Administration von der konsequenten und kompromißlosen Durchsetzung der vom Obersten Gerichtshof angeordneten Abschaffung diskriminierender Bestimmungen im Erziehungswesen, im öffentlichen Verkehr und in der Ausübung des Wahlrechts in den Südstaaten ablassen wird.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 885; B 32 (Referat 305), Bd. 125.

<sup>5</sup> Präsident Kennedy übermittelte dem amerikanischen Kongreß am 14. März 1961 sein Hilfsprogramm für Lateinamerika und bat um die Freigabe bereits bewilligter Mittel in Höhe von 600 Mio. Dollar für den Interamerikanischen Fonds für Sozialen Fortschritt sowie den Wiederaufbau in Chile. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, Kennedy 1961, S. 176–181. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 227–232.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „von der dem Eindruck“.

<sup>7</sup> Am 12. April 1961 führte der sowjetische Kosmonaut Gagarin erfolgreich den ersten bemannten Weltraumflug durch. Vgl. dazu den Artikel „Freudentaumel in Moskau: Erster Weltraumfahrer ein Russe“; GENERAL-ANZEIGER vom 13. April 1961, S. 1.

<sup>8</sup> Der amerikanische Astronaut Shepard führte am 5. Mai 1961 den ersten erfolgreichen bemannten amerikanischen Weltraumflug durch. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 353.

<sup>9</sup> Zum Aufstand französischer Streitkräfte in Algerien vgl. Dok. 118.

<sup>10</sup> Zu den Teststopp-Verhandlungen vgl. Dok. 139, Anm. 13.

<sup>11</sup> Am 5. Mai 1961 trat Ministerpräsident Emami zurück, nachdem bei Demonstrationen von Lehrern, Studenten und Schülern in Teheran ein Lehrer von der iranischen Polizei erschossen worden war. Am 9. Mai 1961 wurde zudem das Parlament aufgelöst. Botschafter Freiherr von Ungern-Sternberg, Teheran, berichtete am 22. Mai 1961, es sei „deutlich erkennbar, daß Iran in eine kritische Phase eingetreten ist. Das Land befindet sich in exponierter Lage in der durch Kommunismus gefährdeten Zone. Mißlingt die weiße Revolution, so könnte ihr rasch die rote folgen. Was dies für den gesamten Nahen Osten und die strategische Situation der freien Welt bedeuten würde, bedarf keiner Erklärung.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 864; B 130, Bd. 2980 A (708).

Generalkonsul I. Klasse a.D. Voigt leitete den Bericht mit Begleitvermerk am 5. Juni 1961 an „Herrn Staatssekretär mit dem Vorschlag der Vorlage bei dem Herrn Bundesminister, Bundeskanzler“ und vermerkte: „Auch nach Ansicht von Abteilung 7 ist die Lage in Iran recht kritisch. Man kann wohl schon von einem vorrevolutionären Stadium sprechen.“ Vgl. B 130, Bd. 2980 A (708).

<sup>12</sup> Zum geplanten Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien vgl. Dok. 153, Anm. 11.

Außenpolitik stellt sich naturgemäß die Frage, welcher Einfluß den ungünstigen Erfahrungen der ersten Monate auf das Vertrauen in die Fähigkeiten des Präsidenten und seiner Regierung auf außenpolitischem Gebiet eingeräumt werden muß. Eine kritisch zugespitzte Aufgliederung dieser Fragestellung führt zu folgenden Einzelfragen:

1) Weist die Kuba-Aktion in ihrer Anlage und Durchführung nicht gewisse fatale Ähnlichkeiten mit den beiden unglücklichen Unternehmungen der westlichen Politik in den letzten fünf Jahren, nämlich mit Suez<sup>13</sup> und dem U2-Zwischenfall<sup>14</sup> auf? Hat man es nicht im Falle Kuba (durch Zurückziehung der ursprünglich vorgesehenen und für den militärischen Erfolg der Landung ganz unerlässlich Luftunterstützung der Anti-Castro-Kräfte<sup>15</sup>) ebenso wie im Falle Suez an der letzten Entschlossenheit und Durchschlagskraft fehlen lassen, die gerade bei derart gewagten und umstrittenen Unternehmungen ganz unerlässlich ist? Und war es nicht verfehlt, daß der Präsident wiederum – wie es Eisenhower beim U2-Zwischenfall tat – die Verantwortung für eine rechtlich angreifbare und mißglückte Aktion übernahm?<sup>16</sup>

2) Läuft die Laos-Politik Kennedys<sup>17</sup> nicht darauf hinaus, daß hier eine Politik des Zurückweichens durch starke Worte vernebelt und die Öffentlichkeit darüber hinweggetäuscht wird, daß man im Begriffe ist, Positionen in Südostasien zu räumen? Ist dies etwa eine Politik des „appeasement“ oder mindestens der „accomodation“, die sich nur in das Gewand einer „Politik der Stärke“ hüllt? Muß man etwa mit Ähnlichem rechnen, wenn es zu den europäischen Fragen und Berlin kommt?

3) War der Entschluß zum Gespräch mit Chruschtschow ein wohlüberlegter und sinnvoller politischer Zug, oder ist die – von Kennedy früher selbst so kritisch beurteilte – Gipfel- und persönliche Diplomatie auch in diesem Falle wieder, wie schon öfters in der Vergangenheit, nur ein Verlegenheitsmanöver und ein Ersatz für die systematische Erarbeitung politischer Lösungen?

III. Es ist im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich, auf diese Fragen ganz eindeutige und belegbare Antworten zu geben. Der Beobachtungszeitraum ist für eine gesicherte Urteilsbildung noch zu knapp. Mit diesem Vorbehalt und unter Bezugnahme auf die in dem allgemeinen Teil dieses Berichts getroffenen Feststellungen ist zu den oben aufgeführten Fragen zu sagen:

<sup>13</sup> Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 44, Anm. 21.

<sup>14</sup> Zum Abschuß eines amerikanischen Flugzeugs vom Typ „U 2“ über sowjetischem Territorium am 1. Mai 1960 vgl. Dok. 61, Anm. 29.

<sup>15</sup> Zum gescheiterten Landungsunternehmen exilkubanischer Truppen auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10. Zur Frage der Luftunterstützung vermerkte der stellvertretende Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA, Cabell, am 9. Mai 1961 aus einer Unterredung mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit, Bundy, am 16. April 1961: „He notified me that we would not be permitted to launch air strikes the next morning until they could be conducted from a strip within the beachhead.“ Vgl. FRUS 1961–1963, X, Dok. 108, S. 235.

<sup>16</sup> Präsident Kennedy äußerte sich am 20. April 1961 vor der „American Society of Newspaper Editors“ in Washington zu den Ereignissen auf Kuba: „I have emphasized before that this was a struggle of Cuban patriots against a Cuban dictator. While we could not be expected to hide our sympathies, we made it repeatedly clear that the armed forces of this country would not intervene in any way.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 304.

<sup>17</sup> Zur amerikanischen Politik gegenüber Laos vgl. Dok. 108, Anm. 7.

1) Das Kuba-Fiasko bleibt, auch wenn der Präsident und seine Regierung aus ihm lernen sollten (vgl. Bezugsbericht Ziff. III<sup>18</sup>) ein ernstes Warnungszeichen. Immerhin wird man beim Vergleich mit dem U2-Zwischenfall sagen müssen, daß es sich im Frühjahr 1960 um einige fundamentale psychologische Beurteilungs- und diplomatische Kunstfehler einer längst eingearbeiteten Administration gehandelt hat, während im Kuba-Falle die mangelhafte und noch nicht eingespielte Koordinationstechnik einer neuen Administration zur Auswirkung kam. Die Übernahme der Verantwortung durch den Präsidenten war, wenn eine gefährliche innerpolitische Entzweiung der Nation vermieden werden sollte, anders als beim U2-Zwischenfall unvermeidlich.

2) Die Einbeziehung von Laos in das westliche Verteidigungssystem wird von niemandem für wesentlich gehalten. Worauf es ankam und noch ankommt, ist lediglich, daß Laos nicht in die Hände der Kommunisten fällt und damit als Ausgangsposition für weitere kommunistische Expansionsunternehmungen dient, durch die andere Regierungen Südasiens bedroht werden. Ein neutrales (d.h. vor allem nicht-kommunistisches) Laos würde dem genügen. Es fragt sich nur, ob nicht der Zeitpunkt für die Bildung einer neutralen Regierung in Laos längst verpaßt ist. Selbst wenn es in Genf<sup>19</sup> oder im Laufe anderweitiger Verhandlungen noch zur Bildung einer „neutralen“ Koalitionsregierung kommen sollte, dürfte kaum ein Zweifel bestehen, daß jetzt Elemente in die Koalition aufgenommen werden müssen, die dafür sorgen werden, daß eine solche Regierung unaufhaltsam nach links abgleiten und schließlich im kommunistischen Fahrwasser landen wird<sup>20</sup> – ohne daß den Westmächten dann noch eine rechtliche oder faktische Möglichkeit geboten wäre, diesen Prozeß durch eine neue Intervention aufzuhalten. Kein verantwortlicher Sprecher der Administration gibt gerne zu, daß diese Konsequenzen mehr oder minder unausweichlich sind. Doch kann man schwerlich annehmen, daß darüber noch Illusionen bestehen.

In den internen Diskussionen auf höchster Ebene sind demgegenüber offenbar drei Möglichkeiten einer amerikanischen Südostasien-Politik erörtert worden:

- Rückkehr zu „massive retaliation“-Doktrin der Dulles-Radford-Ära<sup>21</sup>, d.h. Androhung nuklearer Vergeltungsschläge gegen kommunistische Angriffe jeder

<sup>18</sup> In Ziffer III des Drahtberichts Nr. 1153 referierte Botschafter Grewe, Washington, am 23. Mai 1961 amerikanische Stimmen, „man müsse froh sein, daß die Kuba-Unternehmung gewisse Schwächen so frühzeitig habe erkennen lassen, und zwar anhand eines Falles, der nicht von entscheidender Bedeutung für die amerikanische Sicherheit ist. Kennedy selbst hat in diesem Sinne zu einem ihm befreundeten Journalisten gesagt: ‚I was going to learn those lessons some time – better sooner than later.‘“ Präsident Kennedy habe offenbar „aus seinen bisherigen Erfahrungen als Präsident die Lehre gezogen, daß die außenpolitischen Probleme, die er von seinem Vorgänger übernommen hat, erheblich ernster sind, als sie ihm dargestellt worden waren und als er sie selbst im Wahlkampf dargestellt hatte, und daß Amerika erheblich weniger dazu vorbereitet ist, mit ihnen fertig zu werden, als er angenommen hatte.“ Vgl. VS-Bd. 3088 (II 6); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>19</sup> Am 16. Mai 1961 begann in Genf die Internationale Laos-Konferenz.

<sup>20</sup> Botschafter Kroll, Moskau, übermittelte am 25. Mai 1961 die Einschätzung, daß sich in Laos „wohl der weitreichendste Terraingewinn Moskaus“ vollzogen habe: „Wenn jetzt doch eine laotische Dreier-Vertretung, innerhalb deren die prokommunistische und die neutralistische einander zum Verwechselsn ähneln, auf der Genfer Konferenz erscheint, dann erweist sich darin nur, wie sehr auch der ‚Buschfeuerkrieg‘ in Laos zugunsten der Sowjets ausgegangen ist.“ Die Errichtung eines neutralen laotischen Staates sei bei „der gründlichen kommunistischen Unterwanderung des Landes [...] von Anfang an unrealistisch“ gewesen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 565; B 12 (Referat II A 4), Bd. 526 C.

<sup>21</sup> Zur Strategie der „massive retaliation“ vgl. Dok. 45, Anm. 18.

Zu den Überlegungen des Vorsitzenden der Vereinigten Stabschefs der USA, Radford, vgl. Dok. 79, Anm. 9.



Art, Androhung solcher Schläge auch gegen China und die Sowjetunion selbst, wenn man den kommunistischen Invasionen und Infiltrationen nicht anders beikommen kann;

- Aufbau amerikanischer und verbündeter Streitkräfte (insbesondere auch Guerilla-Streitkräfte), mit denen begrenzte Kriege in dieser Region ausgefochten werden können; zugleich Inangriffnahme eines umfassenden Programms wirtschaftlicher, sozialer und militärischer Reform in den bedrohten Gebieten;
- Herauslösung der Vereinigten Staaten aus Verpflichtungen, die man besser niemals eingegangen wäre und die jedenfalls unerfüllbar geworden sind, da man für diese Gebiete keinen Atomkrieg riskieren kann und in diesen Gebieten keine Aussicht hat, begrenzte Kriege zu gewinnen.

Der erste Weg scheint nur von wenigen ernstlich erwogen oder gar befürwortet zu werden. Vieles spricht dafür, daß man im allgemeinen mehr den zweiten Weg zu gehen beabsichtigt, speziell für Laos sich aber auf den dritten Weg einrichtet. Darin könnte die Erklärung für die starken Worte liegen, die Vizepräsident Johnson jetzt wieder während und nach seiner Südostasien-Reise<sup>22</sup> gebraucht hat. Mag diese Deutung richtig oder zu sehr vereinfacht sein – alle Anzeichen sprechen jedenfalls dafür, daß es sich bei der gegenwärtigen amerikanischen Laos-Politik weder um den Ausdruck einer allgemeinen Politik des Appeasement noch um eine Politik der allgemeinen Liquidierung „peripherer“ Positionen handelt (wie sie etwa von Walter Lippmann empfohlen wird<sup>23</sup>). Wahrscheinlicher ist, daß es sich um eine Politik des begrenzten strategischen Rückzuges aus einer Position handelt, für deren Verteidigung die wichtigsten Verbündeten (England und Frankreich) ihre Unterstützung verweigert hatten und die auch mit einer umfassenden militärischen Intervention auf die Dauer nicht zu halten wäre. Es erscheint daher nicht zulässig, aus der Behandlung des Falles Laos weitreichende Schlußfolgerungen in bezug auf die amerikanische Haltung zu Vietnam, Thailand oder gar Formosa zu ziehen. Erst recht wäre es nicht gerechtfertigt, daraus Befürchtungen für die amerikanische Politik in Europa und speziell für die amerikanische Berlin-Politik abzuleiten. Ein sehr urteilsfähiger europäischer Botschafter vertrat mir gegenüber die Auffassung, daß der Gang der Ereignisse in Kuba und Laos Kennedy geradezu zwingt, in der Berlin-Frage äußerste Festigkeit zu zeigen – eine Auffassung, für die einiges spricht.

<sup>22</sup> Der amerikanische Vizepräsident Johnson hielt sich vom 11. bis 13. Mai 1961 in der Republik Vietnam (Südvietnam), am 13./14. Mai auf den Philippinen und am 14./15. Mai in der Republik China (Taiwan) auf. Vom 16. bis 18. Mai besuchte er Thailand, am 18./19. Mai Indien und am 20./21. Mai 1961 Pakistan. Botschafter Grewe, Washington, resümierte am 9. Juni 1961 als „Hauptzweck der Reise, die Auswirkungen der Laos-Krise auf Vietnam und Thailand abzufangen. Kennedy habe durch Johnsons Besuch die amerikanische Entschlossenheit beweisen wollen, eine ähnliche Entwicklung wie die in Laos in den beiden Nachbarstaaten zu verhindern und deren Freiheit unter allen Umständen zu verteidigen“. Johnson habe „sowohl in Saigon wie in Bangkok amerikanische Truppen angeboten; beide Regierungen hätten das Angebot abgelehnt“, allerdings den Wunsch nach Ausrüstungs- und technischer Hilfe sowie wirtschaftlicher Unterstützung deutlich gemacht. Vgl. den Schriftbericht; B 32 (Referat 305), Bd. 145.

<sup>23</sup> Der amerikanische Journalist Lippmann sprach sich am 4. Mai 1961 angesichts des Verlusts der nuklearen Überlegenheit gegenüber der UdSSR und des so entstandenen Mächtigkeitsgleichgewichts für einen Wandel der amerikanischen Außenpolitik aus. Die Regierung solle die Politik amerikanischer Satellitenstaaten aufgeben „and promote instead a policy of neutralism for the weak and vulnerable peripheral states“. Vgl. den Artikel „The Reappraisal“, NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 4. Mai 1961, S. 24. Der Artikel wurde in der sowjetischen Presse nachgedruckt. Vgl. den Artikel „Neobchodim peresmotr politiki SSA“ (Eine Revision der Politik der USA ist unumgänglich); PRAVDA vom 6. Mai 1961, S. 3.

Die Tatsache, daß man im Falle Laos eine Sprache der Festigkeit und der Stärke gebraucht hat, um eine Politik des Rückzuges zu tarnen, könnte allerdings unerfreuliche Auswirkungen für die Berlin-Politik zeitigen: Kennedy wird es nicht ganz leicht haben, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die starken Worte in bezug auf Berlin wirklich ernstgemeint sind.

Chruschtschow allerdings wird noch am besten verstehen, daß zwischen Laos und Berlin ein Unterschied besteht.

3) Es wäre nicht fair, Kennedy angesichts des Wiener Treffens seine eigenen kritischen Äußerungen über die Gipfel-Diplomatie<sup>24</sup> vorzuhalten. Diese Äußerungen und die Forderung nach sorgfältiger diplomatischer Vorbereitung und vernünftigen Erfolgchancen haben sich stets auf Gipfel-Konferenzen im formellen Sinne des Wortes bezogen, vor allem auf Vierer-Konferenz von der Art, wie sie 1955 in Genf<sup>25</sup> und 1960 in Paris<sup>26</sup> stattfanden (oder stattfinden sollten). Eine informelle bilaterale Begegnung zum Zwecke des Abtastens und Sich-Kennen-Lernens ist nie ausgeschlossen worden. Die Öffentlichkeit hat damit stets gerechnet, und der Präsident hat sich immer darauf beschränkt, durchblicken zu lassen, daß es ihm nicht so besonders eilig damit sei.

Wie die Verabredung über das Wiener Treffen wirklich zustande gekommen ist, ist noch nicht völlig aufgeklärt. Offenbar bestand seit der vierstündigen Unterredung Thompsons mit Chruschtschow in Nowosibirsk am 10. März d. J.<sup>27</sup> eine in der Schwebe befindliche Verabredung. Alsop (der bekanntlich über enge Beziehungen zu dem Präsidenten verfügt) hat damals bereits mit großer Bestimmtheit eine Begegnung im Frühsommer vorhergesagt.<sup>28</sup> Lippmann erzählt hier seinen Gesprächspartnern, daß Chruschtschow bei seinem Aufenthalt in Sotschi im April ihm zu verstehen gegeben habe, daß ein solches Treffen bevorstehe.<sup>29</sup> Wahrscheinlich trug daher die sowjetische Mitteilung aus den ersten Maitagen<sup>30</sup>

24 John F. Kennedy gehörte zu den Mitunterzeichnern einer Erklärung des „Democratic Advisory Council“ vom 22. Mai 1960, in der im Zusammenhang mit der gescheiterten Gipfelkonferenz der Vier Mächte in Paris „deep-seated deficiencies“ der Außenpolitik der Regierung des Präsidenten Eisenhower festgestellt wurden. In einem Telefoninterview distanzierte Kennedy sich allerdings von dem in der Erklärung erhobenen Vorwurf, daß Eisenhower überhaupt nach Paris gereist sei: Zwar sollten Gipfelkonferenzen grundsätzlich durch „meaningful negotiations“ vorbereitet sein, so Kennedy; Eisenhower hätte jedoch die Reise ohne Schaden für das Prestige der USA kaum vermeiden können. Vgl. den Artikel „Democratic Unit Charges ‚Collapse‘ of U.S. Policy“; THE NEW YORK TIMES, International Edition vom 24. Mai 1960, S. 1 und S. 6.

25 Vom 18. bis 23. Juli 1955 trafen in Genf Präsident Eisenhower, Ministerpräsident Faure und Premierminister Macmillan mit Ministerpräsident Bulganin zusammen.

26 Zur gescheiterten Eröffnung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Paris am 16. Mai 1960 vgl. Dok. 61, Anm. 29.

27 Zum Gespräch des amerikanischen Botschafters in Moskau, Thompson, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 9. März 1961 in Nowosibirsk vgl. Dok. 83. Zu dem von Thompson in Nowosibirsk übergebenen Schreiben des Präsidenten Kennedy vom 22. Februar 1961 vgl. Dok. 72, Anm. 23.

28 Der amerikanische Journalist Alsop schrieb bereits am 15. Februar 1961, daß spätestens Ende April ein Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow stattfinden werde. Vgl. dazu den Artikel „The Two-Headed Monster“; NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 15. Februar 1961, S. 24.

29 Der amerikanische Journalist Lippmann führte am 10. April 1961 ein Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow in Sotschi. Vgl. dazu die Artikel „Khrushchev to Lippmann – Face to Face. No. 1“; „Soviet Will ‚Oppose‘ Us on Cuba – But How?“ und „A Sobering Sum-Up“; NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 17., 18. und 19. April 1961, jeweils S. 1. Vgl. ferner CHRUSCHTSCHOWS WESTPOLITIK, Bd. 3, S. 115–134.

30 Zu der am 4. Mai mündlich und am 12. Mai 1961 schriftlich übermittelten Bereitschaft des Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem Treffen mit Präsident Kennedy vgl. Dok. 156, Anm. 24.

nur den Charakter einer – zu diesem Zeitpunkt allerdings überraschenden – Bestätigung dieser schwebenden Absprache.

Jedenfalls wird man die Zustimmung zu dem Treffen schwerlich für eine völlige Kehrtwendung Kennedys oder für einen Entschluß halten können, der erst durch die jüngsten Entwicklungen ausgelöst worden wäre.

Kennedys Politik war von Anfang an darauf gerichtet, einen neuen ernsthaften Entspannungsversuch zu machen, dem er allerdings nur eine Chance gab, wenn man sich gleichzeitig für alle Eventualitäten rüstete und keinen Zweifel an der eigenen Entschlossenheit ließ, weiteren kommunistischen Expansionen entgegenzutreten. Die Aussichten des Entspannungsversuches hatten sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert. Während der Kuba-Affäre kam es zu scharfen Worten zwischen Chruschtschow und Kennedy<sup>31</sup>, danach zu heftigen persönlichen Angriffen der Sowjetpresse auf den Präsidenten. Die Haltung der Sowjets bei den Testbann-Verhandlungen in Genf und in der Laos-Frage hat auch bei den Befürwortern des Entspannungsversuches starke Skepsis ausgelöst. Selbst ein Mann wie Stevenson wurde in Auseinandersetzungen gezogen, die in der Sprache des Kalten Krieges geführt wurden. Im Zuge dieser Entwicklung sieht sich der Präsident vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt, die nach Ansicht vieler urteilsfähiger und einflußreicher Persönlichkeiten keinen Aufschub dulden, die aber – wenn sie getroffen werden – möglicherweise den Zusammenbruch aller Entspannungsbemühungen bedeuten. Bei diesen Entscheidungen handelt es sich vor allem um dreierlei:

- um die Frage, ob der völlig unkontrollierte Teststopp, den man während der Genfer Verhandlungen hat eintreten lassen, fortgesetzt oder beendet werden soll, wobei im letzteren Falle das Ende der Genfer Verhandlungen und das Nicht-Zustandekommen allgemeiner Abrüstungsverhandlungen<sup>32</sup> impliziert wäre<sup>33</sup>;
- um die (oben unter 2 behandelte) Frage, mit welchen Mitteln und Methoden Südostasien verteidigt werden soll;
- um die Frage, ob ein Aufrüstungsprogramm in Angriff genommen werden muß, das weit über alles hinausgeht, was bisher in Aussicht genommen war (und

<sup>31</sup> Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy am 18. April 1961 sowie das Schreiben von Chruschtschow vom 22. April 1961 an Kennedy; FRUS 1961–1963, VI, Dok. 9–11, S. 7–16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 305–307 und S. 311–316 (Auszug).

<sup>32</sup> Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 30. Juli 1961 vgl. Dok. 83, Anm. 16.

<sup>33</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 29. Mai 1961 über ein Gespräch des Gesandten Krapf mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, in dem McCloy erklärt habe, es sei nicht amerikanische Auffassung, „daß eine Einigung in der Testfrage Voraussetzung für den Beginn der Abrüstungsverhandlungen sei“. Allerdings sollten „die Verhandlungen über Abrüstung und Testbann auf keinen Fall zusammenfließen [...]“. Hinsichtlich der Zweckmäßigkeit, die Atomtests wieder aufzunehmen, bestünden in seiner eigenen Behörde Meinungsverschiedenheiten.“ Für die Wiederaufnahme amerikanischer Nukleartests sprächen, so McCloy, zwei Gesichtspunkte: Zwar gebe es keine „Beweise dafür, daß die Sowjets unterirdische Versuche machen“. Es sei aber anzunehmen, daß sie dies täten „und damit den Vorsprung der Vereinigten Staaten bereits jetzt einholten, ohne daß diese ihre Kenntnisse weiter ausbauen könnten. [...] Für das schlechte Gewissen der Sowjets spreche [...] der geradezu manische Widerwille gegen die Kontrollen.“ Zudem werde die Haltung der USA „allmählich unglaublich, wenn sie jahrelang auf den Kontrollen beständen, ohne zu einem Erfolg zu gelangen, und keine Konsequenzen daraus zögen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1229; B 130, Bd. 4024 A (302).

das möglicherweise Einschränkungen des innerpolitischen Reformprogramms notwendig machen würde), gleichzeitig aber auch das immer noch bestehende Arbeitslosenproblem lösen könnte.

Es spricht einiges für die Annahme, daß Kennedy Wert darauf legt, diese weitreichenden Entscheidungen nicht zu treffen, ohne Chruschtschow persönlich auf die Konsequenzen hingewiesen zu haben, die sie nach sich ziehen würden. Ob er glaubt, Chruschtschow damit beeinflussen zu können, ist schwer zu sagen; auf jeden Fall dürfte ihm dieses Treffen als Alibi wichtig sein – vor der Weltöffentlichkeit, vor dem amerikanischen Volk, vielleicht auch vor sich selbst und der Geschichte.

IV. Der Verlauf der letzten Monate, das Verhalten des Präsidenten und der Charakter der bevorstehenden Begegnung in Wien bilden, zusammengenommen, einen Grund, dem Treffen mit Chruschtschow alarmiert entgegenzusehen.

Chruschtschow wird, sofern er es noch nicht weiß, in Wien begreifen, daß er einen anderen Gesprächspartner – einen intelligenten, härteren, dialektisch gewandteren Gesprächspartner – vor sich hat als in Camp David<sup>34</sup>. Das kann nur nützlich sein.

Auf der anderen Seite haben die ersten Monate seiner Amtszeit auch gewisse Grenzen des Menschen und des Präsidenten John F. Kennedy deutlich gemacht, wie z. B. seine administrative und außenpolitische Unerfahrenheit (die sich in der Kuba-Aktion in mangelnder Durchschlagskraft und Zielsicherheit des Handelns äußerte), eine gewisse Anfälligkeit für die Versuchung, Mißerfolge mit Hilfe einer vorzüglichen Public Relations-Technik zu vernebeln und sich selbst der Kritik zu entziehen. Einiges davon mag vorübergehend und überwindbar sein. Man wird nicht vergessen dürfen, daß sich Kennedy viele Jahre auf eine einzige Aufgabe spezialisiert und konzentriert hatte, nämlich auf die Aufgabe, die Präsidentschaft zu erobern. Eine breitere Vorbereitung auf sein Amt, insbesondere auch Erfahrungen, um einen riesigen bürokratischen Apparat zu steuern und zu beherrschen, brachte er nicht mit. Diese Mängel auszugleichen, wird noch einige Zeit kosten, und es wäre verfrüht, ihn schon jetzt wegen solcher in Erscheinung tretender Mängel abzuqualifizieren.<sup>35</sup>

<sup>34</sup> Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 13–16, S. 35–52. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, X/1, Dok. 109, S. 392–402, Dok. 111, S. 409f., Dok. 129–131, S. 459–469, und Dok. 133 sowie Dok. 134, S. 477–483. Vgl. dazu außerdem FRUS 1958–1960, XIX, Dok. 301, S. 595–598.

<sup>35</sup> Am 30. Mai 1961 informierte Staatssekretär Carstens Bundesminister von Brentano, z. Z. Dublin, daß Bundeskanzler Adenauer „schwere Bedenken gegen diesen Bericht“ geäußert habe. Er, Carstens, habe zugesichert, daß er „sämtliche noch anhaltbaren Weiterleitungen gestoppt hätte“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 32; B 2-VS, Bd. 312 A (Büro Staatssekretär).

Mit Schreiben vom 31. Mai 1961 teilte Adenauer Brentano mit, er halte „die Depesche des Botschafters Grewe Nr. 1205 [...] in ihren Folgerungen bezüglich der Fähigkeiten des Präsidenten Kennedy für unrichtig“. Kennedy könne nicht für eine Situation verantwortlich gemacht werden, die „durch Überlegungen und Maßnahmen der Administration unter Präsident Eisenhower“ entstanden sei. Grewe solle darauf aufmerksam gemacht werden, „daß er seine Urteile sorgsamer überlegen muß. Ich bin über seine Depesche und sein – wenn auch verklausuliertes – Urteil erschrocken und empört.“ Vgl. ADENAUER, Briefe 1959–1961, S. 282.

Brentano ließ Grewe am 7. Juni 1961 wissen, daß sich die Berichte über die ersten 100 Tage der Regierung des Präsidenten Kennedy, „insbesondere sein außenpolitischer Teil, absolut nicht“ als Drahtbericht mit der daraus folgenden Vervielfältigung geeignet hätten. Würde der Drahtbericht Nr. 1205

Die Begegnung in Wien stellt jedenfalls die bisher ernsteste diplomatische Bewährungsprobe des Präsidenten dar. Man wird von ihr einige weitere Aufschlüsse über die Frage seiner staatsmännischen Befähigung erwarten dürfen.

[gez.] Grewe

B 130, Bd. 8473 A (Ministerbüro)

## 163

### Botschafter von Barga, Bagdad, an Staatssekretär Carstens

114-3658/61 geheim

29. Mai 1961<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 151

Ankunft: 30. Mai 1961, 12.53 Uhr

Für Staatssekretär

Die Entwicklung der politischen Lage im arabischen Raum zeigt, von hier aus gesehen, eine gewisse Gewichtsverschiebung, die in einer Schwächung der Stellung Nassers und einer Stärkung derjenigen Kassem ihren Ausdruck findet. Vergewärtigt man sich den Gang der Dinge in den letzten Monaten, so ist folgendes hervorzuheben:

1) Ausgleich zwischen Irak und Jordanien<sup>2</sup>: Jordanien aus bedrohlicher Isolierung befreit, der Irak an Einwirkungsmöglichkeiten im arabischen Raum bereichert. Irakische Förderung eines Ausgleichs zwischen Jordanien und Vereinigter Arabischer Republik.<sup>3</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 729*

„der amerikanischen Regierung durch eine Indiskretion bekannt werden, so könnte diese darin den Ausdruck eines tiefen Mißtrauens unsererseits erblicken. Die Folgen könnten sehr gefährlich sein.“ Außerdem erscheine er „zu negativ. An der Festigkeit der amerikanischen Regierung in der Berlinfrage zu zweifeln, haben wir nach allen Informationen, die hier vorliegen, keine Veranlassung.“ Vgl. den am 5. Juni 1961 konzipierten Drahterlaß Nr. 706; B 2-VS, Bd. 312 A (Büro Staatssekretär).

<sup>1</sup> Hat Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt vorgelegen.

<sup>2</sup> Nach dem Militärputsch vom 14. Juli 1958 im Irak kündigte die neue irakische Regierung am folgenden Tag die am 14. Februar 1958 proklamierte Föderation mit Jordanien. Am 1. Oktober 1960 erkannte Jordanien die Regierung des Ministerpräsidenten Kassem an. Botschafter von Schubert, Amman, legte am 9. Februar 1961 dar: „Seit der Anerkennung des irakischen Revolutionsregimes durch Jordanien haben sich die Beziehungen zu diesem Nachbarland stetig entwickelt: Wiederanknüpfung der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen im Oktober/November, Entsendung eines jordanischen Botschafters nach Bagdad im Dezember, Eröffnung der irakischen Botschaft in Amman Ende Januar.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 696.

<sup>3</sup> Jordanien brach am 19. Juli 1958 die Beziehungen zur VAR ab, nachdem diese die neue irakische Regierung anerkannt hatte. Fregattenkapitän von Reuter, Ankara, berichtete am 20. Januar 1961, die Spannungen zwischen Jordanien und der VAR hätten nach dem Attentat vom 29. August 1960, bei dem Ministerpräsident al-Majali und 123 weitere Personen starben, ihren Höhepunkt erreicht: „Die Armee wurde in Alarmzustand gesetzt, Truppenkonzentrationen erfolgten im Raume Ramtha an der syrischen Grenze“. Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 732.

Am 3. März 1961 teilte Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris mit, der „Radiokrieg zwischen Jordanien und der VAR“ sei Anfang Februar eingestellt worden und die Beziehungen, „von jeher ein besonders wichtiges und kritisches Kapitel der jordanischen

2) Außenminister-Konferenz der Arabischen Liga in Bagdad<sup>4</sup>, wenn auch nicht durch weitreichende Beschlüsse gekennzeichnet, so doch als politischer Erfolg irakischer Regierung und Fortschritt in ihren all-arabischen Bemühungen anzusehen, da zum ersten Mal seit zwei Jahren Vereinigung aller arabischen Staaten ohne Hervortreten von Gegensätzlichkeiten. Insgesamt gesehen dementsprechende Verbesserung atmosphärischer Situation in arabischer Welt.

3) Weiterer Ausbau all-arabischer Gemeinschaft auf Bagdader Konferenz des Wirtschaftsrates der Arabischen Liga. Auch hier Beschlüsse, die zu engerer Zusammenarbeit führen sollen, wie Gründung gemeinsamer Luftverkehrslinie, gemeinsamer Tankerreederei und gemeinsamer Entwicklungsbank. Dagegen infolge irakischen Widerspruchs kein Ergebnis in Frage arabischer Wirtschaftsunion, da eine solche Kairo ein gewisses Übergewicht und eine Einmischungsmöglichkeit in das Wirtschaftsleben der übrigen arabischen Staaten geben würde.<sup>5</sup>

4) Aufhebung der irakischen Grenzsperr im Verkehr mit der VAR (Syrien) und Wiederaufnahme des irakischen Handelsverkehrs mit der VAR aufgrund einer Anordnung Kassems.<sup>6</sup>

5) Geplante Beteiligung des Irak an der Herbstmesse in Damaskus<sup>7</sup> mit starker Herausstellung irakischer Entwicklung seit Revolution.

6) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Irak und dem Jemen.<sup>8</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 730*

Außenpolitik“, hätten sich insgesamt „etwas beruhigt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 202; B 12 (Referat 708), Bd. 695.

<sup>4</sup> Die Außenminister-Konferenz der Arabischen Liga vom 30. Januar bis 4. Februar 1961 in Bagdad verabschiedete u. a. Resolutionen zur Algerien-Frage, zu Palästina und zur Zusammenarbeit der arabischen Staaten. Außerdem forderten die Außenminister den Militärausschuß der Arabischen Liga auf, Planungen zu einer Koordinierung der Streitkräfte für den Fall aufzunehmen, daß Israel Pläne zur Ableitung des Jordanwassers zur Bewässerung der Negev-Wüste umsetze. Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. die am 7. Februar 1961 von Legationsrat I. Klasse Kahle, Bagdad, übermittelten Ausschnitte aus der irakischen Tageszeitung „Iraq Times“ vom 2. bzw. 5. Februar 1961; B 12 (Referat 708), Bd. 811.

<sup>5</sup> Botschafter von Bargaen, Bagdad, berichtete am 24. April 1961, daß der Wirtschaftsrat der Arabischen Liga vom 10. bis 17. April 1961 in Bagdad „seine am 18. Dezember 1960 in Kairo unterbrochene 7. Tagung fortgesetzt“ habe. Sie solle innerhalb der kommenden beiden Monate in Damaskus weitergeführt werden. Gegen den von der VAR vorgelegten Entwurf eines Abkommens über die Arabische Wirtschaftsunion habe der Irak, „unterstützt von fast allen anderen Abordnungen, starke Bedenken“ angemeldet, weil damit „Nasser innerhalb der Union eine Art wirtschaftlicher Vormachtstellung erlangen werde. Die überwiegende Anzahl der Delegationen unterstützte deshalb die irakischen Bestrebungen, die auf ein System gleichberechtigter arabischer Partner gerichtet sind und den Einfluß der VAR zu neutralisieren suchen.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 811.

<sup>6</sup> Am 17. Mai 1961 teilte Botschafter von Bargaen, Bagdad, mit, daß Ministerpräsident Kassem am 13. April 1961 die Öffnung der irakisch-syrischen Grenze verkündet habe. Dazu sei ihm von einem Mitglied der Botschaft der VAR erläutert worden, die irakischen Einfuhren beschränkten sich allerdings „auf den Import von traditioneller arabischer Kleidung Damaszener Herkunft [...]“. Die irakische Seite dagegen hätte syrischen Kaufinteressenten bisher praktisch nichts bieten können.“ Vgl. den Schriftbericht; B 66 (Referat 416), Bd. 261.

<sup>7</sup> Die Internationale Messe in Damaskus fand vom 25. August bis 20. September 1961 statt.

<sup>8</sup> Legationsrat I. Klasse Steffen, Taizz, teilte am 11. Mai 1961 daß der „irakische Geschäftsträger für den Jemen, Herr Muhsin Al-Djazairi, der seinerzeit nach Überreichung seines Beglaubigungsschreibens wieder nach dem Irak zurückkehrte“, Ende April 1961 „endgültig im Jemen eingetroffen“ sei und in Sanaa eine Gesandtschaft eröffnet habe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 267; B 12 (Referat 708), Bd. 1065.

Am 11. Juni 1961 berichtete Steffen: „Im Irak wurde die erste jemenitische diplomatische Vertretung durch Herrn Jahja al-Midwahi in der Eigenschaft als Geschäftsträger eröffnet.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 337; B 12 (Referat 708), Bd. 1065.

7) Generalstabsbesprechungen Arabischer Liga in Kairo<sup>9</sup>, an denen der Irak seit Revolution<sup>10</sup> zum ersten Mal beteiligt ist und gesamtarabische militärische Planung zu fördern sucht.

8) Bemühungen Kassem's, das wirtschaftlich wichtige Emirat Kuwait in die arabische Gemeinschaft, möglichst durch engere Verbindung mit dem Irak, einzubeziehen.<sup>11</sup>

Betrachtet man diese Vorgänge in ihrer Gesamtheit, so ergibt sich, daß vorsichtige all-arabische Politik Kassem's Fortschritte erzielt hat, während die Nassers festgefahren zu sein scheint; daß der Irak aus der Isolierung mehr und mehr heraustritt, während die VAR in eine solche hineingerät.

Nasser'sches Programm läuft, wie aus Berichterstattung Botschaft Kairo ersichtlich, auf Schaffung gesamtarabischen Staatsgebildes unter Nassers Führung hinaus, wobei Gleichschaltung in staats- und gesellschaftsrechtlicher Hinsicht angestrebt und Einzelstaaten kaum mehr Befugnisse und Eigenleben gelassen werden soll wie<sup>12</sup> Verwaltungsbezirken in größerem Staatsverband.<sup>13</sup> Dieser Konzeption steht die Kassem'sche arabische Gemeinschaftsidee gegenüber, die nur einen lockeren Verband der arabischen Staaten anstrebt und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des einzelnen nicht antasten möchte, wohl aber im gesamtarabischen Interesse eine gewisse außen-, militär-, wirtschafts- und verkehrspolitische Gemeinschaftslinie zu finden sucht. Soweit von hier aus zu be-

<sup>9</sup> Zur Tagung des Beratenden Militärausschusses der Arabischen Liga vom 21. bis 26. April 1961 in Kairo vgl. Dok. 133, Anm. 5.

<sup>10</sup> Nach einem von Brigadegeneral Kassem angeführten Militärputsch im Irak, bei dem König Feisal II. ebenso wie der Ministerpräsident der Irakisch-Jordanischen Föderation, es-Said, erschossen wurde, wurde am 14. Juli 1958 die Irakische Republik ausgerufen und ein Souveränitätsrat eingesetzt, der bis zu einer allgemeinen Volksabstimmung „die Befugnisse des Staatsoberhauptes ausüben“ sollte. Vgl. die Erklärung der irakischen Revolutionsregierung vom selben Tag; EUROPA-ARCHIV 1958, S. 11235.

<sup>11</sup> Nach einem Besuch in Kuwait berichtete Botschafter von Barga, Bagdad, am 11. April 1961, durch „sagenhafte[n] Reichtum, Glanz und Üppigkeit der Lebensführung wie zu Harun al-Rashids Zeiten“ und die „Ölzerzeugung von etwa 80 Millionen Tonnen im Jahre“ sei Kuwait ein politisches Problem für die arabischen Staaten: „Es weckt die Begehrlichkeit, und seine gesonderte Existenz wird als gegen jede vernünftige Weltordnung gerichtet angesehen. Nasser würde es zweifellos gern benutzen, um seine leeren Kassen zu füllen, aber auch im Irak gibt es nach meinen Beobachtungen Kreise, die eine Angliederung an das Zweistromland nicht ungern sehen würden.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 955.

Am 19. Juli 1961 teilte Barga mit, daß Ministerpräsident Kassem anläßlich der Feiern zum dritten Jahrestag der Revolution ausgeführt habe: „Kuwait ist irakischer Boden und muß zum Mutterland zurückkehren. [...] Britischer Imperialismus muß aus Kuwait und arabischem Golf vertrieben werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 213; B 12 (Referat 708), Bd. 951.

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Generalkonsul I. Klasse a.D. Voigt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „als“

<sup>13</sup> Botschafter Weber, Kairo, informierte am 13. Februar 1961 über „eine besonders rege Aktivität in Afrika“ im Jahr 1960, bei der die VAR offenbar die Vorstellung verfolgt habe, „zu einem späteren Zeitpunkt die Rolle einer afrikanischen Vormacht spielen zu können. [...] Das Ausbleiben spektakulärer Erfolge in Afrika und das geringe Verständnis, das die VAR-Regierung für diese Politik in der arabischen Welt, vor allem in Syrien fand, haben Nasser bewogen, sich gegen Jahresende plötzlich wieder der arabischen Frage zuzuwenden.“ So habe Nasser in einer Rede in Port Said am 23. Dezember 1960 „unumwunden ausgesprochen, daß für ihn die arabische Einheit nur bei bedingungsloser Übernahme der außenpolitischen Grundsätze und der Wirtschafts- und Sozialstruktur der VAR durch die anderen arabischen Staaten denkbar ist, und damit praktisch die Beseitigung aller arabischen Regierungen und innerstaatlichen Ordnungen gefordert, die nicht seinen politisch-ideologischen Vorstellungen entsprechen. Außerdem ließ er allzu deutlich das Interesse der VAR an den Erdöleinkünften einiger arabischer Staaten durchblicken.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 696.

urteilen, kann ein all-arabisches Reich unter Nassers Führung keine Lösung darstellen, die den deutschen und darüber hinaus den westlichen Interessen von Nutzen, annehmbar oder wenigstens ungefährlich wäre. Ein solcher Großstaat würde ein Machtblock mit bedeutenden wirtschaftlichen Hilfsquellen und Entwicklungsmöglichkeiten sein und eine Riegelstellung gegenüber dem Mittleren Osten und dem afrikanischen Kontinent bilden. Wenn sich auch die Aussichtslosigkeit derartiger Bestrebungen, zumal sie noch mit afrikanischen ehrgeizigen Plänen verknüpft und belastet sind, voraussehen läßt, so dürfte doch schon eine Entwicklung in der von Nasser angestrebten Richtung durchaus unerwünscht sein. Der entschlossenste und vielleicht mächtigste Gegenspieler Nassers im arabischen Raum ist zur Zeit Kassem. (Bourguiba hat anscheinend keine all-arabische, sondern nur eine maghrebinische Konzeption.) Kassems Bemühungen, eine arabische Staatengemeinschaft auf praktischer Grundlage zu schaffen, dürften vom deutschen Standpunkt gesehen keinen schwerwiegenden Bedenken begegnen, solange sie nicht die Brücke östlicher Einflüsse bilden. Sie stellen eine Lösung dar, die eher der deutschen und der westlichen Politik ein bedeutend leichteres Spiel verschafft. In einer lockeren arabischen Staatengemeinschaft würden für die deutsche Politik, sofern sie nicht mit Algerien und einer immer wieder erneuerten Aktivierung des Israelkomplexes belastet ist, günstige Zukunftsaussichten bestehen. Von allen westlichen Ländern genießt bekanntlich Deutschland immer noch die größten Sympathien im arabischen Raum. Sie werden sich, da die Bundesrepublik inzwischen eine wirtschaftliche Macht von erheblicher Bedeutung geworden ist, ohne großen Aufwand steigern und ausnutzen lassen und so den deutschen Interessen auch im weltweiten Rahmen der Vereinten Nationen von Nutzen sein. Darüber hinaus können sie ein geeignetes Fundament bilden, von dem aus sich eine Beeinflussung der ganzen islamischen Welt und der bedeutsamen afrikanisch-asiatischen Völkergruppierung ermöglichen läßt.

Sofern dort der Beurteilung der politischen Lage im arabischen Raum, wie vorstehend skizziert, zugestimmt wird, ergibt sich die Frage, welcher Weg zur Beeinflussung der Entwicklung von der deutschen Politik einzuschlagen wäre. Meines Erachtens sollte versucht werden, ein stärkeres politisches Interesse im Irak zu zeigen.<sup>14</sup> Hiermit würden auf der einen Seite ungefährliche alt<sup>15</sup>-arabische Bestrebungen eine Förderung erfahren und auf der anderen Seite die Nasser'sche Anmaßung und Großmannssucht gedämpft werden. Der Zeitpunkt für ein stärkeres Auftreten im Irak wäre gegenwärtig günstig, da die VAR soeben wieder gegen deutsche Interessen durch Zulassung eines Konsulats der „DDR“ in Damaskus verstoßen hat<sup>16</sup> und in ihrer Presse fortgesetzt Angriffe gegen die Bundesrepublik richtet, während im Irak solche Belastungen nicht bestehen. Die innenpolitische Situation im Irak kann allerdings nicht als völlig gefestigt angesehen werden, der kommunistische Einfluß ist aber fast ganz ausgeschaltet, so daß, wenn nicht eine Gewalttat erfolgt, mit einer gewissen Beständigkeit des gegenwärtigen Regimes trotz aller vorhandenen Unzufriedenheit gerechnet werden

<sup>14</sup> Der Passus „ein stärkeres ... zu zeigen“ wurde von Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt hervorgehoben. Dazu Kreuz.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „all“.

<sup>16</sup> Zur Genehmigung eines Konsulats der DDR in Damaskus durch die Regierung der VAR vgl. Dok. 148 und Dok. 149.



kann. Unsicherheitsfaktoren innerpolitischer Art werden in den arabischen Staaten mehr oder weniger immer in Kauf genommen werden müssen und sollten nicht zu politischer Zurückhaltung Veranlassung geben.

Meine Vorschläge für eine Aktivierung der deutschen Politik im Irak wären folgende:

- 1) Zu der am 14. Juli beginnenden und etwa fünf bis sechs Tage dauernden Revolutionsfeier hat die irakische Regierung soeben eine dreiköpfige zivile und eine zweiköpfige militärische Delegation eingeladen. Hier würde sich Gelegenheit zu demokratischem<sup>17</sup> Auftreten bieten. Ich bitte daher zu erwägen, ob nicht – wenigstens für die ersten zwei bis drei Tage der Feierlichkeiten – Bundesminister von Merkatz (als ständiger Vertreter Bundesaußenministers) als Sonderbotschafter mit einem Beamten des Auswärtigen Amtes und einem General der Bundeswehr entsandt werden könnte. Hierzu folgt Schriftbericht.<sup>18</sup>
- 2) Bei Gelegenheit der Revolutionsfeier sollte eine irakische Militärdelegation zum Besuch der Bundeswehr für acht bis zehn Tage eingeladen werden. Bewaffnete Macht ist hier Hauptstütze des Regimes, daher politisch von großer Bedeutung. Bitte zu Frage der Einladung eventuell gegenwärtig in Bonn weilenden Militärattache<sup>19</sup> hören.
- 3) Ölminister Salman sollte mit seiner Frau nach Deutschland zur Besichtigung von Ölraffinerien und Betrieben, die sich auf dem Gebiet des Baues petrochemischer Werke betätigen, eingeladen werden. Hierzu folgt ebenfalls Schriftbericht.<sup>20</sup>
- 4) Auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe, auf dem die irakische Regierung in ihren Wünschen durchaus Zurückhaltung zeigt, da sie in der Furcht lebt, in westliche Abhängigkeit zu geraten, sollten die wenigen Wünsche, die auf diesem Gebiete vorgebracht werden, schnell und großzügig erfüllt werden. In der Hauptsache wird es sich um die Entsendung von Sachverständigen und Lehrkräften

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „demonstrativem?“

<sup>18</sup> Mit Privatdienstschreiben vom 13. Juni 1961 an Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt bekräftigte Botschafter von Barga, Bagdad, „daß eine besonders hervorragende Vertretung der Bundesrepublik hier eine nützliche Wirkung haben“ würde. Zur Teilnahme an den Revolutionsfeierlichkeiten kämen vielleicht Staatssekretär Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft, oder Bundesminister Wilhelmi in Frage. Vgl. B 12 (Referat 708), Bd. 954.

Voigt äußerte mit Antwortschreiben vom 16. Juni 1961 Zweifel, ob die Entsendung eines Ministers „zu einem jährlich wiederkehrenden Gedenktag“ sinnvoll wäre. Vgl. B 12 (Referat 708), Bd. 954.

Am 6. Juli 1961 kündigte Voigt der Botschaft in Bagdad an, daß „als Leiter der militärischen Abordnung Brigadegeneral (Heer) Friedrich Berendsen, Hauptquartier CENTAG, Heidelberg“, entsandt werde. Vgl. den Schriffterlaß; B 12 (Referat 708), Bd. 951.

<sup>19</sup> Joachim Tzschaschel.

<sup>20</sup> Botschafter von Barga, Bagdad, sprach sich am 29. Mai 1961 erneut für eine Einladung des irakischen Ministers für Ölangelegenheiten, Salman, in die Bundesrepublik aus. Die irakische Regierung plane „den Aufbau einer umfassenden petrochemischen Industrie“ und zeige Interesse an einer Zusammenarbeit. Auch die vor kurzem „hier zu Besuch weilenden Herren der Firmen Phoenix-Rheinrohr und Stahlunion“ hätten Interesse an einem Besuch von Salman gezeigt. Vgl. den Schriftbericht; B 66 (Referat 416), Bd. 259.

Am 27. Juni 1961 berichtete Barga, daß Salman öffentlich die Errichtung petrochemischer Werke in Basra und Kirkuk sowie weiterer Ölraffinerien angekündigt habe. Barga wies darauf hin, daß er bereits mehrere Gespräche mit dem Minister über „engere deutsch-irakische Zusammenarbeit auf Ölgebiet“ geführt habe, und bat erneut um die Ermächtigung, Salman in die Bundesrepublik einzuladen, um „möglichen anderen Einladungen zuvorkommen“ zu können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; B 12 (Referat 708), Bd. 964.

handeln. Daneben sind aber auch einige Projekte von Interesse, deren Durchführung nützliche Auswirkungen haben würde.

Bei Durchführung dieses kurz skizzierten Programms wird das politische Interesse der Bundesregierung hier eine günstige Aufnahme finden und die Bestrebungen, den Irak aus der Ostblockbeeinflussung allmählich herauszulösen, wirksam fördern. Auch hier wird die Bundesrepublik stellvertretend für den gesamten Westen<sup>21</sup> auftreten müssen, da ihre großen NATO-Partner, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, hier als ständig verdächtige Imperialisten und Alt- oder Neukolonialisten nur geringe oder keine Aktionsmöglichkeiten haben oder wie Frankreich wegen Algerien völlig abgelehnt werden.

Für baldige Drahtweisung zum Grundsätzlichen wäre ich dankbar.<sup>22</sup>

[gez.] Barga

VS-Bd. 2309 (I B 4)

## 164

### Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Botschafter Steel

115-61.A/61 VS-vertraulich

30. Mai 1961<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. Mai 1961 um 18.00 Uhr den britischen Botschafter Sir Christopher Steel zu einem Gespräch, bei dem außerdem Herr VLR I Dr. Osterheld zugegen war.

Botschafter *Steel* stellte zunächst die Frage, was de Gaulle über die Sechs und die Sieben gesagt habe. Herr Staatssekretär Carstens habe es ihm nicht genau sagen können, und seine Formulierung sei etwas pessimistisch gewesen. Herr Carstens habe im wesentlichen gesagt, das ganze sei vor allem eine britische Angelegenheit. Der Herr Bundeskanzler habe jedoch sicherlich bemerkt, daß die britische Neigung sich um einiges verstärkt habe.

<sup>21</sup> Der Passus „den Irak ... gesamten Westen“ wurde von Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt hervor gehoben und angeschlängelt.

<sup>22</sup> Am 12. Juni 1961 teilte Staatssekretär Carstens der Botschaft in Bagdad zu den „sehr interessanten Ausführungen“ mit, verstärkte Bemühungen um die Beziehungen zum Irak seien zwar wünschenswert: „Darüber hinausgehen und gegenüber dem Irak eine Politik zu beginnen, die eine Parteinahme in den innerarabischen Auseinandersetzungen und Rivalitäten bedeuten und uns insbesondere über kurz oder lang in Gegnerschaft zu Nasser bringen würde, erscheint uns jedoch bedenklich. Dem deutschen und dem gesamtwestlichen Interesse ist am besten gedient, wenn wir wie bisher im arabischen Raum keine unmittelbaren politischen Ziele verfolgen, den arabischen Nationalismus ohne Bevorzugung der einen oder anderen seiner Erscheinungsformen grundsätzlich bejahen und zu allen arabischen Ländern nach Möglichkeit gleich gute Beziehungen zu unterhalten suchen.“ Auch hätten „die verschiedenen gescheiterten amerikanischen Versuche, den arabischen Raum enger an den Westen zu binden, gezeigt, welche Grenzen der westlichen Politik im Nahen Osten gesetzt sind“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 82; VS-Bd. 2309 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 2. Juni 1961 gefertigt.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, sein Gespräch mit de Gaulle<sup>2</sup> habe sich in zwei Teilen abgespielt. Zunächst sei er mit de Gaulle allein in Rhöndorf gewesen. Er habe dabei vermieden, über die Sieben zu sprechen, und auch de Gaulle habe diese Frage nicht aufgeworfen. Der zweite Teil des Gesprächs habe dann am Nachmittag im Bundeskanzleramt stattgefunden. Der Herr Bundeskanzler sagte dann zu Herrn Dr. Osterheld, er solle dem Botschafter kurz sagen, was am Nachmittag über diese Frage gesprochen worden sei.

Herr Dr. Osterheld erwiderte, er sei selbst nicht bei dem Gespräch dabeigewesen, kenne jedoch in etwa den Inhalt der Gespräche und könne dem, was Herr Staatssekretär Carstens dem Botschafter bereits gesagt habe, eigentlich nichts hinzufügen.

Botschafter *Steel* bemerkte, was in der anschließenden Pressekonferenz gesagt worden sei<sup>3</sup>, sei nicht allzu ermutigend gewesen.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte hierzu, er habe sich selbst beim Lesen der Zeitung etwas über das gewundert, was Herr Carstens gesagt habe. Er stellte dann dem Unterzeichneten<sup>4</sup> die Frage, was am Nachmittag besprochen worden sei.

Der *Unterzeichnete* bemerkte, der Tenor des Gesprächs über diesen Punkt habe gelaute, daß ein solcher Zusammenschluß begrüßt würde, jedoch Großbritannien den ersten Schritt tun müsse. Man stehe jedoch einem solchen Schritt aufgeschlossen gegenüber.

Botschafter *Steel* sagte, die britischen Gespräche mit Herrn Wormser<sup>5</sup> seien sehr gut gelaufen. Man habe jedoch immer etwas den Eindruck gehabt, als ob de Gaulle sich zurückhalte. Der Herr Bundeskanzler scheine diesen Eindruck nicht zu teilen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Großbritannien sich ja anderen Schwierigkeiten gegenübersehe. Die Front der Befürworter bzw. Gegner eines Beitritts laufe ja quer durch die britischen Parteien. Eine Mehrheit ließe sich daher nur durch ein Zusammengehen der beiden jeweiligen Gruppen erreichen. Dies wäre nach Ansicht von Herrn von Brentano ein schlechter Auftakt für die nächsten britischen Wahlen.<sup>6</sup>

Botschafter *Steel* bemerkte dazu, der britische Informationsminister Hill befinde sich zur Zeit in Deutschland. Er kenne die öffentliche Meinung sehr gut und habe gestern erklärt, daß alles in Bewegung sei.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, dies sei erfreulich.

<sup>2</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 20. Mai 1961 vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

<sup>3</sup> Zu den Ausführungen des Staatssekretärs Carstens vor der Presse vgl. BULLETIN 1961, S. 901 f.

<sup>4</sup> Hermann Kusterer.

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen des Beraters für Europäische Handelsfragen im britischen Außenministerium, Barclay, mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Wormser, vgl. Dok. 56, Anm. 21. Botschaftsrat I. Klasse Kutscher, Paris, gab am 8. Mai 1961 Informationen von Wormser über die Fortsetzung der Gespräche am 2./3. Mai 1961 in London weiter. Neben der Frage der „Differenzen zwischen EWG und Commonwealth-Präferenzsystem“ hätten die Agrarprobleme im Mittelpunkt gestanden. Britische Hauptsorge sei, „ob EWG beabsichtige, eine europäische Agrarautarkie zu schaffen, und die Frage des Agrarpreisniveaus im gemeinsamen Markt“. Wormser habe den „Eindruck einer Evolution der englischen Auffassungen“ gewonnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 470; B 53 (Referat 401), Bd. 292. Vgl. dazu auch DDF 1961, I, S. 570–573.

<sup>6</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

Botschafter *Steel* fuhr fort, dies sei das erste Mal, daß die Bauern hörten, daß sie auch auf dem Kontinent geschützt wären, wenn auch mittels einer anderen Methode.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte dazu, in allen Ländern habe man Angst vor den Bauern, aber de Gaulle sei nicht gegen einen Beitritt.

Botschafter *Steel* kam dann auf die Veröffentlichung eines sogenannten Alarmplanes für Berlin in der *New York Herald Tribune*<sup>7</sup> zu sprechen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, er habe dies gelesen, sei aber der Meinung, daß wahrscheinlich mehrere Pläne existierten.

Botschafter *Steel* bezeichnete es als scheußlich, daß dies rausgekommen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man male immer den Teufel an die Wand. Die gesamte Presse spreche von nichts anderem als Berlin. Damit animiere man Herrn Chruschtschow ja geradezu, in Berlin etwas zu unternehmen. Er habe schon immer gegen dieses Verhalten gekämpft.

Botschafter *Steel* sagte, die von Cook veröffentlichten Pläne entsprächen zwar nicht den Tatsachen, enthielten aber einige richtige Punkte.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, zuerst habe er von diesen Dingen von John Foster Dulles gehört.

Botschafter *Steel* erwähnte, daß hinter dieser Veröffentlichung auch innerpolitische Gründe steckten, die *New York Herald Tribune* sei republikanisch und wolle damit die Demokraten angreifen. Das einzig Tröstliche an diesen Veröffentlichungen sei, daß die Russen sicher nicht wüßten, was sie wirklich glauben sollten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe Vertrauen, daß Kennedy aus der ganzen Sache gut herauskommen werde. Kennedy sei unbestreitbar klug und wisse, vor allem nach den Vorgängen in Kuba<sup>8</sup> und Laos<sup>9</sup>, daß Amerika in Berlin unbedingt festbleiben müsse.

Botschafter *Steel* warf ein, Kennedy habe Kuba und Laos ja geerbt.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte dies und bemerkte, Kennedy habe ihm gesagt, er sei völlig unbeteiligt.

Botschafter *Steel* wies darauf hin, vor allem das Pentagon sei immer sehr draufgängerisch.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, ihm sei gesagt worden, daß die amerikanische Abwehr gar nicht gewußt habe, daß Castro von den Russen Panzer und Flugzeuge erhalten habe.

Botschafter *Steel* sagte dazu, dies alles habe doch in den Zeitungen gestanden. England habe ja mit dem CIA gute Beziehungen und auch heute noch eine Mission dort.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte Botschafter *Steel*, ob er gelesen habe, welche Vorschläge Taylor angeblich gemacht haben soll und daß Taylor sogar eventuell

<sup>7</sup> Am 29. Mai 1961 wurde in der Tageszeitung „New York Herald Tribune“ über die militärische Eventualfall-Planung für Berlin berichtet. Vgl. den Artikel von Don Cook: „De Gaulle Will Ask Kennedy If He Would Risk Berlin War“; NEW YORK HERALD TRIBUNE, European Edition vom 29. Mai 1961, S. 1f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/6, S. 783–785.

<sup>8</sup> Zum gescheiterten Landungsunternehmen exilkubanischer Truppen auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10.

<sup>9</sup> Zur amerikanischen Politik gegenüber Laos vgl. Dok. 108, Anm. 6.

an Dulles' Stelle treten sollte.<sup>10</sup> Er schätze Allen Dulles sehr. Dulles verfüge über große Erfahrung und habe sehr viel Ruhe.

Botschafter *Steel* bestätigte diese Ansicht.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, Kennedy werde ja acht Stunden mit Chruschtschow sprechen.<sup>11</sup> Er könne sehr wohl verstehen, daß Kennedy Chruschtschow kennenlernen wolle.

Botschafter *Steel* sagte, Kennedy könne ohnehin nur für sich sprechen und daher nichts weggeben. Sicher sei dem Herrn Bundeskanzler bekannt, daß Chruschtschow in einem langen Gespräch mit Thompson<sup>12</sup> gesagt habe, daß er ein konkretes Ergebnis aus dem Wiener Gespräch nicht erwarte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei völlig ruhig und vertraue auf Kennedy, daß er sich nicht aufs Glatteis begeben. Kennedy wisse, daß er nur für sich selber sprechen könne, und auch das nur nach Konsultation. Er habe von Kennedy einen guten Eindruck gewonnen.<sup>13</sup> Kennedy fasse schnell auf, drücke sich klar aus und sei ruhig, auch in seiner Überlegung. Jedenfalls viel besser als Herter.

Botschafter *Steel* fragte, ob Rusk nach dem Wientreffen nach Bonn kommen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, ihm sei mitgeteilt worden, daß Kennedy jemand aus seinem nächsten Kreise nach Bonn schicken wolle, vielleicht sei es Thompson.<sup>14</sup> Kennedy werde dann ja nach London reisen und Macmillan unterrichten.<sup>15</sup>

Botschafter *Steel* erklärte, zunächst stehe ja nun das Gespräch Kennedy–de Gaulle bevor<sup>16</sup>, das für die Sechs und die Sieben jedenfalls von großer Bedeutung sei.

<sup>10</sup> Der frühere Stabschef des amerikanischen Heeres, Taylor, wurde am 21. April 1961 von Präsident Kennedy beauftragt, gemeinsam mit Justizminister Robert Kennedy, dem Stabschef der amerikanischen Marine, Admiral Burke, und dem Direktor der CIA, Dulles, die Rolle der CIA beim gescheiterten Landungsunternehmen exilkubanischer Truppen auf Kuba zu prüfen. In der Presse wurde berichtet, daß die Untersuchung nach dem „kubanischen Fiasko“ nicht dazu gedacht sei, Fehler der CIA anzuprangern und einen „Prügelknaben“ zu präsentieren. Vielmehr habe Kennedy deutlich gemacht, daß er keinen Rücktritt von Dulles wünsche. Vgl. den Artikel „Eisenhower ruft zur Unterstützung Kennedys auf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. April 1961, S. 1.

Die Studiengruppe trat am 22. April 1961 erstmals zusammen und legte am 13. Juni 1961 ihren Bericht in Form von vier Memoranden vor. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, X, Dok. 169, S. 318–324, und Dok. 229–234, S. 573–606.

Taylor wurde am 26. Juni 1961 zum Militärberater des amerikanischen Präsidenten ernannt.

<sup>11</sup> Zur Mitteilung des Präsidenten Kennedy über das beabsichtigte Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien vgl. Dok. 156, Anm. 20.

<sup>12</sup> Zum Gespräch des Ministerpräsidenten Chruschtschow mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Thompson, am 23. Mai 1961 vgl. Dok. 161.

<sup>13</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy und dem amerikanischen Außenminister Rusk am 12./13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

<sup>14</sup> Am 5. Juni 1961 wurde Bundeskanzler Adenauer in Düsseldorf vom Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, über die Gespräche des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien informiert. Vgl. dazu Dok. 170.

<sup>15</sup> Präsident Kennedy führte am 4./5. Juni 1961 Gespräche mit Premierminister Macmillan in London. Vgl. dazu DBPO III/VI, Dok. 225. Vgl. ferner FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 34, S. 98–102.

<sup>16</sup> Präsident Kennedy und Staatspräsident de Gaulle trafen vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris zusammen. Vgl. dazu Dok. 170 und Dok. 185.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, das amerikanische Denken in dieser Beziehung sei sehr klar. Kennedy habe ihm gesagt, er wünsche die Integration Europas, aber er werde auf England keinen Druck ausüben.

Botschafter *Steel* warf ein, im Gegensatz zu den früheren Administrationen habe die jetzige nichts gegen einen Zusammenschluß.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, früher sei ja, vor allem von Dillon, immer wieder gesagt worden, daß Amerika dagegen wäre, wenn auch Großbritannien sich anschliesse.

Botschafter *Steel* bemerkte dazu noch, die frühere Administration habe auch die anderen, z. B. Österreich usw., nicht dabei haben wollen.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete diesen Wandel in der Auffassung als wichtig.

Botschafter *Steel* kam dann darauf zu sprechen, daß Botschafter von Herwarth vor kurzem im Foreign Office die Frage gestellt habe, ob die AFP-Meldung richtig sei, wonach Großbritannien eine Dreierorganisation in der NATO für die nuklearen Waffen plane.<sup>17</sup> Das Auswärtige Amt sei bereits davon unterrichtet, daß diese Meldung jeder Grundlage entbehre.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dazu, de Gaulle habe ihm gegenüber niemals von etwas Derartigem gesprochen.

Botschafter *Steel* wies darauf hin, in der AFP-Meldung habe gestanden, daß England dies vorschlage sowie die Übernahme des Oberbefehls durch einen Franzosen usw.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, daß die Bundesrepublik und auch Italien gegen einen solchen Vorschlag wären. Aber die NATO befinde sich in anderen Gebieten in Schwierigkeiten. Er habe am Comer See mit Stikker darüber gesprochen<sup>18</sup> und festgestellt, daß manches im Sinne einer Reorganisation geschehen müsse. Er meine jetzt nicht die nuklearen Waffen, sondern ganz allgemein. Stikker sei z. B. in Oslo<sup>19</sup> beauftragt worden, für Dezember<sup>20</sup> militärische Vorschläge zu machen. Dabei verfüge Stikker über keinen einzigen Offizier.

Botschafter *Steel* sagte, er würde es mit großer Besorgnis sehen, wenn z. B. die Standing Group nach Paris verlegt würde. Dies würde sicher das ziemlich gute Verhältnis zwischen Norstad und dem NATO-Rat stören.

<sup>17</sup> Ministerialdirektor von Eitzdorf wies die Botschaften in London, Paris und Washington sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris am 15. Mai 1961 an, „Hintergrund und Wahrheitsgehalt“ einer Meldung der Nachrichtenagentur Agence France-Presse vom 13. Mai 1961 zu klären. Danach habe die britische Regierung auf Anregung des Premierministers Macmillan „Projekt einer taktischen Kernwaffeneinheit der NATO ausgearbeitet [...], das Beifall Kennedys und Norstads gefunden habe. Nach britischer Ansicht würde diese Unterstützungseinheit, die unter französischer Führung stehen und der lediglich amerikanische, britische und französische Streitkräfte angehören sollen, keine strategische Aufgabe haben. Ihre atomare Feuerkraft soll jedoch den Verbündeten genug Zeit lassen, um festzustellen, ob strategischer Gegenschlag notwendig ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1378; B 14-301, Bd. 213.

Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London, teilte am 18. Mai 1961 mit, daß er den Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Shuckburgh, auf die Meldung angesprochen und dieser ihm erklärt habe, „daß keinerlei britischen Pläne für eine solche taktische Kernwaffeneinheit beständen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 398; B 14-301, Bd. 213.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Adenauer traf am 13. Mai 1961 mit NATO-Generalsekretär Stikker in Menaggio zusammen.

<sup>19</sup> In Oslo fand vom 8. bis 10. Mai 1961 die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 139–142.

<sup>20</sup> Vom 13. bis 15. Dezember 1961 fand in Paris die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 546, Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er würde eine solche Änderung nicht begrüßen. Stikker und Norstad hätten ja ein gutes persönliches Verhältnis. Norstad werde ja auch sicher mindestens bis Ende des Jahres bleiben.

Botschafter *Steel* sagte, Norstad sei der beste amerikanische General, den man finden könne. Er sei ruhig und kenne Europa sehr gut.

Botschafter Steel kam dann erneut auf die Reorganisation der NATO zu sprechen. Man müsse etwas Kräftiges in der Mitte haben, schwierig sei es jedoch mit den kleinen Ländern, die sehr eifersüchtig seien.

Am Ende des Gesprächs wurde von beiden Gesprächspartnern das Weggehen von Botschafter von Herwarth aus London<sup>21</sup> bedauert. Botschafter Steel bemerkte noch, daß für London ein Botschafter notwendig sei, der vor allem sehr gut Englisch sprechen und London bereits gut kennen müsse, da die dortige Gesellschaft so ungeheuer groß sei.<sup>22</sup>

Das Gespräch endete gegen 18.30 Uhr.

**Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59**

## 165

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Sahm, z.Z. London, an das Auswärtige Amt

114-44/61 streng geheim  
Fernschreiben Nr. 434

Aufgabe: 30. Mai 1961, 19.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 30. Mai 1961, 21.45 Uhr

Betr.: Verteidigungsplanung der NATO

Der Herr Bundesminister hat hier<sup>2</sup> von folgender Aufzeichnung des Botschafters von Walther Kenntnis genommen und bittet um Wiedervorlage nach seiner Rückkehr.

Aufzeichnung

1) Am Samstag, den 27.5. nachmittags um 5.30 Uhr, hatte ich Herrn Botschafter Finletter und Herrn Norstad zu mir gebeten, um ihnen weisungsgemäß das

<sup>21</sup> Hans Herwarth von Bittenfeld wurde am 6. September 1961 Staatssekretär und übernahm die Leitung des Bundespräsidialamts.

<sup>22</sup> Am 8. August 1961 teilte das Auswärtige Amt mit, daß die britische Regierung Ministerialdirektor von Etzdorf das Agrément als neuem Botschafter in London erteilt habe. Vgl. dazu BULLETIN 1961, S. 1412.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Scheske am 31. Mai 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Balken „z[ur] K[entnisnahme]“ verfügte.

Hat Balken am 31. Mai 1961 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 7. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Doppel an BMVtg (z. Hd. O[berst] Bertram); 2) Dg 30, D 3“ und um Wiedervorlage bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Werz am 8. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 8. Juni 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister von Brentano hielt sich am 29./30. Mai 1961 in Großbritannien auf.

deutsche Memorandum zur strategischen Konzeption der NATO zu übergeben und mit den mir übermittelten Kommentaren mündlich zu erläutern.<sup>3</sup> Da General Norstad, der vom Lande kam, bereits eine Viertelstunde vorher eintraf, hatte ich Gelegenheit, vorher und nach der Übergabe des Papiers noch allein mit ihm zu sprechen.

General Norstad zeigte sich über den Inhalt des Memorandums außerordentlich erfreut und wies insbesondere im Zusammenhang mit unseren Ausführungen zur „Pause“ darauf hin, daß seine Ausführungen am Vortage bei der NATO-Übung SHAPEX<sup>4</sup> genau auf der gleichen Linie wie die deutschen Auffassungen gelegen hätten. Er ging sodann in meiner Gegenwart zum ersten Mal und in einer für ihn bemerkenswert scharfen Weise auf die vom Acheson-Komitee entwickelten Gedanken zur konventionellen Kriegführung, der nuklearen Schwelle und der Pause ein.<sup>5</sup> Er bezeichnete die dort angestellten Überlegungen als unrealistisch und rein theoretisch. Auf meine Gegenfrage, wie es möglich sei, daß Acheson auf solche unhaltbaren Theorien verfallen sei, nachdem er, wie mir Finletter gesagt hätte, mit ungefähr 300 Militärs gesprochen habe, erwiderte Norstad: „Das stimmt ja gar nicht. Acheson hat mit mir dreieinhalb Stunden gesprochen und hat dann zu einigen technischen Fragen mit Herren aus dem Pentagon verhandelt. Er hat sich aber nie die Mühe gemacht, Kenner der europäischen militärischen Voraussetzungen und Bedingungen zu befragen.“ Er deutete weiterhin an, daß auch die „Gehirntruster“ um Acheson an ihren ursprünglichen Ideen über die Schwelle und die Pause inzwischen zu zweifeln begonnen hätten und an ihre Durchführbarkeit nicht mehr glaubten. Er hoffe, daß diese Begriffe, die er leider selber ursprünglich unter anderen Voraussetzungen in die Welt gesetzt hätte<sup>6</sup>, in der neuen Acheson'schen Form bald verschwinden würden.

2) Wie ich bereits in meinem Drahtbericht vom 27.5.<sup>7</sup> bemerkte, wird voraussichtlich im Laufe der weiteren Diskussion die Frage aufkommen, ob der Antrag des

<sup>3</sup> Ministerialdirektor von Etdorf übermittelte am 26. Mai 1961 „den Text eines Memorandums, das die erste Stellungnahme der Bundesregierung zu der Erklärung darstellt, die der amerikanische NATO-Botschafter am 26. April im NATO-Rat abgegeben hat“, an Botschafter Grewe, Washington, und Botschafter von Walther, Paris (NATO). Er bat darum, das Memorandum „unverzüglich der amerikanischen Regierung (bzw. Botschafter Finletter und General Norstad) zur Kenntnis zu bringen, da amerikanische Botschaft um Übermittlung des Textes vor der Europareise von Präsident Kennedy gebeten hat.“ Außerdem übersandte Etdorf Erläuterungen zu dem Memorandum, die mündlich gegeben werden könnten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1509; B 130, Bd. 1987 A (201).

<sup>4</sup> Am 2. Juni 1961 informierte Ministerialdirektor Harkort Staatssekretär Carstens und Bundesminister von Brentano über die Übung „SHAPEX 61“ vom 23. bis 26. Mai 1961 in Paris, an der er teilgenommen habe: „Am 26. Mai hielt General Norstad selbst einen langen, brillanten Vortrag über den gegenwärtigen Stand der NATO-Streitkräfte und über das Konzept ihrer zukünftigen Entwicklung. Ob dieser Vortrag später zur Verfügung gestellt werden wird, ist mir unbekannt.“ Vgl. VS-Bd. 4953 (D 4); B 150, Aktenkopien 1961.

Botschafter von Walther, Paris (NATO), übermittelte den Vortragstext am 7. Juni 1961. Vgl. dazu den Schriftbericht; B 130, Bd. 1988 A (201).

<sup>5</sup> Vgl. dazu die auf der Grundlage des Berichts der vom Berater des amerikanischen Präsidenten, Acheson, geleiteten Arbeitsgruppe formulierte Policy Directive vom 20. April 1961; FRUS 1961–1963, XIII, Dok. 100, S. 285–291.

Zur Erläuterung der Überlegungen durch den amerikanischen NATO-Botschafter Finletter am 26. April 1961 im Ständigen NATO-Rat in Paris vgl. Dok. 125.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, vom 6. Dezember 1959; Dok. 115, Anm. 5.

<sup>7</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete am 27. Mai 1961 vom Gespräch mit seinem amerikanischen Amtskollegen Finletter und dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa



angegriffenen Landes und die Entscheidung von SACEUR das Double-Key-Prinzip<sup>8</sup> ersetzen soll oder ob die beiden Systeme nebeneinander weiterbestehen werden. Es wird hierbei eine besondere Rolle spielen, ob auf Antrag des angegriffenen Landes hin auch die in anderen Ländern stationierten nuklearen Waffen automatisch zum Einsatz kommen werden. Ich nehme an, daß die beiden Systeme nebeneinander weiterbestehen sollen, bitte mich aber mit Weisung zu versehen, wie ich gegebenenfalls Stellung nehmen soll.

3) In den Botschafterbesprechungen habe ich schon einmal das Problem angedeutet, daß bei den begrenzten konventionellen Kämpfen eine<sup>9</sup> der zwölf deutschen Divisionen so stark mitgenommen werden könnte, daß nach Überschreitung der Schwelle diese Division zunächst nicht einsetzbar wäre. Der Ausfall einer Division oder selbst die wesentliche Verminderung der vollen Kampfkraft einer Division würde die strategischen Pläne Norstads von vornherein behindern. Ich bitte um Weisung, ob dieses Argument in Zukunft weiterhin zu verwenden ist oder nicht.

4) Ich habe inzwischen erfahren, daß die Standing Group die Beantwortung meiner seinerzeitigen Frage vorbereitet, ob die NATO-Divisionen wegen ihrer Ausrichtung auf taktische Atomwaffen und ihrer unzureichenden artilleristischen Ausstattung überhaupt noch in der Lage wären, konventionell zu kämpfen. (Die Standing Group hatte ursprünglich die Beantwortung dieser Frage abgelehnt.) Der Vertreter der Standing Group in Paris, General Barry, sagte mir auf meine Frage, daß die Standing Group voraussichtlich meine Frage bejahen würde. Wie ich Äußerungen deutscher militärischer Sachverständiger entnehmen zu können glaube, ist die augenblickliche artilleristische Ausstattung der deutschen Divisionen im Endstadium für rein konventionelle Kämpfe nicht ausreichend. Ich bitte eventuell um rechtzeitige Weisung, ob und wie ich zu dieser meiner Frage Stellung nehmen kann.

5) Im Verlauf des Gesprächs frug ich Norstad, ob im Zusammenhang mit den atomaren Polaris-U-Booten<sup>10</sup> in den Vereinigten Staaten das Problem erörtert worden sei, wie eine Inter-NATO-Bemannung dieser U-Boote mit gleichzeitiger amerikanischer Verwahrung der auf den U-Booten befindlichen Nuklearköpfe möglich sei. Norstad erwiderte, daß in der Tat Bowie einen dahingehenden Vorschlag gemacht habe<sup>11</sup>; dieser Vorschlag sei einer unter sechs oder acht Vor-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 741*

(SACEUR), Norstad, anlässlich der Übergabe des Memorandumsentwurfs der Bundesregierung vom Vortag. Norstad habe sich „sehr zufrieden über die meisten Punkte“ gezeigt: „Er ließ aber durchblicken, daß er es bedauern würde, wenn wir jegliche Stationierung von MRBM auf dem Festland ablehnen würden; eine multilaterale Polaris-U-Boot-Streitmacht mit verschiedenen nationalen oder gemischten Besatzungen sei seiner Ansicht nach praktisch nicht durchführbar. [...] Wenn die europäischen Partner die auf Land stationierten MRBM ablehnten, befürchte er ein Scheitern des ganzen Planes. Er wies dabei besonders auf das technische Problem hin, daß nur die landgebundenen MRBM ziel-sicher und außerdem zentral auslösbar seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 544; B 130, Bd. 1987 A (201).

<sup>8</sup> Zur Einsatzregelung für die der NATO zur Verfügung stehenden Atomwaffen vgl. Dok. 60, Anm. 12.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Scheske hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nur eine?“

<sup>10</sup> Zur Ankündigung des Präsidenten Kennedy vom 17. Mai 1961, der NATO fünf mit Polaris-Raketen bestückte U-Boote zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 150, Anm. 21.

<sup>11</sup> Zu den Vorschlägen des Leiters des Center for International Affairs an der Harvard University, Bowie, vom Oktober 1960 („Bowie report“) vgl. Dok. 62, Anm. 22.

schlagen. Er selber, Norstad, halte diese Idee jedoch für völlig undurchführbar. Er kam zurück auf seine alte Lieblingsidee der in Europa beweglich zu dislozierenden MRBMs (eventuell auf Lastwagen)<sup>12</sup>, die erst nach drahtloser Auslösung durch die Zentrale von der Besatzung der Lastwagen zum Abschluß<sup>13</sup> gebracht werden könnten.

Nur diese MRBMs seien völlig zielsicher und gäben eine Gewähr gegen mißbräuchliche oder voreilige Benutzung. (Die auf den Polaris-U-Booten unter Wasser befindlichen Raketen könnten nicht mit einer derartigen Fernauslösevorrichtung versehen werden und sind infolge des Durchgangs durch das Wasser und der Schwierigkeit der exakten Positionsbestimmung des U-Bootes nicht unbedingt zielsicher.) Auf meinen Einwand, daß die Stationierung einer großen Anzahl von MRBMs auf deutschem Gebiet eine ungeheure Gefahr für die Bundesrepublik darstellen und außerdem der gegnerischen Propaganda ein sehr gefährliches Material in die Hand geben würde, daß weiterhin eine Dislozierung auf französischem Gebiet voraussichtlich infolge des Widerstandes von de Gaulle nicht möglich sein würde, erwiderte Norstad, daß der Großteil dieser MRBMs nicht auf bundesdeutschem oder französischem Gebiet zu sein brauche und daß man einer solchen Propaganda das Argument der zentralen Auslösungsmöglichkeit entgegenhalten könne. Das Gespräch wurde nicht weiter vertieft, so daß ich über Norstads Dislozierungsprobleme nichts Näheres aussagen kann.

6) Nach Abschluß der NATO-Übung SHAPEX habe ich an Stikker die Frage gerichtet, wann die Botschafterbesprechungen über die strategische Konzeption der NATO weitergehen sollen. Stikker erwiderte, daß er vorläufig selber noch keine klaren Vorstellungen, weder über die Frage der Kontrolle noch über die Frage der eigentlichen Konzeption noch über die Frage der Finanzierung, habe. Zu dieser letzten Frage, die Stikker als ehemaligen Bankier immer besonders interessiert, bemerkte er, daß nach seiner Berechnung die neuen Konzeptionen das finanzielle „gap“ ungefähr auf das Doppelte, d. h. auf 8 Milliarden Dollar, vergrößern würden.

Er selber, Stikker, habe auch noch keine Vorstellung darüber, von welcher Seite man die Gesamtfrage zunächst anpacken solle. Er schlug daher vor, mit der Wiederaufnahme der Gespräche zu warten, bis er selber hierüber klarere Konzeptionen habe. Er nähme an, daß die Gespräche in etwa drei bis vier Wochen wieder begonnen werden könnten.<sup>14</sup>

[gez.] Sahm

**B 130, Bd. 1987A (201)**

<sup>12</sup> Zu den Überlegungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, zur Ausstattung der NATO mit Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 28.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Abschluß“.

<sup>14</sup> Am 5. Juni 1961 teilte Botschafter von Walther, Paris (NATO), mit, daß wegen des Besuchs des amerikanischen Außenministers Rusk in Paris „die vorgesehene Diskussion über die Begriffe ‚Pause‘ und ‚Erhöhung der Schwelle‘“ auf den folgenden Nachmittag verschoben worden sei: „Stikker schlug ferner vor, die Diskussion und die Entscheidung des Rats über das weitere Verfahren der NATO-Verteidigungsplanung auf Ende dieser oder auf nächste Woche zu verschieben, da er sich zunächst Klarheit über einige Fragen verschaffen müsse. Dazu gehöre die Frage, ob die MC 70 oder die MC 96 als Grundlage der militärischen Anforderungen für die strategische Planung dienen solle.“ Der britische NATO-Botschafter Mason und sein belgischer Amtskollege de Staercke hätten es als „wichtigste und vordringlichste Aufgabe“ bezeichnet, die Erklärung des amerikanischen NATO-Botschafters Finletter vom

**Bundesminister von Brentano, z.Z. Dublin,  
an das Auswärtige Amt**

114-3719/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 17

Aufgabe: 31. Mai 1961, 23.52 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 1. Juni 1961, 08.08 Uhr

Bei dem Besuch, den ich dem Ministerpräsidenten Lemass gestern in seinem Amtssitz abstattete<sup>2</sup>, hatten wir ein längeres Gespräch über die Zukunft der EWG. Der Ministerpräsident sagte mir, daß seine Regierung nichts mehr wünsche, als der EWG beizutreten, und zwar am liebsten sogleich als volles Mitglied. Sie könne dies jedoch erst tun, nachdem die britische Regierung Stellung dazu bezogen hat, ob und in welcher Form sie sich der EWG anschließen könne. Irland befände sich eben gegenüber Großbritannien in einer besonderen Position, die aus der Nachbarschaft und der jahrhundertelangen Verflechtung der beiden Nationalwirtschaften folge und die sich insbesondere in der Abhängigkeit Irlands vom Export seiner landwirtschaftlichen Produkte nach Großbritannien äußere. Ich versicherte Herrn Lemass, daß wir für die besondere Lage Irlands volles Verständnis hätten. Nichts läge uns ferner, als die EWG zu einem autarken Gebilde zu machen; wir wollten jedoch nicht, daß andere Länder dadurch, daß sie sich uns anschließen, wiederum in Schwierigkeiten mit Ländern gerieten, mit denen wir gleicherweise befreundet sind. Sollte sich England zu einem Beitritt entschließen, würden als nächste die Dänen und Norweger folgen.<sup>3</sup> Die größte Schwierigkeit, die man hierbei überwinden müsse, sei die Herstellung einer gemeinsamen Agrarordnung. Die irische Regierung brauche jedoch nicht besorgt zu sein, daß wir in dieser Beziehung irgend etwas präjudizieren würden; wir würden vielmehr warten, bis wir insofern zu einem Abschluß des Gesprächs mit den anderen interessierten Ländern gekommen sind, zu denen wir außer Großbritannien, Dänemark und Norwegen auch Irland rechneten. Im übrigen besäßen wir ja in der OECD ein Forum, das gerade die Aufgabe habe, Schwierigkeiten unter unseren Ländern zu lösen, und das den Vorteil biete, auch die Meinung der Amerikaner und Kanadier zu hören. Die Frage des Ministerpräsidenten, ob in diesem Zusammenhang auch an eine Diskussion bei GATT gedacht werden

*Fortsetzung Fußnote von Seite 743*

26. April 1961 zu erörtern, woraufhin er, Walther, die Stellungnahme der Bundesregierung erwähnt und ihre Einführung im Ständigen NATO-Rat angekündigt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 572; B 130, Bd. 1997 A (201).

Am selben Tag übermittelte Walther den von Stikker vorgelegten „Entwurf eines Zeitplans der Diskussionen im NATO-Rat über das strategische Konzept und die Rolle der Schildstreitkräfte“. Vgl. den Schriftbericht; B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Jansen vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Voigt und an Referat 200 verfügte.

Hat Voigt am 5. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Groepper am 6. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigung London (Weiterleitungen Eurogerma Brüssel und Eurogerma London).“

<sup>2</sup> Bundesminister von Brentano besuchte Irland am 30./31. Mai 1961.

<sup>3</sup> Zur norwegischen bzw. dänischen Haltung gegenüber einem EWG-Beitritt vgl. Dok. 154, Anm. 19, und Dok. 158.

könnte, bejahte ich. Schließlich konnte ich seine Besorgnis zerstreuen, daß nicht etwa – entgegen Gerüchten, die nach Dublin gelangt sind – beabsichtigt sei, die Mitgliedschaft bei der EWG in irgendeinen Zusammenhang mit NATO zu bringen.<sup>4</sup>

Ich hatte bei diesem Gespräch und anderen Unterhaltungen den Eindruck, daß es der irischen Regierung wirklich ernst damit ist, sich an die EWG anzuschließen. Dies sollten wir honorieren und für die besondere Lage Irlands gegenüber Großbritannien Verständnis haben. Wieweit dieses Bestreben Ausdruck einer Tendenz ist, aus der bisherigen Isolation gegenüber Europa überhaupt herauszutreten, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls habe ich Herrn Lemass über die politische Bedeutung der EWG, namentlich als eines der Mittel im Abwehrkampf gegen den Osten, und über die politischen Implikationen eines Beitritts keinen Zweifel gelassen. Ich nehme an, daß wir von hier bald mehr und Positives zu diesem so wichtigen Thema hören werden.<sup>5</sup> Im übrigen fand ich sowohl bei Ministerpräsident Lemass wie bei den anderen Mitgliedern der Regierung, die ich gestern und heute sprach, volles Verständnis für unsere besonderen Anliegen in der Berlin- und Wiedervereinigungsfrage, namentlich dafür, daß der Weg zur Wiedervereinigung über ein geeintes Europa führe, gegenüber dessen Druck die Sowjetunion nicht unempfindlich bleiben könnte. Die irische Regierung liegt auch in der Beurteilung der Abrüstungsfragen offensichtlich ganz auf unserer Linie. Als besonders eindrucksvoll möchte ich schließlich die Wärme und Anteilnahme erwähnen, die Präsident de Valera bei dem Essen, das er gestern in seiner Residenz veranstaltete, uns entgegenbrachte. In seiner Begrüßungsrede gedachte er mit bewegten Worten dessen, was der Herr Bundeskanzler nicht nur für Deutschland, sondern für Europa und die freie Welt geleistet hat und bedeutet.

[gez.] Brentano

**VS-Bd. 2237 (I A 2)**

<sup>4</sup> Botschafter Reifferscheidt, Dublin, berichtete am 8. Juni 1961, Bundesminister von Brentano habe auch auf einer Pressekonferenz in Dublin klargestellt, daß es sich bei der von der irischen Presse zunächst einem „hohen Beamten der WEU“, dann aber Bundesminister Erhard „zugeschobenen“ Äußerung, daß nur Mitglieder der NATO zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zugelassen werden würden, um ein Mißverständnis handeln müsse, da wirtschaftliche und auch politische Zusammenarbeit in Europa nichts mit NATO zu tun habe.“ Vgl. den Schriftbericht; B 31 (Referat 304), Bd. 221.

<sup>5</sup> Am 3. Juli 1961 übergab der irische Geschäftsträger O’Ceallaigh ein Aide-mémoire, in dem die irische Regierung „um eine allgemeine Stellungnahme der Bundesregierung“ zu ihrer Überlegung bat, „sich zu gegebener Zeit um die Mitgliedschaft bei der EWG zu bewerben“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Eitzdorf vom selben Tag; B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 77.

## 167

**Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London,  
an das Auswärtige Amt**

VS-vertraulich

31. Mai 1961<sup>1</sup>

Betr.: Unterredung zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem Lord Privy Seal über den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt

Am Abend des 29. Mai 1961 hatten anlässlich des Empfangs auf der Botschaft<sup>2</sup> der Herr Bundesminister des Auswärtigen und der Lord Privy Seal, Mr. Edward<sup>3</sup> Heath, eine Unterredung in meinem Arbeitszimmer, bei der ich und der Gesandte Dr. Thierfelder zugegen waren.

Der Bundesminister betonte erneut, wie sehr die Bundesregierung an einem Beitritt Großbritanniens zur Sechsergemeinschaft interessiert sei. Er präzierte dies aber sofort dahin, daß ein wirklicher Beitritt erforderlich sei. Der Rom-Vertrag<sup>4</sup> könne nicht geändert werden, Großbritannien müsse die Bestimmungen des Vertrages, so wie sie seien, annehmen. Alles, was an besonderen Vereinbarungen notwendig sei, um die unabdingbaren Interessen Großbritanniens sicherzustellen, müsse in Zusatzprotokollen seinen Platz finden. Mr. Heath erklärte hierzu seine volle Zustimmung, gab aber zu bedenken, daß doch immerhin gewisse Änderungen auch bei formellen Bestimmungen und solchen, die das Verfahren betreffen, z. B. über Mehrheitsverhältnisse, erforderlich würden. Der Bundesminister erklärte hierauf, das sei ganz selbstverständlich; er gab aber zu verstehen, daß man auch in bezug auf diese Änderungen überlegen müsse, ob man sie nicht durch Zusatzprotokolle in Kraft setzen könne, die ja der Ratifikation durch die Parlamente unterlägen.

Der Bundesminister betonte insbesondere, wie wichtig es in jedem Fall sei, daß zur Zeit keiner der Beteiligten irgend etwas verlauten lasse, was zu dem Verdacht berechtige, es werde letztlich doch auf eine Änderung des Vertrages hinauslaufen. Dies sei aus politischen Gründen sehr unerwünscht. Mr. Heath erklärte, daß

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Groepper am 3. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jansen, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Voigt und Legationsrat Lang „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Jansen und Voigt am 7. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Lang vorgelegen.

Mit Begleitvermerk vom 7. Juni 1961 verfügte Jansen außerdem die Weiterleitung an Staatssekretär Carstens „mit der Bitte um Kenntnisnahme“.

Hat Carstens am 8. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister von Brentano verfügte.

Hat Brentano laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Limbourg vom 19. Juni 1961 vorgelegen. Vgl. B 130, Bd. 2097 (I A 1).

<sup>2</sup> Bundesminister von Brentano hielt sich am 29. Mai 1961 in London auf und präsentierte der vom 29. Mai bis 1. Juni 1961 tagenden WEU-Versammlung als amtierender Präsident des WEU-Rats den Jahresbericht. Für den Wortlaut der Rede vgl. WEU-ASSEMBLY, Seventh Session, First Part, Minutes, S. 58–63.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Edgar“.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–1013.

er dies einsehe und billige. In diesem Zusammenhang bemerkte der Bundesminister, der Abgeordnete der Labourpartei, Mr. Hynd, habe in seiner Rede vor der WEU-Versammlung davon gesprochen, daß Macmillan von der Notwendigkeit von Vertragsänderungen überzeugt sei.<sup>5</sup> Mr. Heath erklärte daraufhin, die Ausführungen des Premierministers vor dem Parlament, aus denen man so etwas herauslesen könne, seien in Beantwortung einer Frage und völlig unvorbereitet gemacht worden.<sup>6</sup> Macmillan habe sich kurz hinterher, ebenfalls im Parlament, eindeutig dahin ausgelassen, daß er nur an Zusatzprotokolle denke.<sup>7</sup>

Der Bundesminister setzte Mr. Heath davon in Kenntnis, daß die Besprechungen mit dem dänischen Ministerpräsidenten und Außenminister sehr positiv gewesen seien.<sup>8</sup> Mr. Heath äußerte in diesem Zusammenhang Bedenken, ob nicht aus der Haltung Schwedens ernste Schwierigkeiten erwachsen könnten.<sup>9</sup> Er pflichtete aber der Auffassung des Bundesministers bei, daß diese Schwierigkeiten wohl in allererster Linie vom schwedischen Außenminister<sup>10</sup> herrührten und daß der schwedische Ministerpräsident<sup>11</sup> eine positivere Einstellung habe.

Der Bundesminister erklärte, daß von allen Regierungen der sechs Mächte die französische wohl diejenige sei, die als einzige ihre Meinung noch nicht endgültig festgelegt habe. Es werde darauf ankommen, Staatspräsident de Gaulle zu gewinnen. Er habe sich überlegt, wie dies am besten geschehen könne. Couve

<sup>5</sup> In der zweiten Sitzung der WEU-Versammlung am 29. Mai 1961 in London äußerte der Abgeordnete der britischen Labour Party, Hynd, zu dem vom niederländischen Berichtersteller Patijn vorgelegten Bericht zur politischen Konsultation innerhalb der WEU: „I share very vividly the misgivings expressed by Mr. Patijn about [...] the statement by Mr. Macmillan about the possibility of the need to amend the Rome Treaty. We cannot, of course, amend the Rome Treaty in the sense in which we understand amendment in British political language. To do so would mean a re-ratification by all the other countries; a modification of the terms. It would mean, in fact, the beginning of the end of what has been achieved since 1945.“ Vgl. WEU-ASSEMBLY, Seventh Session, First Part, Minutes, S. 76 f.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Äußerungen des Premierministers Macmillan am 9. Mai 1961 im britischen Unterhaus vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 640, Sp. 222 f.

<sup>7</sup> Am 16. Mai 1961 stellte Premierminister Macmillan im britischen Unterhaus klar: „What I hoped was that it might be that the Treaty could be amended [...]. It may be that we can be admitted as full members subject to a protocol or a derogation of the full Treaty application in respect of certain considerations. In that sense, we would become full members.“ Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 640, Sp. 1112.

<sup>8</sup> Ministerpräsident Kampmann und der dänische Außenminister Krag besuchten vom 23. bis 25. Mai 1961 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 158.

<sup>9</sup> Botschafter von Holten, Oslo, berichtete am 26. Mai 1961, daß es auf der Konferenz der Handelsminister des Nordischen Rats am 15. Mai 1961 in Oslo „zu lebhafter Diskussion“ zwischen dem dänischen Außenminister Krag und dem schwedischen Handelsminister Lange über die dänische Absicht gekommen sei, im Falle eines britischen EWG-Beitritts „ebenfalls unverzüglich dem Gemeinsamen Markt“ beizutreten. Nach schwedischer Ansicht sollten „die EFTA-Länder mit der EWG-Kommission nur gemeinsam und in Übereinstimmung mit den Prinzipien der EFTA-Konvention verhandeln“. Vgl. den Schriftbericht; B 53 (Referat 401), Bd. 291.

Am selben Tag informierte Botschafter von Marchtaler, Stockholm, über einen der EFTA am 16. Mai 1961 in Genf vorgelegten „schwedischen Grundsatzvorschlag zur Bildung eines United Market in Europe“, der 31 Punkte umfasse. Da die neutralen europäischen Staaten der EWG „aus politischen Gründen nicht beitreten können [...], solle als Grundlage für eine europäische Einigung kein politischer Vertrag, sondern ein Wirtschaftsvertrag gewählt werden, der von den interessierten Ländern beliebig mit politischen Bindungen ausgefüllt werden könnte.“ Angestrebt werde „eine graduelle Beseitigung der Zölle unter den europäischen Ländern“. Außerdem solle es Zollerleichterungen zugunsten einzelner Waren für die Entwicklungsländer geben. Eine gemeinsame Agrarpolitik der europäischen Staaten werde „als undurchführbar bezeichnet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 67; B 53 (Referat 401), Bd. 290.

<sup>10</sup> Östen Undén.

<sup>11</sup> Tage Erlander.

de Murville scheide hierfür aus, weil er keinen unmittelbaren Zugang zu de Gaulle habe. Wichtig in diesem Zusammenhang sei, daß Monnet, der ihm noch vor einiger Zeit einen sehr skeptischen Brief bezüglich des Beitritts Großbritanniens geschrieben habe, seine Einstellung nunmehr geändert und sich sehr für den Beitritt Großbritanniens eingesetzt habe.<sup>12</sup> Er habe ihm, dem Bundesminister, vor kurzer Zeit einen sehr positiven Brief diesen Inhalts geschrieben.<sup>13</sup> Monnet sei ein guter Ansatzpunkt für ein Einwirken auf de Gaulle, denn letzterer benütze seit einiger Zeit Mitglieder des Planungsstabes von Monnet als persönliche Ratgeber. Dies könne einen wirkungsvollen Kanal zur Beeinflussung de Gaulles darstellen.

Der Bundesminister wies Mr. Heath auch darauf hin, daß es wichtig sei, die italienische Regierung nicht außer acht zu lassen. Er halte es nicht für unmöglich, daß Italien zu einer gewissen Zurückhaltung neige und sich de Gaulle anschließen könne, wenn dieser sich im negativen Sinne entscheide. Dieser Möglichkeit müsse vorgebeugt werden.

Bei einer kurzen Erörterung der Schwierigkeiten, die Großbritannien mit einem Eintritt zu überwinden habe, brachte der Bundesminister zum Ausdruck, daß der Handel mit dem Commonwealth nach seiner Meinung keine großen Probleme darstellen dürfte. Allerdings sollten Ursprungszeugnisse u. dgl. Methoden vermieden werden, das sei zu umständlich. Was erreicht werden müsse, sei, daß nicht gelenkte Ströme von zollbegünstigten Commonwealth-Waren über Großbritannien in den Raum der übrigen Mitglieder des Gemeinsamen Marktes flössen.

Abschließend betonten beide Minister ihre Befriedigung über die offene Unterredung und die Übereinstimmung ihrer Ansichten.

Herwarth

**B 130, Bd. 2097 (I A 1)**

<sup>12</sup> Der Passus „Couve de Murville ... eingesetzt habe“ wurde von Ministerialdirektor Jansen hervorgehoben. Der Passus „seine Einstellung ... eingesetzt habe“ wurde von Jansen außerdem mit Fragezeichen versehen.

Der Vorsitzende des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Monnet, äußerte sich am 15. Mai 1961 gegenüber Jansen zu einem britischen EWG-Beitritt, der „eine vollständige Änderung der seit Jahrhunderten verfolgten englischen Politik“ bedeuten würde: „Entscheidend sei, daß seitens der Sechsergemeinschaft auf dem vollständigen Beitritt Englands bestanden werde (full member), d. h., daß England mit allen Rechten und Pflichten Mitglied des Gemeinsamen Marktes werde.“ Vgl. B 20-200, Bd. 480.

<sup>13</sup> Für einen Auszug aus dem Schreiben des Vorsitzenden des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa vom Mai 1961 an Bundesminister von Brentano, in dem Monnet sich überzeugt zeigte, daß eine britische Entscheidung zum Beitritt zur EWG und zur „construction européenne“ unmittelbar bevorstehe, vgl. MONNET, Mémoires, S. 531 f.

## 168

**Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Kairo**

**St.S. 2051<sup>II</sup>/61 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 280**  
**Citissime**

**Aufgabe: 2. Juni 1961, 21.00 Uhr<sup>1</sup>**

Im Anschluß an Drahterlaß vom 2.6.<sup>2</sup>:

Heute empfang ich im Beisein von Herrn von Braun und Herrn Northe den Botschafter Sabri auf seinen Wunsch. Botschafter Sabri erklärte, er gehe mit dem Gedanken um, nach Kairo zu fliegen, um zur Bereinigung der Angelegenheit Damaskus<sup>3</sup> beizutragen. Er wisse immer noch nicht, was das Exequatur enthalte, möchte aber nach Vorschlägen fragen, was in Anbetracht der unveränderten arabischen Haltung in der Anerkennungsfrage in dem Fall zu tun sei, daß das Exequatur keine Einschränkung enthalte. Ich habe dem Botschafter gesagt, daß dies eine hypothetische Frage sei und daß wir zunächst eine Mitteilung darüber abwarten sollten, was nun wirklich in dem Exequatur steht. Es sollte dann eine Erklärung im Journal Officiel veröffentlicht werden, daß das neue Exequatur unter denselben Bedingungen wie das alte erteilt worden sei.

Botschafter Sabri meinte, daß es wohl schlecht anginge, eine solche Erklärung nachträglich abzugeben. Das Journal Officiel gebe Kenntnis von den Akten der Regierung, veröffentlicht aber keine Erklärung. Gegenüber meinem Hinweis auf den Vorgang von 1959<sup>4</sup> sagte der Botschafter, daß damals die Erklärung Teil der Mitteilung gewesen sei. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, daß wir nicht recht sehen könnten, warum nicht eine solche Erklärung im Journal Officiel abgegeben werden könnte.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Northe konzipiert.  
 Hat Staatssekretär van Scherpenberg vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär Carstens informierte die Botschaft in Kairo darüber, daß sich der Botschafter der VAR, Sabri, am 31. Mai 1961 telefonisch erkundigt habe, ob angesichts der Unstimmigkeiten wegen der Genehmigung zur Errichtung eines Konsulats der DDR in Damaskus eine Verschiebung des Besuchs des Vizepräsidenten der VAR, Boghdadi, in der Bundesrepublik zweckmäßig sei: „Ich habe die Frage verneint und darauf hingewiesen, daß der Gedanke einer Verschiebung des Boghdadi-Besuchs zuerst in der VAR-Presse aufgetaucht sei. Ich habe erklärt, Boghdadi sei uns nach wie vor willkommen. Sabri erklärte sodann, hinsichtlich der Nichtanerkennungspolitik der VAR gegenüber der SBZ habe sich nichts geändert. [...] Ich antwortete, daß aber immerhin die Bekanntmachung der Erteilung des Exequatur im Journal Officiel ohne die im Jahre 1959 im Falle Kairo vorgenommene Einschränkung erfolgt sei.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 277; B 2-VS, Bd. 319 A (Büro Staatssekretär).

<sup>3</sup> Zur Genehmigung eines Konsulats der DDR in Damaskus durch die Regierung der VAR vgl. Dok. 148 und Dok. 149.

<sup>4</sup> Zur Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Kairo am 13. September 1959 vgl. Dok. 15, Anm. 5.

<sup>5</sup> Am 26. Mai 1961 schlug Staatssekretär Carstens vor, daß Botschafter Weber nach seiner Rückkehr nach Kairo „um einen Termin bei Präsident Nasser nachsuchen“ solle. Weber solle anhand eines Memorandums noch einmal die Haltung der Bundesregierung erläutern und der Erwartung Ausdruck geben, „daß die Regierung der VAR durch eine amtliche Verlautbarung klarstellt, daß sich an der grundsätzlichen politischen Linie der VAR, d. h. der Nichtanerkennung der Sowjetzone [...], nichts geändert habe und daß demgemäß das Konsulat der Sowjetzone in Damaskus unter dem gleichen Vorbehalt zugelassen worden ist wie seinerzeit das Generalkonsulat der Sowjetzone in Kairo.“ In dem beigegeführten Memorandum wurde ausgeführt, die Regierung der VAR habe seinerzeit im „Journal Officiel der Regierung der VAR Nr. 76 vom 28. September 1959 die übliche Mitteilung über das dem Generalkonsul der



Botschafter Sabri wurde auf die Auffassung der überwiegenden Zahl der Völkerrechtslehrer hingewiesen, nach der ein Exequatur die Anerkennung impliziert. Daraus ergebe sich, daß eine offizielle und öffentliche Erklärung der VAR-Regierung erforderlich sei, um diese Vermutung auszuschließen. Der Botschafter hält eine solche Erklärung seitens seiner Regierung für durchaus möglich, fragte aber dann, ob wir auch zufrieden wären, wenn eine solche Erklärung an anderer Stelle als im Journal Officiel erfolge. Hierauf wurde ihm keine abschließende Antwort gegeben. Wir hatten den Eindruck, daß er uns auf eine Zustimmung zu einem möglichst unauffälligen Kommuniqué abdrängen wollte. Ich habe den Botschafter gebeten, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen, falls er nach Kairo fliegen sollte. Wir könnten hier schlecht die technischen Möglichkeiten übersehen, die sich für die Form der in Aussicht genommenen Erklärung bieten.

Zu Ihrer Information:

Wir ziehen nach wie vor eine amtliche Verlautbarung im Journal Officiel vor, weil jede andere Form der Erklärung Unklarheiten hinterlassen würde.

Botschafter Sabri brachte sodann die Angelegenheit Damaskus mit dem Boghdadi-Besuch<sup>6</sup> in Verbindung. Er fragte, ob uns der Besuch auch dann willkommen sei, wenn die Damaskus-Frage noch nicht geklärt sei. Ich habe meine vorgestrigte Bemerkung wiederholt, im übrigen aber in vorsichtiger Form durchblicken lassen, daß man tatsächlich die Frage stellen könne, wenn keine Einigung erzielt werde.<sup>7</sup> Ich hätte jedoch keinen Zweifel, daß eine solche Einigung zustande komme. Der Botschafter wies darauf hin, daß die Zeit wegen des Boghdadi-Besuches dränge. Er bäte uns, auch zu prüfen, ob wir nicht nochmals in spektakulärer Form erklären können, daß Boghdadi uns willkommen sei.<sup>8</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 749*

Sowjetzone erteilte Exequatur mit folgendem Zusatz veröffentlicht: „Dieses Exequatur begründet weder eine De-jure- noch eine De-facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Vereinigte Arabische Republik.“ Bundeskanzler Adenauer vermerkte am selben Tag handschriftlich zu der vorgeschlagenen Weisung: „Einverstanden.“ Vgl. B 2-VS, Bd. 319 A (Büro Staatssekretär).

<sup>6</sup> Zu dem für Mitte Juni 1961 geplanten Besuch des Vizepräsidenten der VAR, Boghdadi, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 122, Anm. 6.

Botschaftsrat I. Klasse Gnodtke, Kairo, berichtete am 24. Mai 1961, Pressemeldungen zufolge sei Präsident Nasser über die Einberufung des Botschafters Weber, Kairo, zur Berichterstattung nach Bonn „so aufgebracht gewesen [...], daß er den Vizepräsidenten Boghdadi angewiesen habe, seinen Besuch in der BRD auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Boghdadi selbst soll auch seinerseits eine Reise in die BRD für zwecklos halten, solange ‚Bonn‘ seinen Botschafter demonstrativ zurückhalte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 507; B 130, Bd. 8447 B (Ministerbüro).

<sup>7</sup> Staatssekretär Carstens teilte der Botschaft in Kairo am 3. Juni 1961 mit, daß der Botschafter der VAR, Sabri, diese „vorsichtige Andeutung“ als „ein Junktum zwischen diesen beiden Fragen“ interpretiert habe: „Demgegenüber möchte ich betonen, daß ich meiner festen Überzeugung Ausdruck gegeben habe, daß eine Einigung in der Damaskusfrage erzielt wird und daß es sich nur um eine hypothetische Erörterung handele. Im übrigen habe ich mehrfach wiederholt, daß uns der Besuch Boghdadis willkommen sei.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 282; B 2-VS, Bd. 319 A (Büro Staatssekretär).

<sup>8</sup> Staatssekretär Carstens unterrichtete die Botschaft in Kairo am 8. Juni 1961 über ein Gespräch mit dem Botschafter der VAR am selben Tag, in dem Sabri ausgeführt habe, „er sei sehr traurig über die Entwicklung der Vorbereitung des Boghdadi-Besuchs. Man habe ihm mehrfach in Aussicht gestellt, daß er spätestens am Mittwoch, 7. Juni, erfahren würde, in welchem Rahmen wir in der Lage sein würden, VAR-Entwicklungsprojekte zu fördern. Nun habe Herr Minister Erhard ihn jedoch gestern abbestellt und einen Termin erst für heute in Aussicht gestellt. Unter diesen Umständen, glaube er, könne Boghdadi nicht kommen. Man könne ihn nicht dem Risiko aussetzen, daß sein Besuch mit einem Fehlschlag ende. Er, Sabri, schlage eine Verschiebung des Besuchs um zwei bis drei Wochen vor. Ich habe in eindringlichen Worten beteuert, wie sehr uns Boghdadi willkommen sei, und [...]

Zu Ihrer Information:

Wir haben zur Zeit nicht die Absicht, eine solche Erklärung abzugeben.

Carstens<sup>9</sup>

**B 2-VS, Bd. 319A (Büro Staatssekretär)**

169

## Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt

114-48/61 streng geheim

2. Juni 1961<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1264

Aufgabe: 3. Juni 1961, 01.15 Uhr

Citissime

Ankunft: 3. Juni 1961, 07.05 Uhr

Auf Drahterlasse Nr. 632 str. geh. vom 20.5. str. geh.<sup>2</sup> und Nr. 684 str. geh. vom 31.5.<sup>3</sup> sowie im Nachgang zu Drahtbericht Nr. 1022 str. geh. vom 5. Mai<sup>4</sup> und Nr. 1230 str. geh. vom 29.5.<sup>5</sup>

I. Ich gehe davon aus, daß meine Stellungnahme zu dem Inhalt des Memorandum-Entwurfes im Hinblick auf die politische Wirkung des Textes auf die hiesige

*Fortsetzung Fußnote von Seite 750*

daß es nach meiner Auffassung ein großer Fehler sein würde, wenn der Besuch verschoben würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 293; B 2-VS, Bd. 319 A (Büro Staatssekretär). Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt informierte das Generalkonsulat in Damaskus am 13. Juni 1961 darüber, daß der „Besuch Boghdadis verschoben, jedoch offenbar noch für zweite Juni-Hälfte beabsichtigt“ sei. Vgl. den Drahterlaß Nr. 37; B 12 (Referat 708), Bd. 1181.

<sup>9</sup> Paraphe vom 2. Juni 1961.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 3. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich für Gesandten Ritter vermerkte: „Bitte die Anregungen des Botsch[after]s Wash[ington] nach dortigem Ermessen u. Absprache mit H[errn] D 3 u. H. D 7 verwerten. Getrennte Behandlung von I und II scheint mir nicht zweckmäßig. Sonst finde ich vieles, was Wash. vorschlägt, richtig. Die Sache ist nunmehr dringend eilig. Bitte Vorlage eines neuen E[ntwurf]s des Memorandums bis zum 6.6.1961. Bitte Brief des H. Ministers an Min[ister] Strauß zunächst anhalten.“ Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 3588 A (AB 7). Vgl. dazu Anm. 18. Hat Ritter am 7. Juni 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vgl. Dok. 152.

<sup>3</sup> Staatssekretär Carstens teilte der Botschaft in Washington am 31. Mai 1961 mit, daß Bundesminister von Brentano im Gespräch mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) am 8. Mai 1961 in Oslo die Bitte um engere Einbeziehung der Bundesregierung in die Eventualfallplanung vorgebracht habe: „Schritte bei der britischen und französischen Regierung sollen unternommen werden, sobald wir wissen, daß wir mit der amerikanischen Regierung konform gehen. Neben der Bestätigung und Erläuterung der von dem Herrn Bundeskanzler am 14. April 1961 gegenüber Präsident Kennedy abgegebenen Erklärungen ist das Memorandum dazu bestimmt, in Fortsetzung des von Außenminister Rusk ins Auge gefaßten Gedankenaustauschs eine abschließende Stellungnahme zunächst der amerikanischen Regierung zu erreichen. Es soll gleichzeitig dazu dienen, der amerikanischen Regierung Argumente zur Unterstützung des deutschen Petitions bei der Beratung der Drei Mächte untereinander an die Hand zu geben. Wir glauben, daß ein amerikanischer Druck auf die britische und französische Regierung größere Wirkung haben wird als die von uns selbst zu unternehmenden Schritte.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, an Bundesminister von Brentano vgl. Dok. 134.

<sup>5</sup> Zum Drahtbericht des Botschafters Grewe, Washington, vgl. Dok. 152, Anm. 19.

Regierung erwartet wird. Demgemäß nehme ich nur hierzu und nicht zu den Interpretationen des Nordatlantik-Paktes und des Grundgesetzes Stellung, die in dem Memorandum gegeben werden.

II. Was die äußere Anordnung des Textes anlangt, so darf ich anregen zu erwägen, ob sich nicht eine getrennte Behandlung der in Abschnitt I und II behandelten Gegenstände in zwei verschiedenen Papieren empfiehlt.<sup>6</sup> Ich gehe dabei von der Überlegung aus, daß es im Laufe weiterer Erörterung einmal zweckmäßig oder unvermeidlich werden könnte, weitere Regierungen mit dem einen oder dem anderen Gegenstand zu befassen, aber nicht notwendigerweise mit beiden.

III. Den Kernpunkt des Teils I sehe ich in der förmlichen Bestätigung der vom Herrn Bundeskanzler in seinen Gesprächen in Washington dem Präsidenten gegenüber abgegebenen Erklärung, daß nach Ansicht der Bundesregierung der *Casus foederis* des Nordatlantik-Paktes<sup>7</sup> eintrete, wenn Truppen der Verbündeten, die den Zugang nach Berlin zu erzwingen versuchen, angegriffen werden.<sup>8</sup>

Ich halte es für geboten, diesen Kernpunkt des Memorandums stärker zu betonen und in positiveren Wendungen zum Leitmotiv des ganzen Memorandums zu machen. Ich habe den Eindruck, daß es für diesen Zweck besser wäre, das Memorandum nicht so sehr in dem bisher gewählten Gutachten-Stil abzufassen, sondern die zu Art. 5 und 6 des NATO-Paktes<sup>9</sup> gegebenen Interpretationen klar und eindeutig als die von der Bundesregierung vertretene Auffassung zu charakterisieren. Die bisherige Formulierung könnte Zweifel aufkommen lassen, ob die Bundesregierung hier wirklich eine bindende Zusage für ihr Verhalten im Eventualfall geben<sup>10</sup> oder ob sie nur eine deutsche Interpretation dieser Artikel zur Erörterung stellt.<sup>11</sup>

Der positive Gehalt des Memorandums wird nach meiner Auffassung in einer psychologisch ungünstig wirkenden Weise durch die in Absatz 5 und 6 enthaltene Analyse des innerdeutschen Rechtszustandes hinsichtlich der Feststellung und Verkündung des Verteidigungsfalles gemäß Art. 59a des Grundgesetzes<sup>12</sup> abgeschwächt. Ich möchte dringend empfehlen, diese Ausführungen wenn irgend möglich überhaupt aus dem Memorandum herauszulassen. Wenn die Bundesregierung der Auffassung ist, daß der Erfüllung ihrer Bündnisverpflichtungen verfassungsrechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen, erübrigt sich meines Erachtens jedes weitere Wort über die innerdeutsche Rechtslage. Jedes Eingehen auf diese Fragen könnte den Eindruck erwecken, daß damit Einschränkungen und Vorbehalte von nicht deutlich übersehbarer Tragweite gemacht werden.

<sup>6</sup> Zu diesem Satz vermerkte Gesandter Ritter handschriftlich: „Nein.“

<sup>7</sup> Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; Dok. 59, Anm. 8.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 13. April 1961 in Washington; Dok. 108.

<sup>9</sup> Zu Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. Dok. 85, Anm. 18.

<sup>10</sup> So in der Vorlage.

<sup>11</sup> Gesandter Ritter führte dazu am 3. Juni 1961 aus: „Dem Zweck des Memorandums nach hat dieser Vorschlag einiges für sich. Die wiederholten Hinweise des Entwurfs auf die ‚Auffassung der Bundesregierung‘ oder eine von ihr ‚vorgenommene Untersuchung‘ können in der Tat den Eindruck einer *reservatio mentalis* erwecken.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

<sup>12</sup> Artikel 59a wurde mit Gesetz vom 19. März 1956 in das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 eingefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 112.

Wenn es für notwendig erachtet wird, einer etwa von amerikanischer Seite aufgeworfenen Frage nach der innerdeutschen Rechtslage zu begegnen, könnte eine solche Erläuterung mündlich oder auf Wunsch auch in Form einer zusätzlichen gutachtlichen Äußerung gegeben werden.<sup>13</sup>

Dabei vermag ich allerdings nicht ganz zu übersehen, ob auch die Ausführungen in Absatz 6 theoretisch-gutachtlichen Charakter tragen und daher entbehrlich sind oder ob sie eine konkrete zusätzliche Zusage enthalten sollen.

Im Interesse einer möglichst positiven psychologischen Wirkung des Memorandums würde ich empfehlen, auch die negative Formulierung im vorletzten Satz von Absatz 1 in eine positive zu verwandeln und etwa zu sagen: Der Herr Bundesminister des Auswärtigen habe klargestellt, daß die Bundesregierung auch und gerade in diesem Falle zu ihren Bündnisverpflichtungen stehe.<sup>14</sup>

In bezug auf Absatz 4 schiene es mir wünschenswert, wenn zum Ausdruck gebracht würde, wie sich die Auffassung der Bundesregierung zu dem Standpunkt der dort genannten militärischen Stellen der drei Westmächte verhält.<sup>15</sup>

IV. In der gegenwärtigen Situation kommt einer klaren und unzweideutigen Formulierung des Memorandums die allergrößte Bedeutung zu. Kohler hat – wie bereits berichtet – in seinem letzten Gespräch mit mir erkennen lassen, daß man unserer Stellungnahme mit größtem Interesse entgegensteht.

Bei meinen oben gegebenen Empfehlungen stehe ich stark unter dem Eindruck eines Gespräches mit Dean Acheson, das ich heute nachmittag führte. Die amerikanische Berlin-Politik befindet sich an einem Punkte, an dem schwerwiegende Entscheidungen zu treffen sind: vor allem, ob man über die retardierende Haltung der Engländer hinweg und in Erkenntnis des platonischen Charakters der „festen“ französischen Berlin-Politik (diese Wertungen stammen von Acheson) zu einer klaren und wohlüberlegten Verteidigungskonzeption für Berlin gelangt. Eine solche Chance hat sich eröffnet, nachdem Kennedy die Schwächen der bisherigen Contingency-Planung erkannt und einen Mann wie Acheson beauftragt hat, die gesamte Berlin-Planung neu zu überdenken.<sup>16</sup> Acheson glaubt, daß man die Engländer schließlich mitziehen werde. Aber er ließ keinen Zweifel darüber, daß es entscheidend auf uns und unsere Entschlossenheit ankomme, alle Risiken und

<sup>13</sup> Zu diesem Vorschlag hielt Gesandter Ritter am 3. Juni 1961 fest: „Vom Standpunkt unbedingter Aufrichtigkeit gegenüber unseren Verbündeten erscheint dieser Vorschlag nicht ganz unbedenklich. Das Memorandum als Bestätigung der dem Präsidenten gegebenen Zusagen würde mit der Weglassung dieser Ausführungen zweifellos an ‚positivem Gehalt‘ gewinnen. Ob aber auch die notwendige Zustimmung des Bundestags und des Bundespräsidenten so sehr als etwas Selbstverständliches verschwiegen werden sollte, ist eine rein politische Frage. Dies gilt auch für den Teil dieser Ausführungen, der sich mit der Rechtslage hinsichtlich der vom Bundeskanzler SACEUR unterstellten Truppenteile befaßt. Soweit mir bekannt, ist eine solche Unterstellung bisher nicht erfolgt.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

<sup>14</sup> Dazu vermerkte Gesandter Ritter am 3. Juni 1961: „Diese Umformulierung erscheint nicht nötig. Sie nimmt lediglich den Teil I des Memorandumsentwurfs vorweg. Es erscheint auch fraglich, ob es ratsam ist, der die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers erläuternden Erklärung des Herrn Bundesministers so viel politisches Eigengewicht zu geben.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

<sup>15</sup> Gesandter Ritter vermerkte dazu am 3. Juni 1961: „Dies erscheint nicht notwendig, da wir ohnehin an dieser Planung bisher nicht beteiligt und nur sehr generell unterrichtet sind.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

<sup>16</sup> Zum Beauftragung des Beraters des amerikanischen Präsidenten, Acheson, mit einer Studie zur Lage in Berlin und seinen ersten Ergebnissen vgl. Dok. 103, besonders Anm. 20.

Verantwortungen mitzutragen. Jede Formulierung unseres Memorandums, die ausweichend klänge oder hinter die April-Erklärungen zurückginge, könnte nach meiner Ansicht in dieser Lage die künftige Berlin-Politik der amerikanischen Regierung entscheidend und verhängnisvoll beeinflussen. Dies um so mehr, als aus Deutschland selbst immer wieder defaitistische oder aus anderen Motiven ein deutsches Engagement ablehnende Äußerungen hier herüberdringen, deren Wert ich schwer zu ermessen vermag, die aber ohne Zweifel die Amerikaner irritieren.

V. Zu dem sachlichen Inhalt des Abschnitts II des Memorandums habe ich nichts zu bemerken. Ich möchte lediglich anregen, die anfangs des letzten Absatzes stehende Wendung „Unterrichtung über die Bundesrepublik unmittelbar angehende Planungen“ fallenzulassen. Die gesamte Planung geht uns unmittelbar an. Die Formel könnte dazu benutzt werden, unsere Beteiligung zu begrenzen und die erstrebte Erweiterung dieser Beteiligung zu vereiteln.

VI. Was das Procedere anlangt, so vermag die in Ziffer 2 des Drahterlasses Nr. 684 übermittelte Unterrichtung meine Bedenken nicht ganz auszuräumen. Folgende taktische Erwägungen sind zu bedenken:

Die Vereinigten Staaten sind unserer Forderung auf Einbeziehung in die Eventualfall-Planung gegenüber aufgeschlossen. Sie haben dies mehrfach erklärt, sind aber bei ihrem Versuch, die anderen beiden Alliierten von der Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes zu überzeugen, auf Schwierigkeiten gestoßen. Wir können nicht damit rechnen, daß ihre Bereitschaft, neue Schritte in unserem Interesse zu tun und sich damit in einen Gegensatz zu ihren Verbündeten zu setzen, allzu groß ist, wenn sie den Eindruck haben, daß wir selbst keine Neigung zeigen, für unsere Wünsche in London und Paris selbst zu kämpfen, wozu man uns mehrfach aufgefordert hat. Ein Vorgehen unsererseits, das erkennbar den Zweck hat, eine Festlegung der Regierung der Vereinigten Staaten herbeizuführen oder doch zumindest in einer die Drei Mächte betreffenden Angelegenheit in formeller Weise lediglich mit den Vereinigten Staaten mit dem Ziele zu verhandeln, auf diese Weise die anderen beiden Mächte umzustimmen, erscheint mir bei der Lage der Dinge bedenklich. Das State Department wird aller Voraussicht nach – bevor es uns eine Antwort zukommen läßt – die beiden anderen Mächte konsultieren. Es wird dabei aber mit seiner Stellungnahme vorsichtig sein, da es sich nicht dem Eindruck wird aussetzen wollen, als versuche es einen Alleingang mit der Bundesrepublik. Daher scheint mir der vorgesehene Weg wenig Aussicht auf Erfolg zu haben, aber das Risiko einer Verstimmung der Amerikaner in dieser Frage einzuschließen.<sup>17</sup>

Für den Fall, daß diese Überlegungen nicht für durchschlagend erachtet werden, möchte ich anregen, der ständig zum Ausdruck gekommenen amerikanischen Bereitschaft, uns zu beteiligen, im Text der Note Rechnung zu tragen. Dies wäre

<sup>17</sup> Gesandter Ritter führte dazu am 3. Juni 1961 aus: „Rein taktisch scheint Botschafter Grewe an seinem Vorschlag festzuhalten, den Teil II des Entwurfs des Memorandums zu streichen und zunächst isolierte Schritte in Paris und London zu unternehmen. Unsere bisherigen zahlreichen Demarchen in Paris und London waren ergebnislos. Weitere Schritte erscheinen nur aussichtsvoll, wenn zunächst seitens der Amerikaner ein neuer Vorstoß gemacht wird. Diesem Zwecke soll das Memorandum in seinen beiden Teilen dienen.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

denkbar mittels Einfügung eines diese amerikanische Bereitschaft mit Dank vermerkenden Satzes im Anschluß an den ersten Satz des Abschnitts II.<sup>18</sup>

[gez.] Grewe

B 130, Bd. 3588 A (AB 7)

## 170

### Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, in Düsseldorf

115-62.A/61 streng geheim

5. Juni 1961<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler führte am 5. Juni 1961 um 15.00 Uhr im Hause des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten<sup>2</sup> in Düsseldorf eine Unterredung mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär Kohler. Bei dem Gespräch waren außerdem zugegen: auf deutscher Seite Staatssekretär Globke, Staatssekretär Carstens und VLR I Osterheld; auf amerikanischer Seite Botschafter Dowling und Mr. Hillenbrand.

Mr. Kohler entschuldigte sich einleitend dafür, daß er teilweise auf Arbeitspapiere zurückgreifen müsse, doch seien die Gespräche<sup>3</sup> eben erst zu Ende gegangen, und er habe noch nicht recht Gelegenheit gehabt, sie richtig zu verdauen. Der Präsident habe ihn gebeten, den Herrn Bundeskanzler zunächst über seine Gespräche mit General de Gaulle zu unterrichten.<sup>4</sup> Das wichtigste an dem Besuch des Präsidenten bei de Gaulle scheine ihm zu sein, daß Kennedy seiner Meinung

<sup>18</sup> Am 6. Juni 1961 legte Gesandter Ritter einen aufgrund der Stellungnahme des Botschafters Grewe, Washington, überarbeiteten Entwurf des Memorandums vor und vermerkte, er sei „im Konzept von Herrn D 3 mitgezeichnet. Herr D 7 ist zur Zeit nicht in Bonn.“ Außerdem übermittelte Ritter „einen neuen Entwurf zu einem Brief des Herrn Bundesministers an den Herrn Bundesverteidigungsminister“. Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Der Entwurf wurde von Bundesminister von Brentano am 7. Juni 1961 mit der Bitte um Prüfung an Bundesminister Strauß übermittelt. Brentano teilte außerdem mit: „Die endgültige Entscheidung über die Überreichung des geplanten Memorandums an die amerikanische Regierung bleibt dem Herrn Bundeskanzler vorbehalten.“ Vgl. das Schreiben; B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Der nach Abstimmung mit Strauß überarbeitete Entwurf des Memorandums wurde am 13. Juni 1961 an Bundeskanzler Adenauer übermittelt. Vgl. Dok. 182.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 6. Juni 1961 gefertigt.

<sup>2</sup> Franz Meyers.

<sup>3</sup> Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, V, Dok. 83–85 und Dok. 87–89, S. 172–197 und S. 206–230. Vgl. außerdem WIENER GIPFEL S. 879–991.

<sup>4</sup> Präsident Kennedy und Staatspräsident de Gaulle trafen vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris zusammen. Vgl. dazu DDF 1961, I, S. 669–710. Vgl. ferner FRUS 1961–1963, XIII, Dok. 230, S. 662–667, und FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 30 und Dok. 31, S. 80–86. Vgl. auch FRUS 1961–1963, XXI, Dok. 195, S. 292–294, und FRUS 1961–1963, XXIV, Dok. 103, S. 214–220. Vgl. dazu auch Dok. 185.

nach ein wirkliches Verhältnis zu de Gaulle bekommen habe. Besonders habe ihn (Kohler) beeindruckt, welchen Tribut de Gaulle seinem jungen Präsidenten gezollt habe. De Gaulles Reaktion auf den starken, freimütigen und geraden Mann sei ungefähr die, die auch der Herr Bundeskanzler gezeigt habe.<sup>5</sup> Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hier, daß er gestern einen Brief von General de Gaulle erhalten habe, in dem de Gaulle unter anderem erkläre, sein Eindruck vom Präsidenten entspreche den Andeutungen, die der Herr Bundeskanzler ihm gegenüber gemacht habe.<sup>6</sup> Er (Bundeskanzler) habe sehr gut von Kennedy gesprochen.<sup>7</sup>

Mr. *Kohler* bemerkte, in dem Gespräch zwischen Kennedy und de Gaulle seien die verschiedensten Themen behandelt worden: Berlin, die Konsultationsfrage, NATO, Afrika, Lateinamerika, Laos und Südostasien, und schließlich der Gemeinsame Markt.

Hinsichtlich Afrika habe der Präsident sich angelegen sein lassen, seine große Bewunderung über die Leistungen de Gaulles zum Ausdruck zu bringen, der sich darauf eingestellt habe, in Richtung auf eine Entkolonialisierung der französischen Gemeinschaft zu gehen. Kennedy habe die starke amerikanische Unterstützung für das, was de Gaulle in Algerien zu tun versuche, bekräftigt. De Gaulle habe ja hinsichtlich der Behandlung der Kongofrage durch die Vereinten Nationen in einer gewissen Meinungsverschiedenheit mit Amerika gestanden, habe jedoch am Ende des Gesprächs zugegeben, daß die Lage im Kongo sich bessere. Dies hätten die Amerikaner mit großer Befriedigung aufgenommen. Bei der Erörterung der Angola-Frage sei volle Einigung erzielt worden. De Gaulle habe seiner Sorge über die portugiesische Starrheit Ausdruck gegeben sowie der Hoffnung, daß es gelingen möge, die Portugiesen zu einer Politik in Richtung auf die Selbstverwaltung zu bringen. Von beiden Seiten sei jedoch die Ansicht geäußert worden, daß man dabei mit Zurückhaltung operieren müsse, um nicht das Gegenteil von dem zu erreichen, was man im Auge habe.

In dem Gespräch über Lateinamerika habe de Gaulle natürlich gesagt, daß er dieses Gebiet als primär in amerikanische Verantwortung gehörig betrachte. Der Präsident sei in der Kuba-Frage sehr offen gewesen und habe erklärt, er habe im April der Operation zugestimmt in der Hoffnung, daß es den Kubanern gelingen werde, ihre Probleme selbst zu lösen.<sup>8</sup> Er glaube heute, daß dies ein Fehler gewesen sei. Im übrigen habe die Publizität die amerikanische Lage schwierig gemacht. Der Präsident habe weiterhin der Ansicht Ausdruck verliehen, daß die europäischen Länder in Lateinamerika eine nützliche Rolle spielen könnten und daß Amerika sie dazu ermutige. Lateinamerika befinde sich in einer sozialen Umwälzung. Es gebe in Lateinamerika einen starken französischen und europäischen Einfluß, der bei dieser sozialen Umwälzung sehr hilfreich sein könne.

<sup>5</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 12./13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Staatspräsidenten de Gaulle vom 3. Juni 1961 an Bundeskanzler Adenauer vgl. DE GAULLE, *Lettres 1961–1963*, S. 92.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 20. Mai 1961 in Rhöndorf; Dok. 153.

<sup>8</sup> Zum gescheiterten Landungsunternehmen einer exilkubanischen Invasionstruppe auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10.

In der Unterhaltung über Laos und Südostasien habe seines Erachtens Einigkeit über das in den Genfer Verhandlungen<sup>9</sup> zu erreichende Ziel geherrscht. Eine gewisse Meinungsverschiedenheit sei jedoch geblieben in den Ansichten für den Fall, daß die Verhandlungen zusammenbrächen. Der Präsident habe darauf hingewiesen, daß Amerika gewisse Verpflichtungen habe und es sich nicht leisten könne, Laos abrutschen zu lassen. Andererseits habe de Gaulle erklärt, daß er wisse, daß Amerika diese Verpflichtungen habe, und er würde sich einer Entscheidung des Präsidenten nicht widersetzen.

Die den Herrn Bundeskanzler sicherlich besonders interessierende Frage der Konsultationen sei eingehend behandelt worden. De Gaulle habe dabei erklärt, daß er vor drei Jahren, d. h. zum Zeitpunkt seines Briefes von 1958<sup>10</sup>, großen Ehrgeiz für Konsultationen gehegt habe. Diese Hoffnung habe versagt, denn er habe damals nicht nur Konsultationen, sondern gemeinsame Aktionen im Auge gehabt. Er zweifle heute, ob dies möglich sei, abgesehen von einer möglichen Einigung über die allgemeinen Zielsetzungen. Der Präsident habe erwidert, Amerika sei zu engen Konsultationen bereit, die allerdings nicht so weit gehen dürften, daß andere Länder sich übergangen fühlten oder in sie betreffenden Fragen von den drei Ländern Entscheidungen gefällt würden. Der Präsident habe die Abmachungen für Drei-Mächte-Konsultationen bestätigt, die bereits bestanden hätten, so z. B. in der Deutschland- und Berlin-Frage, gemeinsam mit Deutschland, sowie für den Fernen Osten und für Afrika. Diese Konsultationen sollten sowohl politischer als auch allgemein militärischer Art sein.

Hinsichtlich Berlins habe fast völlige Einigkeit zur Festigkeit bestanden. Der Präsident habe darauf hingewiesen, daß das Problem hauptsächlich darin bestehe, diese Entschlossenheit der Sowjetunion glaubhaft zu machen. In seinem Gespräch mit Chruschtschow habe der Präsident im übrigen sein Bestes getan, um dies zu erreichen. Es habe sich dann eine gewisse Diskussion entsponnen über die Frage, was geschehe, wenn ein Separatfriedensvertrag unterzeichnet würde.<sup>11</sup> Dabei sei man sich einig gewesen, daß dies an sich noch nicht das Signal für eine militärische Aktion sei, dieses Signal sei vielmehr in einer Störung des Zugangs zu sehen. Im übrigen sei der Präsident, wie in seinem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler, auch mit de Gaulle einig gewesen, daß im Hinblick auf eine mögliche Krise die „contingency planning“ wiederbelebt werden müsse. In einer weiteren Erörterung zwischen Außenminister Rusk und Couve de Murville sei in diesem Zusammenhang die Frage einer engeren deutschen Beteiligung aufgetaucht. Dabei habe Rusk die seit langem bestehende amerikanische Ansicht dargelegt, wonach eine solche deutsche Beteiligung begrüßt würde. Er (Kohler) glaube sagen zu können, daß Couve de Murville in dieser Frage aufgeschlossener gewesen sei als früher. Zwar habe er sich der amerikanischen Ansicht nicht voll angeschlossen, sei jedoch entgegenkommender gewesen. In diesem Zusammenhang bat Mr. Kohler, das bereits in dem Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Präsident Kennedy angekündigte deutsche Papier über eine mögliche deutsche militärische Rolle baldmöglichst auszuarbeiten.

<sup>9</sup> In Genf begann am 16. Mai 1961 die Internationale Laos-Konferenz.

<sup>10</sup> Zum Memorandum des Ministerpräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 vgl. Dok. 60, Anm. 9.

<sup>11</sup> Zum sowjetischen Vorschlag für einen separaten Friedensvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 2, Anm. 4



Staatssekretär *Carstens* warf ein, das Papier sei in der Ausarbeitung und werde bald fertiggestellt sein.<sup>12</sup>

Mr. *Kohler* fuhr fort, hinsichtlich der NATO und der Militärstrategie sei bedauerlicherweise zwischen Kennedy und de Gaulle kein wirkliches Einvernehmen erzielt worden. Der Präsident habe von der Bedeutung gesprochen, die der Stärkung der NATO zukomme. De Gaulle habe darauf erwidert, daß man unterscheiden müsse zwischen der NATO als Bündnis (an das alle glaubten) und als Organisation, die verbesserungsbedürftig sei. De Gaulle habe jedoch hinzugefügt, daß er angesichts der recht kritischen internationalen Lage keineswegs die Absicht habe, irgendeine Initiative zu ergreifen, die der NATO als Organisation schaden könnte. De Gaulle habe im übrigen die bekannten Zweifel geäußert, daß nicht klar sei, ob man sich darauf verlassen könne, daß die Vereinigten Staaten insbesondere im Falle eines mit konventionellen Waffen geführten Angriffs im europäischen Bereich auch wirklich ihre Kernwaffen einsetzen würden. De Gaulle habe im übrigen die dem Herrn Bundeskanzler bekannten Gedanken entwickelt, daß Frankreich seine eigene Kernwaffe für seine eigene Verteidigung brauche, um ganz sicher zu gehen, sowie die Notwendigkeit, ein Gefühl der unabhängigen nationalen Verteidigung zu beleben.<sup>13</sup> De Gaulle habe sogar die Meinung geäußert, daß die algerischen Generäle<sup>14</sup> durch die in der NATO erfahrene Internationalisierung beeinflusst gewesen seien.

Der Herr *Bundeskanzler* warf hier ein, daß man doch wisse, daß de Gaulle diese Waffe gar nicht selber schaffen könne, weil ihm einfach das Geld fehle. Hinzu komme, daß die konventionelle Bewaffnung der französischen Armee sehr vernachlässigt sei. Dies gehe so weit, daß General Heusinger ihm einmal gesagt habe, im Ernstfalle würde er darum bitten, daß die französischen Streitkräfte möglichst bald nach Hause geschickt würden. Darüber hinaus habe de Gaulle große soziale Aufgaben, ohne deren Lösung es im Lande unruhig würde. Auch diese Aufgaben kosteten viel Geld.

Mr. *Kohler* bemerkte dazu, die amerikanischen Militärs seien derselben Meinung. Der Präsident habe de Gaulle eindringlich zu überzeugen versucht, daß de Gaulles Ansicht falsch sei. Er habe auch versucht, de Gaulle davon zu überzeugen, daß nach amerikanischer Auffassung die Verteidigung Europas und die Verteidigung Amerikas ein und dieselbe Sache sei. Dies gelte nicht nur für den Fall eines nuklearen Krieges, sondern auch wenn die Sowjets versuchen sollten, Europa mit konventionellen Waffen zu überrennen, würden notfalls amerikanische Kernwaffen eingesetzt werden, um dies zu verhindern. Der Präsident habe überdies de Gaulle darauf hingewiesen, daß bereits heute in den NATO-Depots eine ungeheure nukleare Macht lagere. Der Präsident habe hinzugefügt, daß Amerika die Absicht habe, dieses Potential noch durch die Überstellung von Polaris-U-Booten an die NATO zu erhöhen.<sup>15</sup> Er (*Kohler*) fürchte jedoch, daß de Gaulle sich nicht habe überzeugen lassen, jedenfalls habe er es nicht zugegeben. Seine Antwort auf die Erklärung Kennedys über die Polaris-U-Boote habe gelau-

<sup>12</sup> Zum Entwurf für ein Memorandum über eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 152 und Dok. 169.

<sup>13</sup> Zum Aufbau einer französischen Atomstreitmacht, der „force de frappe“, vgl. Dok. 1, Anm. 8.

<sup>14</sup> Zum Aufstand französischer Streitkräfte in Algerien vgl. Dok. 118.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch die Rede des Präsidenten Kennedy am 17. Mai 1961 in Ottawa; Dok. 150, Anm. 21.

tet, daß dadurch nichts wirklich geändert werde, da diese Waffen trotzdem noch dem amerikanischen Einsatzbefehl unterstünden. Der Präsident habe dann die amerikanische Bereitschaft erklärt, von der NATO Richtlinien und Vorschläge ausarbeiten zu lassen, wie die europäischen Länder einen größeren Anteil am Einsatzbefehl der Kernwaffen bekommen könnten. De Gaulle habe darauf erklärt, daß man dies prüfen werde, schien jedoch nicht sehr aufgeschlossen zu sein. De Gaulle habe dann die Frage gestellt, ob im Falle einer Blockade Berlins nukleare Waffen eingesetzt würden. Der Präsident habe darauf erwidert, daß zwischen einer Blockade und dem Versuch, mit Gewalt gegen Berlin vorzugehen, eine Unterscheidung getroffen werden müsse. Im übrigen müsse dieses Thema im Rahmen der „contingency planning“ weiter geprüft werden.

Das letzte Thema der Gespräche sei der Gemeinsame Markt gewesen. Dabei habe de Gaulle erklärt, der Gemeinsame Markt sei lediglich der Anfang einer auch politischen Zusammenarbeit zwischen den Sechs. Zwar halte Frankreich die politische Integration noch für verfrüht, doch glaube de Gaulle, daß man auf politischem Gebiet, insbesondere im Hinblick auf das für Juli vorgesehene Treffen der Regierungschefs<sup>16</sup>, vorankommen werde. Hinsichtlich Englands habe de Gaulle bemerkt, daß es entweder seine Commonwealth-Präferenzen oder die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt, nicht aber beides zugleich haben könne.<sup>17</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, daß Macmillan inzwischen erklärt habe, daß seines Erachtens keine parlamentarische Mehrheit für eine Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt erzielt werden könne.<sup>18</sup> Damit habe Macmillan die Sache zunächst ad acta gelegt.

Mr. *Kohler* bemerkte, Mr. Ball habe neulich dem Herrn Bundeskanzler ja bereits die amerikanische Einstellung dargelegt<sup>19</sup> und Präsident Kennedy habe de Gaulle dasselbe gesagt.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Erklärung Macmillans nach seinem Gespräch mit Mr. Ball gegeben worden sei.

Mr. *Kohler* sagte, damit komme er zum Ende seines Berichtes über das Gespräch zwischen Kennedy und de Gaulle. Diese Unterrichtung werde nur dem Herrn

<sup>16</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 18. Juli 1961 in Bad Godesberg vgl. Dok. 222.

<sup>17</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich eines britischen EWG-Beitritts vgl. Dok. 167.

<sup>18</sup> Premierminister Macmillan erklärte am 1. Juni 1961 im britischen Unterhaus auf die Frage des Abgeordneten der Liberalen Partei, Thorpe, wann die Regierung die Explorationen hinsichtlich des seit vier Jahren bekannten EWG-Vertrags beenden werde: „The hon[ourable] Member and his hon. Friends have the very simple view about this matter that we ought simply to sign on the dotted line and have no more to say about it. I do not think that that is the view of the House as a whole.“ Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 641, Sp. 416 f.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Adenauer traf am 23. Mai 1961 mit dem Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im amerikanischen Außenministerium zusammen. Dabei führte Ball aus, „Amerika habe den Briten klargemacht (und auch er habe dies soeben in London wiederholt), daß ihm sehr daran gelegen sei, daß die Gemeinschaft ihre Stoßkraft in Richtung auf eine verstärkte Einheit erhalte und daß nichts geschehen dürfe, wodurch die bereits geschaffenen großen politischen Werte dieser Gemeinschaft gestört werden könnten. Die amerikanische Haltung sei weiterhin, daß, wenn Großbritannien mit dem Herzen Mitglied der Gemeinschaft werden wolle und von den Sechs akzeptiert würde, dies einen Beitrag zum westlichen Zusammenhalt darstelle, daß aber ein Stehenbleiben auf halbem Wege und eine rein kommerzielle Abmachung für die amerikanische Politik nicht akzeptabel sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59.

Bundeskanzler und in gewissem Maße auch Macmillan durch Kennedy<sup>20</sup> zuteil. Sonst werde niemand davon informiert.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, was de Gaulle anbelange, müsse man warten und ihm Zeit lassen. Im Zusammenhang mit einer Reorganisation der NATO, die auch Stikker für notwendig halte, werde de Gaulle seines Erachtens einen Schritt nach vorne tun. De Gaulle sei ja zunächst auch gegen Europa gewesen, habe aber inzwischen gelernt. Er werde sicher noch mehr lernen.

Mr. *Kohler* bemerkte hierzu, die Vereinigten Staaten seien in dieser Anschauung mit dem Herrn Bundeskanzler absolut einer Meinung.

Den anschließenden Bericht Kohlers über das Gespräch mit Chruschtschow leitete der Herr *Bundeskanzler* mit der Bemerkung ein, daß nun das eigentliche Karnickel komme. Man müsse übrigens mit den Zeitungen vorsichtig sein. Er habe ein Bild von Frau Kennedy und Frau Chruschtschow gesehen und fürchte, daß dieses Bild auf Frau Chruschtschow nicht gerade entspannend wirke.

Mr. *Kohler* sagte zunächst, die Amerikaner seien für die Anwesenheit von Herrn Duckwitz und Herrn Reinkemeyer in Wien sehr dankbar gewesen.<sup>21</sup> Leider sei es jedoch so hektisch zugegangen, daß eine Unterrichtung nur teilweise möglich gewesen sei.<sup>22</sup>

Mr. *Kohler* fuhr fort, Chruschtschow habe in allen Sitzungen hart gedrängt. Der erste Vormittag (Sonnabend) sei der allgemeinen ideologischen und politischen Auseinandersetzung in der Welt gewidmet gewesen. Dabei habe der Präsident darauf hingewiesen, daß zwei Systeme auf Weltebene im Wettstreit lägen, daß es aber das Ziel sein müsse, ein Mittel zu finden, wodurch dieser Wettstreit erfolgen könne, ohne daß dabei Aktionen geschähen, die die Sicherheit des einen oder des anderen und den Frieden gefährden. In langen Ausführungen habe Chruschtschow die übliche kommunistische These entwickelt, wie sie im wesentlichen in der Moskauer Erklärung<sup>23</sup> sowie in Chruschtschows Rede vom 6. Januar<sup>24</sup> ihren Niederschlag gefunden habe. Chruschtschow habe erklärt, man müsse den Wandel im Gleichgewicht anerkennen sowie das Recht des Kommunismus, zu existieren und sich zu entwickeln; man dürfe nicht die Dulles'sche Politik verfolgen. In diesem Gespräch habe Präsident Kennedy die Linie verfolgt, die der Herr Bundeskanzler sicher auch aufgegriffen hätte, daß die Schwierigkeit darin liege, daß die Sowjetunion einerseits das freie System zu vernichten versuche, andererseits aber großes Geschrei über jede Bemühung anhebe, den Kommunis-

<sup>20</sup> Zum Gespräch des Präsidenten Kennedy mit Premierminister Macmillan am 5. Juni 1961 in London vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 34, S. 98–102.

<sup>21</sup> Bundesminister von Brentano führte am 23. Mai 1961 ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Dowling über das geplante Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow: „Der Herr Minister bemerkte noch, er werde jemanden von der Ostabteilung, wahrscheinlich Herrn Reinkemeyer, während der Dauer des Wiener Treffens rein privat in die Botschaft in Wien abstellen, falls irgend etwas auftauchen sollte. Herr Reinkemeyer werde jederzeit zur Verfügung stehen. Botschafter Dowling bezeichnete dies als sehr gut und wollte Außenminister Rusk entsprechend unterrichten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; B 130, Bd. 8509 A (Ministerbüro).

<sup>22</sup> Ministerialdirektor Duckwitz, z. Z. Wien, berichtete am 4. Juni 1961 über „aus Zeitmangel notgedrungenmaßen kurze Information auf dem Flugplatz“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; VS-Bd. 5625 (V 1); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 6. Dezember 1960 vgl. DzD IV/5, S. 538–567.

<sup>24</sup> Zur Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 6. Januar 1961 vgl. Dok. 79, Anm. 7.

mus aus den Angeln zu heben. Natürlich habe der Präsident auch erklärt, daß er der Doktrin der Unvermeidbarkeit nicht zustimmen könne, daß er vielmehr daran glaube, daß man den Menschen und den Völkern die freie Wahl lassen müsse. Kennedy habe Chruschtschow eindeutig vor Fehleinschätzungen gewarnt. Chruschtschow habe darauf erwidert, dieses Argument werde vom Westen nur zu oft benutzt. Der Präsident habe erwidert, daß es viele historische Beispiele für derartige Fehler gebe. Ein Beispiel dafür sei der Angriff auf Korea, wo auf beiden Seiten Fehlurteile geherrscht hätten: auf kommunistischer Seite habe man nicht geglaubt, daß Amerika zu Hilfe eilen werde, und auf amerikanischer Seite habe man nicht mit der tatsächlichen Art des chinesischen Eingreifens gerechnet.<sup>25</sup> Der Präsident habe besonders hervorgehoben, daß es vieler Geduld und vielen Verständnisses bedürfe, um Fehlbeurteilungen zu vermeiden, die bei dem heutigen Stand der Rüstung zur Katastrophe führen könnten. Dieses Streitgespräch habe sich dann fortgesetzt und unter anderem auch auf Kuba bezogen. Der Präsident habe dabei darauf hingewiesen, daß der Kernpunkt die Verweigerung der freien Wahl für das kubanische Volk darstelle. Chruschtschow habe dann mit entsprechenden Bemerkungen über die Unterstützung von Leuten wie Franco und dem Schah von Persien<sup>26</sup> geantwortet.

Mr. Kohler äußerte die Ansicht, daß der Präsident Chruschtschow klargemacht habe, daß Amerika keinen sowjetischen Versuch zur Veränderung des strategischen Weltgleichgewichts der Kräfte hinnehmen würde. Dabei habe Kennedy insbesondere die Gefahr aufgezeigt, die in der von den Sowjets in der Erklärung vom 6. Januar dargelegten Konzeption der Unterstützung von sogenannten nationalen Befreiungskriegen liege.

Dem habe sich eine nicht sehr tiefgehende Erörterung der China-Frage angeschlossen. Dabei habe Chruschtschow es als erforderlich bezeichnet, China in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Allerdings werde China nicht beitreten, solange Nationalchina Mitglied sei. Außerdem müßten die Vereinigten Staaten Rotchina anerkennen. Dies habe Chruschtschow mit der interessanten Bemerkung verbunden, daß diplomatische Beziehungen gewisse Zurückhaltung auferlegten. Gleichzeitig habe Chruschtschow jedoch erklärt, daß er, wenn er Chinese wäre, schon lange gegen Formosa vorgegangen wäre.

Am Ende dieser ersten Sitzung sowie zu Beginn der Sitzung am nächsten Morgen sei viel über Laos gesprochen worden. Es sei kaum der Mühe wert, dies im einzelnen zu berichten. Das Ergebnis dieses langen Gesprächs sei der einzig positive Satz im Kommuniqué.<sup>27</sup> Im übrigen müsse sich in der Praxis zeigen, wie positiv dieser Satz zu bewerten sei.

Das Gespräch über die ideologische Auseinandersetzung habe zwischen Kennedy und Chruschtschow unter vier Augen lediglich in Anwesenheit von Dolmetschern stattgefunden. Zur gleichen Zeit hätten Rusk und Gromyko ein ausführliches Gespräch über den Atomversuchsstopp und die Abrüstung geführt.<sup>28</sup> Dieser

<sup>25</sup> Zum Ausbruch des Koreakriegs vgl. Dok. 72, Anm. 14.

<sup>26</sup> Mohammed Reza Pahlevi.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Gespräche des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 344.

<sup>28</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko am 3. Juni 1961 in Wien vgl. FRUS 1961–1963, V, Dok. 86, S. 197–205, und FRUS 1961–1963, VII,

Punkt sei am nächsten Morgen nach Abschluß der Laos-Diskussion auch Gegenstand der Gespräche mit<sup>29</sup> Chruschtschow gewesen. Später habe sich herausgestellt, daß Chruschtschow praktisch ein Aide-mémoire auswendig gelernt habe, das die Russen nach der Sitzung übergeben hätten.<sup>30</sup> Zusammenfassend könne über die Atomversuchsstopp-Konferenz<sup>31</sup> gesagt werden, daß Chruschtschow und Gromyko erklärt hätten, daß es zwei wesentliche Punkte dabei gebe. Erstens die Zahl der Inspektionen. Dabei hätten die Amerikaner ein Minimum von zwanzig Inspektionen pro Jahr gefordert, die für die Erstellung einer wirksamen wissenschaftlichen Analyse notwendig seien. Russischerseits sei dazu erklärt worden, drei Inspektionen pro Jahr sei mehr als genug. Zweitens gebe es die sogenannten Troika-Vorschläge<sup>32</sup>, in denen die Sowjets absolut fest gewesen seien. Außenminister Rusk habe Gromyko gefragt, wann sie sich denn das ausgedacht hätten, etwa in den letzten zwei Jahren? Gromyko und Chruschtschow hätten erklärt, die UN-Operationen im Kongo hätten ihnen eine Lehre erteilt. Der Präsident habe auch Chruschtschow gefragt, ob er es für absolut unmöglich halte, auch nur einen einzigen wirklich neutralen Mann zu finden. Chruschtschow habe dies bejaht. Der Präsident habe erklärt, daß ein Vertrag, der aufgrund dieser Vorschläge erarbeitet würde, unbefriedigend sei und keinen genügenden Schutz gegen eine Vertragsverletzung gewährleiste. Ein solcher Vertrag könnte dem Senat nicht einmal zugeleitet, geschweige denn von ihm bestätigt werden. Der Präsident habe auch darauf hingewiesen, daß ein Versuchsverbot zwar keine Abrüstung darstelle, aber dennoch wichtig sei als Mittel zur Vermeidung oder zumindest Verzögerung einer Ausbreitung nuklearer Waffen. Chruschtschow habe darauf erwidert, aus diesem Grunde seien die Sowjets zu der Konferenz gekommen. Die Praxis habe allerdings gezeigt, daß damit das Problem nicht gelöst sei, denn die Franzosen kümmerten sich nicht um diese Absprache und führten ihre Versuche fort.<sup>33</sup> Chruschtschow habe dann erklärt, daß er eigentlich diese Gespräche mit den Gesprächen über die allgemeine Abrüstung zusammen-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 761*

Dok. 30, S. 83–85. Vgl. außerdem FRUS 1961–1963, Arms Control; National Security Policy; Foreign Economic Policy, Microfiche Supplement, Dok. 14.

<sup>29</sup> Korrigiert aus: „zwischen“.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut des sowjetischen Aide-mémoires vom 4. Juni 1961 zur Abrüstung vgl. DzD IV/6, S. 812–816.

Ministerialdirektor von Etdorf legte am 9. Juni 1961 dar, der erste Teil befasse sich mit den Teststopp-Verhandlungen in Genf und stelle „drei besonders umstrittene Fragen“ heraus. Hinsichtlich der unterirdischen Versuche, „deren heute noch mangelnde Kontrollmöglichkeiten zum Kernproblem der Konferenz geworden sind“, werde faktisch „ein unbefristetes, unkontrolliertes Verbot“ gefordert. In der Frage der Kontrolle fordere die UdSSR, nachdem bereits Einigung darüber erzielt worden sei, „daß die einzurichtende Kontrollkommission aus Vertretern des Ostens, des Westens und der Neutralen bestehen soll“, daß auch das Exekutivorgan von einer Troika geleitet werden solle. Dadurch würde der sowjetischen Regierung ein Vetorecht eingeräumt. Kein Entgegenkommen zeige das Aide-mémoire auch hinsichtlich der Zahl der zuzulassenden Inspektionen. Im zweiten Teil werde Bereitschaft zur allgemeinen kontrollierten Abrüstung erklärt; allerdings könne es eine vollständige Kontrolle erst geben, „wenn vollständig abgerüstet wäre. Solange die Staaten noch über bewaffnete Streitkräfte verfügen, wäre jede Kontrolle ein Versuch der ‚Nachrichtensammlung‘.“ Etdorf resümierte, daß angesichts dieser Haltung kaum mit „befriedigenden Ergebnissen“ bei den für Juli geplanten amerikanischen-sowjetischen Abrüstungsgesprächen zu rechnen sei. Vgl. B 130, Bd. 4024 A (302).

<sup>31</sup> Zu den Teststopp-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 139, Anm. 13.

<sup>32</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen, für die Überwachung eines Atomteststopps ein dreiköpfiges Gremium (Troika) einzusetzen, vgl. Dok. 105, Anm. 18.

<sup>33</sup> Am 25. April 1961 fand der vierte französische Atomtest statt. Vgl. dazu die Meldung „Atomversuch in der Sahara“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 26. April 1961, S. 2.

legen wolle.<sup>34</sup> Wenn Amerika die russischen Vorschläge einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung<sup>35</sup> annähme, könnte Rußland die Troika-Vorschläge fallenlassen, weil nach einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung ein Vetorecht gegen Inspektionen nicht mehr erforderlich wäre. Als Chruschtschow erklärt habe, daß man in Stufen vorgehen könne, wenn die allgemeine und vollständige Abrüstung akzeptiert werde, habe der Präsident gefragt, ob Chruschtschow dann das Atomversuchsverbot als erste Stufe akzeptieren könnte, wobei dann ein Vetorecht bei den Inspektionen nicht mehr gegeben wäre. Chruschtschow habe darauf erwidert, er würde dann versuchen, den Präsidenten davon zu überzeugen, daß man nicht mit dieser, sondern mit wichtigeren Maßnahmen anfangen müsse, so z. B. dem Verbot nuklearer Waffen und ihrer Herstellung sowie der Aufgabe von militärischen und Raketenstützpunkten im Ausland. Der Präsident habe seiner Sorge wegen des unbegrenzten und inspektionslosen Moratoriums in der Versuchsfrage<sup>36</sup> Ausdruck gegeben und gesagt, daß man in Genf noch eine gewisse Zeit einen Versuch machen wolle. Im übrigen sei Amerika bereit, die vorbereitenden Gespräche über die Abrüstung am 19. Juni zu beginnen.<sup>37</sup> Einem Junktim zwischen den beiden Verhandlungen könne er jedoch nicht zustimmen, wenn er keine Zusicherung erhalte, daß eine Einigung in der Abrüstungsfrage bald erzielt werde. Dafür bestünden jedoch keinerlei Aussichten. Das Gespräch habe sich dann der Deutschlandfrage zugewandt. Auch hier habe Chruschtschow praktisch ein Aide-mémoire (das nachher überreicht worden sei) auswendig aufgesagt, das im wesentlichen der an die Bundesrepublik gerichteten Note vom 17. Februar<sup>38</sup> entspreche, allerdings etwas länger sei.<sup>39</sup> Mr. Kohler sagte, er wolle sich nur auf die zusätzlichen Punkte beschränken. Der Präsident sei in seinen Antworten sehr stark gewesen und immer stärker geworden, als Chruschtschow seine Entschlossenheit wiederholt habe, mit der Unterzeichnung

<sup>34</sup> Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 30. Juli 1961 vgl. Dok. 83, Anm. 16.

<sup>35</sup> Vgl. dazu den Abrüstungsvorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 2. Juni bzw. 23. September 1960; Dok. 2, Anm. 14.

<sup>36</sup> Zum Verzicht Großbritanniens, der UdSSR und der USA auf die Durchführung von Atomtests vgl. Dok. 106, Anm. 11.

<sup>37</sup> Mit Blick auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 30. Juli 1961 nahm der Berater des amerikanischen Präsidenten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, McCloy, am 19. Juni 1961 vorbereitende Gespräche mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Sorin in Washington auf. Die erste Gesprächsrunde endete am 30. Juni 1961 mit einer Unterredung bei Präsident Kennedy. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, VII, Dok. 38, S. 99–102. Vgl. außerdem FRUS 1961–1963, Arms Control; National Security Policy, Foreign Economic Policy, Microfiche Supplement, Dok. 17 und Dok. 18.

<sup>38</sup> Zum sowjetischen Memorandum vom 17. Februar 1961 an die Bundesregierung vgl. Dok. 54, besonders Anm. 7.

<sup>39</sup> Für den Wortlaut des sowjetischen Aide-mémoires vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage vgl. DzD IV/6, S. 817–823.

In einer Gegenüberstellung der Memoranden vom 17. Februar und 4. Juni 1961 stellte Ministerialdirektor Duckwitz am 9. Juni 1961 fest, sie seien in „ihrer politischen Substanz [...] gleich: Verewigung der Teilung Deutschlands und Umwandlung Westberlins in eine ‚freie Stadt‘. Die sowjetische Verhandlungsbereitschaft sei „in beiden Memoranden darauf beschränkt, daß der Westen die sowjetischen Vorschläge in allen wesentlichen Punkten akzeptiert“. Die Feststellung im Memorandum an die amerikanische Regierung, „daß der Abschluß von Friedensverträgen keine Anerkennung ‚eines der beiden deutschen Staaten‘ impliziere“, ziele darauf ab, „dem Westen das Argument zu nehmen, er könne keinen Friedensvertrag über Deutschland abschließen, da er damit das Pankow-Regime international anerkenne.“ Vgl. VS-Bd. 3873 (704); B 150, Aktenkopien 1961.

eines Friedensvertrages voranzugehen, wodurch sämtliche Rechte auf Zugang nach Berlin wegfielen, soweit sie nicht mit der DDR abgesprochen seien. Der Präsident habe eindeutig erklärt, in Berlin sei die eigene nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten betroffen. Amerika sei in Berlin, weil es sich den Weg dorthin erkämpft habe, und es bestünden vertragliche Vereinbarungen<sup>40</sup>, zu deren Aufrechterhaltung sich alle Präsidenten seit Kriegsende verpflichtet hätten. Ließe sich Amerika aus Berlin hinauswerfen, würde niemand mehr auf amerikanischen Verpflichtungen vertrauen. Wenn Amerika von Westberlin spreche, dann spreche es von Westeuropa. Er (Kennedy) könne sich nicht vorstellen, wie eine Macht wie die UdSSR auch nur andeuten könnte, daß Amerika sich aus einem Gebiet zurückziehe, wo seine Lebensinteressen auf dem Spiele stünden. Wie könne Chruschtschow glauben, daß Amerika ein Ultimatum annehmen würde? Er (Kennedy) wolle genausowenig wie Chruschtschow der Isolierung seines Landes den Weg öffnen. Chruschtschow habe mit den üblichen Angriffen und Beschuldigungen vom deutschen Militarismus und Revanchismus geantwortet. Der Präsident habe klargemacht, daß es in Westdeutschland nichts Unabhängiges gebe, was auch nur irgendwie eine Bedrohung der UdSSR darstellen könne. Was Chruschtschow verlange, sei eine ernste Herausforderung der Vereinigten Staaten, die zu unabsehbaren ernstlichen Konsequenzen führen könnte. Er (Kennedy) sei nach Wien gekommen, um zu sehen, ob die Beziehungen verbessert werden könnten, nicht aber, um sich Drohungen über den Abschluß eines Separatfriedens oder der Abschnürung des Zugangs nach Berlin gegenüber zu finden. Chruschtschow habe dann vorgegeben, nicht verstehen zu können, warum der Präsident das alles so ernst nehme. Die UdSSR wolle doch bloß eine schon bestehende Situation formalisieren und die Anerkennung gewinnen, daß die DDR tatsächlich existiere und es zwei Deutschland gebe, wobei die Deutschen die Wiedervereinigung gar nicht wünschten. Der Präsident habe darauf erklärt, das eigentliche Problem liege darin, daß hier eine Drohung einer einseitigen Verletzung vertraglicher Verpflichtungen vorliege. Chruschtschow habe zugegeben, daß ein Vier-Mächte-Abkommen existiere, jedoch erklärt, dieses Abkommen erlösche mit der Beendigung des Kriegszustandes. Der Präsident habe der UdSSR das Recht abgestritten, ihre Rechte an die DDR zu übertragen. Mr. Kohler gab hier seinen Eindruck wieder, daß die Stärke der Haltung des Präsidenten Chruschtschow zum Nachdenken gebracht habe. Er (Chruschtschow) habe dann von einem Interimsabkommen für die Dauer von sechs Monaten gesprochen, das ebenfalls in einem Aide-mémoire niedergelegt sei. In diesem Gespräch habe Chruschtschow klargemacht, daß er die Interimsabmachung nur als formelle Angelegenheit betrachte, um den beiden Seiten die Möglichkeit zu geben, sich ihrer Verantwortung zu entkleiden und diese in die Hände der Deutschen zu legen. Der Präsident habe darauf hingewiesen, daß Amerika in seiner Position in Westberlin sich der starken Unterstützung der Westberliner Bevölkerung erfreue. Die Vereinigten Staaten wollten keinen Kriegszustand und seien für eine friedliche Regelung des gesamten deutschen Problems. Die Vorschläge Chruschtschows beträfen jedoch die gesamte Lage in Westeuropa, und er habe sein hohes Amt nicht angetreten, um Maßnahmen zu treffen, die den Lebensinteressen der Vereinigten Staaten genau zuwiderliefen.

<sup>40</sup> Zu den Vereinbarungen über die alliierten Rechte in Berlin vgl. Dok. 23, Anm. 28.

Das Treffen habe mit diesem wenig erfreulichen Ton geendet. Nach dem Treffen habe die amerikanische Delegation das Aide-mémoire erhalten, das für eine spätere Veröffentlichung geschrieben scheine. Bis dieser Zeitpunkt jedoch gekommen sei, sei dem Präsidenten daran gelegen, daß das Aide-mémoire geheimgehalten werde und nicht vom Westen etwas herauskomme.

Aus allen Gesprächen ergebe sich, daß man gegen Jahresende sich wahrscheinlich einer langsam ansteigenden Krise gegenübersehen werde. Irgendwelche Zeiten seien nicht genannt worden mit Ausnahme der sechs Monate für eine Interimsabmachung. Die amerikanische Delegation habe jedenfalls den Eindruck, daß es irgendwann nach dem Parteikongreß<sup>41</sup> zu einer Krise komme. Dies sei jedoch reine Spekulation.

Der Ton während des Treffens sei im ganzen gesehen korrekt und höflich gewesen. Die Gespräche seien jedoch von beiden Seiten hart geführt worden.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich für die sehr klare Darstellung von Mr. Kohler und bemerkte, daß er eigentlich gar nichts anderes erwartet habe. Er fragte dann, welchen persönlichen Eindruck Präsident Kennedy von Chruschtschow gewonnen habe.

Mr. *Kohler* erklärte, seines Erachtens sei der Präsident ziemlich überrascht gewesen von der Stärke des Glaubens dieses Mannes an seine Doktrin. In gewissem Sinne sei der Präsident froh gewesen, mit Chruschtschow zusammengetroffen zu sein und damit die Natur dieses Mannes verstehen zu können.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, Chruschtschow glaube doch kein Wort von dem, was er sage.

Mr. *Kohler* erklärte, der Präsident glaube doch einen Unterschied zu sehen zwischen Chruschtschow einerseits und Stalin andererseits, der ein absoluter Zyniker gewesen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, Chruschtschow sei in erster Linie russischer Nationalist.

Mr. *Kohler* sagte, er habe seine Bemerkung auch so gemeint, daß Chruschtschow sich des Kommunismus als Werkzeug zur Verwirklichung seiner Machtgelüste bediene.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Chruschtschow müsse dem russischen Volk einen Religionersatz schaffen und Vorwände finden, um sich in alles einmischen zu können. Er sei aber vor allem russischer Nationalist. Seiner Überzeugung nach sei Chruschtschow auch ein ganzer Realist, der die Dinge so sehe, wie sie seien. Leider müsse er sagen, daß Chruschtschow vor Amerika bislang nicht viel Achtung gehabt habe. Wenn er (Bundeskanzler) das, was er von Camp David<sup>42</sup> wisse, mit Wien vergleiche, so rage Wien haushoch hervor. Was er von Camp David wisse, habe ihm Eisenhower selbst gesagt. Eisenhower habe ihm erklärt, schon

<sup>41</sup> Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

<sup>42</sup> Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 13–16, S. 35–52. Vgl. ferner FRUS 1958–1960, X/1, Dok. 109, S. 392–402, Dok. 111, S. 409 f., Dok. 129–131, S. 459–469, und Dok. 133 sowie Dok. 134, S. 477–483. Vgl. außerdem FRUS 1958–1960, XIX, Dok. 301, S. 595–598.



am ersten Tag seien sie mit den Gesprächen am Ende gewesen und hätten nicht gewußt, wie sie die Zeit totschiessen sollen. Schließlich hätten sie nach Filmen gesucht, um wenigstens etwas zeigen zu können, und hätten auch einen Wildwestfilm mit viel Schießerei gefunden. In dieser Hinsicht habe Chruschtschow nunmehr zum ersten Mal einen amerikanischen Präsidenten kennengelernt, der hart gewesen sei.

Mr. *Kohler* bemerkte, bei allem Respekt vor seinem früheren Präsidenten, der viele Qualitäten besitze, die allerdings nicht gerade auf dem Gebiet der internationalen Politik lägen, und da er bei beiden Gesprächen zugegen gewesen sei, möchte er sich der Ansicht des Herrn Bundeskanzlers anschließen und sogar sagen, daß dies seit Jahren sein Eindruck gewesen sei. Das wirkliche Nützliche am Wiener Gespräch sei seines Erachtens die Tatsache, daß die starke Persönlichkeit des Präsidenten und die Kraft seiner Argumentation Chruschtschow zum Nachdenken gebracht hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, man müsse nun abwarten. Er stellte dann die Frage, wer nun den nächsten Fühler ausstrecken werde, um die Ergebnisse des Gesprächs kennenzulernen; ob dies die Vereinigten Staaten seien oder nicht? Er halte diese Frage für wichtig.

Mr. *Kohler* erwiderte, man habe natürlich noch keine rechte Gelegenheit gehabt, das Ganze zu besprechen. Was nun zunächst seiner Meinung nach nötig sei, sei, die gesamten Gespräche sowie die Aide-mémoires durch die Vierergruppe in Washington prüfen zu lassen und dann in einer baldigen Konsultation die contingency planning zu beschleunigen. Er hoffe, daß dies bald in Washington stattfinden könne. Aus diesen Konsultationen könnten sich möglicherweise die nächste Reaktion und der nächste Schritt ergeben.

Staatssekretär *Carstens* stellte die Frage, ob irgendein anderes Treffen ins Auge gefaßt worden sei.

Mr. *Kohler* verneinte dies und bemerkte, die einschlägige Zeile im Kommuniqué bedeute überhaupt nichts. Es sei lediglich vorgesehen, daß Außenminister Rusk und Gromyko sich in der Laos-Frage weiter berieten. Es sei jedoch keinerlei Andeutung eines weiteren Treffens zwischen den beiden Regierungschefs noch eines Gipfeltreffens der Vier Mächte noch irgendwelcher anderer Zusammenkünfte gemacht worden.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Bundesrepublik ja die Antwort auf die Note vom 17. Februar geben müsse.

Staatssekretär *Carstens* bemerkte, die Arbeitsgruppe in Washington konsultiere sich bereits über diese Antwort<sup>43</sup>, und die Konsultation könne wohl bald abgeschlossen werden. Eine Frage sei in der Antwort deutscherseits absichtlich

<sup>43</sup> Zur Arbeit an einem Antwortentwurf auf das sowjetische Memorandum vom 17. Februar 1961 vgl. Dok. 137, Anm. 3.

Zum Stand der Beratungen teilte Botschafter Grewe, Washington, am 2. Juni 1961 mit, daß die Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ am selben Tag beschlossen habe, den erarbeiteten Entwurf „noch einmal im Lichte des Verlaufs des Wiener Treffens“ zu erörtern. Ansonsten bestehe Übereinstimmung, daß er den von französischer Seite geäußerten Gesichtspunkten, die Antwort solle „nicht zu negativ sein“ und „keine Ermutigung zu bilateraler Behandlung der Deutschland- und Berlin-Frage enthalten“, Rechnung trage. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1260; VS-Bd. 3852 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

offengelassen worden, nämlich, ob man einen Satz einfügen sollte, daß die Bundesregierung stets eine Regelung des deutschen Problems auf der Grundlage von Verhandlungen befürwortet habe, was als eine Geste in Richtung auf Verhandlungen ausgelegt werden könnte. Er zweifle jetzt allerdings, ob dies opportun sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte ebenfalls, er würde einen solchen Satz nicht aufnehmen. Aber man könne im Lichte der neuesten Ereignisse noch einmal mit den Partnern darüber sprechen.

Mr. *Kohler* fügte hinzu, daß es vielleicht auch im Zusammenhang mit dem jetzt von den Russen überreichten Aide-mémoire, das vielleicht über die Note vom 17.2. hinausgehe, geprüft werden sollte.<sup>44</sup> Washington wäre für die Vorstellungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Außenministers dankbar.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte noch, als Botschafter Kroll auf der Krim Herrn Chruschtschow seinen Brief überreicht habe<sup>45</sup>, habe beim Mittagessen Chruschtschow oder Mikojan bemerkt, der Krimwein habe dem Herrn Bundeskanzler so gut geschmeckt. Chruschtschow habe ihm also über den Botschafter eine Kiste mit zwölf Flaschen Krimwein geschickt, ohne eine Zeile oder einen Buchstaben. Nun wolle er Chruschtschow und Mikojan ebenfalls zwölf Flaschen Wein schicken, und zwar in derselben Form. Er fragte, ob er die Kiste anhalten solle oder abschicken.<sup>46</sup>

Mr. *Kohler* bemerkte, der Herr Bundeskanzler könne gefahrlos die Kiste abschicken, denn der Präsident habe Chruschtschow ein Modell des Schlachtschiffes „Constitution“ geschenkt.

Am Schluß des Gesprächs wurde noch erörtert, was der Presse gesagt werden könne. Dabei wurde vom Herrn *Bundeskanzler* besonders betont, daß man keineswegs den Eindruck geben dürfe, als sei er von der Haltung Kennedys überrascht, man müsse vielmehr darauf hinweisen, daß er (Bundeskanzler) zufrieden sei und von Kennedy gar nichts anderes erwartet habe.<sup>47</sup>

#### Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59

<sup>44</sup> Zur gemeinsamen Beratung der Antwortentwürfe auf die sowjetischen Memoranden vom 17. Februar an die Bundesregierung und vom 4. Juni 1961 an die amerikanische Regierung in der Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ vgl. Dok. 193, Anm. 7.

<sup>45</sup> Zum Gespräch des Botschafters Kroll, Moskau, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 24. April 1961 in Gagra vgl. Dok. 124.

<sup>46</sup> Bundeskanzler Adenauer sandte Botschafter Kroll, Moskau, am 2. Juni 1961 zwei Kisten Wein, die für Ministerpräsident Chruschtschow und den sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan bestimmt waren. Vgl. dazu ADENAUER, Briefe 1959–1961, S. 284 f.

<sup>47</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Staatssekretärs von Eckardt, Presse- und Informationsamt, auf der Pressekonferenz am 5. Juni 1961; DzD IV/6, S. 823.

**Bundesminister von Brentano  
an Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro**

**306-83.00-91.04-1337/61 VS-vertraulich**

**Aufgabe: 5. Juni 1961, 19.00 Uhr**

**Fernschreiben Nr. 75**

**Citissime mit Vorrang**

Für Botschafter

1) Staatssekretär hatte beabsichtigt, hiesigen brasilianischen Geschäftsträger<sup>1</sup> zu sich zu bitten, um ihm Bedenken der Bundesregierung und meine persönliche Enttäuschung über Verhandlungen Dantas in Ostberlin<sup>2</sup> sowie über Einladung Hüttenrauchs<sup>3</sup> zum Ausdruck zu bringe. Angesichts neuer Entwicklung der Lage und offenkundiger Diskrepanz zwischen Außenministerium und Präsident<sup>4</sup> erscheint ein solcher Schritt nicht mehr adäquat.

2) Sie werden gebeten, baldmöglichst um eine Unterredung mit Präsident nach-zusuchen<sup>5</sup> und ihm im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers mit großem Ernst Folgendes vorzutragen:

a) Zur Situation in der SBZ etwa:

Das dortige Regime unterdrücke die dort lebenden 16 Mio. Deutschen. Diese lehnten einen eigenen Staat ab und hätten den Wunsch, sich mit den in der Bundesrepublik lebenden Deutschen wieder zu vereinen. Sie würden jedoch

<sup>1</sup> Arnaldo Vasconcellos.

<sup>2</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, berichtete am 3. Mai 1961 über Pressemeldungen, wonach Präsident Quadros die Weisung erteilt habe, „daß zur Zeit in Durchführung begriffene Mission brasilianischen Sonderbotschafters Dantas in Ostblockländern, die bisher auf Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien beschränkt war [...], „sofort auf Ostdeutschland ausgedehnt werden soll.“ Aufgabe von Dantas sei es, „die kürzlich vereinbarte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien praktisch in die Tat umzusetzen und mit diesen Ländern und Jugoslawien nach Möglichkeit Handelsabkommen zu vereinbaren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; B 33 (Referat 306), Bd. 155.

<sup>3</sup> Durchgehend korrigiert aus: „Hüttens“.

Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, informierte am 10. Mai 1961 über eine in der brasilianischen Presse veröffentlichte Weisung des Präsidenten Quadros an Außenminister Arinos, „den Staatssekretär der Deutschen Demokratischen Republik Hütten[r]auch zu einem offiziellen Besuch in Brasilien einzuladen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 105; B 33 (Referat 306), Bd. 155.

<sup>4</sup> Staatssekretär Carstens notierte am 5. Juni 1961: „Die Haltung der brasilianischen Regierung und vor allem des Präsidenten Quadros uns gegenüber hat sich in letzter Zeit unerfreulich entwickelt. Während wir uns bemühten, zusammen mit anderen westlichen Staaten die brasilianische Wirtschaft zu sanieren, unterzeichnete der brasilianische Sonderbotschafter Dantas in Ost-Berlin ein Dokument, dessen genauen Inhalt wir noch nicht kennen. [...] Der Generalsekretär des Außenministeriums in Rio, der sich öffentlich von der Aktion Dantas' distanzierte, ist deswegen von Präsident Quadros entlassen worden. [...] Außer dieser Angelegenheit schwebt eine Einladung brasilianischer Stellen an den SBZ-Staatssekretär Hütten[rauch] zum Besuch Brasiliens. Auch hierzu sind unklare und widersprechende Erklärungen von brasilianischer Seite abgegeben worden.“ Vgl. B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>5</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, informierte am 15. Juni 1961 über ein Gespräch mit dem brasilianischen Außenminister. Er habe Arinos sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß Präsident Quadros ihn „in dieser so dringenden Frage erst am 26.6. empfangen könne“, und „an Hand vorbereiteten Aide-mémoires unseren im Drahterlaß Nr. 75 vom 5. Juni übermittelten Standpunkt eingehend dargelegt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

Das Gespräch mit Quadros fand am 5. Juli 1961 statt. Vgl. dazu Dok. 211.

durch eine fremde Macht an der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und an der Wiedervereinigung mit uns gehindert.

Die gleiche fremde Macht stütze das in der SBZ herrschende Regime, das sich ohne diese permanente Intervention nicht würde halten können. (Weitere Argumente werden Ihrem Ermessen überlassen.)

Kein Staat der Welt außer den kommunistischen Staaten erkenne daher die SBZ oder deren Regime an.

Wir bäten unsere Freunde in aller Welt und insbesondere die brasilianische Regierung, nichts zu tun, was als eine Anerkennung der SBZ oder ihres Regimes ausgelegt werden könnte.

b) Zur Frage der Handelsbeziehungen mit der SBZ:

Bundesregierung habe Verständnis für brasilianische Bestrebungen, Export nach der SBZ auszudehnen, könne aber Notwendigkeit von Verhandlungen auf Regierungsebene nicht anerkennen, da sowjetzonale Kammer für Außenhandel dort vertreten und Möglichkeit zu Verhandlungen auf Kammerebene gegeben sei. Wir bäten dringend, derartige Verhandlungen nicht auf Regierungsebene zu führen, weil dies von der SBZ regelmäßig propagandistisch als Schritt in Richtung auf Anerkennung ausgelegt würde.

c) Verhandlungen Sonderbotschafters Dantas in Ostberlin, die keinesfalls als privat und persönlich angesehen werden könnten, und die Einladung Hüttenrauchs ständen im Widerspruch zu brasilianischerseits wiederholt gemachten Zusagen. Dieser Widerspruch gehe aus folgendem Tatbestand hervor:

Am 9. Mai erklärte der hiesige brasilianische Geschäftsträger gegenüber Ministerialdirigent Hess, daß Dantas nicht nach Ostberlin fahren werde (vgl. Drahterlaß Nr. 57 vom 12. Mai<sup>6</sup>), trotzdem hat Dantas Weisung erhalten, nach Ostberlin zu reisen.

Danach ist sowohl von Generalsekretär wie auch vom Leiter der Politischen Abteilung im dortigen Außenministerium am 26. bzw. 27. Mai versichert worden, die Reise Dantas' habe keinen offiziellen Charakter.<sup>7</sup> Trotzdem hat Dantas mit

<sup>6</sup> Ministerialdirektor von Eitzdorf wies Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, am 12. Mai 1961 an, den brasilianischen Außenminister Arinos „darauf hinzuweisen, daß amtliche Einladung Staatssekretärs Hütten[rauch] einer De-facto-Anerkennung der SBZ bedenklich nahekommen würde [...] Nach Mitteilung hiesigen brasilianischen Geschäftsträgers [...] soll beabsichtigter Besuch Sonderbotschafters Dantas in Ostberlin unterbleiben.“ Vgl. B 33 (Referat 306), Bd. 155.

<sup>7</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, teilte am 26. Mai 1961 aus einem Gespräch mit dem Generalsekretär im brasilianischen Außenministerium mit, Leitão da Cunha habe ausgeführt, „er habe es leider versehentlich unterlassen, mir mitzuteilen, daß Dantas auf Weisung Präsidenten am 20.5. Genehmigung erhalten habe, sich ‚strikt privat und persönlich‘ – nicht in seiner Eigenschaft als Botschafter – nach Ostberlin zu begeben. Daraufhin habe ich Generalsekretär um Interpretation weiterer Pressemeldung gebeten, wonach Präsident die Entwicklungsbank angewiesen habe, ‚den Staatssekretär für Handel‘ der deutschen Ostzone zu Besprechungen nach Rio de Janeiro einzuladen. Generalsekretär erwiderte, Meldung sei zutreffend; es handle sich jetzt nicht mehr um eine Einladung des Staatssekretärs Hütten[rauch] durch die Regierung, sondern durch die Entwicklungsbank. Damit sei den vom Auswärtigen Amt und mir geltend gemachten Bedenken Rechnung getragen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 132; B 33 (Referat 306), Bd. 155.  
Botschaftsrat I. Klasse Moltmann, Rio de Janeiro, informierte am 27. Mai 1961: „Im Außenministerium konnte ich heute, Sonnabend, nur Leiter politischer Abteilung, Ouro Preto, erreichen [...]. Dieser versicherte mir, daß Dantas keine offiziellen Missions ausführe, und bestätigte nochmals nachdrücklich die gestern von Generalsekretär abgegebene Erklärung, daß Dantas sich nur ‚strikt privat und persönlich‘ nach Ostberlin begeben solle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; B 33 (Referat 306), Bd. 155.

führenden Persönlichkeiten des SBZ-Regimes offizielle Gespräche geführt und schließlich ein Dokument unterzeichnet.<sup>8</sup>

Nachdem sowohl von der Botschaft gegenüber dortigem Außenminister<sup>9</sup> wie von MD von Etzdorf gegenüber hiesigem brasilianischem Botschaftssekretär Bedenken der Bundesregierung hinsichtlich der beabsichtigten Einladung Staatssekretärs Hüttenrauch nach Rio zum Ausdruck gebracht worden waren<sup>10</sup>, erklärte hiesiger brasilianischer Geschäftsträger am 18. Mai, er habe persönliche Botschaft seines Präsidenten erhalten mit Zusage, daß Hüttenrauch nicht nach Rio eingeladen werden würde, worin besondere Achtung Präsidenten für Bundesrepublik zu erblicken sei (Drahterlaß 66 vom 24. Mai<sup>11</sup>). Dennoch scheint gemäß Drahtbericht Nr. 132 vom 26. Mai Absicht fortzubestehen, Hüttenrauch, wenn auch durch Entwicklungsbank, einzuladen.

Präsident Quadros hat in seiner Kongreßbotschaft vom 15. März bekräftigt, daß er die Bundesregierung als einzige Vertreterin des deutschen Volkes betrachte. Er hat den Bundestagsabgeordneten Görgen und Heck gegenüber versichert, er würde keine Änderung des gegenwärtigen Status in Deutschland anerkennen, der die Bundesregierung nicht selbst zugestimmt habe.<sup>12</sup>

Das Verhalten der brasilianischen Regierung steht mit diesen Erklärungen nicht im Einklang, da durch Verhandlungen mit SBZ auf Regierungsebene eine Entwicklung begünstigt wird, die die Bemühungen des SBZ-Regimes fördert, den Status in Deutschland zu verändern.

<sup>8</sup> Der brasilianische Sonderbotschafter Dantas führte vom 26. bis 28. Mai 1961 Gespräche mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Stibi, und dem Stellvertretenden Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Balkow, in Ost-Berlin. Botschaftsrat I. Klasse Moltmann, Rio de Janeiro, berichtete am 30. Mai 1961, daß ein „Protokoll über Ausweitungsmöglichkeiten Warenverkehrs zwischen Brasilien und SBZ unterzeichnet“ worden sei, das in der brasilianischen Presse verbreitet werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; B 33 (Referat 306), Bd. 155.

<sup>9</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, berichtete am 16. Mai 1961, daß er den brasilianischen Außenminister gebeten habe, von der Einladung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Hüttenrauch, nach Brasilien abzugehen. Arinos habe die Hoffnung geäußert, Präsident Quadros zum Widerruf der entsprechenden Anordnung veranlassen zu können: „In verblüffend offener Weise legte Außenminister dar, daß es sich bei diesen Weisungen um voreilige Entschlüsse und Fehlgriffe Präsidenten handele, die auf seine Isolierung in Brasilia und auf seine sehr wenig Beratung in Anspruch nehmende Arbeitsmethode zurückzuführen seien. Außenminister wies ferner darauf hin, daß Brasilien in Anbetracht derzeitiger katastrophaler Wirtschaftslage alle Möglichkeiten zur Ausweitung Handels ausschöpfen müsse. Ostdeutschland habe besonders günstige Angebote gemacht, und es sei daher verständlich, wenn Präsident über diese Fragen mit ostdeutschen Vertretern verhandeln wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 116; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>10</sup> Ministerialdirektor von Etzdorf vermerkte am 12. Mai 1961, er habe dem brasilianischen Botschaftssekretär Garcia de Souza gegenüber ausgeführt: „Sollte wirklich der Staatssekretär der sogenannten DDR zu einem amtlichen Besuch nach Rio eingeladen werden, so würde dies einer De-facto-Anerkennung Pankows bedenklich nahekommen.“ Er habe weiter die Entschlossenheit der Bundesregierung bekräftigt, „zu einem Staate, der Pankow anerkennt, sogleich die Beziehungen abzubrechen“. Vgl. B 33 (Referat 306), Bd. 155.

<sup>11</sup> Für den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werz an die Botschaft in Rio de Janeiro vgl. B 33 (Referat 306), Bd. 155.

<sup>12</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, teilte am 19. Mai 1961 mit, Präsident Quadros habe gegenüber den CDU-Abgeordneten Görgen und Heck am Vortag ausgeführt: „Er sei sich darüber im klaren, daß Hauptstoßrichtung Politik Chruschtschows auf Berlin und Bundesrepublik ziele. Brasilien werde keine durch Drohung, Gewalt oder sonstige Mittel erzwungene Änderung im Status Bundesrepublik und im Status Berlins anerkennen, es sei denn, daß Bundesregierung selbst zugestimmt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

d) Bundesregierung sei über jüngste Haltung der brasilianischen Regierung betroffen, um so mehr, als sich Bundesregierung ihrerseits bemühe, den an sie herangetragenen brasilianischen Wünschen das größtmögliche Maß an Verständnis entgegenzubringen.

Bundesregierung bitte dringend darum, daß brasilianische Regierung eindeutig klarstelle, daß es sich bei dem von Dantas unterzeichneten Protokoll nicht um eine namens der brasilianischen Regierung geschlossene Vereinbarung handele. Sollte Dantas in der Tat doch eine solche Vereinbarung getroffen haben, so bäten wir dringend, daß die brasilianische Regierung erkläre, Dantas habe seine Vollmachten überschritten.<sup>13</sup> Bundesregierung bitte ferner, Herrn Hüttenrauch nicht einzuladen<sup>14</sup>, sondern die etwa erforderlichen Gespräche mit der Kammer für Außenhandel der SBZ zu führen.

[gez.] Brentano<sup>15</sup>

**B 130, Bd. 2172 A (I B 2)**

## 172

### **Botschafter Lahr, Brüssel (EWG/EAG), an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 478**

**Aufgabe: 5. Juni 1961, 18.50 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 6. Juni 1961, 10.35 Uhr**

Betr.: Tagung der Ständigen Vertreter mit den Vertretern der assoziierten Staaten vom 1. bis 3. Juni<sup>2</sup>

I. Die Botschafter-Konferenz zwischen den Vertretern der Mitgliedstaaten und den Vertretern der vollzählig vertretenen 16 assoziierten afrikanischen Staaten

<sup>13</sup> Botschafter Dittmann, Rio de Janeiro, informierte am 7. Juni 1961, der brasilianische Außenminister Arinos habe am Vortag im Bundessenat versichert, „daß kein völkerrechtlicher Akt [...] durch Dantas und sowjetzonalen Außenhandelsminister gezeichnet worden sei. Es sei von beiden ein ‚einfaches Gesprächsprotokoll‘ gefertigt worden, das nicht über die Niederschrift mündlicher Absprachen zwischen zwei Vertretern (autoridades) verschiedener Länder hinausgehe. ‚Das Protokoll ist kein Vertrag, kein Abkommen, keine Vereinbarung. Insgesamt impliziert es keinerlei juristische Verantwortung.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>14</sup> Ministerialdirektor von Etdorf ergänzte am 9. Juni 1961: „Sollte die brasilianische Seite, entgegen unserer Bitte, sich außerstande sehen, Herrn Hütten[rauch] wieder auszuladen, erwarten wir, daß dem Besuch Herrn Hütten[rauch]s jedenfalls kein amtlicher Anstrich gegeben und Herr Hütten[rauch] nicht von einem Regierungsmitglied empfangen wird. Im ganzen gesehen möchten wir vermeiden, daß der Präsident und die Regierung das Gefühl bekommen, als ob wir sie in die Ecke drängen wollen; unser Bestreben ist es vielmehr, der brasilianischen Seite Gelegenheit zu geben, aus der Sache herauszukommen, ohne das Gesicht zu verlieren.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 83; B 130, Bd. 2172 A (I B 2).

<sup>15</sup> Am 5. Juni 1961 vermerkte Legationsrat Rückriegel handschriftlich: „Der Herr Minister hat fernmündlich zugestimmt. Unterschrift wird nachgeholt.“

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Voigt am 6. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 200 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Bemerkungen am Schluß!“ Vgl. Anm. 10.

Hat Legationsrat Randermann vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Tagung in Brüssel vgl. auch BULLETIN DER EWG 6/1961, S. 57–60.

ist positiv verlaufen. Während sich in der Eröffnungssitzung noch eine gewisse Zurückhaltung der Afrikaner bemerkbar machte, gestalteten sich die Diskussionen in den darauf folgenden Sitzungen in zunehmendem Maße angeregt und aufgeschlossen. Sie bewegten sich durchweg auf beachtlichem Niveau, das sowohl von der gründlichen Vorbereitung auf afrikanischer Seite als der wirtschafts-politischen Schulung der anwesenden afrikanischen Vertreter Zeugnis ablegte. Die Atmosphäre der Gespräche war durchaus erfreulich, auch gewisse Kritiken von afrikanischer Seite wurden in urbaner Weise vorgebracht. Die 12 Länder der OAMCE<sup>3</sup> hatten sich zuvor koordiniert und ihre Haltung zu allen Fragen schriftlich niedergelegt. Die der OAMCE nicht angeschlossenen Staaten<sup>4</sup> schlossen sich nach anfänglichem Zögern an, so daß die Haltung der Afrikaner im großen und ganzen einheitlich war. Die Gespräche haben auch auf afrikanischer Seite offensichtlich Befriedigung hervorgerufen. Es gelang den europäischen Vertretern, den Charakter eines Hearings und Gedankenaustausches zu erhalten.<sup>5</sup>

II. Im wesentlichen kam folgendes zur Sprache:

a) Verwaltung des Entwicklungsfonds

Es wurden zahlreiche Vorschläge erörtert, die auf eine beschleunigte Gewährung und einen wirkungsvolleren Einsatz der Zuschüsse abzielten; die meisten erscheinen akzeptabel. Besonders interessierte ein Vorschlag von Madagaskar, daß die assoziierten Länder anhand ihrer Entwicklungspläne der Gemeinschaft eine Vororientierung über beabsichtigte Vorhaben geben, so daß die Kommission frühzeitig Hinweise auf besonders positiv zu bewertende Projekte geben, möglicherweise an deren weiterer Ausarbeitung mitwirken kann und daß die Unterstützung der Entwicklungsländer von einer über das einzelne Projekt hinausgehenden Gesamtplanung getragen wird.

b) Besondere Beschleunigung der Durchführung des Rom-Vertrages<sup>6</sup> zugunsten der assoziierten Staaten

Die assoziierten Staaten erinnerten an die bisher nicht verwirklichte, schon im Mai 1960 abgegebene Absichtserklärung der Gemeinschaft in bezug auf eine „beschleunigte Beschleunigung“.<sup>7</sup> Einen lebhaften Gedankenaustausch brachte der Gedanke, den beschleunigten internen Zollabbau mit einer Senkung der Außenzölle im Interesse der übrigen Entwicklungsländer zu verbinden. Bei allgemein reservierter Haltung der afrikanischen Staaten gegenüber letzterem Gedanken zeigte sich eine gewisse Bereitschaft, hierauf – unter Umständen stufenweise – einzugehen, sofern auf anderen Gebieten ein Ausgleich erfolgt.

c) Stabilisierung der Exporterlöse der assoziierten Staaten

Für diesen Gedanken, bei dem der Vorsitzende van der Meulen wohl etwas optimistisch von einem *préjugé favorable* der Gemeinschaftsländer gesprochen hatte,

<sup>3</sup> Mitgliedstaaten der Organisation Africaine et Malgache de coopération économique waren Dahomey, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo (Brazzaville), Madagaskar, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal, Tschad und die Zentralafrikanische Republik.

<sup>4</sup> Kongo (Léopoldville), Mali, Somalia und Togo.

<sup>5</sup> Der Passus „eines Hearings ... zu erhalten“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Voigt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht ganz!“

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

<sup>7</sup> Zu Maßnahmen zugunsten der assoziierten Staaten vgl. Dok. 31, Anm. 7.

zeigte sich bei den assoziierten Staaten lebhaftes Interesse, wobei namentlich die Sorge mitsprach, daß den assoziierten Staaten mit fortschreitender Assoziierung die bisher von Frankreich, Belgien und Italien gewährten Vorteile ersatzlos verlorengehen könnten.

d) Marktordnung zugunsten bestimmter Produktionszweige der assoziierten Staaten

Die assoziierten Staaten unterstrichen namentlich ihr Interesse an ihrer Berücksichtigung bei der Marktordnung für Ölsaaten und pflanzliche Öle.

e) Zoll- und Kontingentsmaßnahmen der assoziierten Staaten

Die assoziierten Staaten, die früher Französisch-Äquatorialafrika bildeten<sup>8</sup>, teilten mit, daß sie die Bildung einer Zollunion beabsichtigten und hierbei vorläufig auf gewisse Kontingentsmaßnahmen nicht verzichten könnten, jedoch bemüht seien, die Mitglied- und assoziierten Staaten untereinander nicht diskriminatorisch zu behandeln und diesen den Vorrang vor Drittstaaten zu geben.

f) Konsultation der assoziierten Staaten vor Eröffnung von Zollkontingenten und Festsetzung von Zollsätzen

Die assoziierten Staaten verwiesen sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit der bisher fehlenden Kontakte vor Entscheidungen über Fragen gemeinsamen Interesses.

g) Verbrauchsabgaben der Gemeinschaftsländer

In teils pathetischen und durchweg sehr ernst gehaltenen Appellen richteten die assoziierten Staaten die Aufforderung an die Gemeinschaftsländer, die den assoziierten Staaten zufallenden Vorteile der Assoziierung nicht durch hohe interne Verbrauchsabgaben größtenteils wieder aufzuheben. Genannt wurden insbesondere Kaffee, ferner Kakao und Bananen.

III. Insgesamt kann die Haltung der afrikanischen Vertreter unter Berücksichtigung einer verständlichen Subjektivität als vernünftig bezeichnet werden. Allerdings zeigt sich unverkennbar, daß ihr wirtschaftspolitisches Denken weitgehend von dem Dirigismus und Protektionismus ihrer französischen Lehrer bestimmt ist.

IV. Die Bundesrepublik war das Ziel einer zwar höflich, aber außerordentlich deutlich vorgebrachten Kritik – und zwar als einziges Land, das einer speziellen Kritik ausgesetzt war – in der Frage der Zollkontingente nach Artikel 25 für tropische Hölzer und namentlich in der Frage der Verbrauchssteuern für Kaffee. Auch in bezug auf Kakao und Bananen wurden – noch zu präzisierende – Vorwürfe geäußert. Trotz meiner Bemühungen um Verständnis für die deutsche Haltung zeigte sich, daß besonders die deutsche Kaffeesteuer ein Kardinalpunkt aller künftigen Besprechungen mit den assoziierten Staaten bleiben und die Beurteilung unserer Einstellung gegenüber den afrikanischen Entwicklungsländern bei diesen weitgehend bestimmen wird.

V. Der gute Verlauf der Tagung dürfte auch darauf zurückzuführen sein, daß Botschafter van der Meulen einleitend betonte, es handele sich um die Erörterung der Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den assoziierten

<sup>8</sup> Gabun, Kongo (Brazzaville), Tschad und die Zentralafrikanische Republik.



Staaten und der EWG. Der Hinweis auf Möglichkeiten einer politischen Zusammenarbeit ist sorgfältig vermieden worden.<sup>9</sup>

VI. Es wurde beschlossen, am 11. und 12. Juli das bisherige Gespräch im gleichen Rahmen mit dem gleichen Charakter fortzusetzen und die Ministerkonferenz für die zweite Septemberhälfte in Aussicht zu nehmen. Die Zusammenkunft vom Juli ließ sich nicht vermeiden, weil die Ministerkonferenz, namentlich mit Rücksicht auf uns, erst für einen späten Termin geplant werden konnte. Das Gespräch vom 11. und 12. Juli, das unter deutschem Vorsitz stattfinden wird, wird notwendigerweise konkreter und detaillierter sein als das abgeschlossene. Es wäre sehr erwünscht, daß die deutschen Vertreter mit entsprechenden Vorstellungen in dieses Gespräch hineingehen könnten, nachdem das bisherige Fehlen einer von allen Ressorts gebilligten klaren Linie uns von den Vorbereitungen<sup>10</sup> teilweise ausgeschaltet hat.<sup>11</sup>

VII. Schriftbericht über den Besprechungsverlauf folgt.

[gez.] Lahr

**B 20-200, Bd. 509**

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Voigt legte am 5. Juni 1961 dar, die „erste offizielle Fühlungnahme zwischen EWG-Staaten und afrikanischen Staaten“ habe erste Anhaltspunkte für die Haltung der assoziierten afrikanischen Staaten in den kommenden Gesprächen gegeben: „Nach meinem Eindruck werden diese ihr Angebot, die Assoziierung fortzusetzen, als eine Art Vorleistung an die Sechs auffassen – eine für die Sechs politisch bedeutsame Vorleistung. Sie werden als Gegenleistung neben Entwicklungshilfe eine echte handelspolitische Vorzugsstellung fordern. Sie werden sich insbesondere Beschleunigungsmaßnahmen unter Verlust der erreichbaren Präferenz-Stellung widersetzen. Die Einebnung der Präferenzen werden sie vielleicht hinnehmen, falls ein anderweitiger Schutz gewährt wird. Sie werden den Geist echter Partnerschaft fordern und gegen Maßnahmen Einspruch erheben, die nach dem Verträge zulässig sind, aber nach ihrer Meinung seinem Geiste widersprechen (Verbrauchssteuern, Zollkontingente, einseitige Herabsetzungen des Außenzolltarifs). Da sie bereits jetzt Konsultierung bei allen sie interessierenden Maßnahmen der Gemeinschaft fordern, werden sie im Rahmen der künftigen Assoziation erhebliche Mitspracherechte bei Maßnahmen der Gemeinschaft fordern.“ Vgl. B 20-200, Bd. 509.

<sup>10</sup> Die Wörter „uns von den Vorbereitungen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Voigt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1) Nicht nur uns! 2) Es war ein Informat[ions]gespräch, von uns als ‚hearing‘ betrachtet. Am 11./12.7. werden wir jedoch Konkretes sagen müssen, d. h., bis dahin müßte eine Kabinettsentscheidung über Grundzüge e[ines] neuen Verfahrens vorliegen. 3) Vgl. im übrigen d[ie] bisweilen etwas abweichende Beurteilung in meiner Aufzeichnung! 4) B[itte] R[ücksprache].“

<sup>11</sup> Botschafter Lahr, Brüssel (EWG/EAG) teilte am 8. Juli 1961 mit, daß die EWG den afrikanischen Staaten eine Vertagung der für den 11./12. Juli 1961 vorgesehenen zweiten Tagung der Vertreter der assoziierten afrikanischen Staaten mit dem Ausschuß der Ständigen Vertreter auf den 11./12. September 1961 vorschlagen werde, nachdem sich abgezeichnet habe, daß die afrikanischen Staaten nicht einfach eine Fortsetzung des Hearings, „sondern nunmehr auch gewisse Beiträge von europäischer Seite erwarteten. Hierfür wären aber die in Vorbereitung befindlichen Vorschläge der Kommission nicht rechtzeitig gekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 593; B 20-200, Bd. 510. Die zweite Tagung fand am 10./11. November 1961 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 200 vom 13. November 1961; B 20-200, Bd. 510. Die Konferenz der Außenminister der EWG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar fand am 6./7. Dezember 1961 statt.

## 173

**Aufzeichnung des Staatssekretärs van Scherpenberg**

St.S. 569/61

6. Juni 1961

Betr.: Verhältnis EWG/EFTA

1) Zur Vermeidung von Spannungen zwischen den in der EWG zusammengeschlossenen sechs Ländern und den außerhalb der EWG stehenden, später zum größten Teil in der EFTA zusammengeschlossenen europäischen Ländern sind verschiedene Lösungsmöglichkeiten denkbar.

2) Die ursprüngliche Idee einer allgemeinen europäischen Freihandelszone ist gescheitert, nachdem sich im Verlauf der jahrelangen Verhandlungen ergeben hatte, daß sowohl auf französischer als auf englischer Seite dieser Lösung unüberwindliche wirtschaftliche und politische Hindernisse im Wege standen.<sup>1</sup>

3) Der Gedanke, daß die EWG als Ganzes der EFTA-Freihandelszone beitreten sollte, hat auf den ersten Blick viel Verlockendes. Es muß aber als zweifelhaft bezeichnet werden, ob ein solch ungleichgewichtiges Gebilde, in dem ein Wirtschaftsblock von der Größe der EWG einer Anzahl kleiner Staaten gegenüberstehen würde, auf die Dauer lebensfähig wäre. Jedenfalls müßte man mit außerordentlichen Spannungen innerhalb dieser Organisation rechnen.

4) Individuelle Assoziationsverträge der einzelnen EFTA-Länder mit der EWG würden die Auflösung der EFTA zur Voraussetzung haben. Die Lösung hätte den Vorteil, daß die einzelnen Verträge den besonderen Umständen der betreffenden Länder Rechnung tragen könnten. Es ist jedoch zu befürchten, daß dadurch die europäischen Wirtschaftsverhältnisse derartig verworren würden, daß sich niemand mehr darin zurechtfinden könnte.

5) Die gegenseitige Einräumung von Präferenzen zwischen EWG und EFTA könnte die wirtschaftlichen Spannungen zwischen den beiden Gruppen weitgehend vermindern. Die Lösung würde jedoch, da sie nicht GATT-konform wäre, auf schärfsten Widerstand – sowohl der Vereinigten Staaten als auch anderer Länder – stoßen.

6) Die zur Zeit im Vordergrund stehende Lösung sieht einen vollen Beitritt zunächst Englands zur EWG vor.<sup>2</sup> Ihm würden voraussichtlich die in der EFTA befindlichen NATO-Staaten (Dänemark, Norwegen und Portugal) folgen, während die übrigen (Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland) im Hinblick auf ihren besonderen politischen Status sich auf Assoziationsverträge beschränken müssen.

Obwohl auch diese Lösung durch die Vielzahl der Assoziationsverhältnisse, zu denen unter Umständen neben den genannten vier und Griechenland auch noch die Türkei und Spanien hinzukommen würden, vielleicht auch noch Irland und Island, nicht ideal ist, hätte sie den Vorteil, daß alle wichtigen Wirtschaftsländer Europas in einer einheitlichen Organisation mit der Tendenz zur fortschreitenden Integration zusammengefaßt wären.

<sup>1</sup> Zu den Verhandlungen über eine europäische Freihandelszone vgl. Dok. 154, Anm. 18.

<sup>2</sup> Zu einem britischen EWG-Beitritt vgl. Dok. 167.

Andererseits läßt sich aber kaum leugnen, daß durch die Vermehrung der EWG-Mitglieder von sechs auf zehn die Homogenität und Arbeitsfähigkeit der EWG beeinträchtigt würden. Man braucht nur daran zu denken, wie schwierig es schon jetzt ist, im Ministerrat der Sechs zu praktischen Beschlüssen zu gelangen, um sich darüber klar zu sein, daß ein Ministerrat der Zehn noch wesentlich schwerfälliger wäre.

7) Dabei ist noch gar nicht berücksichtigt, daß die Vorteile dieser Lösung sich nur dann auswirken könnten, wenn die Substanz der Römischen Verträge unberührt bliebe, ja ihre Struktur eher noch enger geflochten würde. Auch diese Voraussetzung, die durch einen Beitritt Großbritanniens erfüllt werden könnte, ist bis heute noch ungeklärt.

8) Die englischen Besorgnisse bewegen sich in zwei Richtungen:

a) daß durch eine zunehmende wirtschaftliche Abschließung der Sechs schwere wirtschaftliche Schäden und Spannungen in der europäischen wirtschaftlichen Struktur auftreten können;

b) daß die Sechs einen politischen Block auch innerhalb der NATO bilden, dem England dann mehr oder weniger allein gegenüberstehen würde.

9) Unsere politische Grundlinie zu diesem Problem war bisher die, daß England sich an dem politischen Zusammenschluß der Sechs nur beteiligen könne, wenn es auch die wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem vollen Beitritt zu den Römischen Verträgen auf sich nähme.

10) Zur Zeit kann die Möglichkeit, daß England diese Voraussetzung zu erfüllen bereit ist, keineswegs von der Hand gewiesen werden. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß die dabei sich ergebenden wirtschaftspolitischen Probleme und auch einige politische Probleme (Commonwealth) so schwerwiegender Art sind, daß man mit einem Erfolg dieser Politik keineswegs mit Sicherheit rechnen kann.

11) Da andererseits ein nochmaliges Scheitern der Annäherungsversuche sehr ernsthafte Konsequenzen und unter Umständen jahrelange Verzögerungen, Verhärtungen und Spannungen zur Folge haben könnte, wäre daher zu prüfen, ob es außer den oben geschilderten Möglichkeiten noch eine weitere gibt, die gewissermaßen als Auffangstellung für den Fall angesehen werden könnte, daß die jetzigen Gespräche nicht zu dem gewünschten Erfolg führen.

12) Eine solche Lösung müßte meines Erachtens davon ausgehen, daß man jedenfalls zunächst einmal die wirtschaftlichen und politischen Elemente trennt, wenn auch im Endergebnis die beiden Aspekte wieder aufeinander zulaufen müßten.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wäre es sehr wohl denkbar, daß die beiden Gruppen mit sehr geringen gegenseitigen Spannungen nebeneinander bestehen könnten, wenn sie sich entschließen könnten, ihre jeweiligen Außentarife auf ein Maß zu senken, daß man sie als ausgesprochene Low-tariff-Länder bezeichnen könnte. Der jetzige Außentarif der EWG enthält eine Zollbelastung von durchschnittlich 7 1/2%, bei der EFTA dürfte der durchschnittliche Außentarif der Mitglieder etwas höher liegen. Zur Beseitigung wirtschaftlicher Spannungen müßte der Außentarif auf beiden Seiten auf etwa 4 bis 4 1/2% herabgesetzt werden.

13) Diese Zollsenkung müßte erga omnes geschehen. Sie wäre dann voll GATT-konform und würde für die Amerikaner und auch für die Entwicklungsländer

geradezu eine Ideallösung darstellen. Bei der enormen Wirtschaftskraft der beiden Gruppen sollte eine solche Zollsenkung sehr wohl möglich sein, ohne die Wirtschaftsinteressen der Beteiligten zu schädigen. Durch entsprechende Auswahl der für die Tarifsenkung in Frage kommenden Waren könnte immer noch ein enger Zusammenhalt innerhalb der beiden Gruppen im Vergleich zu ihren handelspolitischen Beziehungen nach außen hin herbeigeführt werden.

14) Diese Regelung müßte durch einen Vertrag zwischen den beiden Gruppen in eine feste Form gebracht werden. Die Durchführung und Kontrolle dieses Vertrages sollte einer zentralen Dachorganisation etwa nach dem Muster der OECD übertragen werden.

15) Eine solche Regelung würde es ermöglichen, unabhängig von den Wirtschaftsbeziehungen die politischen Beziehungen zwischen der EWG und denjenigen außerhalb stehenden europäischen Ländern, die dazu bereit sind, fortschreitend enger zu gestalten. Allerdings würde diese politische Integration sich dann wohl mehr auf der Linie der de-Gaulle-Pläne<sup>3</sup> und nicht so sehr auf einer supranationalen Linie bewegen.

16) Eine solche Regelung hätte den Vorteil, daß die Integration der EWG-Staaten nach Maßgabe der Römischen Verträge ungestört durch weniger integrationsfreudige neue Mitglieder fortschreiten könnte und daß andererseits auf der eigentlichen politischen Ebene sowohl Frankreich als auch England die Beteiligung an einer fortschreitenden Annäherung erleichtert würde.

17) Im Endergebnis würde, wenn die wirtschaftliche Dachorganisation auf ihrem Gebiete im Laufe der Jahre eine immer engere Verflechtung der Beteiligten herbeiführen würde, eine zunehmende Zusammenfassung der politischen und der wirtschaftlichen Integration ermöglicht werden.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>4</sup> vorzulegen.

van Scherpenberg

**B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 73**

<sup>3</sup> Zur Initiative des Staatspräsidenten de Gaulle vom 29. Juli bzw. 13. Oktober 1960 vgl. Dok. 31, Anm. 15.

<sup>4</sup> Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort

406-40/61 streng geheim

6. Juni 1961

Betr.: Waffengeschäfte mit Israel

Bezug: Randvermerk des Herrn StS auf beiliegendem Schriftwechsel  
StS Prof. Carstens/Bundesminister Strauß<sup>1</sup>

Abteilung 4 schlägt vor, daß der Herr Bundesminister die Angelegenheit, bei der es um die Frage des Primats des AA in der Außenpolitik sowie die Anwendung von § 11 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Bundesregierung<sup>2</sup> geht und die ein reines Politikum darstellen dürfte, in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 15.6.1961 außerhalb der Tagesordnung zur Sprache bringt. Daher erscheint es nicht erforderlich, auf Einzelheiten einzugehen.

Es ist jedoch in der Tat unmöglich, wie auch vom Bundesverteidigungsministerium mit Recht hervorgehoben wird, daß das BMVtdg Ziele verfolgt (Befriedigung israelischer Wünsche auf dem Rüstungssektor), die mit der allgemeinen Außenpolitik der Bundesregierung, nämlich der im eigenen deutschen und im gesamt-westlichen Interesse unerläßlichen Wahrung unserer Stellung im arabischen Raum, nicht vereinbar sind. Eine Einigung sollte in der Form angestrebt werden, daß wir uns grundsätzlich aus weiteren Waffengeschäften mit Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten in Zukunft heraushalten und daß die im Hinblick auf Israel noch laufenden Rüstungsaufträge baldmöglichst abgewickelt werden. Etwaige Ausnahmen sollten – entsprechend der Regelung für die Ausrüstungshilfe (s. Punkt 3 der Tagesordnung des BVR<sup>3</sup>) – nur<sup>4</sup> im Einvernehmen mit dem

<sup>1</sup> Dem Vorgang beigelegt. Nach Meldungen über Rüstungslieferungen an Israel schrieb Staatssekretär Carstens am 27. Mai 1961 an Bundesminister Strauß: „Wie Ihnen aus unseren zahlreichen Gesprächen bekannt ist, bilden unsere Beziehungen zu Israel einerseits und zu den arabischen Ländern andererseits einen der empfindlichsten Teile unserer auswärtigen Beziehungen überhaupt. Ich wäre daher besonders dankbar, wenn entsprechend der generellen zwischen unseren Häusern bestehenden Vereinbarung das Auswärtige Amt von allen Maßnahmen Ihres Hauses, die sich auf diesen Bereich auswirken könnten, so frühzeitig in Kenntnis gesetzt wird, daß eine gegenseitige Abstimmung zwischen beiden Häusern möglich ist, bevor irgendwelche Entscheidungen getroffen werden.“ Vgl. B 130, Bd. 5095 A (Abteilung III).

Strauß antwortete am 31. Mai 1961, es scheine „insofern eine Verwechslung vorzuliegen, als nicht die Bundesrepublik Waffen nach Israel liefert, sondern Munition und Handfeuerwaffen aus Israel bezieht. Bei der unter diese Lieferung fallenden Mörser-Munition werden allerdings deutsche Zünder eingesetzt, die aus der Bundesrepublik nach Israel befördert werden. Ich halte es für notwendig, daß Bundeskanzler, Außenminister und Verteidigungsminister über die praktischen Grundsätze unserer Politik gegenüber Israel und den arabischen Staaten sich einigen. Denn es ist für den Verteidigungsminister auf die Dauer nicht möglich, den Wünschen der Israelis zu entsprechen und gleichzeitig die Bedenken des Auswärtigen Amtes zu berücksichtigen. Man kann nicht zwei konträre Dinge gleichzeitig tun.“

Auf diesem Schreiben vermerkte Carstens am 2. Juni 1961 handschriftlich für die Ministerialdirektoren von Etdorf und Duckwitz: „Was schlagen Sie vor?“ Vgl. B 130, Bd. 5095 A (Abteilung III).

<sup>2</sup> Die Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. Mai 1951 bestimmte in § 11 Abs. 2: „Verhandlungen mit dem Ausland oder im Ausland dürfen nur mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, auf sein Verlangen auch nur unter seiner Mitwirkung geführt werden.“ Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1961, S. 307.

<sup>3</sup> Die von Bundeskanzler Adenauer am 24. Mai 1961 ausgesprochene Einladung zur Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 15. Juni 1961 hielt für Tagesordnungspunkt 3 fest: „Ausrüstungshilfe (Eine Vorlage des Bundesministers des Auswärtigen geht den Mitgliedern noch zu).“ Vgl. B 130, Bd. 369 A (301/II 7).

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „und“.

Auswärtigen Amt oder auf Grund einer Entscheidung des Bundesverteidigungsrates zulässig sein.<sup>5</sup>

Die Entwürfe je eines Schreibens des Herrn Bundesministers an den Herrn Bundesminister für Verteidigung und den Herrn Bundeskanzler sind in der Anlage beigelegt.<sup>6</sup>

D3<sup>7</sup> und D7<sup>8</sup> haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>9</sup> weisungsgemäß vorgelegt.

Harkort

**B 130, Bd. 5095 A (Abteilung III)**

<sup>5</sup> Zu den Grundsätzen für die Ausrüstungshilfe legte der Bundesverteidigungsrat am 15. Juni 1961 fest, daß das Bundesministerium für Verteidigung „im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt über Einzelfälle von Ausrüstungshilfe selbständig“ entscheiden dürfe: „In Fällen von besonderer politischer Bedeutung und in Fällen, in denen keine Einigung zwischen den Ressorts zustande kommt, ist die Entscheidung des Bundesverteidigungsrats einzuholen, der gegebenenfalls über die Befassung des Kabinetts befindet. [...] Bei der Gewährung von Ausrüstungshilfe sind folgende allgemeine Grundsätze zu berücksichtigen: a) Die Lieferung von schweren Kriegswaffen soll grundsätzlich unterbleiben. b) Die Lieferung von Rüstungsmaterial sowie ziviler Güter mit erkennbarem militärischen Verwendungszweck unterliegt keinen Beschränkungen, es sei denn, daß politische oder wirtschaftspolitische Gründe dem entgegenstehen. c) Ausrüstungshilfe, soweit sie Kriegswaffen oder Rüstungsmaterial betrifft, soll innerhalb der NATO oder mit interessierten Verbündeten abgestimmt werden.“ Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etzdorf vom 21. Juni 1961; B 130, Bd. 914 A (II A 7).

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Entwürfe vgl. B 130, Bd. 5095 A (Abteilung III).

<sup>7</sup> Hasso von Etzdorf.

<sup>8</sup> Georg Ferdinand Duckwitz.

<sup>9</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 7. Juni 1961 vorgelegen, der für Ministerialdirektor von Etzdorf handschriftlich vermerkte: „Können wir hierüber noch einmal sprechen?“

Hat Carstens am 10. Juni 1961 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich habe die Angelegenheit am 10.6. ausführlich mit H[errn] Min[ister] Strauß erörtert. Ein weiterer Schriftwechsel ist nicht erforderlich. Ich verweise auf meine heutigen Aufzeichnungen.“ Außerdem bat er Etzdorf um Rücksprache.

Carstens hielt am 12. Juni 1961 fest, Bundesminister Strauß habe im Gespräch am 10. Juni 1961 „ausdrücklich erklärt, er werde alle politisch bedeutsamen Fragen seines Zuständigkeitsbereichs, insbesondere die Frage der Lieferung von Waffen an dritte Staaten, im Bundesverteidigungsrat vortragen und nichts ohne die Zustimmung des Bundesverteidigungsrats tun. [...] Auf diese Weise müßte eine lückenlose Unterrichtung des Auswärtigen Amtes über alle uns interessierenden Vorgänge aus dem Bereich des Bundesministeriums für Verteidigung sichergestellt werden können.“ Vgl. B 130, Bd. 369 A (301/II 7).

**Botschafter von Walther, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-3819/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 577  
Citissime

Aufgabe: 6. Juni 1961, 10.50 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 6. Juni 1961, 12.10 Uhr

Im Anschluß an FS 571 geh. vom 5.6.<sup>2</sup>

Im Anschluß an die Ausführungen Dean Rusk über die Wiener Gespräche Kennedys mit Chruschtschow<sup>3</sup> in der Sitzung des NATO-Rats am 5. Juni (vgl. Drahtbericht) fand eine Aussprache statt.

Auf die einleitende Frage des italienischen Botschafters<sup>4</sup>, ob eine Entscheidung über ein weiteres Treffen Kennedy–Chruschtschow getroffen worden sei, antwortete Rusk, es sei weder über ein Gipfeltreffen noch über eine zweite Begegnung gesprochen worden. Auf Wunsch der Sowjets sei in das Kommuniqué aufgenommen worden, daß beide Seiten in Kontakt bleiben wollten.<sup>5</sup> Dies werde wahrscheinlich auf dem üblichen diplomatischen Wege geschehen.

Der belgische Botschafter<sup>6</sup> fragte, inwieweit das Treffen nützlich gewesen sei und ob es nicht lediglich die Unausweichlichkeit eines Konflikts erwiesen habe. Sei es nicht Chruschtschow gelungen, den Westen in der Berlinfrage erneut in die Defensive zu drängen? Sei schließlich die Ansicht Chruschtschows, der Westen müsse die Ausbreitung des Kommunismus akzeptieren, Anzeichen einer neuen ideologischen Entwicklung?

Rusk antwortete, seine Regierung habe sich von vornherein keinen falschen Hoffnungen über die sowjetische Haltung – vor allem in der Berlinfrage – hingegeben. Sie habe es jedoch für nützlich gehalten, die sowjetische Position zu erkunden und die amerikanische Haltung klarzustellen. Über Laos habe man ein sachliches und vielleicht ergiebiges Gespräch geführt. Im übrigen habe seine Regierung Wert darauf gelegt, Chruschtschow zu zeigen, daß die Ereignisse in Laos und

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Northe am 6. Juni 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), informierte über den Bericht des amerikanischen Außenministers Rusk vom selben Tag im Ständigen NATO-Rat über das Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien: „Das Verhandlungsklima sei zufriedenstellend gewesen. Chruschtschow sei entspannt, höflich und sachlich geblieben. Am zweiten Tag seien im wesentlichen Punkte besprochen worden, die in den beiden von den Sowjets nach Schluß der Verhandlungen übergebenen Memoranden über Abrüstung und über die Deutschlandfrage behandelt sind. (Wortlaut der zwei Memoranden war bei Beginn der Sitzung verteilt worden und folgt mit heutigem Kurier.) Am ersten Tage habe ein mehr allgemeiner grundsätzlicher Gedankenaustausch stattgefunden. Chruschtschow sei in philosophischer Stimmung gewesen und habe seine Ansicht über die Stellung der Sowjetunion und des Kommunismus dargelegt.“ Vgl. VS-Bd. 3873 (704); B 150, Aktenkopien 1961.

Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 5. Juni 1961 vgl. auch DDF 1961, I, S. 721–726.

<sup>3</sup> Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Zur Unterrichtung der Bundesregierung über die Gespräche vgl. Dok. 170.

<sup>4</sup> Adolfo Alessandrini.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Besprechungen zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 344.

<sup>6</sup> André de Staercke.

Kuba und der Weltraumflug Gagarins<sup>7</sup> Präsident Kennedy nichts von seinem Selbstvertrauen genommen und das Kräfteverhältnis nicht verändert haben. In der Berlinfrage glaube Chruschtschow, sein persönliches Prestige wahren zu müssen. Man dürfe jedoch aus den Gesprächen nicht den Schluß ziehen, daß ein Konflikt unausweichlich sei. Keineswegs hätten die Gespräche den Westen in eine defensive Position gedrängt.

In der ideologischen Debatte habe Chruschtschow gegenüber dem von ihm behaupteten Wunsch Dulles', den Kommunismus zu liquidieren, das Recht des Kommunismus auf freie Ausbreitung seiner Ideen statuieren wollen. Kennedy habe darauf hingewiesen, daß bisher kein Volk sich in freien Wahlen für den Kommunismus entschieden habe. Das Problem sei, mit welchen Mitteln sich der Kommunismus ausbreite.

Der britische Botschafter<sup>8</sup> fragte, ob Chruschtschow unter dem Eindruck seiner Gespräche mit Kennedy seine oft geäußerte Ansicht revidiert habe, der Westen sei letzten Endes doch nicht bereit, für Berlin zu kämpfen. Rusk erwiderte, Chruschtschow habe diese Ansicht gegenüber Kennedy nicht geäußert. Er habe jedoch am ersten Verhandlungstag die Meinung vertreten, daß ein nuklearer Krieg undenkbar sei. Chruschtschow schließe anscheinend die Möglichkeit eines Atomkrieges bei der Beurteilung von Kräfteverhältnissen aus.

Auf die Frage des norwegischen Botschafters<sup>9</sup>, ob Chruschtschow die Erzwingung des Zugangs nach Berlin als „kriegerische Handlung“ nur gegen die SBZ oder auch gegen die Sowjetunion betrachten würde, antwortete Rusk, Chruschtschow habe zu erkennen gegeben, daß in diesem Fall die Sowjetunion die SBZ unterstützen werde.

Ich habe gefragt, ob Kennedy auf die höchst zweifelhaften Thesen<sup>10</sup> Chruschtschows zur Berlinfrage (Übertragung der Rechte auf die SBZ durch Separatfrieden, Berlin ist Teil des Hoheitsgebiets der SBZ) eingegangen sei und wie Chruschtschow darauf reagiert habe. Rusk erklärte, Kennedy habe mit aller Deutlichkeit klargestellt, daß Berlin nicht zum Gebiet der SBZ gehöre und daß eine einseitige Modifizierung der Besatzungsrechte unmöglich sei. Chruschtschow habe darauf lediglich mit einer Wiederholung der Argumente, die in dem später übergebenen Memorandum<sup>11</sup> enthalten sind, geantwortet.

Der griechische Botschafter<sup>12</sup> stellte die Frage, ob Rusk den Eindruck erhalten habe, daß die Sowjets gegenüber den Absichten des Westens jetzt weniger mißtrauisch seien und eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen für möglich hielten. Rusk erwiderte, an die Stelle des früheren Mißtrauens sei zum Teil die selbstbewußte Überzeugung getreten, daß die Welt in drei ungefähr gleiche Teile zerfalle und daß im dritten, neutralen Teil sehr gute Aussichten für die Ausbreitung des Kommunismus beständen. Chruschtschow interessiere sich

<sup>7</sup> Am 12. April 1961 führte der sowjetische Kosmonaut Gagarin erfolgreich den ersten bemannten Weltraumflug durch. Vgl. dazu den Artikel „Freudentaumel in Moskau: Erster Weltraumfahrer ein Russe“, GENERAL-ANZEIGER vom 13. April 1961, S. 1.

<sup>8</sup> Paul Mason.

<sup>9</sup> Jens M. Boyesen.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „Kennedy die höchst zweifelhaften Thesen“.

<sup>11</sup> Zum sowjetischen Aide-Mémoire vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage vgl. Dok. 170, Anm. 39.

<sup>12</sup> Michael Melas.



wenig für die institutionelle Normalisierung des Ost-West-Verhältnisses und habe zum Beispiel in Wien das alte Projekt eines Nichtangriffspaktes der NATO mit dem Warschauer Pakt<sup>13</sup> überhaupt nicht erwähnt. Er stelle die Chancen für die Ausbreitung des Kommunismus in den Mittelpunkt seiner Überlegungen.

Der niederländische Vertreter weist darauf hin, daß Rusks Antwort auf die Frage des britischen Botschafters das Problem der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung aufwerfe. Er fragte, ob Kennedy Chruschtschow darauf aufmerksam gemacht habe, daß dessen Auffassung zu einer gefährlichen Fehlbeurteilung führen könne. Rusk erwiderte, Kennedy habe nicht gesagt, daß die Unterzeichnung eines Separatfriedens einen nuklearen Krieg auslösen werde. Er habe jedoch betont, daß Chruschtschows Haltung in der Berlinfrage völlig unannehmbar sei und daß jede gewaltsame Unterbindung des Zugangs nach Berlin von den Vereinigten Staaten als kriegerische Handlung betrachtet werden würde („would be a belligerent action“). Rusk bat um unbedingte geheime Behandlung dieser Mitteilung.

Der französische Botschafter<sup>14</sup> wies darauf hin, daß die New York Times vom 5. Juni Zweifel geäußert habe, ob Kennedy die feste Haltung des Westens in der Berlinfrage mit der notwendigen Klarheit dargestellt habe.<sup>15</sup> Die Ausführungen Rusks hätten alle derartigen Zweifel ausgeräumt. Rusk betonte, falls Chruschtschow nach Wien die Haltung des Westens immer noch mißverstehe, dann wolle er einfach mißverstehen.

Auf eine Frage des kanadischen Botschafters<sup>16</sup> erklärte Rusk, Kennedy habe die von den Sowjets gewünschte Verschmelzung der Verhandlungen über den Versuchsstopp und über die allgemeine Abrüstung<sup>17</sup> nachdrücklich abgelehnt. Er habe darauf hingewiesen, daß die Gefahr der Ausbreitung nuklearer Waffen auf weitere Staaten die Vereinbarung eines kontrollierten Versuchsstopps besonders dringlich mache. Chruschtschow habe sich nur en passant über die französischen Atomversuche<sup>18</sup> beschwert. Die Gefahr der Ausbreitung nuklearer Waffen schien jedoch Chruschtschow nicht so sehr zu beunruhigen, daß er deshalb eine Beschleunigung der Genfer Versuchsstopp-Verhandlungen wünschte.

Meine Frage, ob das sowjetische Memorandum zur Berlinfrage zwar nicht in der Form, sondern dem Inhalt nach ein Ultimatum oder eine ultimative Festlegung sei, von der sich die Sowjets kaum zurückziehen könnten, verneinte Rusk. Er vertrat die Ansicht, daß das Memorandum zahlreiche Möglichkeiten offenlasse. Auf die Frage des französischen Botschafters, ob Chruschtschow die Bereitschaft geäußert habe, die Diskussion über Berlin fortzusetzen, antwortete Rusk nach kurzer Rücksprache mit Bohlen, abgesehen vom letzten Satz des Kommunikés sei diese Frage völlig offengeblieben. Das weitere Verfahren der Diskussion der Berlinfrage oder anderer Fragen sei nicht zur Sprache gekommen.

<sup>13</sup> Zum Vorschlag eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Pakt vgl. Dok. 161, Anm. 12.

<sup>14</sup> Pierre de Leusse.

<sup>15</sup> Vgl. dazu den Artikel „Wide Gaps Remain“, THE NEW YORK TIMES, International Edition vom 5. Juni 1961, S. 1.

<sup>16</sup> Jules Léger.

<sup>17</sup> Zu den Teststoppverhandlungen in Genf vgl. Dok. 139, Anm. 13.

Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 30. Juli 1961 vgl. Dok. 83, Anm. 16.

<sup>18</sup> Am 25. April 1961 fand der vierte französische Atomtest statt. Vgl. dazu die Meldung „Atomversuch in der Sahara“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 26. April 1961, S. 2.

Auf Fragen der Botschafter Italiens und der Türkei<sup>19</sup> erklärte Rusk, Iran und Lateinamerika seien von Chruschtschow lediglich bei der Aufzählung von Beispielen für brüchige reaktionäre Regime erwähnt worden.

Der belgische Botschafter fragte, ob über die friedliche Koexistenz gesprochen worden sei. Rusk antwortete zum Erstaunen des NATO-Rats, dieser Begriff sei in den zweitägigen Gesprächen nicht ein einziges Mal erwähnt worden.

Rusk sagte abschließend, Chruschtschow sei in guter Form, entspannt und gut gelaunt gewesen. Er habe systematisch und klar gesprochen und habe sich offensichtlich sehr sorgfältig auf die Wiener Gespräche vorbereitet. Als nächste Aufgabe müßten die NATO-Verbündeten entscheiden, ob und in welcher Form die beiden sowjetischen Memoranden<sup>20</sup> beantwortet werden sollen.

Stikker dankte Rusk abschließend für seine ausführliche und offene Berichterstattung. Er wies darauf hin, daß die NATO in der Berlinfrage in den kommenden Monaten eine schwere Bewährungsprobe werde bestehen müsse.

Die ausführliche Berichterstattung Rusks und seine präzise und geschickte Beantwortung aller Fragen hinterließen allgemein einen vorzüglichen Eindruck.

[gez.] Walther

VS-Bd. 3873 (704)

## 176

### Bundesminister von Brentano an Botschafter Kroll, z.Z. Bonn

MB 675/61 geheim

7. Juni 1961<sup>1</sup>

Persönlich

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Sie haben heute morgen dem Herrn Bundeskanzler noch einmal über Ihr letztes Gespräch mit Herrn Ministerpräsidenten Chruschtschow berichtet.<sup>2</sup> Ich habe mir einige Notizen gemacht und möchte Sie doch bitten, Ihren telegrafischen Bericht Nummer 476 vom 27. April 1961<sup>3</sup> noch einmal durchzusehen und ihn eventuell zu ergänzen.

<sup>19</sup> Muharrem Nuri Birgi.

<sup>20</sup> Neben dem Aide-mémoire zur Deutschland- und Berlin-Frage wurde am 4. Juni 1961 ein Aide-mémoire zur Abrüstung übergeben. Vgl. dazu Dok. 170, Anm. 30.

<sup>1</sup> Durchdruck als Konzept.

Bundesminister von Brentano ließ dieses Schreiben gleichzeitig auch an Bundeskanzler Adenauer senden, dem er mitteilte: „Die heutige Unterredung mit Herrn Botschafter Kroll im Bundeskanzleramt hat mich veranlaßt, das beiliegende Schreiben an Herrn Botschafter Kroll zu richten. Ich werde Sie bei nächster Gelegenheit noch einmal darauf ansprechen.“ Vgl. B 130, Bd. 8467 A (Ministerbüro).

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Botschafter Kroll, z.Z. Bonn, am 7. Juni 1961 vgl. auch KROLL, Lebenserinnerungen S. 494–497.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Kroll, Moskau, über das Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow am 24. April 1961 in Gagra vgl. Dok. 124.

So haben Sie heute morgen davon gesprochen, daß sich Herr Chruschtschow sehr konkret über die mögliche Berlin-Entwicklung geäußert habe. Er habe von der Institution der Luftsicherheitsbehörde in Berlin gesprochen und bereits angekündigt, daß mit dem Abschluß eines Friedensvertrags zwischen der Sowjetunion und der DDR die Sowjetunion ihren Vertreter zurückziehen und es der DDR überlassen werde, einen eigenen Vertreter dort zu bestellen. Diese sehr konkrete Äußerung befindet sich nicht in Ihrem telegrafischen Bericht.

Sie haben weiter auch gesagt, daß Herr Chruschtschow über die Folgen einer Krise gesprochen habe. Er habe etwa wörtlich erklärt, „ich habe guten Anlaß, anzunehmen, daß es im Falle der Durchführung der angekündigten Maßnahmen nicht zum Kriege kommen wird“. Später habe er noch einmal gesagt, Unterredungen mit dem indischen Ministerpräsidenten Nehru und mit maßgeblichen westlichen Staatsmännern hätten ihm die Überzeugung vermittelt, daß der Westen wegen Berlin keinen Krieg führen werde. Er habe weiter hinzugefügt, er rechne schon deswegen nicht mit militärischen Maßnahmen, weil der Westen ja anfangen müsse; und der Westen werde bestimmt keine Atombomben einsetzen.

Auch diese Äußerungen finde ich nicht in Ihrem Bericht. Sie sind aber besonders wichtig, weil Sie selbst mit mir darüber übereingestimmt haben, daß alles geschehen muß, um Herrn Chruschtschow von der Entschlossenheit des Westens zu überzeugen, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen und Berlin zu verteidigen.

Gerade Äußerungen dieser Art sind aber geeignet, unsere westlichen Bündnispartner auf diese Notwendigkeit anzusprechen und sie davor zu warnen, Herrn Chruschtschow in diesen falschen Vorstellungen zu belassen.

Da ich heute abend nach München fahre, kann ich Sie nur bitten, Ihren Bericht zu ergänzen.<sup>4</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener  
Brentano<sup>5</sup>

**B 130, Bd. 8467 A (Ministerbüro)**

<sup>4</sup> Botschafter Kroll, z. Z. Bonn, antwortete am 8. Juni 1961: „Ministerpräsident Chruschtschow hat mir in unserer Unterredung vom 24. April 1961 bei seinen Ausführungen über die voraussichtlichen Konsequenzen des Abschlusses eines Friedensvertrages mit der SBZ in der Tat davon gesprochen, daß dies auch die Zurückziehung des sowjetischen Vertreters aus der Luftsicherheitsbehörde zur Folge haben würde. Sollten dann die westlichen Vertreter dieser Behörde die Aufnahme eines Vertreters der SBZ als Ersatz für den sowjetischen Vertreter ablehnen, so würde nach Chruschtschows Auffassung die Luftsicherheitsbehörde aufhören zu existieren und damit der zivile Luftverkehr in Fortfall kommen. Chruschtschow hat es nicht ausdrücklich angesprochen, aber sicherlich damit gemeint, daß auf diese Weise der bisherige Abtransport der Flüchtlinge auf dem Luftwege erschwert oder gar völlig verhindert werden würde. Bekanntlich sieht die Sowjetunion in der Fortsetzung des Flüchtlingsstroms eines der heikelsten Probleme, mit denen man unter allen Umständen aus den verschiedensten Gründen Schluß machen muß. Als Chruschtschow über die weiteren Folgen einer neuen Berlin-Krise sprach, äußerte er in der Tat mit Nachdruck, daß man zwar mit ernststen Konsequenzen des Westens rechnen müsse, daß es jedoch über eine solche Krise nicht zum Krieg mit dem Westen kommen werde. Er berief sich dabei auf angebliche Äußerungen von Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und anderen Staatsmännern, wie z. B. Nehru.“ Außerdem teilte Kroll mit, Chruschtschow habe betont, „daß die Sowjetunion aus Anlaß einer neuen Berlin-Krise auf keinen Fall den ersten Schritt zu einem militärischen Konflikt hin tun würde. Dieser erste Schritt müßte vielmehr seitens der Westmächte erfolgen, da sie zur militärischen Erzwingung der Fortführung ihrer bisherigen Transporte die Grenze als erste überschreiten müßten.“ Vgl. das Schreiben an Bundesminister von Brentano; B 130, Bd. 8467 A (Ministerbüro).

<sup>5</sup> Paraphe.

177

**Botschafter Grewe, Washington,  
an Bundesminister von Brentano****114-3876/61 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1299****Aufgabe: 7. Juni 1961, 21.00 Uhr**  
**Ankunft: 8. Juni 1961, 03.30 Uhr**Nur für Bundesminister und Staatssekretär<sup>1</sup>

Aus einer heute mit Botschafter Thompson und Charles Bohlen geführten Lunch-Unterhaltung halte ich folgendes fest:

1) Dem sowjetischen Deutschland-Memorandum<sup>2</sup> (das, wie Bohlen sagte, im NATO-Rat übergeben worden sei<sup>3</sup>, mir aber zur Unterrichtung noch nicht zugegangen ist) wird hohe Bedeutung beigelegt. Beide Herren waren der Ansicht, daß es auf öffentliche Wirkung berechnet sei und deswegen von der Sowjetregierung zu einem taktisch günstig erscheinenden Zeitpunkt veröffentlicht werden würde.

Die Sechs-Monatsfrist für eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Seiten solle wohl erst zu laufen beginnen, wenn die „Aufforderung der Vier Mächte“ dazu ergangen sei. Hier sei also trotz Setzens einer Frist doch noch ein interessantes Element der Flexibilität im sowjetischen Zeitplan zu verzeichnen. Aus diesen und anderen (wiederholt erörterten) Gründen sei man nunmehr so gut wie sicher, daß mit einem sowjetischen Vorgehen in der Deutschland- und Berlinfrage nicht vor dem Parteitag im Oktober<sup>4</sup>, sondern erst Ende des Jahres oder noch später zu rechnen sei. Daß Chruschtschow eines Tages so wie mehrfach angekündigt vorgehen werde, werde auch im Lichte seiner Diskussion mit dem Präsidenten<sup>5</sup> nicht bezweifelt.

2) Beide Herren stimmten mir darin zu, daß die Sowjets wahrscheinlich unter Vermeidung jeder Gewaltanwendung an die Verwirklichung ihrer Pläne herangehen und darüber hinaus sogar alles zu vermeiden trachten würden, was die westlichen Garantien für die Freiheit Berlins anwendbar machen könnte.

3) Wenn infolge einer solchen Behutsamkeit des sowjetischen Vorgehens bei und nach einem Separatfriedensschluß mit der SBZ die Ereignisse an der militärischen Eventualfall-Planung<sup>6</sup> vorbeigehen würden, so werde man eine Entwicklung ins Auge fassen müssen, bei der ein immer stärkerer Druck zu Verhandlungen der Bundesregierung mit Behörden der SBZ auf politischer Ebene zu erwarten sei. Die Schritt für Schritt wirksam werdenden Folgen einer Einschaltung der

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 8. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „N[ach] R[ückkehr] Herrn D 7 z[ur] g[efälligen] (nur persönlichen) K[enntnisnahme].“  
Hat Ministerialdirektor Duckwitz am 8. Juni 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum sowjetischen Aide-mémoire vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage vgl. Dok. 170, Anm. 39.

<sup>3</sup> Zur Übergabe der sowjetischen Aide-mémoires vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage und zur Abrüstung an den Ständigen NATO-Rat am 5. Juni 1961 vgl. Dok. 175, Anm. 2.

<sup>4</sup> Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

<sup>5</sup> Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Zur Unterrichtung der Bundesregierung über die Gespräche vgl. Dok. 170.

<sup>6</sup> Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

SBZ in die Berlin-Frage würden auf die Dauer zu westlichen Positionsverlusten in der Deutschland-Frage führen, die abzuwenden nicht möglich scheine. Thompson stellte daher die Frage, ob deswegen nicht der Versuch ratsam sei, ohnehin nicht haltbare Positionen rechtzeitig im Verhandlungswege zu „verkaufen“, solange sie noch nicht ganz entwertet seien. Bohlen stellte hierzu die Frage, ob die deutsche Regierung in dieser Frage „nach der Wiederwahl Adenauers“<sup>7</sup> möglicherweise anders denken werde als bisher. Ich verneinte diese Frage entschieden und stellte Thompson die Gegenfrage, was wir denn „verkaufen“ sollten.

4) Die Konsolidierung der Oder-Neiße-Linie als anerkannter Grenze mit Polen hielten beide Herren für ein Hauptmotiv der sowjetischen Deutschland-Politik. Thompson begründete dies mit Eindrücken aus seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten<sup>8</sup> (ohne das im einzelnen belegen zu können), während Bohlen dies damit begründete, daß die Sowjetunion an einer Konsolidierung Polens innerhalb seiner derzeitigen Grenzen interessiert sei, weil sie auf die Dauer mit einer Emanzipation Polens von der Sowjetunion rechne.

Ich darf mir vorbehalten, auf einige Punkte des Gespräches zurückzukommen.

[gez.] Grewe

B 2-VS, Bd. 373A (Büro Staatssekretär)

## 178

### Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Vorsitzenden der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Goldmann

Geheim

9. Juni 1961<sup>1</sup>

Am 9. Juni 1961, von 16.30 Uhr bis 17.15 Uhr, empfing der Herr Bundeskanzler Herrn Nahum Goldmann zu einem Gespräch, an dem der Unterzeichnete<sup>2</sup> teilnahm.

Der Herr *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, Herr Goldmann wolle ja in Israel bauen. Herr *Goldmann* entgegnete, der Herr Bundeskanzler wisse auch alles. Er besitze tatsächlich seit Jahren in Israel ein Grundstück, auf dem er zur Zeit ein Haus bauen lasse. Er habe seinen legalen Wohnsitz noch in den USA, werde ihn vielleicht aber einmal nach Israel oder nach Genf verlegen; das werde die Frage der Staatsbürgerschaft allerdings nicht betreffen.

<sup>7</sup> Am 17. September 1961 fanden Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Botschafters Thompson mit Ministerpräsident Chruschtschow am 9. März 1961 in Nowosibirsk und am 23. Mai 1961 in Moskau vgl. Dok. 83 und Dok. 161.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, gefertigt.

<sup>2</sup> Horst Osterheld.

In Israel habe sich endlich eine neue Partei gebildet<sup>3</sup>, wie er das schon vor sieben Jahren vorgeschlagen habe. Sie werde die zweitstärkste Partei sein. Er sei gebeten worden, den Vorsitz zu übernehmen und Spitzenkandidat<sup>4</sup> zu werden. Er habe das aber abgelehnt. Er könne auf diese Weise vielleicht Außenminister werden. Aber solange Ben Gurion regiere, sei das keine reizvolle Aufgabe. Ben Gurion mache die Außenpolitik selbst; und wenn er, G., auch ähnliche Auffassungen wie Ben Gurion habe, so sei er doch ein zu unabhängiger Mensch. Er werde sich mit Ben Gurion zanken und nach ein paar Monaten demissionieren. (Sharett habe es etwas länger ausgehalten.) Dafür müsse er dann alle internationalen Positionen aufgeben, und das lohne sich nicht. Es sei etwas anderes, wenn einmal eine Krise kommen sollte oder wenn Ben Gurion abtrete. In den nächsten zwei bis drei Jahren rechne er damit aber nicht.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er sei erstaunt, daß Herr G. von den USA wegziehen wolle, etwa nach Genf. Herr *Goldmann* erwiderte, daß er das nicht tun werde; er habe sich wohl falsch ausgedrückt. Er werde sich in den nächsten Jahren jeweils etwa vier Monate in Israel, vier Monate in Europa und vier Monate in den USA aufhalten. Er werde dort auch sein Haus behalten. In ein oder zwei Jahren werde er vielleicht seinen Wohnsitz auch in Israel nehmen, schon aus steuerlichen Gründen (Erbschaftssteuer). Er werde auch Präsident der Zionistischen Vereinigung bleiben. Den Vorsitz werde er aber an Sharett abtreten, der ein besserer Administrator sei als er selbst. Im übrigen habe ihn die neue Partei dazu beredet, im Juli fünf Wahlreden in Israel zu halten.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob Herr G. glaube, daß die Araber Israel gegenüber Vernunft annehmen würden. Herr *Goldmann* bejahte das. Sie würden zwar mit Ben Gurion nicht verhandeln; denn auch die Araber seien Semiten und könnten (wie im Alten Testament) nicht vergessen und nicht vergeben. Ben Gurion habe sie zweimal besiegt und habe sehr schroffe und hochmütige Reden gehalten. Mit ihm würden die Araber nicht reden, wohl aber mit anderen Vertretern Israels.

Er habe einmal Nehru um Vermittlung gebeten, als er vor zwei oder drei Jahren mit ihm ein langes Gespräch in London hatte.<sup>5</sup> Er, G., habe ausgeführt, die Araber befürchteten, daß die Juden ein fremdes Element im Mittleren Osten blieben und sich nie integrieren würden. Der Vordere Orient müsse sich aber einmal konsolidieren. Er habe Nehru seinen Plan, eine Art Konföderation der Mitteloststaaten, vorgetragen, die in weltpolitischen Dingen zusammenarbeiteten, evtl. Zölle abschafften usw., wie in Europa. Nehru sei davon so beeindruckt gewesen, daß er seine Reise in Kairo unterbrochen habe, um mit Nasser zu sprechen. Nasser habe gesagt (was er, G., auf seine Richtigkeit habe überprüfen können), daß dieser Plan gut sei. Mit Goldmann und Sharett könne man so etwas vielleicht machen, aber nicht mit Ben Gurion.

So sei es damals gewesen, so sei es noch heute; aber einmal müsse es kommen – der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu. Israel müsse das aus eigenem Inter-

<sup>3</sup> Am 8. Mai 1961 vereinigten sich die Fortschrittspartei und die Allgemeinen Zionisten zur Israelischen Liberalen Partei.

<sup>4</sup> Am 15. August 1961 fanden Wahlen zum israelischen Parlament statt.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Vorsitzenden der Conference on Jewish Material Claims against Germany, Goldmann, mit Ministerpräsident Nehru in London vgl. GOLDMANN, Staatsmann, S. 423.

esse tun; denn die Araber würden immer stärker. Sie seien intelligent und ließen 100 000 arabische Studenten im Ausland studieren. Gerade davor habe Ben Gurion besondere Angst. Hinzu komme, daß auch die Qualität der arabischen Soldaten zunehme. Bei der ersten Auseinandersetzung<sup>6</sup> hätte ein Israeli zehn Araber besiegen können; bei dem Sinaiunternehmen<sup>7</sup> sei das Verhältnis schon 1:5 gewesen. Wenn es 1:3 werde, stehe es sehr schlecht um Israel. Die Ägypter seien zwar schlechte Soldaten, außer den Kopten und den Sudanesen. Gut seien auch die Syrer, und die Iraker seien jedenfalls besser als die Ägypter. Aber auch in Ägypten habe sich die Qualität zumindest der Offiziere verbessert, die im Ostblock in großer Zahl ausgebildet würden.

Vielleicht komme einmal ein Zerwürfnis zwischen den Arabern und dem Sowjetblock. Die Russen seien sehr verärgert über die neutralistische Gipfelkonferenz.<sup>8</sup> Im entscheidenden Moment würden sich beide Seiten aber wohl wieder versöhnen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß er den Gedanken eines arabischen und Mittelostblocks für sehr interessant halte und ihn begrüße; letztlich werde er den Westen stärken. Herr *Goldmann* stimmte dem zu. Im Augenblick sei Frankreich die Stütze Israels, und Ben Gurion habe mit de Gaulle auch konferiert<sup>9</sup>. Sollte sich Frankreich aber mit der FLN einmal verständigen<sup>10</sup> und enge Beziehungen zu den Maghreb-Staaten aufnehmen, also sich mit einer großen mohammedanischen Macht gutstellen müssen, dann sei es fraglich, ob das gute Verhältnis zu Israel weiterbestehe.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, daß Herr Balafrej ihm kürzlich gesagt habe<sup>11</sup>, Marokko lege großen Wert darauf, von der BRD Fabriken zu erhalten, um von Frankreich nicht zu abhängig zu werden. Herr B. sei ein intelligenter Mann, und er, der Herr Bundeskanzler, glaube nicht, daß sich die nordafrikanischen Staaten von Frankreich ganz ins Schlepptau nehmen ließen. Auch aus Afrika lauten die Berichte, daß die neuen Staaten vor jeder zu engen Berührung mit den ehemaligen Kolonialmächten zurückschreckten. Herr Hallstein habe ihm gesagt, daß

<sup>6</sup> Nach der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 kam es zum Krieg mit den Staaten der Arabischen Liga. Am 24. Februar 1949 schloß Israel ein Waffenstillstandsabkommen mit Ägypten, am 23. März 1949 mit Libanon, am 3. April 1949 mit Jordanien und am 20. Juli 1949 mit Syrien. Für den Wortlaut der Abkommen mit Anlagen und Briefwechseln vgl. UNTS, Bd. 42, S. 251–351.

<sup>7</sup> Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 44, Anm. 21.

<sup>8</sup> Botschafter Weber, Kairo, informierte am 5. Mai 1961 über eine „offizielle Eigenmeldung“ der Presse, daß die Präsidenten Nasser und Tito „gemeinsame Einladungen an alle Staatsoberhäupter nicht-gebundener Staaten zur Teilnahme an einer neutralen Gipfelkonferenz gerichtet haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 427; B 12 (Referat 708), Bd. 896.

Am 5. Juni 1961 berichtete Weber, daß „die offen geäußerte Gegnerschaft Moskaus gegen die neutrale Gipfelkonferenz, die derzeitige Lieblingsidee Nassers“, offenbar der Hintergrund einer „heute schlagartig begonnenen Kairoer Presse- und Rundfunk-Kampagne“ gegen die UdSSR sei: „Die Erbitterung hierüber findet heute in der Behauptung Ausdruck, von der Sowjetunion könne man kein Verständnis für eine neutralistische Politik verlangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 547; VS-Bd. 3468 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

<sup>9</sup> Ministerpräsident Ben Gurion hielt sich vom 5. bis 8. Juni 1961 in Frankreich auf. Vgl. dazu DDF 1961, I, S. 737–740.

<sup>10</sup> Vom 20. Mai bis 13. Juni 1961 fanden in Evian Verhandlungen zwischen der französischen und der provisorischen algerischen Regierung statt. Vgl. dazu Dok. 198, Anm. 15.

<sup>11</sup> Der marokkanische Sonderbotschafter Balafrej hielt sich vom 4. bis 10. Juni 1961 in der Bundesrepublik auf und führte am 8. Juni 1961 ein Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer.

diese Staaten wohl mit Europa zusammenarbeiten wollten, aber nicht mehr mit Frankreich allein. Er glaube daher nicht sehr an die Allianz der drei Maghreb-Staaten mit Frankreich. Sie würden sicher versuchen, gute Beziehungen mit Frankreich zu unterhalten, aber auch mit Nasser. Auch Nasser habe ja einmal von einem großen arabischen Reich geträumt; aber das sehe ja in der Praxis wohl etwas anders aus. Herr *Goldmann* pflichtete dem bei. Die Araber wären in ihrer ganzen Geschichte nie ganz einig gewesen; sie zankten sich noch mehr als die Juden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er halte den Gedanken G.s für gut, Israel mit den Arabern zu versöhnen. Herr *Goldmann* meinte, daß eine andere Lösung nicht möglich sei. 40% des israelischen Budgets werde für Waffen ausgegeben; Israel aber sei ein armes Land und könne sich das auf die Dauer nicht leisten.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, daß die Israelis ja große Pläne mit dem Negev hätten. Sie hätten sich deshalb auch an die BRD gewandt.<sup>12</sup> Er habe Shinnar gesagt, eine solche Hilfe liege weder in unserem noch im israelischen Interesse, solange der Eichmann-Prozeß<sup>13</sup> andauere. Die Sache sei an sich klar; aber erst müsse dieser furchtbare Prozeß vorbei sein. Herr *Goldmann* pflichtete dem bei. Er habe dieselbe Ansicht Herrn Blankenhorn vor ein paar Wochen gesagt und ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler darüber zu berichten. Erst müsse der Prozeß vorbei sein, dann erst könne man an Entwicklungsdinge herangehen, zumal so etwas nicht geheim bleiben könne. Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu. Herr *Goldmann* sagte noch, auf ein paar Monate könne es in diesen Fragen ja sicherlich nicht ankommen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, daß der Eichmann-Prozeß sehr korrekt geführt werde. Er habe zwar viel gewußt, aber nicht das ganze Ausmaß des Schrecklichen. Er bekomme jedes Mal einen Horror, wenn er die Zeitungen darüber lese, die er ja lesen müsse. Herr *Goldmann* sagte, der Herr Bundeskanzler sei sehr tapfer; denn er bringe es meistens nicht über sich, die Berichte zu lesen. Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er müsse es tun. Das Ganze sei furchtbar. Was sei Eichmann eigentlich für ein Mensch? *Goldmann* sagte, Eichmann sitze ruhig in seinem Glaskäfig, schreibe viel in seine Akten, schicke von Zeit zu Zeit kurze Notizen an Herrn Servatius, rühre sich im übrigen aber nicht. Er sehe unbedeutend aus, er verziehe keine Miene. Es sei kein Satan, also keine große und schreckliche Figur, sondern ein Durchschnittsmensch, und das sei eigentlich das Beängstigende.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, daß Herr G. ja gekommen sei, um mit ihm über Österreich zu sprechen.<sup>14</sup> Er wolle ihm daher das zu lesen geben, was

<sup>12</sup> Zu den israelischen Kreditwünschen vgl. Dok. 133.

<sup>13</sup> Am 11. April 1961 wurde in Jerusalem der Prozeß gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten“ im Reichssicherheitshauptamt, Eichmann, eröffnet, der 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt worden war.

<sup>14</sup> Zu den Bemühungen der Conference on Jewish Material Claims against Germany um eine Wiedergutmachungsregelung im geplanten Ausgleichsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Österreich vgl. Dok. 66.

Mit Schreiben vom 26. Mai 1961 an Bundeskanzler Adenauer, das er am selben Tag an Bundesminister von Brentano übermittelte, wies der Vorsitzende der Claims Conference, Goldmann, auf das bevorstehende Treffen und den baldigen Abschluß der Verhandlungen mit Österreich hin und äußerte die Sorge, ob die für die Wiedergutmachungsregelung „vorgesehene Lösung auch als eine echte Lösung des Problems angesehen werden könne“. Vgl. VS-Bd. 5657 (V 2); B 150, Aktenkopien 1961.



eigentlich für ihn, den Herrn Bundeskanzler, aufgezeichnet sei; er wolle es aber tun, um nichts Ungenaues zu sagen.

Herr *Goldmann* las darauf einen Vermerk durch und erklärte, daß er damit sehr zufrieden sei. Die Lösung sei eigentlich wunderbar, sie sei besser, als er gehofft habe. Sein Kommen habe sich also außerordentlich gelohnt. Das einzige, woran sich vielleicht die Österreicher stören würden, sei, daß ein Verhältnis von 44:56 und nicht 50:50 vorgesehen sei; aber das sei keine entscheidende Frage. Er, G., sei auch sehr zufrieden mit der Lösung, die für die Geschädigten aus den kommunistischen Ländern vorgesehen sei.<sup>15</sup> Er habe Herrn Hettlage schon früher gesagt: „Nehmen Sie an, was wir Ihnen vorschlagen. Sie kommen billiger dabei weg, wenn Sie die Gelder dem Hilfsfonds geben, als wenn Sie Einzellösungen treffen.“ Er, G., sei sehr glücklich über diese Lösung und sei dem Herrn Bundeskanzler außerordentlich dankbar.

Herr G. sagte dann, er habe noch eine Frage: Er habe heute mittag mit Herrn Beitz gesprochen und erfahren, daß die BRD dabei sei, mit Polen ein Kultur- oder ein Handelsabkommen zu schließen.<sup>16</sup> Er halte das für sehr gut. Zu überlegen seien natürlich Rückwirkungen auf Israel, auf die Hallstein-Doktrin<sup>17</sup> und auf die Grenzfrage. Im Grunde halte er es aber für sehr gut. Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sich seit langer Zeit um die Polen sehr bemühe. Er habe dem polnischen Volk irgendeine große Sache schenken wollen. So habe er über die katholische Kirche Fühlung genommen wegen der Schenkung einer Kirche. Die polnischen Priester hätten jedoch geantwortet, daß sie das nicht annehmen könnten, um sich nicht noch mehr verdächtig zu machen. Darauf habe er versucht, den Polen über das Rote Kreuz ein Krankenhaus zu schenken. Das habe die polnische Regierung verboten.<sup>18</sup> Herr *Goldmann* erwähnte, daß Beitz ihm gesagt habe, die Polen wollten das Verhältnis zur BRD verbessern, worauf der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, daß Beitz die Bundesregierung ganz schön hereingelegt habe; er versuche, sich selbst aufzupolieren.<sup>19</sup> Herr *Goldmann* erklärte, Beitz habe ihm gesagt, er sei glücklich, daß der Herr Bundeskanzler nun für engere Beziehungen zu Polen sei, daß er aber befürchte, gewisse Beamte im AA könnten Widerstand leisten. Herr G. fragte dann, ob der Herr Bundeskanzler den Kulturaustausch verstärken wolle, da ja vorläufig an eine diplomatische Vertretung nicht zu denken sei. Der Herr *Bundeskanzler* klärte Herrn G. darüber auf, daß es sich zur Zeit nicht um den Abschluß eines Kultur-, sondern eines Handelsabkommens handele.

Der Herr Bundeskanzler und Herr G. tauschten sodann einige Bemerkungen über Präsident Kennedy aus, wobei der Herr Bundeskanzler erklärte, daß er von ihm einen sehr guten Eindruck erhalten habe.<sup>20</sup>

Anschließend kam Herr *Goldmann* auf die bevorstehende Berlinkrise zu sprechen, wozu der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß sie vielleicht nach dem Kongreß

<sup>15</sup> Zu den Verhandlungen mit Österreich über einen Ausgleichsvertrag vgl. Dok. 160.

<sup>16</sup> Zu den Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit Polen vgl. Dok. 195.

<sup>17</sup> Zur sog. „Hallstein-Doktrin“ vgl. Dok. 15, Anm. 4.

<sup>18</sup> Zum Angebot des Bundeskanzlers Adenauer vgl. Dok. 72, Anm. 41.

<sup>19</sup> Zu den Reisen des Bevollmächtigten der Firma Fried. Krupp, Beitz, vom 6. bis 13. Dezember 1960 und am 22./23. Januar 1961 nach Polen vgl. Dok. 18, Anm. 2, und Dok. 26.

<sup>20</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 12./13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

der Kommunistischen Partei<sup>21</sup> zu erwarten sei; auf jeden Fall würde darüber aber viel zu viel geredet, was sicher nicht geeignet sei, die Krise hinauszuschieben.

Nach einigen Bemerkungen über die derzeitige Erkrankung Präsident Kennedys<sup>22</sup> sprachen der Herr Bundeskanzler und Herr G. über Herrn Vizepräsident Johnson, den Herr *Goldmann* mehr für einen Innen- als einen Außenpolitiker hielt. Er werde die Außenpolitik vielleicht lernen; er, G., halte ihn jedoch nicht für einen großen Staatsmann, was Kennedy vielleicht sei.

Herr G. schilderte dem Herrn Bundeskanzler dann, daß Rusk erst dann zum Außenminister ernannt wurde, als Fulbright (dessen Ernennungsurkunde Kennedy schon auf seinem Tisch gehabt habe) durch Stevensons Widerspruch gescheitert sei und Herr Lovett nicht angenommen habe. Fulbright sei bedeutender als Rusk; sein Ansehen sei durch seine sehr klare und – wie sich später herausgestellt habe – richtige Haltung in der Kubafrage noch gestiegen. Auf eine Frage des Herrn Bundeskanzlers erklärte Herr G., daß Castro die russischen Flugzeuge bei der Niederschlagung des Aufstandes gar nicht benutzt habe, da die Flieger noch nicht eingewiesen gewesen seien. Ob Castro russische Panzer eingesetzt habe, wisse er nicht. Der Rechenfehler des Kubaunternehmens<sup>23</sup> habe darin gelegen, daß sich die Bevölkerung beim Beginn des Aufstandes nicht erhoben habe. Entweder sei Castro doch populärer, als man glaube, oder er führe ein sehr strenges Regime. Jedenfalls habe Fulbright wegen seiner richtigen Voraussage sehr gewonnen. Vielleicht werde er doch noch einmal Außenminister. Solange es Rusk sei, sei dies aber auch nicht zu schlecht, da er ein sehr kluger, sehr anständiger und sehr arbeitsamer Mensch sei.

**Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/88**

## 179

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

**St.S. 60/61 streng geheim**

**12. Juni 1961**

Bei einem Gespräch, welches ich am 10. Juni mit ihm führte<sup>1</sup>, kam Bundesminister Strauß auf ein Schreiben des Auswärtigen Amts (Unterschrift Sahn) an das Bundesministerium für Verteidigung vom 8. Juni 1961<sup>2</sup> zu sprechen. Das Schreiben bezieht sich auf eine Anfrage des Herrn Bundeskanzlers an den Herrn

<sup>21</sup> Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Meldung „Rückgratverstauchung Kennedys“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Juni 1961, S. 1.

<sup>23</sup> Zum gescheiterten Landungsunternehmen einer exilkubanischen Invasionstruppe auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10.

<sup>1</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Bundesminister Strauß am 10. Juni 1961 vgl. auch Dok. 174, Anm. 9. Vgl. außerdem Dok. 180 und Dok. 182, Anm. 7. Vgl. ferner AAPD 1965, I, Dok. 2.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Sahn sandte Oberst i. G. Bertram, Bundesministerium für Verteidigung, am 8. Juni 1961 den Entwurf für ein Schreiben an Bundeskanzler Adenauer mit dem Wunsch, „möglichst bis Anfang nächster Woche das Einverständnis Ihres Herrn Ministers mit dem Entwurf herbei(zu)führen oder mir etwaige Änderungswünsche [zu] übermitteln“. Vgl. B 130, Bd. 1997 A (201).

Bundesminister des Auswärtigen vom 25. Mai 1961 betreffend eine schwimmende NATO-Raketenstreitmacht.<sup>3</sup>

Herr Minister Strauß schlug vor, den deutschen Standpunkt zu der aufgeworfenen Frage wie folgt zusammenzufassen:

- 1) Es ist militärisch notwendig, daß eine ausreichende Zahl von Mittelstreckenraketen den europäischen NATO-Partnern zur Verfügung gestellt wird.
- 2) Die Reichweite dieser Raketen muß so bemessen sein, daß sie die europäischen Teile der Sowjetunion treffen können.
- 3) Ein schwimmendes maritimes Raketensystem verdient den Vorzug vor einem landgebundenen System.
- 4) Nach Auffassung der Bundesregierung sollte das Raketensystem nach einer multilateralen Formel arbeiten, d. h. die wichtigsten europäischen NATO-Partner sollten Mitverantwortung und Mitbestimmungsrecht haben.

Herr Minister Strauß teilte weiter mit, daß General Norstad in seinen jüngsten Stellungnahmen seine früheren Äußerungen über die Notwendigkeit, auch ein landgebundenes Raketensystem zu schaffen, modifiziert habe.<sup>4</sup> Der entsprechende Satz in dem Briefentwurf des Auswärtigen Amtes solle daher abgeschwächt werden.

Ich habe dem Vorschlag des Herrn Bundesministers zugestimmt und ihm gesagt, das Auswärtige Amt würde auf Grund seiner Vorschläge einen neuen Entwurf fertigen und ihn dem Bundesministerium für Verteidigung zur endgültigen Abstimmung zuleiten.

Hiermit Herrn D3<sup>5</sup> zur weiteren Veranlassung.<sup>6</sup>

Carstens

**B 130, Bd. 1988A (201)**

<sup>3</sup> Mit Schreiben vom 25. Mai 1961 bat Bundeskanzler Adenauer Bundesminister von Brentano um Auskunft zu der Frage: „Wird eine schwimmende NATO-Raketenstreitkraft unseren militärischen Anforderungen genügen? Ich bitte, darüber mit dem Verteidigungsministerium zu verhandeln.“ Vgl. B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, am 26. Januar 1961 im Ständigen NATO-Rat; Dok. 28. Botschafter von Walther, Paris (NATO) berichtete am 3. Juli 1961 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom 30. Juni 1961: „Norstad wiederholte seine bekannte Auffassung, daß landgebundene MRBM gegenüber der Polaris den Vorteil größerer Treffsicherheit und leichterer Kontrolle hätten. Für viele Ziele seien Polaris geeignete Träger. Für andere Ziele seien dagegen landgebundene MRBM unerlässlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 689; B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>5</sup> Hat Ministerialdirektor von Etdorf am 13. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz verfügte.  
Hat Werz am 14. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 301 verfügte.

<sup>6</sup> Bundesminister von Brentano antwortete Bundeskanzler Adenauer am 26. Juni 1961 „im Einvernehmen mit Herrn Minister Strauß“, der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, habe „die Bereitstellung von 655 Mittelstreckenraketen gefordert. Davon sollen nach seinen Vorstellungen 160 Polaris-Raketen auf 10 atomgetriebenen U-Booten untergebracht werden, während Typ und Abschußgerät (Land oder Wasser) im übrigen noch nicht feststeht. Die amerikanische Regierung hat in den letzten Wochen folgende Absichten hinsichtlich der atomaren Ausrüstung der NATO bekanntgegeben: a) NATO-Botschafter Finletter hat in seiner [...] Erklärung vor dem NATO-Rat vom 26. April d. J. mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung der NATO fünf U-Boote (mit 80 Polaris-Raketen) und später mehr zur Verfügung stellt. b) Präsident Kennedy hat in seiner Rede vor dem Parlament in Ottawa am 17. Mai d. J. darüber hinaus die Schaffung einer schwimmenden NATO-

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2181/61 geheim

12. Juni 1961

Betr.: Angebliche Waffenlieferungen an Portugal für Angola<sup>1</sup>

Bei unserem Gespräch am 10. Juni 1961<sup>2</sup> hat mich Herr Bundesminister Strauß von folgendem in Kenntnis gesetzt:

1) Es sind 10000 Maschinenpistolen von Israel unmittelbar an Portugal geliefert worden. Die Portugiesen hatten uns um eine entsprechende Lieferung gebeten. Wir haben diese Lieferung jedoch abgelehnt und die Portugiesen darauf verwiesen, daß die Israelis in der Lage sein würden, die Lieferung auszuführen.<sup>3</sup>

2) Die Portugiesen haben uns um die Lieferung von 8000 Infanteriegewehren gebeten. Die ersten Gespräche sind lange vor der Angola-Krise geführt worden. Nach Ausbruch der Angola-Krise<sup>4</sup> hat Herr Minister Strauß die Frage im Bundesverteidigungsrat vorgetragen. Dies war vor der Sitzung vom 18. Mai, an der Herr von Etzdorf teilgenommen hat. Der Bundesverteidigungsrat hat nach der Darstellung des Bundesministers für Verteidigung mit Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Bundesministers des Auswärtigen beschlossen, daß die portugiesische Bitte erfüllt werden solle.<sup>5</sup>

Inzwischen sind 2000 Gewehre geliefert worden. Weitere Lieferungen von 1500 und 4500 Stück stehen unmittelbar bevor, sind aber zunächst angehalten worden.

Herr Minister Strauß schlug vor, man solle die weitere Lieferung davon abhängig machen, daß die Portugiesen erklären, die Waffen würden nur für NATO-Zwecke eingesetzt werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 792*

Raketenstreitkraft durch die Verbündeten gefordert.“ Als Auffassung der Bundesregierung „zu der Ausrüstung der NATO mit atomaren Mittelstreckenraketen“ schloß er dann wörtlich die von Bundesminister Strauß gegenüber Staatssekretär Carstens am 10. Juni 1961 genannten vier Punkte an. Vgl. B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>1</sup> Am 28. Mai 1961 wurde in der britischen Sonntagszeitung „The Observer“ gemeldet: „A German diplomatic source in Lisbon has disclosed that Germany has supplied 10 000 Sten guns of Israeli origin to Portugal for use in Angola and will supply more.“ Vgl. den Artikel „Iron Curtain Arms Found“; THE OBSERVER vom 28. Mai 1961, S. 6.

Botschafter Schaffarczyk, Lissabon, teilte dazu am 31. Mai 1961 mit, die Meldung sei „hinsichtlich Quellenangabe frei erfunden“. Daß die Botschaft trotz guter Beziehungen zur Korrespondentin der Zeitung, White, von ihr nicht befragt worden sei, „legt Vermutung nahe, daß Zweckmeldung deutsche Interessen in afrikanischen Staaten schädigen sollte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Bundesminister Strauß am 10. Juni 1961 vgl. auch Dok. 174, Anm. 9, und Dok. 179. Vgl. außerdem Dok. 182, Anm. 7. Vgl. ferner AAPD 1965, I, Dok. 2.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stechow legte am 13. Juni 1961 dar, daß es sich laut Äußerungen des Bundesministers Strauß gegenüber Botschafter von Walther, Paris (NATO), „bei der israelischen Lieferung von 10000 UZI-Maschinenpistolen um die Lieferung handelte, die ursprünglich für uns bestimmt war, die wir aber nicht abnehmen wollten, da das BMVtg. sich offenbar für einen andere Typ entschieden hat“. Vgl. VS-Bd. 5029 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>4</sup> Zu den Unruhen in Angola im Februar/März 1961 vgl. Dok. 126, Anm. 3.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etzdorf vom 23. Mai 1961; Dok. 157.

Ich habe mich mit dieser Regelung grundsätzlich einverstanden erklärt und vorgeschlagen, daß man die Formulierung der von den Portugiesen abzugebenden Erklärung noch einmal überprüfen solle. Ich habe dabei auch zur Erwägung gestellt, ob man so weit gehen könne, von den Portugiesen zu verlangen, daß sie sich verpflichten, die Waffen nur in Europa einzusetzen.

Jedenfalls kommt es darauf an, eine Formulierung zu finden, die den Einsatz der Waffen in Angola ausschließt.

Der Herr Bundesminister Strauß und ich haben vereinbart, daß die weiteren Einzelheiten zwischen unserer Abteilung 3 und den zuständigen Herren des Bundesministeriums für Verteidigung erörtert werden sollen.<sup>6</sup>

Hiermit Herrn D3<sup>7</sup>

Carstens

Durchdruck Herrn D4

(Sollte Abteilung 4 zuständig sein, bitte ich um Übernahme des Vorgangs nach Absprache mit Abteilung 3.)

VS-Bd. 382 (301/II 7)

## 181

### Botschafter von Walther, Paris (NATO), an das Auswärtige Amt

114-53/61 streng geheim

Fernschreiben Nr. 606

Citissime

Aufgabe: 12. Juni 1961, 17.45 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 12. Juni 1961, 19.15 Uhr

Am 10. Juni suchte mich Gesandter Thurston als Vertreter des in Brüssel weilenden Botschafters Finletter auf und machte mir Mitteilungen über amerikani-

<sup>6</sup> Ministerialdirektor von Etzdorf vermerkte am 19. Juni 1961, Bundesminister Strauß habe in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 15. Juni 1961 erklärt, er „habe inzwischen auch mit dem portugiesischen Botschafter in Bonn über eine Erklärung verhandelt, wonach die von der Bundesregierung zu liefernden oder gelieferten Waffen nicht in Übersee verwendet werden. Unmittelbar vor der Sitzung des Bundesverteidigungsrats habe der portugiesische Botschafter ihm telefonisch mitgeteilt, daß diese Erklärung nunmehr abgegeben werden könne. Der Bundesverteidigungsrat beschließt auf Vorschlag von Herrn Minister Strauß, daß die noch ausstehende Lieferung von 3000 Gewehren abgehen solle, sobald die von Portugal gewünschte Erklärung vorliegt.“ Zu weiteren portugiesischen Wünschen habe Bundeskanzler Adenauer erklärt, daß er „nicht in der Lage sei, der Lieferung weiterer Waffen zuzustimmen, da die Auswirkungen zu gefährlich seien“. Vgl. VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>7</sup> Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 13. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz verfügte.  
Hat Werz am 14. Juni 1961 vorgelegen, der Referat 301 um Rücksprache bat.  
Hat Legationsrat I. Klasse Scheske vorgelegen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 13. Juni 1961 vorgelegen.

sche Stellungnahme zu unserem Verteidigungsmemorandum.<sup>2</sup> Er hatte Weisung, die ihm drahtlich übermittelten Gedankengänge ausschließlich mündlich vorzutragen. Er versprach jedoch, am 12. eine schriftliche Zusammenstellung nachzureichen, so daß ich dann Ergänzungen zu Nachstehendem vornehmen werde.

Eingangs bemerkte Thurston, daß deutsch-amerikanische Gespräche über unser Memorandum grundsätzlich in Paris geführt werden sollten; trotzdem werde State Department seine Stellungnahme auch Botschaft Washington in diesem Einzelfall übermitteln, so daß auch von dort Drahtbericht zu erwarten ist.<sup>3</sup> Die wesentlichsten amerikanischen Gesichtspunkte sind:

1) Die amerikanische Stellungnahme stimmt der deutschen Ansicht über Pause und Atomschwelle zum Teil zu. Sie führt aus, daß die „Pause“ nicht als eine vorübergehende Waffenruhe interpretiert werden dürfe und daß die Diskussion der „Atomschwelle“ unter keinen Umständen die Sowjets zu der Annahme verleiten darf, daß sie sich konventionelle Angriffe gleich welcher Stufe leisten könnten, ohne einen nuklearen Gegenschlag befürchten zu müssen. Der Begriff der Atomschwelle bedürfe noch einer eingehenden militärischen Analyse; die amerikanische Regierung glaube jedoch, daß die Erfüllung der Ziele der MC 70<sup>4</sup> auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte die Atomschwelle wesentlich erhöhen würde. Auf meine Bemerkung, daß meiner Ansicht nach die ursprüngliche Konzeption Achesons auch in Washington inzwischen starke Verwässerung erfahren habe, gab Thurston zu, daß dies zu neun Zehnteln zutreffe. Zu einem Zehntel lebten die ursprünglichen Ideen aber noch weiter.<sup>5</sup> (Ich glaube, hier eine Bestätigung meines früheren Eindrucks zu sehen, daß man praktisch die amerikanische Regierung von Ideen Achesons abbringen kann, wozu zweifellos auch die Ausführungen Botschafter Sir Paul Masons vor dem NATO-Rat beigetragen haben. Vergleiche hierzu Drahtbericht 584 geh. vom 7.6.61.<sup>6</sup>)

<sup>2</sup> Zum Entwurf eines Memorandums der Bundesregierung zum strategischen Konzept der NATO vgl. Dok. 165, Anm. 3.

Botschafter Grewe, Washington, teilte am 9. Juni 1961 mit: „Meinungsaustausch hat sich dadurch verzögert, daß nach der Übergabe des Memorandums einige der zuständigen Beamten in Begleitung des Präsidenten nach Europa reisten. Im Office of European Regional Affairs rechnet man damit, in der ersten Hälfte der kommenden Woche sprechbereit zu sein. Es wurde betont, man wolle nicht, daß hierdurch die Bundesregierung in der Verwendung des Memorandums in Paris behindert werde und regte an, das Dokument notfalls ohne vorherige Diskussion vorzulegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1320; B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 15. Juni 1961, ihm sei die amerikanische Stellungnahme zu dem deutschen Memorandum mitgeteilt worden, die aber vorher schon der amerikanischen Vertretung bei der NATO zur Weitergabe an Botschafter von Walther, Paris (NATO), übermittelt worden sei. Er sehe daher von einem eigenen Bericht ab. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1379; B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>4</sup> Zu den Streitkräfteanforderungen der NATO bis 1963 (MC 70) vgl. Dok. 45, Anm. 22.

<sup>5</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), teilte am 3. Juni 1961 mit, der amerikanische NATO-Botschafter Finletter habe ihm bestätigt, „daß die ursprüngliche Theorie Achesons betreffend nukleare Schwelle und Pause inzwischen heruntergespielt worden sei, daß auch er tatsächlich den Eindruck habe, diese Nuancierung der amerikanischen Haltung sei auch auf unsere schweren Bedenken zurückzuführen, die wir als der am meisten betroffene Mitgliedstaat gegen die Theorie der Schwelle mit allen daraus zu ziehenden Konsequenzen erhoben haben. Wir müßten auf diesem Wege fortfahren, wobei er dringend bäte, rein militärtechnische Einwendungen in den Vordergrund zu stellen und uns nicht auf philosophisch-strategische Deduktionen zu stützen, wie dies augenblicklich die Tendenz im Rat sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 569; VS-Bd. 3859 (305); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>6</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete, der britische NATO-Botschafter Mason habe in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. Juni 1961 ausgeführt, „Aufgabe der konventionellen Streitkräfte müsse es sein, kleine Grenzzwischenfälle (minor probes or accidental incursions) zu bereinigen und größere konventionelle Angriffe so lange abzuwehren, bis eine politische Entscheidung

2) Zur Frage des „commitment“ der Polaris-U-Boote<sup>7</sup> führt die amerikanische Stellungnahme lediglich aus, daß die Frage des Unterstellungsverhältnisses der U-Boote noch geprüft werden und zu einem späteren Zeitpunkt von der NATO diskutiert werden sollte. Auf meine wiederholte Frage, wie die amerikanische Regierung sich das Unterstellungsverhältnis vorstelle, äußerte Thurston schließlich, daß das Unterstellungsverhältnis der 6. Flotte wahrscheinlich als Vorbild dienen werde. Ich erwiderte ihm, daß meiner persönlichen Meinung nach ein solches „commitment“ für die NATO-Partner auf keinen Fall ausreiche. Der Vergleich mit der 6. Flotte sei schief, da diese neben der Bekämpfung gewisser Erdziele doch in erster Linie reine Flottenaufgaben habe. Die Polaris-U-Boote hingegen hätten die ausschließliche Aufgabe, Kämpfe zu Lande direkt zu unterstützen. Die Dislozierung dieser Polaris-Raketen auf dem Meere erfolge ausschließlich zu ihrer eigenen Sicherheit. Diese U-Boote müßten daher dasselbe Unterstellungsverhältnis wie die MRBMs in Italien haben. In keinem Fall dürfe eine bloße Mitteilung der USA-Regierung genügen, um die Polaris-U-Boote zu anderweitiger Verwendung in anderen Teilen der Welt abziehen zu können. Sie müßten so an die NATO gebunden sein, daß sie im Ernstfall mit absoluter Sicherheit zur Verfügung stünden. Mir schiene auch die Unterstellung unter amerikanisches Kommando statt unter NATO-Kommando bedenklich. Ich glaubte, daß meine Regierung diese Stellungnahme bestätigen würde.

Thurston ließ die Absicht erkennen, diese meine persönliche Meinung nach Washington durchzugeben.

3) Zur Frage der Neuregelung der Einsatzbefugnis für die bereits vorhandenen und der NATO zur Verfügung stehenden Atomwaffen stellt die amerikanische Stellungnahme lediglich fest, daß man eine Diskussion<sup>8</sup> im Rat über Mittel und Wege begrüßen würde, den Alliierten der USA eine größere Rolle bei der Planung des Einsatzes dieser Nuklearwaffen einzuräumen. Die amerikanische Regierung bezeichnet die von uns vorgeschlagene Lösung als interessant und nützlich für die spätere Diskussion im Rat, möchte sie aber noch weiter prüfen.

Thurston erwähnte einen mir bis dahin unbekannten Vorschlag Achesons, wonach der Rat Richtlinien (guidelines) für den Einsatz der Atomwaffen ausarbeiten soll.<sup>9</sup> Diese Richtlinien sollen den amerikanischen Präsidenten in die Lage versetzen, seine Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen in Kenntnis von den grundlegenden Ansichten des Rats zu treffen. Man geht dabei davon aus, daß möglicherweise aus Zeitgründen eine weitere Stellungnahme des Rats

*Fortsetzung Fußnote von Seite 795*

über den Einsatz von Kernwaffen getroffen werden könne. Der Zeitraum bis zum Einsatz nuklearer Waffen müsse sehr kurz sein. (Es ist bemerkenswert, daß der britische Botschafter in diesem Zusammenhang den Ausdruck ‚Pause‘ vermied). Die Atomschwelle dürfe nicht so sehr angehoben werden, daß dadurch die Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung vermindert und der Gegner zu einem begrenzten konventionellen Angriff geradezu ermutigt werde. Eine vorsätzliche Verlängerung der konventionellen Kriegsführung vergrößere eher die Gefahr, daß eine solche Auseinandersetzung dann automatisch in den großen Atomkrieg übergehe. Es sei besser, bereits zu einem möglichst früheren Zeitpunkt taktische Atomwaffen in vorsichtiger Dosierung einzusetzen, um den Gegner zu überzeugen, daß er die Lage falsch eingeschätzt habe und daß die NATO entschlossen sei, sich unter Einsatz von Nuklearwaffen zu verteidigen.“ Vgl. B 130, Bd. 1997 A (201).

<sup>7</sup> Zur Ankündigung des Präsidenten Kennedy vom 17. Mai 1961, der NATO fünf mit Polaris-Raketen bestückte U-Boote zur Verfügung zu stellen, vgl. Dok. 150, Anm. 21.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „daß eine Diskussion“.

<sup>9</sup> Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XIII, Dok. 100, S. 289.

nicht mehr einzuholen ist. Thurston wies ausdrücklich darauf hin, daß für die Entscheidung im Ernstfall möglicherweise nur 20 Minuten zur Verfügung stehen würden.

Eigenartigerweise hatte Thurston – und anscheinend auch die USA-Regierung – bei unserem Vorschlag nicht erkannt, daß durch die Zuschiebung der Entscheidung an SACEUR praktisch die Entscheidung in der Hand des USA-Präsidenten bleibt. Thurston wird meine Klarstellung nach Washington weitergeben.

4) Bei der amerikanischen Stellungnahme wird wiederholt, daß man im Rahmen der MC 70 die konventionellen Streitkräfte und Waffen mit Vorrang ausbauen müsse. Ich wies hierzu darauf hin, daß zur Zeit alle Feststellungen im Zuge der Jahreserhebung ergeben hätten, daß zumindest für den deutschen Bereich die wesentlichen Mängel für die Erreichung der Ziele der MC 70 nicht bei den konventionellen Waffen, sondern bei den Abschußeinrichtungen für nukleare Waffen lägen.

5) Thurston teilte mit, daß in Washington Überlegungen angestellt würden, den interessierten Mitgliedstaaten – nicht aber dem Rat – erweiterte Auskunft über den Umfang der Lager der Atomsprengköpfe (atomic stockpiles) zu geben.<sup>10</sup> Man hoffe einen Weg zu finden, um dieses mit dem McMahon-Gesetz<sup>11</sup> in Einklang zu bringen.

Weiterer Bericht über Einzelheiten der amerikanischen Stellungnahme folgt.<sup>12</sup>

[gez.] Walther

**B 130, Bd. 1988 A (201)**

<sup>10</sup> Zum Wunsch der Bundesregierung nach besserer Information über die in der Bundesrepublik stationierten nuklearen Sprengköpfe vgl. Dok. 103 und Dok. 104.

<sup>11</sup> Zu dem vom amerikanischen Senator McMahon initiierten „Atomic Energy Act“ vom 1. August 1946 vgl. Dok. 56, Anm. 37.

<sup>12</sup> Botschafter von Walther, Paris (NATO), informierte am 12. Juni 1961, der amerikanische Gesandte Thurston habe soeben ein Schriftstück übergeben, „das den wesentlichen Inhalt der Drahtweisung des State Department enthält, die er mir am 10.6. mündlich erläuterte. [...] Thurston erwähnte heute bei Übergabe, daß nochmalige deutsch-amerikanische Abstimmung vor Vorlage unseres Verteidigungs-memorandums an den Rat erwünscht sei, ohne daß diese Vorlage dadurch wesentlich verzögert werden sollte. [...] Bei heutiger Besprechung der military requirements bei Norstad (Bundesminister Strauß, General Foertsch, Botschafter von Walther) kam Norstad ebenfalls auf die amerikanische Stellungnahme zu sprechen, wobei ihm die Weisung an Thurston vorlag. Er erwähnte dabei, daß der Vorschlag für Bildung eines Komitees von drei Weisen von amerikanischer Regierung ohne besonderes Interesse aufgenommen wird. Bundesminister Strauß ist einverstanden, daß wir vor Vorlage an Rat Absatz streichen, da voraussichtlich dieser Vorschlag nur zu zeitraubenden, ergebnislosen Diskussionen im Rat führen würde.“ Anschließend übermittelte Walther die amerikanische Stellungnahme. Vgl. den Drahtbericht Nr. 610; VS-Bd. 1997 (201); B 150, Aktenkopien 1961.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Sahm vermerkte am 21. Juni 1961, daß „im Einvernehmen mit dem Bundesverteidigungsministerium [...] daraufhin einige Abänderungen“ am Memorandum der Bundesregierung vorgenommen worden seien. Er schlug vor, „das endgültige Dokument nunmehr dem NATO-Rat vorzulegen“. Vgl. B 130, Bd. 1988 A (201).

Für das Memorandum in der am 22. Juni 1961 an NATO-Generalsekretär Stikker übergebenen Fassung vgl. Dok. 191.



## 182

**Bundesminister von Brentano an Bundeskanzler Adenauer****AB-84.20-28IV/61 streng geheim****13. Juni 1961<sup>1</sup>**

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Im Verfolg Ihres am 14. April 1961 in Washington geführten Gesprächs mit dem amerikanischen Präsidenten Kennedy über die Frage der Haltung der Bundesrepublik im Falle eines Angriffs auf amerikanische Truppen, die den Versuch machen, den Zugang nach Berlin zu erzwingen<sup>2</sup>, hat das Auswärtige Amt den Entwurf eines für die amerikanische Regierung bestimmten Memorandums zum Thema der Eventualfall-Planung ausgearbeitet.<sup>3</sup> Das Memorandum soll durch Botschafter Grewe dem amerikanischen Außenminister Dean Rusk überreicht werden. Es dient dem doppelten Zweck, Ihre dem Präsidenten Kennedy über den Eintritt des Bündnisfalles des NATO-Pakts und die Erfüllung unserer Bündnispflicht gemachte Erklärung zu bestätigen und der amerikanischen Regierung Argumente zur wirksamen Unterstützung unseres seit Jahren erhobenen Wunsches nach engerer Beteiligung an der Eventualfall-Planung<sup>4</sup> an die Hand zu geben.

Der Augenblick, uns einzuschalten, scheint günstig zu sein, weil gerade jetzt sowohl die drei Westmächte als auch unsere übrigen NATO-Partner die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme und Revision dieser Planung erkannt haben.<sup>5</sup> Ähnliche Schritte bei der französischen und britischen Regierung sind vorgesehen, sobald wir die Gewißheit haben, daß wir die Unterstützung der amerikanischen Regierung bei unserem Anliegen erhalten werden. Nach der Darstellung, die Kohler Ihnen über den Besuch von Präsident Kennedy in Paris gegeben hat<sup>6</sup>,

<sup>1</sup> Das Schreiben wurde von Gesandtem Ritter konzipiert und am 13. Juni 1961 „über Herrn D 7 dem Herrn Staatssekretär“ vorgelegt mit dem Hinweis: „Ein Durchdruck des Briefes und seiner Anlage soll dem Herrn Bundesminister für Verteidigung zugeleitet werden, sobald der Herr Bundesminister den Brief unterzeichnet hat. Um Anfertigung einer englischen Übersetzung des Memorandumsentwurfs wird der Sprachendienst vorsorglich gebeten.“

Hat Staatssekretär Carstens am 13. Juni 1961 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Hat Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt, am 14. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Adenauer am 15. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich den Rücklauf „an AA z. Hd. v. VLR I Limbourg“ verfügte.

Hat Bundesminister von Brentano erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Carstens verfügte.

Hat Ritter am 21. Juni 1961 erneut vorgelegen.

Brentano übermittelte am 14. Juni 1961 eine Abschrift an Bundesminister Strauß. Vgl. B 130, Bd. 8517 A (Ministerbüro).

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 108.

<sup>3</sup> Für den Memorandumsentwurf vom 19. Mai 1961 vgl. Dok. 152.

Für die Stellungnahme des Botschafters Grewe, Washington, vom 2. Juni 1961 zu diesem Entwurf vgl. Dok. 169.

<sup>4</sup> Zur Eventualfallplanung für Berlin und zu den Bemühungen der Bundesregierung um Einbeziehung in die Planungen vgl. Dok. 36.

<sup>5</sup> Zur Befassung des NATO-Rats mit der Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 141, Anm. 8.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, am 5. Juni 1961 in Düsseldorf vgl. Dok. 170.

können wir annehmen, daß auch die Franzosen für eine stärkere Beteiligung der Bundesrepublik an der Eventualfall-Planung eintreten werden.

Ich darf Ihnen in der Anlage den Entwurf zu dem Memorandum überreichen, mit dem sich Herr Strauß einverstanden erklärt hat.<sup>7</sup> Ich wäre für eine Mitteilung dankbar, ob Sie dem geplanten Memorandum und seiner Überreichung an die amerikanische Regierung zustimmen.<sup>8</sup>

Mit aufrichtigen Grüßen und Empfehlungen

Ihr stets ergebener  
Brentano

[Anlage]

Entwurf zu einem zur Übergabe an die amerikanische Regierung bestimmten Memorandum

I. In seinem Gespräch mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 14. April 1961 hat der Herr Bundeskanzler auf die primäre Verantwortung der drei Westmächte für die Offenhaltung des Zuganges nach Berlin hingewiesen. Darüber hinaus hat er erklärt, falls amerikanische Truppen bei dem Versuch, den Zugang nach Berlin zu erzwingen, angegriffen würden, trete nach Ansicht der Bundesregierung mit einem solchen Angriff auf verbündete Einheiten der *Casus foederis* des NATO-Paktes<sup>9</sup> mit allen seinen Konsequenzen ein. Dem hat der Herr Bundesminister des Auswärtigen hinzugefügt, daß die Bundesregierung sich ihren Bündnisverpflichtungen nicht entziehen werde. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington hat diese Erklärungen in einem Gespräch mit dem Herrn amerikanischen Außenminister am 15. April 1961<sup>10</sup> bestätigt.

Über die von den Drei Mächten entwickelten Pläne zur Erzwingung des Zuganges nach Berlin mit militärischen Mitteln sind – abgesehen von den Plänen für die in Ziffer 9 der Grundlegenden Vereinbarung der drei Westmächte vom 4. April 1959 vorgesehenen alliierten Truppenbewegungen zur vorgängigen Sondierung der sowjetischen Absichten<sup>11</sup> – der Bundesregierung bisher im einzelnen keine Auskünfte gegeben worden. In jedem Falle liegt jedoch ein bewaffneter Angriff im Sinne des Art. 5 und des Abs. II des Art. 6 des NATO-Vertrages in der Fassung vom 17. Oktober 1951<sup>12</sup> dann vor, wenn der erste Schuß auf amerika-

<sup>7</sup> Staatssekretär Carstens notierte am 12. Juni 1961: „Am 10. Juni 1961 habe ich mit Herrn Bundesminister Strauß über das für die amerikanische Regierung bestimmte Memorandum, welches ihm mit Schreiben des Herrn Ministers vom 7. Juni 1961 zugeleitet worden war, gesprochen. Herr Minister Strauß erklärte, er könne dem von uns vorgeschlagenen Text zustimmen. Er bitte jedoch, an einer geeigneten Stelle, etwa am Ende von I., etwa folgenden Satz einzufügen: ‚Die Bundesregierung geht dabei davon aus, daß sie über alle den Eventualfall betreffenden Pläne der Drei Mächte laufend unterrichtet und von etwaigen Testaktionen vorher in Kenntnis gesetzt wird.‘ Ich habe vorbehaltlich einer Überprüfung der Formulierung diesem Vorschlag zugestimmt.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

<sup>8</sup> Zur Übergabe des Memorandums durch Botschafter Grewe, Washington, an den amerikanischen Außenminister Rusk am 24. Juni 1961 vgl. Dok. 197.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; Dok. 59, Anm. 8.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Botschafters Grewe, Washington, mit dem amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 134.

<sup>11</sup> Zur Vereinbarung der Drei Mächte vom 4. April 1959 vgl. Dok. 36, Anm. 11.

<sup>12</sup> Zu Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 in der mit Protokoll vom 17. Oktober 1951 geänderten Fassung vgl. Dok. 85, Anm. 18.

nische, britische oder französische Truppen abgegeben wird oder unmittelbare Anstalten dazu getroffen werden, die den dadurch bedrohten Einheiten einen gerechtfertigten Anlaß zur Ausübung des durch Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen bestätigten Notwehrrechts<sup>13</sup> geben würden. Dies gilt nicht nur für den Fall, daß die angegriffenen Einheiten sich noch auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder schon in Berlin befinden: Auch ein bewaffneter Angriff auf alliierte Truppenteile, die sich auf den Verbindungswegen zu Lande oder in der Luft bewegen, die von den Truppen der Westmächte im Rahmen der darüber mit der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen<sup>14</sup> bei Inkrafttreten des NATO-Vertrages benutzt wurden und bis heute benutzt werden, ist als Angriff auf die in Berlin stationierten Streitkräfte anzusehen und löst den Bündnisfall aus; andernfalls könnten die in Berlin stationierten Truppen der drei Westmächte, auf deren Integrität sich die Beistandsverpflichtung der NATO-Partner auch bei restriktivster Auslegung des Art. 6 des NATO-Pakts unzweifelhaft erstreckt, selbst durch eine – unter Vermeidung eines direkten Angriffs auf das Westberliner Gebiet – mit Waffengewalt durchgeführte Abschnürung ihrer Versorgungswege zu Wasser, zu Lande und in der Luft ausgehungert werden, ohne daß der Bündnisfall des NATO-Vertrages einträte.

Soweit die Bundesregierung von den drei Westmächten unterrichtet worden ist, wollen die für die militärische Planung zuständigen Stellen den Bündnisfall dann nicht als eingetreten ansehen, wenn der alliierte militärische Vorstoß, anlässlich dessen der Angriff auf die dazu eingesetzten Truppen erfolgt, nur zur vorgängigen Sondierung der gegnerischen Absichten unternommen wird. Dies soll so lange der Fall sein, wie der Westen mit Truppen bis zu einer bestimmten Stärke engagiert ist. Erst wenn zur Brechung des Widerstandes der Einsatz von Verbänden über diese Grenze hinaus notwendig wird, soll der Bündnisfall als eingetreten gelten. Die Bundesrepublik wird auch und gerade in diesem Falle zu ihren Bündnisverpflichtungen stehen.

II. Die Bundesregierung geht bei dieser Zusage davon aus, daß sie von etwaigen Sondierungsaktionen vorher in Kenntnis gesetzt und über alle den Eventualfall betreffenden Pläne der Drei Mächte laufend unterrichtet wird. Wenn unbeschadet der primären Verantwortung der drei Westmächte für die Offenhaltung des Zuganges nach Berlin die Bundesrepublik im Rahmen der Eventualfall-Planung für den Fall eines Angriffs auf die gemäß diesen Plänen operierenden alliierten Truppen ihrer militärischen Bündnispflicht nachkommen soll und will, so muß, wie der Herr Bundesminister des Auswärtigen gelegentlich der mit den Außenministern Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs am 8. Mai 1961 in Oslo geführten Besprechung hervorgehoben hat<sup>15</sup>, die Bundesregierung um eine engere Einbeziehung in die Eventualfall-Planung, d. h. um eine vollständige Unterrichtung und um Beteiligung an dieser Planung bitten. Die Bundesregierung möchte nicht verfehlen, ihrer Dankbarkeit für das Verständnis der amerikanischen Regierung und ihre ständig bewiesene Bereitschaft, sie an diesen

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Artikels 51 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 686.

<sup>14</sup> Zu den Vereinbarungen der Vier Mächte über die Verbindungswege nach Berlin vgl. Dok. 152, Anm. 12.

<sup>15</sup> Für das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) in Oslo vgl. Dok. 137.

Arbeiten zu beteiligen, auch hier Ausdruck zu verleihen. Sie stimmt im übrigen der Auffassung der amerikanischen Regierung über die Notwendigkeit einer Überprüfung der in der bisherigen Eventualfall-Planung erzielten Ergebnisse zu. Sie glaubt indessen, daß die bestehende Maschinerie mit ihrer Aufsplitterung in einzelne Expertengruppen für diese Aufgabe nicht geeignet ist. Sie ist der Ansicht, daß in Washington ein politischer Lenkungsausschuß der drei Westmächte und der Bundesrepublik, d. h. ein zentrales Gremium mit voller Beteiligung der Bundesrepublik geschaffen werden sollte, das den Gesamtkomplex überprüft und Experten dort einsetzt, wo zur Zeit noch Lücken vorhanden sind.

In diesem Lenkungsausschuß hofft die Bundesregierung Unterrichtung über die gesamte Eventualfall-Planung, insbesondere auch über die von den Drei Mächten entwickelten Pläne zur Erzwingung des Zuganges nach Berlin mit militärischen Mitteln, zu erhalten. Sie wird in diesem Gremium die Aufmerksamkeit der Drei Mächte auch auf nach ihrer Ansicht noch vorhandene Planungslücken zu lenken suchen, insbesondere auf das Fehlen von Plänen für den Fall einer Sperre nicht des alliierten militärischen, sondern nur des zivilen Berlin-Verkehrs. Sie beabsichtigt, in dem Lenkungsausschuß auch die Frage zu stellen, was die Alliierten im Falle einer Sperrung des Zutritts zum Ostsektor von Berlin auch für die Angehörigen der Besatzungsmächte selbst zu tun gedenken.

Die Bundesregierung ist bereit, an der Vervollkommnung der Eventualfall-Planung mitzuarbeiten. Sie glaubt, auf Grund ihrer unmittelbaren Sachkenntnis wertvolle Beiträge leisten zu können.

**B 130, Bd. 3588 A (AB 7)**

## 183

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

**St.S. 64/61 streng geheim**

**14. Juni 1961<sup>1</sup>**

Betr.: Voraussichtliche Entwicklung der Deutschland- und Berlin-Frage im Jahr 1961

I. Auf sowjetischer Seite zeichnet sich folgender Aktionsplan ab:

- 1) Aufforderung an die Bundesrepublik und an die SBZ, miteinander zu verhandeln.
- 2) Einladung der Sowjetunion an die Staaten, die mit Deutschland im Kriege gestanden haben, zur Teilnahme an einer Friedenskonferenz.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Hat Sekretärin Berner am 22. Juli 1961 vorgelegen, die für Staatssekretär Carstens handschriftlich vermerkte: „Was soll hiermit geschehen?“

Hat Carstens am 26. Juli 1961 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[u] d[en] A[kten].“

<sup>2</sup> Botschafter Kroll, Moskau, teilte am 20. Juni 1961 mit, es sei nach „zuverlässigen Informationen [...] mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß die Sowjetregierung noch vor Ende des Jahres zu einer Friedenskonferenz über den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages einladen wird.“

- 3) Abschluß des Friedensvertrags mit der SBZ.
- 4) Behinderung des Verkehrs innerhalb Berlins. Sperrung der Sektorengrenze.
- 5) Behinderung des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin:
  - a) im militärischen Sektor
  - b) im zivilen Sektor.

II. Die westliche Politik gegenüber dieser Entwicklung sollte durch folgende Überlegungen bestimmt sein:

- 1) Ablehnung von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der SBZ

Starke propagandistische Unterstreichung der fortbestehenden Vier-Mächte-Verantwortung für ganz Deutschland (Herausgabe eines entsprechenden Weißbuchs<sup>3</sup>), evtl. westliche Vierer-Außenminister-Konferenz USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien.

- 2) Diplomatische Einwirkung auf alle neutralen Staaten, die an sie gerichtete Einladung zur Friedenskonferenz abzulehnen. Hierzu sollten gemeinsame oder – nach Lage des Falles – Einzeldemarchen der Drei Mächte und der Bundesrepublik vorgesehen werden.<sup>4</sup>

Vier-Mächte-Gipfelkonferenz des Westens, auf der die Sowjetunion an ihre Pflichten in bezug auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Wahrung der Vier-Mächte-Verantwortung in Berlin erinnert wird. Aufforderung an alle Staaten der Welt, der Friedenskonferenz, die in Wahrheit ein Versuch der Verewigung der Spaltung Deutschlands ist, fernzubleiben.

Evtl. Einladung der Sowjetunion zu einer Vier-Mächte-Konferenz mit dem Ziel der Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland.

- 3) Erneute Demarche bei allen Staaten, um sie über die Unwirksamkeit des Friedensvertrags<sup>5</sup> aufzuklären. Protestaktionen in Deutschland. (Öffentliche Kundgebung? Protestmärsche?)

Ostentative militärische Vorbereitungen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 801*

Die sowjetische Diplomatie sei „zur Zeit bemüht, möglichst viele Teilnehmer, vor allem auch aus der nicht gebundenen Staatengruppe, zur Teilnahme an der Konferenz zu bewegen. Es hat sich bislang nicht feststellen lassen, wieweit diese Bemühungen Erfolg gehabt haben. Doch sollen außer den Staaten des kommunistischen Blocks Finnland, Jugoslawien, Indonesien, Kuba, Guinea und Mali bereits verbindliche Zusagen gegeben haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 671; VS-Bd. 2968 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>3</sup> Bundesminister von Brentano notierte am 14. Juni 1961 über den Vorschlag des CDU-Abgeordneten Gradl, ein Weißbuch zur Deutschlandpolitik zu erstellen: „Die Anregung des Abgeordneten Gradl in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses halte ich für zweckmäßig. Ich bitte, mit der Abteilung 7 Fühlung zu nehmen, um eine solche übersichtliche und kurze Dokumentation vorzubereiten.“ Vgl. VS-Bd. 2967 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>4</sup> Staatssekretär Carstens informierte Bundesminister von Brentano am 21. Juni 1961: „Ich werde unsere Missionen in Helsinki, Djakarta, Conakry und Bamako zu vorbeugenden Demarchen bei dortigen Regierungen anweisen.“ Vgl. B 2-VS, Bd. 322 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1961. Ministerialdirektor Duckwitz riet am 22. Juni 1961, es solle „vorläufig noch davon Abstand genommen werden, die Missionen [...] zu Demarchen anzuweisen. Bei den von der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe in Washington erstellten Plänen für Maßnahmen für den Augenblick, in dem der Abschluß eines Separatfriedens sich abzeichnet, sind auch aufeinander abgestimmte Vorstellungen der Drei Mächte und der Bundesregierung bei jenen nichtkommunistischen Regierungen vorgesehen, die Einladungen der Sowjetunion zu der ‚Friedenskonferenz‘ erhalten könnten. Wir haben diesen Plänen zugestimmt. [...] Vorstellungen der deutschen Vertretungen in einzelnen Hauptstädten würden dieser Planung vorgreifen und sie verwirren.“ Vgl. VS-Bd. 2967 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>5</sup> Zur Rechtsauffassung der Bundesregierung hinsichtlich der Unwirksamkeit eines separaten Friedensvertrags zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 23, Anm. 22.

4) Beschränkung des Interzonenhandels in einigen empfindlichen Positionen; Verhandlungen mit unseren Bundesgenossen innerhalb und außerhalb der NATO, um sie zu einem gleichartigen Vorgehen zu veranlassen.

5a) Militärische Maßnahmen entsprechend der Eventualfall-Planung.<sup>6</sup>

b) Völlige Sperrung des Interzonenhandels. Volle Sperrung des westlichen Handels mit der SBZ, evtl. Ausdehnung einer wirtschaftlichen Blockade auf den gesamten Ostblock.

III. Folgende weitere Möglichkeiten müssen in Erwägung gezogen werden:

1) Einberufung einer Friedenskonferenz zum Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland durch den Westen.

Hiergegen bestehen m. E. nach wie vor erhebliche Bedenken.<sup>7</sup>

2) Einschaltung der UNO.

Ein Vorschlag dieser Art sollte nicht von westlicher Seite gemacht werden. Wenn er vom Osten oder von einem neutralen Land kommen sollte, muß es unser Bestreben sein, die UNO so weit wie möglich herauszuhalten.

3) Sperrung des Sundes oder der Dardanellen.

Hier handelt es sich um Maßnahmen von sehr weittragender Konsequenz, die in die bisherigen Vorbereitungen nicht einbezogen worden sind. Immerhin müßte diese Frage geprüft werden.

4) Aufforderung an die Bevölkerung der SBZ (entweder öffentlich oder insgeheim), die Zone zu verlassen.

Es handelt sich hierbei um eine sehr zweischneidige Maßnahme, deren Konsequenzen im einzelnen noch nicht durchdacht sind. Auch diese Frage bedarf weiterer Prüfung.

[Carstens]<sup>8</sup>

**B 2-VS, Bd. 368A (Büro Staatssekretär)**

<sup>6</sup> Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

<sup>7</sup> Staatssekretär Carstens informierte die diplomatischen Vertretungen am 25. Juli 1961: „Zu dem von verschiedenen Seiten geäußerten Gedanken, eine vom Westen einzuberufende Friedenskonferenz aller ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands abzuhalten, nehmen wir folgenden Standpunkt ein: 1) Der Westen hat bisher konsequent den Standpunkt vertreten, daß Friedensverhandlungen erst dann wieder möglich sind, wenn eine das ganze deutsche Volk vertretende gesamtdeutsche Regierung geschaffen worden ist. 2) Eine Friedenskonferenz könnte sich daher nur mit der Vorfrage befassen, wie diese unerläßliche Voraussetzung für einen Friedensvertrag mit Deutschland geschaffen werden kann. Damit würde [...] doch der Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes in Frage gestellt und damit gemindert werden. 3) [...] Es ist nicht auszuschließen, daß sich einige Staaten der ungebundenen Welt auf die materielle Erörterung des sowjetischen Friedensvertragskonzepts einlassen würden und der Westn gezwungen wäre, die Konferenz zu verlassen, ohne ihre Fortsetzung durch den Ostblock und einige der bündnisfreien Staaten verhindern zu können. 4) Die substantiellen Nachteile einer solchen Konferenz würden daher durch ihre möglichen propagandistischen Vorteile nicht aufgewogen werden.“ Vgl. den Runderlaß; VS-Bd. 3851 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>8</sup> Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etdorf

301-81.08/0-67/61 streng geheim

14. Juni 1961<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesverteidigungsministers mit dem britischen Verteidigungsminister Watkinson am 24. Mai 1961

In der beiliegenden britischen<sup>2</sup> Niederschrift über das Gespräch der Herren Minister Strauß und Watkinson am 24. Mai d.J. sind folgende Ausführungen bemerkenswert:

Zu Ziffer 1: Watkinson stimmt mit uns überein, daß taktische Atomwaffen bei den konventionellen Streitkräften sein müssen, um durch ihre Verwendung eine Pause zu erzwingen. (Die Amerikaner wünschen, die Pause ausschließlich durch konventionelle Streitkräfte zu erzwingen.)

Zu Ziffer 3: Watkinson schlägt ein Treffen der Verteidigungsminister der NATO vor der regulären Dezember-Ministerratssitzung<sup>3</sup> vor.

Zu Ziffer 4: Der französische Verteidigungsminister Messmer hat Herrn Minister Strauß davon unterrichtet, daß General de Gaulle auch nicht um den Preis der Überlassung von atomaren Produktionsgeheimnissen auf den Aufbau einer eigenen Abschreckungswaffe<sup>4</sup> zu verzichten bereit sei.<sup>5</sup>

Zu Ziffer 5: Minister Strauß lehnt den Begriff der Pause, die durch konventionelle Waffen erzwungen wird, ab (anscheinend in Übereinstimmung mit Watkinson, ohne dies auszudrücken).

Zu Ziffer 7: Bundesminister Strauß befürwortet eine Art NATO-Treuhänderschaft für die Kontrolle atomarer Waffen (anscheinend im Hinblick auf ähnliche Äußerungen von Premierminister Macmillan, die allerdings nur von einer Treuhänderschaft der drei Westmächte sprachen<sup>6</sup>).

Zu Ziffer 10: Minister Strauß wiederholt einen Gedanken, den er schon SACEUR mitgeteilt habe, daß jeder sowjetische konventionelle Vorstoß durch einen Gegen-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm konzipiert.

<sup>2</sup> Die Wörter „beiliegenden britischen“ wurden von Bundesminister von Brentano unterschlägelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lag nicht bei!“

Vortragender Legationsrat I. Klasse Limbourg vermerkte dazu am 15. Juni 1961 handschriftlich: „Dem Herrn Minister: Bei der Niederschrift handelt es sich um ein umfangreiches Dokument in englischer Sprache, aus dem die wesentlichsten, Sie interessierenden Punkte herausgezogen wurden. Herr D 3 und ich haben von der Vorlage der Niederschrift abgesehen, um Sie mit der – unserer Meinung nach überflüssigen – Durchsicht nicht noch zu belasten. Der vorliegende Auszug erschien uns erschöpfend. Wegen der Eilbedürftigkeit wurde leider übersehen, Ihnen eine Erklärung dafür zu geben, warum die ‚beiliegende‘ Niederschrift nicht beilag.“

Für die britische Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 1988 (201).

<sup>3</sup> Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 546, Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

<sup>4</sup> Zum Aufbau einer französischen Atomstreitmacht, der „force de frappe“, vgl. Dok. 1, Anm. 8.

<sup>5</sup> Zur Haltung des Staatspräsidenten de Gaulle vgl. auch Dok. 185.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Premierministers Macmillan am 7. April 1961 am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, Massachusetts; Dok. 142, Anm. 26.

angriff der NATO-Streitkräfte nach Ostdeutschland hinein beantwortet wird, um sowjetzonale Gebiete als Handelsobjekte zu gewinnen. Mr. Watkinson würde es begrüßen, wenn dieser Gedanke im NATO-Rat erörtert würde (Ziffer 11).

Zu Ziffer 12 ff.: Minister Strauß kritisiert die gegenwärtige Contingency Planning, die er für äußerst unrealistisch hält (13)<sup>7</sup>, und fordert eine Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen (Anrufung der Vereinten Nationen, Embargo, Schiffsfahrtsblockade usw.; Ziffer 17), die der Westen ergreifen sollte, bevor militärische Schritte (z. B. Auslösung von Alarmstufen) ergriffen werden (17).

Mr. Watkinson verweist auf die vorhandenen Papiere über die nicht-militärischen Maßnahmen und fordert, daß alle Pläne für Berlin die gesamte NATO einschließen müßten, um den Russen zu beweisen, daß wir es ernst meinen (15). Mr. Ramsbotham (Foreign Office) erklärt, daß es vor allem darauf ankomme, bei Chruschtschow jede Illusion zu zerstören, der Westen sei möglicherweise nicht bereit, für Berlin zu kämpfen (Ziffer 14).

Es darf noch darauf hingewiesen werden, daß ein Vertreter des Foreign Office bei diesem wichtigen Gespräch anwesend war und auch das Wort ergriffen hat.

Ich darf annehmen, daß das für Herrn Bundesminister Strauß bestimmte Doppel der britischen Aufzeichnung von Ihrem Büro weitergeleitet wird.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>8</sup> vorgelegt.

Etdorf

**B 130, Bd. 1988 A (201)**

<sup>7</sup> Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Limbourg gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Bundesminister“. Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.



## Aufzeichnung des Botschafters von Walther, Paris (NATO)

**Streng geheim**

**16. Juni 1961<sup>1</sup>**

Im Rahmen eines längeren Gesprächs mit meinem französischen Kollegen de Leusse machte dieser einige ergänzende Äußerungen zu dem Treffen Kennedy–de Gaulle.<sup>2</sup>

De Leusse bemerkte zunächst, daß der Besuch des Königs der Belgier vollkommen ergebnislos gewesen sei.<sup>3</sup> Da der König keinerlei Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Politik seines Landes und auch offenbar nicht den Wunsch habe, diese Politik mitzugestalten, sei es nur zum Austausch von Banalitäten gekommen.

Dagegen sei das Gespräch mit Kennedy ein wirklicher Meinungs austausch von Staatsmännern gewesen, der sich vor allem auch von den Unterhaltungen mit Eisenhower vorteilhaft abgehoben habe. Während Eisenhower niemals bis zum Kern einer Sache vorgedrungen sei, habe Kennedy sich nicht gescheut, die Probleme eindeutig und bis in die letzte Konsequenz zu behandeln. Kennedy habe auf de Gaulle einen großen Eindruck gemacht und die anfängliche Befürchtung, daß er ihn als „le jeune homme“ behandeln werde, habe sich in keiner Weise bewahrheitet.

Der interessanteste Teil des Gesprächs sei der über die nukleare Bewaffnung gewesen. De Gaulle habe hier ganz klar herausgestellt, daß er sich von der Idee der „force de frappe“ nicht abbringen lasse.<sup>4</sup> Der Hauptgrund hierfür sei, daß man nicht sicher sein könne, ob die Amerikaner im gegebenen Augenblick wirklich von ihren Atomwaffen Gebrauch machen würden aus der Befürchtung heraus, mit einem Atomeinsatz ihr eigenes Land der Zerstörung durch feindliche Atomwaffen auszusetzen. De Gaulle habe aber angedeutet, daß er weiterhin Interesse an Überlassung von Produktionsgeheimnissen habe.<sup>5</sup> De Leusse fügte hinzu, daß auch im jetzigen Stadium der Entwicklung der französischen H-Bombe

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Botschafter von Walther, Paris (NATO), am 16. Juni 1961 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Sahn gesandt mit der Bitte, sie „nach Kenntnisnahme und Kenntnissgabe an „à qui de droit“, Herrn Staatssekretär Carstens vorzulegen“.

Hat Sahn am 19. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz und Ministerialdirektor von Etzdorf „mit Vorschlag der Vorlage bei dem Herrn Staatssekretär“ verfügte. Außerdem vermerkte er handschriftlich: „Empfehle Weitergabe an BMVtdg mit Ausnahme der beiden letzten Absätze.“

Hat Werz am 20. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Etzdorf am 20. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Carstens verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wichtig!“

Hat Carstens am 20. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Legationsrat Schönfeld am 21. Juni 1961 vorgelegen, der den Rücklauf an Abteilung 3 verfügte.

Hat Ministerialdirektor Jansen am 23. Juni 1961 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 1628 (201); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>2</sup> Präsident Kennedy und Staatspräsident de Gaulle trafen vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris zusammen. Zur Unterrichtung der Bundesregierung über die Gespräche vgl. Dok. 170.

<sup>3</sup> König Baudouin hielt sich vom 23. bis 25. Mai 1961 in Frankreich auf.

<sup>4</sup> Zum Aufbau einer französischen Atomstreitmacht, der „force de frappe“, vgl. Dok. 1, Anm. 8.

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahn hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Laut Äußerung von Mr. Kranich (US-Botschaft) scheinen USA hierzu in gewissem Umfang bereit zu sein.“

derartige Informationen für Frankreich eine sehr große finanzielle Ersparnis und eine Ersparnis an Forschungskapazität bedeuten würden.

Ob und welche Gegenleistung de Gaulle zu leisten bereit sei, wußte de Leusse offenbar auch nicht. Kennedy habe auf diese Anfrage de Gaulles nur geantwortet, daß er versuchen würde, eine Lösung zu finden. Offenbar war die Reaktion Kennedys nicht sehr vielversprechend.<sup>6</sup>

Im weiteren Verlauf des Gesprächs sei die tiefe Sorge Kennedys vor einem Mißbrauch oder einer irrtümlichen Anwendung der Atomwaffen zum Ausdruck gekommen. Er habe im einzelnen ausgeführt, daß, nachdem die Ausrüstung mit Atomwaffen bis zur Bataillonsstärke herunterginge, von einem gewissen Moment an keine Sicherheit vor mißbräuchlicher oder voreiliger Anwendung mehr gegeben sei. Diesen Moment sieht Kennedy wohl nach der grundsätzlichen Freigabe der Atomwaffen durch ihn selber und nach der Weisung SACEURs an die Custody-Offiziere, die Atomsprengköpfe der Truppe zu überlassen. In dieser Zeitspanne könne ein untergeordneter Truppenkommandeur in einer für seinen Truppenteil kritischen Lage Atomwaffen einsetzen, ohne daß vom Ganzen her gesehen der Einsatz möglich oder notwendig sei. Kennedy scheint hier insbesondere auch von Atom-Minen gesprochen zu haben, die eingesetzt würden, um einen Rückzug zu decken.<sup>7</sup>

Daß derartige Erwägungen in der Umgebung Kennedys eine große Rolle spielen, geht u. a. auch aus einer mir mitgeteilten Äußerung von Botschafter Finletter hervor. Er hat in einem privaten Gespräch unter Berufung auf die Sorge vor mißbräuchlicher Anwendung der Atomwaffen darauf hingewiesen, daß die Herausziehung der nuklearen Waffen aus den Schildstreitkräften und ihre Unterstellung unter ein besonderes Kommando in Erwägung zu ziehen seien.<sup>8</sup>

Ich entnehme aus den Worten von de Leusse, daß Präsident Kennedy dieses Thema sehr eingehend und mit tiefer innerer Anteilnahme behandelt hat.

Walther

Hiermit Herrn Staatssekretär Carstens ergebenst vorgelegt.

**VS-Bd. 1628 (201)**

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm hervorgehoben. Dazu verwies er mit Pfeil auf seine handschriftliche Bemerkung. Vgl. Anm. 5.

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „General Schnez sprach vor zwei Wochen auch erstmalig von Atomminen!“

<sup>8</sup> Der Passus „daß die Herausziehung ... zu ziehen seien“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kissinger! Große Sorge von Strauß.“

## 186

**Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington****700-86.00/1-728/61 geheim****Aufgabe: 19. Juni 1961, 20.50 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 769****Citissime**Auf FS 1401 v. 16.6.<sup>2</sup> und 1407 vom 17.6.<sup>3</sup>

1) Der amerikanische Entwurf erscheint uns gut. Wir können ihm mit einigen Einschränkungen zustimmen.

2) Der Gedanke, der an mehreren Stellen anklingt, daß die Sowjetunion ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzen und auch gegen allgemeine Grundsätze des Völkerrechts verstoßen würde, wenn sie den Separatfriedensvertrag schließt, sollte noch stärker herausgearbeitet werden. Es sollte weiter gesagt werden, daß niemand mehr auf eine von der Sowjetunion übernommene Verpflichtung vertrauen wird, wenn sie in der Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ihre Verpflichtungen in so flagranter Weise verletzen würde.

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Forster konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Duckwitz am 19. Juni 1961 vorgelegen.

Der Drahterlaß wurde von Staatssekretär Carstens am 19. Juni 1961 an Bundesminister von Brentano geleitet mit der „Bitte um Zustimmung“ und der Anregung, „die Weisung dem Herrn Bundeskanzler gleichfalls mit der Bitte um Zustimmung zuzuleiten“.

Hat von Brentano vorgelegen, der vermerkte: „Sofort dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen mit der Bitte um Billigung der beigefügten Weisung nach Washington.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 19. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „16.45 [Uhr].“

Hat Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt, am 19. Juni 1961 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Adenauer am 19. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bin einverstanden. 20.05 [Uhr].“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 3850 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>2</sup> Botschafter Grewe, Washington, übermittelte den amerikanischen Entwurf für eine Antwort auf das sowjetische Aide-mémoire vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage. Vgl. Anm. 4 und 5.

<sup>3</sup> Botschafter Grewe, Washington, berichtete von der Sitzung der Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ am 17. Juni 1961 unter Beteiligung des Unterstaatssekretärs im britischen Außenministerium, Shuckburgh, und des Unterabteilungsleiters im französischen Außenministerium, Laloy. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, habe den Antwortentwurf auf das sowjetische Aide-mémoire vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage erläutert: „Es handele sich in erster Linie darum, den ‚Topf am Kochen‘ zu halten. Man finde deshalb in dem Entwurf alte Argumente, wenn auch in etwas verbesserter Form.“ Kohler habe erklärt, „daß die Aufforderung, den Streitfall dem Internationalen Gerichtshof vorzulegen, in erster Linie ein psychologischer Schachzug sei“. Er bedeute „eine Demonstration des Vertrauens in die eigene gesicherte Rechtsposition und gebe ihr eine wertvolle Publizität. Die Sowjets würden in die Lage versetzt, nein sagen zu müssen. Gleichzeitig mit diesem Schritt denke man daran, militärische Vorkehrungen zu treffen, die den Sowjets den Ernst der Lage klarmachen sollten. Man erwäge ferner, den Fall vor den Security Council zu bringen mit den Zielen, den Antrag auf ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu stellen. Dieser Schritt würde freilich wahrscheinlich an dem zu erwartenden Veto der Sowjets scheitern. Man könne ferner an die Vollversammlung der Vereinten Nationen herantreten. Während der ganzen Zeit werde man öffentliche Erklärungen abgeben und der Berlin-Frage Publizität geben, ‚to build the case up and to keep things on the way until August‘.“ Laloy habe gefragt, „ob die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs im jetzigen Zeitpunkt nicht eine zu starke Maßnahme wäre, die, statt die Krise zu vermeiden, sie frühzeitig auslösen könnte. Ich unterstützte diesen Gesichtspunkt. [...] Kohler erwiderte, man versuche, die Krise am vollen Ausbruch zu hindern. Wenn wir nichts täten, könne Chruschtschow glauben, es stehe ihm frei, zu handeln.“ Vgl. VS-Bd. 3850 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

3) Wir würden es vorziehen, wenn am Anfang des amerikanischen Textes der Hinweis auf den gemischten deutschen Ausschuß wegfallen würde. Der betreffende Satz könnte einfach lauten: „The plan also provides for general, free, secret elections under independent supervision, and for a plebiscite etc.... (weiter wie bisher)“.

4) Bei der Erörterung des Status von Berlin sollte gesagt werden, daß die Sowjetunion ihrerseits in ihrem Sektor den Viermächtestatus in zahlreichen Fällen verletzt hat; vor allem wäre auf die Tatsache hinzuweisen, daß die sowjetzonale „Regierung“ ihren Sitz in Ost-Berlin hat, sowie auf die dort mit Duldung der Sowjetunion veranstalteten militärischen Demonstrationen der sowjetzonalen Volksarmee, derentwegen die Westmächte häufig protestieren mußten.

5) Gegen Ende des Entwurfs (kurz vor Variante „a“) wird der derzeitige Status von Berlin als ein System bezeichnet, das ein Interessengleichgewicht zwischen den hauptsächlich interessierten Völkern und Regierungen herbeigeführt habe. Dieser Passus ist mißverständlich und überflüssig, er sollte gestrichen werden.

6) Mit dem Gedanken der Klageerhebung beim Internationalen Gerichtshof<sup>4</sup> sind wir einverstanden.

Der Gerichtshof sollte unserer Ansicht nach nicht nur mit der Berlinfrage im engeren Sinn befaßt werden, sondern auch mit der Vier-Mächte-Verantwortung in Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen und der daraus resultierenden rechtlichen Unmöglichkeit des Abschlusses eines Separatfriedens. Dies scheint auch, wie wir aus dem der Variante „a“ unmittelbar vorangehenden Absatz schließen, Absicht der Amerikaner zu sein. Wir sind uns klar darüber, daß die Rechtslage insoweit nicht so offensichtlich für den Westen spricht; wir glauben aber, daß eine Beschränkung der Klage auf Berlin als ein Anzeichen der Unsicherheit des Westens hinsichtlich der Festigkeit seiner Rechtsposition im gesamt-deutschen Rahmen erscheinen könnte.

Ein gewisser Zweifel gegen Variante „a“ besteht allerdings darin, ob es zweckmäßig ist, die Klageerhebung den Sowjets vorher anzukündigen. Wenn die Sowjets, wie zu erwarten, erklären, daß sie sich der Gerichtsbarkeit nicht unterwerfen, könnte es schwerfallen, die Klage überhaupt noch einzureichen. Bitte diesen Punkt aber nur in Frageform vorbringen.

7) Der Variante „b“<sup>5</sup> können wir zur Zeit nicht zustimmen. Die Außenminister hatten sich im Mai 1960 die endgültige Entscheidung darüber vorbehalten, ob

<sup>4</sup> In Variante a) des amerikanischen Antwortentwurfs auf das sowjetische Aide-mémoire vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage war vorgesehen, „die hinsichtlich der Rechtsstellung der verschiedenen Parteien in Deutschland und Berlin sowie die hinsichtlich der Auswirkung eines Separatfriedens auf diese Rechtsstellung aufgeworfenen Rechtsfragen nach Artikel 36 der Satzung des Internationalen Gerichtshofs diesem zu unterbreiten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1401 des Botschafters Grewe, Washington, vom 16. Juni 1961; B 2-VS; Bd. 316 A (Büro Staatssekretär).

<sup>5</sup> Variante b) des amerikanischen Antwortentwurfs auf das sowjetische Aide-mémoire vom 4. Juni 1961 zur Deutschland- und Berlin-Frage. beinhaltet den Vorschlag, „daß Großberlin bis zur Wiedervereinigung Deutschlands als ein einziges untrennbares Gebiet regiert und verwaltet werden soll, wobei die Freiheit und der Zusammenschluß der Stadt sowie der Zugang zu ihr durch die Vier Mächte zu garantieren wären, die weiterhin wie bisher berechtigt wären, in Berlin Truppen zu stationieren. Die Verfassung eines derart vereinigten Berlin würde der Genehmigung der Bevölkerung durch eine Volksabstimmung unterliegen, die unter Bedingungen abzuhalten wäre, welche den freien Ausdruck des Volkswillens sicherstellen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1401 des Botschafters Grewe, Washington, vom 16. Juni 1961; B 2-VS; Bd. 316 A (Büro Staatssekretär).

die Groß-Berlin-Lösung auch isoliert vorgeschlagen werden könnte.<sup>6</sup> Die Gefahr eines solchen Vorschlags liegt in der Abspaltung eines weiteren Teiles Deutschlands. Jedenfalls ist der Zeitpunkt für einen solchen Vorschlag noch nicht gekommen. Wir müßten die Berliner darauf vorbereiten und würden damit im jetzigen Zeitpunkt dort große Unruhe auslösen.

8) Zusätzlich zu dem amerikanischen Entwurf bitte ich Sie, die Frage aufzuwerfen, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, wo der Westen eine Volksabstimmung in ganz Deutschland vorschlagen sollte über die Frage „Soll Deutschland bei dem Abschluß eines Friedensvertrages durch eine einzige, für das ganze deutsche Volk sprechende gesamtdeutsche Regierung oder durch je eine Regierung für jeden der beiden Teile Deutschlands, also zwei Regierungen, vertreten sein?“ Einen detaillierten Vorschlag dieser Art hatte die VierMächte-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz 1960 schon ausgearbeitet.<sup>7</sup>

9) Gesonderter Erlaß zu einigen weniger wichtigen Einzelpunkten des amerikanischen Entwurfs folgt.<sup>8</sup>

Carstens<sup>9</sup>

**VS-Bd. 3850 (700)**

<sup>6</sup> Vgl. den Vorschlag in Anlage A zu Anhang III „The Berlin Question“ des Abschlußberichts, den die mit der Vorbereitung der westlichen Position für die Gipfelkonferenz der Vier Mächte in Paris beauftragte Arbeitsgruppe „Deutschland und Berlin“ in Washington am 9. April 1960 vorlegte; Handakten Grewe, Bd. 78.

<sup>7</sup> Für die Aufzeichnung „Proposal for Plebiscite in Germany“, die als Anlage dem Anhang II „The Question of Germany“ des Abschlußberichts der Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland und Berlin“ vom 9. April 1960 beigelegt war, vgl. Handakten Grewe, Bd. 78.

<sup>8</sup> Staatssekretär Carstens informierte die Botschaft in Washington am 19. Juni 1961 über die Haltung „zu amerikanischem Klageentwurf, den wir im ganzen für sorgfältige und gut fundierte Arbeit halten“. Gegen die Überlegung, die UNO-Generalversammlung mit der Einholung eines Rechtsgutachtens beim Internationalen Gerichtshof zu beauftragen, bestünden „einige grundsätzliche Bedenken“, nämlich „daß 1) dort alsdann über Deutschland-Frage allgemeine Debatte entstehen würde, deren Verlauf und Resultate bei gegenwärtiger Zusammensetzung Vereinter Nationen ungewiß sein würden, 2) Formulierung der IGH zu unterbreitenden Rechtsfragen von Mehrheitsbeschluß abhängen und von Westmächten daher nicht mit Sicherheit maßgeblich zu beeinflussen sein würde. Während wir amerikanischen Vorschlag einer Klage beim IGH eher positiv beurteilen, stehen wir daher Gedanken Einholung Gutachtens IGH durch Sicherheitsrat oder Vollversammlung Vereinter Nationen sehr zurückhaltend gegenüber.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 796; VS-Bd. 5630 (V 1); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>9</sup> Paraphe vom 19. Juni 1961.

## 187

**Botschafter Klaiber, Rom, an das Auswärtige Amt**

114-4204/61 geheim  
Fernschreiben Nr. 341  
Citissime

Aufgabe: 20. Juni 1961, 12.15 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 20. Juni 1961, 13.25 Uhr

Betr.: Lage in Südtirol<sup>2</sup>;

hier: Gespräch zwischen Innenminister Scelba und Bundesminister Schröder<sup>3</sup>

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 339 vom 19.<sup>4</sup>

Bundesminister Schröder stattete seinem italienischen Kollegen Scelba gestern abend etwa 40 Minuten Besuch ab. Trotzdem Besuch angesichts des nichtoffiziellen Aufenthalts von Minister Schröder in Rom mit italienischer Seite als reiner Höflichkeitsbesuch vereinbart war, verwickelte Scelba seinen Gesprächspartner von Anfang an in ein sehr ernstes Gespräch über Südtirol, das nicht frei von dramatischen Akzenten war.

Italienischer Innenminister erwähnte, daß erst am Nachmittag eine mehrstündige Kabinettsitzung zu Ende gegangen sei, die sich im Anschluß an seinen Aufenthalt und seine Besprechungen in Bozen am letzten Sonntag<sup>5</sup> überwiegend mit der Situation in Südtirol beschäftigt habe. Scelba bezeichnete Lage dort als sehr ernst mit der Tendenz zu einer noch weiteren, erheblichen Verschlechterung. Italienische Regierung sei gezwungen, nicht nur in Südtirol stationierte Polizeikräfte zu verstärken, sondern auch Truppenverstärkungen nach dort zu entsenden, da nach den kürzlichen Anschlägen – über 40 Attentate gegen Elektrizitätsleitungen, Kraftwerke usw. allein in einer Nacht – mit weiteren Gewaltakten gerechnet werden müsse, die durchaus Charakter von Guerillahandlungen annehmen könnten.<sup>6</sup> Ausmaß und technische Durchführung bisheriger Terrorakte

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Seydel am 20. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Freiherr von Houwald verfügte.

Hat Houwald am 21. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Botschaft in Wien, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Weinhold „n[ach] R[ückkehr]“ und an Referat 203 verfügte.

<sup>2</sup> In der Presse wurde berichtet, daß in der Nacht vom 11. auf den 12. Juni 1961 durch mindestens 19 Sprengstoffanschläge die Stromversorgung Südtirols beeinträchtigt worden sei. Erstmals hätten die Anschläge auch ein Todesopfer gefordert. Vgl. den Artikel „Sprengstoffanschläge in Südtirol“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Juni 1961, S. 1.

<sup>3</sup> Bundesminister Schröder hielt sich vom 15. bis 23. Juni 1961 in Italien auf.

<sup>4</sup> Botschafter Klaiber, Rom, teilte mit, die Lage in Südtirol habe sich „nach jüngster Serie von Attentaten wieder etwas beruhigt, vor allem auch da sich österreichische Regierung und Südtiroler Volkspartei von Anfang an von den Terrormethoden klar und betont distanziert haben“. In der italienischen Presse werde allerdings die These vertreten, „daß offizielle bundesdeutsche Stellen in der Südtirol-Auseinandersetzung Hand im Spiel hätten. Corriere [della Sera] schreibt dazu, daß an ‚Loyalität Adenauers‘ in Südtirolfrage ‚unter gar keinen Umständen zu zweifeln‘ sei. Außerhalb der ‚Neutralität der Bonner Regierung‘ in der umstrittenen Frage beständen aber ‚zu viele Einverständnisse zwischen den Südtiroler Extremisten und gewissen, wenn auch bestimmt nicht offiziellen, deutschen Kreisen.‘“ Vgl. B 24 (Referat 204), Bd. 389.

<sup>5</sup> 18. Juni 1961.

<sup>6</sup> Botschafter Klaiber, Rom, berichtete am 22. Juni 1961: „Italienische Regierung hat 6 000 Soldaten nach Südtirol entsandt, um weitere Terrorakte zu verhindern, die Atmosphäre der demnächst beginnenden

ließen Schluß zu, daß es sich dabei nicht um Einzelakte unverantwortlicher Elemente, sondern um wohl vorbereitete, von einer regelrechten Organisation durchgeführte Aktionen handele.

Minister Scelba betonte mit großem Ernst und mehrmals, daß seiner Regierung Informationen vorlägen, wonach Finanzierung Südtiroler radikaler Elemente wesentlich aus deutschen Quellen gespeist werde und daß sich Ausbildungszentren für Südtiroler Guerilla-Kämpfer neben Österreich auch in Deutschland, besonders Bayern, befänden. In Kabinettsitzung sei deshalb beschlossen worden, in „offiziöser Weise“ bei Bundesregierung vorstellig zu werden. In welcher Form diese Vorstellung erfolgen werde, sei noch nicht festgelegt worden.

Scelba äußerte im weiteren Verlauf der Unterhaltung Verdacht, daß eigentliche Drahtzieher der Aktionen in Südtirol hinter Eisernem Vorhang zu suchen seien. Ziel dieser Drahtzieher sei, nationalistische Gruppen in Deutschland und Österreich für Zwecke eigener Politik der Unterminierung und Schwächung atlantischer Gemeinschaft einzuspannen. Italienischer Regierung sei bekannt, daß in letzten Jahren eine Reihe junger Südtiroler nach Prag gereist und von dort wieder nach Südtirol zurückgekehrt sei. Zuspitzung Lage in Südtirol habe aber auch schwere innenpolitische Aspekte, da Aufmerksamkeit öffentlicher Meinung des Landes dadurch von innenpolitisch erforderlicher Aktivierung antikommunistischen Kampfes abgelenkt werde.

Bundesminister Schröder vertrat demgegenüber nachdrücklich bekannten Standpunkt der Bundesregierung, die sich bewußt aus Südtirol-Streitfrage heraushalte, um sowohl gegenüber Rom wie gegenüber Wien nicht in ein „schiefes Licht“ zu kommen. Scelba meinte, daß ein solcher Standpunkt „bis gestern“ vertretbar gewesen sei, „heute“ aber nicht mehr angehe. Bundesregierung müsse nunmehr entschieden auf Österreich im Sinne einer Mäßigung seiner Südtiroler Politik einwirken.

Auf Behauptungen Scelbas betr. Finanzierung und Ausbildung radikaler Südtiroler Elemente in Deutschland erwiderte Minister Schröder, daß Bundesregierung für Überlassung entsprechender näherer Informationen und Unterlagen dankbar sei, da nur dann entsprechende Schritte zur Unterbindung dieser auch in keiner Weise in unserem Interesse liegenden und von uns bedauerten Umtriebe unternommen werden könnten.

Wenn Innenminister Scelba in seiner Unterhaltung mit Bundesinnenminister Schröder vielleicht auch bewußt schwarzgemalt hat, so hat Minister Schröder aus Unterhaltung doch den auch von mir durchaus geteilten und verschiedentlich berichteten Eindruck gewonnen, daß Entwicklung der Lage in Südtirol psychologisch und politisch eine erhebliche und gefährliche Belastung des deutsch-italienischen Verhältnisses darstellt.<sup>7</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 811*

österreichisch-italienischen Verhandlungen in Zürich vergiften sollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; VS-Bd. 2241 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>7</sup> Botschafter Klaiber, Rom, informierte am 22. Juni 1961 über weitere Besprechungen des Bundesministers Schröder mit seinem italienischen Amtskollegen Scelba am 20./21. Juni 1961 in Rom: „Die italienische Sorge, daß sich Südtiroler Radikale und Terroristen Hoffnung auf moralische und materielle Unterstützung von Kreisen der Bundesrepublik machen könnten, wird dadurch genährt, daß nach hiesigen Pressemeldungen offenbar Gesamtdeutsche Partei (Seiboth/Schneider) ‚Selbstbestimmung‘ für Südtirol zum Wahlschlager machen wolle. ANSA verbreitet auch Äußerung hessischen Staats-

Sollten sich die italienischen Informationen über verantwortungslose Beteiligung bundesdeutscher Kreise an Attentatswelle in Südtirol bestätigen, ist mit einer ernststen Verschlechterung unserer Beziehungen zu Italien zu rechnen. Links- und rechtsradikale Parteien würden sich Gelegenheit zu erneuter Hetze gegen Bundesrepublik nicht entgehen lassen. Unsere Antwort darauf kann nur sein, gegen etwaige Akteure auf bundesdeutschem Boden, welche für Verschärfung der Lage in Südtirol verantwortlich sind und damit indirekt dem Kommunismus in die Hände arbeiten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen.<sup>8</sup>

[gez.] Klaiber

VS-Bd. 2241 (I A 3)

## 188

### Botschafter Lüders, Accra, an Legationsrat I. Klasse Steltzer

20. Juni 1961<sup>1</sup>

Lieber Herr Steltzer!

Ich hoffe, daß Sie inzwischen von Ihrem Urlaub zurück sind und sich gut erholt haben. Ich selbst habe gestern mein Amt hier aufgenommen und bin über alles, was ich hier vorgefunden habe, eigentlich recht begeistert. Das bezieht sich allerdings nicht auf die politische Situation. Obgleich erst zwei Tage im Amt, möchte

*Fortsetzung Fußnote von Seite 812*

sekretärs Preißler mit Appell an Deutsche, nicht mehr nach Italien zu reisen, solange ‚Südtirol unter dem Joch Roms schmachte‘. [...] Gegenüber verantwortungsloser Agitation der Gesamtdeutschen Partei erwartet man jedoch von italienischer Seite klare Distanzierung durch Bundesregierung und Regierungspartei. Unüberhörbar sind Untertöne italienischer Regierungspolitiker, die uns darauf aufmerksam machen, wie schwer es eines Tages im Falle Ost-West-Krise wegen Berlin für italienische Regierung sein werde, das italienische Volk zu gemeinsamer NATO-Aktion aufzurufen, wenn nördlicher NATO-Partner und Verbündeter die Hetze gegen Italien wegen Südtirol zulasse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; VS-Bd. 2241 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>8</sup> Staatssekretär Carstens berichtete Bundesminister von Brentano, z.Z. Paris, am 21. Juni 1961 über das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Innenminister Scelba und informierte über die getroffenen Maßnahmen: „Ich habe Einschaltung des BND veranlaßt. Scelba drückte auch Erwartung aus, daß Bundesregierung nunmehr Zurückhaltung fallenlasse und sich von Terror-Maßnahmen distanzieren. Sprecher des Auswärtigen Amts wird sich auf meine Weisung von jeder Gewaltanwendung distanzieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; B 2-VS, Bd. 322 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1961.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Voigt wandte sich am 22. Juni 1961 an das Bundesamt für Verfassungsschutz: „Wegen der ernststen politischen Folgen, die sich aus einer Trübung des Verhältnisses zu Italien für die Bundesrepublik ergeben müßten, darf gebeten werden, dazu Stellung zu nehmen, ob sich tatsächlich Anzeichen dafür finden lassen, daß sich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Organisationen befinden, die Gewaltanwendung in Südtirol vorbereiten oder betreiben.“ Vgl. VS-Bd. 2241 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Werz am 27. Juni 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 301 verfügte und um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 5. Juli 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt durch Drahterlaß vom 4.7.“



ich Ihnen – unter Ausnutzung der morgen abgehenden Kurierpost – doch gleich eine Angelegenheit vortragen, die uns hier entschieden Sorge bereitet.

Sie kennen den etwas älteren Vorgang über das deutsche Flugzeug, das vor einigen Monaten Waffen von Brüssel nach dem Kongo transportiert hat.<sup>2</sup> Sie kennen auch den neueren Vorgang, wonach behauptet wird, daß wir Waffen, die in Israel gekauft worden sind, an Portugal geliefert haben, von wo diese Waffen zum Einsatz in Angola verwendet worden sind.<sup>3</sup>

Beide Vorgänge sind in der hiesigen Presse entsprechend breitgetreten worden und haben zweifellos unser Ansehen erheblich beeinträchtigt.

Herr von Eichborn hat versucht – wie Ihnen bekannt ist – den unrichtigen Gehalt dieser Meldungen durch Dementis aufgrund des Plurex-Drahterlasses vom 8.6.61<sup>4</sup> klarzustellen. Diese Dementis sind jedoch nicht abgedruckt worden, weil man behauptet, daß sie unvollständig und am wesentlichen Punkt vorbeigegangen seien.

So ganz unrichtig scheint mir das nicht zu sein. Und eben deshalb möchte ich mit diesem Brief ein offenes Wort mit Ihnen sprechen. Aus den hier vorliegenden Mosaiksteinchen verschiedenartiger Meldungen glaube ich entnehmen zu können, daß in der Tat von deutscher Seite Waffen in Israel eingekauft worden sind, die mit Genehmigung der deutschen Bundesregierung nach Portugal geliefert und weitergeleitet worden sind. Sie sind zweifellos nicht geliefert worden für den Zweck des Einsatzes in Angola. Das ist der Kern des deutschen Dementis (siehe Telegramm Nr. 1638 vom 8.6.61 Plurex).

Aber diese Feststellung allein ist noch kein vollständiges Dementi, worauf mit Recht von ghanaischer Seite hingewiesen wird. Denn es gibt nun zwei Möglichkeiten:

a) Entweder sind diese Waffen zu einem Zeitpunkt nach Portugal geliefert worden, bzw. ist die Genehmigung der Bundesregierung zu einem Zeitpunkt ausgesprochen worden, als noch keine Unruhen in Angola<sup>5</sup> ausgebrochen waren. Dann sind wir sicherlich subjektiv entlastet.

<sup>2</sup> Botschafter Munzel, Léopoldville, berichtete am 12. April 1961, „hiesige UNO-Behörden“ hätten ein Flugzeug der Continentale Deutsche Luftreederei GmbH beschlagnahmt und die Mannschaft „unter UNO-Hausarrest“ gestellt. Die von der belgischen Luftfahrtgesellschaft Sabena gecharterte Maschine habe offenbar Ausrüstungsgegenstände für die Armee in Katanga an Bord gehabt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; B 130, Bd. 2289 A (I B 3).

Am folgenden Tag übermittelte Botschafter Knappstein, New York (UNO), eine Note des UNO-Generalsekretärs, in der Hammarskjöld die Beschlagnahme des Flugzeugs wegen der Lieferung von „7600 kg Waffen und Munition nach Katanga“ bestätigte. Es werde auf die Resolutionen von Sicherheitsrat und Generalversammlung hingewiesen, „die alle Staaten auffordern, Maßnahmen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmaterial in den Kongo zu treffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 190; B 34 (Referat 307), Bd. 253.

<sup>3</sup> Zu Meldungen über eine Lieferung von Maschinenpistolen israelischer Herkunft aus der Bundesrepublik an Portugal vgl. Dok. 180, besonders Anm. 1.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor von Etdorf teilte am 8. Juni 1961 mit, der Sprecher der Bundesregierung habe am selben Tag der Presse erklärt: „Es ist in letzter Zeit wiederholt in propagandistischer Absicht behauptet worden, die Bundesregierung habe nach Portugal Kriegsgerät für den Einsatz in Angola geliefert; die Bundesregierung habe sogar hierfür Waffen verwandt, die sie für diesen Zweck aus Israel bezogen habe. Diese Behauptungen sind unwahr: Es ist die ständige Politik der Bundesregierung, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zu verhindern, daß Waffen in Gebiete internationaler Spannungen geliefert werden.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1638; VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>5</sup> Zu den Unruhen in Angola im Februar/März 1961 vgl. Dok. 126, Anm. 3.

b) Oder aber die Genehmigung ist ausgesprochen bzw. die Waffen sind nach Portugal geliefert worden zu einem Zeitpunkt, als die Unruhen in Angola bereits manifest geworden waren. Dann kann eigentlich nicht viel Zweifel darüber bestehen, zu welchem Zweck die Portugiesen diese Waffen verwenden würden.

Die hiesige Presse behauptet in diesem Zusammenhang, daß diese Waffenverkäufe an Portugal zustande gekommen seien, nachdem Herr Bundesminister Erhard einen Besuch in Madrid und Lissabon<sup>6</sup> durchgeführt habe. Ich kann die zeitliche Richtigkeit dieser Behauptungen im Augenblick hier nicht überprüfen, befürchte aber, daß der Sachverhalt etwa dem obigen zu b) angedeuteten Tatbestand entspricht.

Warum schreibe ich Ihnen dieses so ausführlich? Weil ich die herzliche Bitte an Sie richten möchte, uns jetzt und in Zukunft klaren Wein einzuschenken. Es hat keinen Zweck, daß wir uns aus verschlungenen Dementis den wahren Sachverhalt mühsam herauslesen müssen, weil uns bei der Weitergabe dieser Dementis dann leicht ein Fehler unterlaufen kann. Wenn ich weiß, daß irgendeine Angelegenheit in der Tat nicht ganz koscher ist, dann werde ich versuchen, nach Abgabe eines geschickten Dementis, das am springenden Punkt vorbeigeht, Gras über die Angelegenheit wachsen zu lassen. Im vorliegenden Fall hat die Botschaft mit Schreiben vom 7.6.61 dem hiesigen Büro für Afrikanische Fragen auf dessen detaillierte Anfrage mitgeteilt, daß sie Rückfragen an das Auswärtige Amt gerichtet habe

a) bezüglich des Ergebnisses der Untersuchung hinsichtlich des deutschen Privatflugzeugs, das ohne Genehmigung der Regierung Waffen von Brüssel nach dem Kongo transportiert habe,

b) bezüglich der Feststellung, ob tatsächlich durch deutsche Vermittlung Waffen von Israel nach Portugal geliefert worden sind, die dann in Angola Einsatz gefunden haben.

Die Botschaft hat das Büro wissen lassen, daß sie es informieren würde, sobald eine nähere Auskunft aus Deutschland kommt.

Bisher liegt eine Antwort des Auswärtigen Amts auf unseren Bericht vom 7.6.61, Az. 307-83 Nr. 408/61<sup>7</sup> noch nicht vor. Wir werden sicherlich in Kürze von der zuständigen ghanaischen Stelle gemahnt werden.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Bundesminister Erhard besuchte vom 7. bis 11. Mai 1961 Spanien und vom 11. bis 15. Mai 1961 Portugal.

<sup>7</sup> Legationsrat von Eichborn, Accra, übermittelte eine Anfrage des ghanaischen „Bureau of African Affairs“, das unmittelbar Präsident Nkrumah unterstehe. In dem Schreiben vom 5. Juni 1961 wurden die Nutzung des von der Bundesrepublik an Portugal gelieferten Rüstungsmaterials in Angola und die Tatsache angesprochen, daß die Bundesregierung zwar Rüstungslieferungen in Spannungsgebiete untersagt habe, aber offenbar nicht die Nutzung deutscher Flugzeuge „for the purpose of indulging in illegal arms traffic“ verhindere. Die ghanaische Regierung bat um „an explanation on every aspect of the whole issue from the Congo arms and planes deal to the present Angola arms racket“. Vgl. B 34 (Referat 307), Bd. 253.

<sup>8</sup> Botschafter Lüders, Accra, berichtete am 21. Juni 1961, sein erster Besuch beim ghanaischen Außenminister habe „insofern unter keinem glücklichen Stern“ gestanden, als Ako Adjei nach einer freundlichen Begrüßung sofort „ausführlich die Frage der angeblichen deutschen Waffenlieferung israelischer Produktion an Portugal“ angesprochen habe. Ihm sei das Dementi bekannt, daß „von deutscher Seite keine Waffen ‚for use in Angola‘ an Portugal geliefert worden seien. Dieses Dementi lasse jedoch offen, ob nicht überhaupt Waffen an Portugal verkauft worden seien, in welchem Fall die deutsche Regierung mit der Weiterleitung der Waffen nach Angola habe rechnen müssen. [...] Die ghanaische Regierung sei außerordentlich empfindlich (touchy), wenn etwa europäische Staaten durch Waffenlieferungen Portugal

Die Situation ist nicht ganz angenehm, und ich bitte Sie daher freundlichst, uns recht bald zu informieren, wie wir uns verhalten sollen.<sup>9</sup>

Als Moral der ganzen Geschichte bleibt aber meine Bitte, uns in etwaigen zukünftigen derartigen Fällen sofort über den Hintergrund zutreffend zu unterrichten. Haben Sie bitte Nachsicht für meine Offenheit.

Sofern Sie es für angezeigt halten, bitte ich Sie, Herrn von Etdorf und Herrn Werz, denen ich mich zu empfehlen bitte, zu unterrichten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Lüders

PS. Präsident Nkrumah wird Anfang Juli d.J. Ghana verlassen, um seine Besuchsreise nach Moskau etc. anzutreten.<sup>10</sup> Ich dränge gegenwärtig darauf, daß ich mein Beglaubigungsschreiben noch vorher überreichen kann.<sup>11</sup>

**VS-Bd. 382 (301/II 7)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 815*

bei der Unterdrückung der afrikanischen Freiheitsbewegung in Angola unterstützen würden. Ghana würde nicht davor zurückschrecken, die gleichen Konsequenzen zu ziehen, wie im Fall Belgien [...]. Dies war eine recht deutliche Drohung mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 463; B 34 (Referat 307), Bd. 236.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor von Etdorf informierte Botschafter Lüders, Accra, am 30. Juni 1961, daß eine Anfrage der portugiesischen Regierung zu einer Lieferung von Maschinenpistolen ablehnend beschieden, jedoch auf den von der Bundeswehr nicht abgenommenen Restbestand von 10 000 Exemplaren in Israel hingewiesen worden sei: „Lieferung dieser 10 000 Stück von Israel nach Portugal ist daher reine Angelegenheit der Beziehungen zwischen diesen beiden Regierungen“. Lüders wurde angewiesen, dem ghanaischen Außenminister Ako Adjei gegenüber „klar zu dementieren, daß Bundesregierung irgend etwas mit der Lieferung von 10 000 Uzi-Maschinenpistolen israelischer Herkunft nach Portugal und deren etwaiger Verwendung in Angola zu tun“ habe, und darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung auch „an Flugzeugzwischenfall Kongo keinerlei Verschulden trifft. Untersuchungen der VN sowie deutscher Stellen [...] haben eindeutig ergeben, daß amtliche deutsche Stellen an Zwischenfall unbeteiligt waren.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 59; B 34 (Referat 307), Bd. 236.

<sup>10</sup> Präsident Nkrumah besuchte vom 10. bis 25. Juli 1961 die UdSSR, vom 25. bis 28. Juli 1961 Polen, vom 28. bis 31. Juli 1961 Ungarn, am 31. Juli sowie vom 1. bis 3. August 1961 die ČSSR, am 1. August 1961 die DDR, vom 3. bis 8. August 1961 Jugoslawien, am 9./10. August 1961 Rumänien, am 10./11. August 1961 Bulgarien, am 11./12. August 1961 Albanien und vom 13. bis 19. August 1961 die Volksrepublik China. Vom 19. bis 29. August sowie vom 6. bis 15. September 1961 hielt er sich wieder in der UdSSR auf und vom 29. August bis 6. September 1961 zur Teilnahme an der Konferenz blockfreier Staaten in Belgrad.

<sup>11</sup> Botschafter Lüders, Accra, überreichte Präsident Nkrumah am 30. Juni 1961 sein Beglaubigungsschreiben und berichtete am selben Tag, sein Antrittsbesuch beim ghanaischen Präsidenten sei „im Gegensatz zu der etwas frostigen Atmosphäre“ seines ersten Gesprächs mit Außenminister Ako Adjei „in einer unkonventionellen und gelockerten Form“ abgelaufen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 497; B 34 (Referat 307), Bd. 234.

**Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt****114-58/61 streng geheim****Fernschreiben Nr. 624****Aufgabe: 21. Juni 1961<sup>1</sup>****Ankunft: 21. Juni 1961, 16.00 Uhr**Auf Drahterlaß Nr. 324 vom 19.<sup>2</sup>

Präsident Nasser empfing mich am 17. abends zu der erbetenen Unterredung in seiner Privatwohnung. Die Unterredung fand unter vier Augen statt und dauerte etwa eine Stunde und 15 Minuten. Sie verlief in einer freundschaftlichen und zunehmend aufgeschlossenen Atmosphäre.

Einleitend bedankte ich mich bei dem Präsidenten, daß er mir trotz seiner großen Beanspruchung die Möglichkeit gebe, ihn über die Auffassung der Bundesregierung zu dem Fragenkomplex des SBZ-Konsulats in Damaskus zu unterrichten und seine Auffassung darüber kennenzulernen.<sup>3</sup> Nach meiner Unterredung mit Staatsminister Ali Sabri am 11. Juni<sup>4</sup> sei inzwischen unserem Wunsch entsprochen worden, im Journal Officiel eindeutig klarzustellen, daß sich an der grundsätzlichen Politik der VAR-Regierung, die Sowjetzone weder de jure noch de facto anzuerkennen, auch mit der Erteilung des Exequaturs für den SBZ-Konsul in Damaskus nichts geändert habe.<sup>5</sup> Inzwischen habe auch meine Regierung die Angelegenheit als erledigt erklärt. Ich könne ihm versichern, daß meine Regierung es bedauere, wenn ein kleiner Teil der deutschen Presse ihn im Zusammen-

<sup>1</sup> Hat Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt am 30. Juni 1961 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär Carstens bat die Botschaft in Kairo um „ferschriftliche Übermittlung eines Berichts über Ihr Gespräch mit Staatspräsident“. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 86.

<sup>3</sup> Zur Genehmigung eines Konsulats der DDR in Damaskus durch die Regierung der VAR vgl. Dok. 148. Zur Weisung an Botschafter Weber, Kairo, Präsident Nasser die Haltung der Bundesregierung dazu zu erläutern, vgl. Dok. 168, besonders Anm. 5.

<sup>4</sup> Botschafter Weber, Kairo, teilte am 12. Juni 1961 mit, daß er am Vortag dem Minister für Präsidialangelegenheiten der VAR, Ali Sabri, ein Memorandum zur Genehmigung eines Konsulats der DDR in Damaskus übergeben und darauf hingewiesen habe, daß die Bekanntmachung der Einrichtung des Konsulats im Journal Officiel vom 4. Mai 1961 nicht wie bei der Bekanntmachung der Einrichtung des Generalkonsulats in Kairo vom 28. September 1959 bestätige, daß die VAR die DDR dadurch nicht als Staat anerkenne. Ferner habe er, Weber, darauf hingewiesen, weitere Ziele der DDR seien „die Gewährung diplomatischer Vorrechte und politischer Funktionen für das Generalkonsulat in Kairo und die Errichtung eines VAR-Konsulats in der SBZ. Bezüglich des letzteren Punktes wies ich ihn [...] darauf hin, daß eine solche Maßnahme natürlich für uns untragbar sein und schwerste Folgen nach sich ziehen würde.“ Außerdem habe er erläutert, daß es unüblich sei, wie von der VAR gewünscht, bereits vor dem geplanten Besuch des Vizepräsidenten Boghdadi in der Bundesrepublik, einen Rahmen festzulegen, „in dem die Bundesregierung bereit sei, VAR-Projekte zu fördern“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 583; VS-Bd. 2956 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>5</sup> Botschafter Weber, Kairo, informierte am 14. Juni 1961, die Regierung der VAR habe am Vortag „die Nummer des Journal Officiel vom 4.5. noch einmal herausgebracht, und zwar mit einem angehefteten Avis folgenden Wortlauts: ‚La présente édition du „Journal Officiel“ No. 36 du 4 Mai 1961 annule celle précédemment publiée sous le même numéro et la même date.‘ Diese Neuauflage des Journal Officiel vom 4.5. enthält die Mitteilung über die Erteilung des Exequaturs in der gleichen Form, also mit der Einschränkung, wie seinerzeit das Journal Officiel vom 28.9.59 für den Generalkonsul in Kairo. Wortlaut der Notiz: ‚Par Acte en date du 15 Avril 1961, Monsieur le Ministre des Affaires Étrangères a accordé l'exequatur à Monsieur Karl Geile, Consul de la République Démocratique Allemande à Damas. Il est entendu que cet exequatur ne constitue pas une reconnaissance „de jure“ ou „de facto“ de la République Démocratique Allemande par la République Arabe Unie.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 474; VS-Bd. 2956 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

hang mit der Konsulatsangelegenheit persönlich angegriffen habe.<sup>6</sup> Aber wir hätten in Deutschland völlige Pressefreiheit, und bei etwa 5000 Zeitungen und Zeitschriften in der Bundesrepublik könnten derartige Presseäußerungen nicht ausbleiben. Wahrscheinlich werde er über die relativ wenigen negativen und kritischen Stimmen in der Presse der Bundesrepublik unterrichtet, aber wohl weniger über die zahlreichen günstigen und verständnisvollen Äußerungen der deutschen Presse über die VAR. Die Presse hätte offensichtlich ihre Vermutung, daß er, Nasser, seinen Standpunkt in der Nichtanerkennungspolitik geändert habe, der Tatsache entnommen, daß die Texte im Journal Officiel für die Zulassung des Generalkonsuls in Kairo und des Konsuls in Damaskus entscheidend voneinander abweichen. Im ersteren Falle sei die De-jure- und die De-facto-Anerkennung ausdrücklich ausgeschlossen worden, während dieser Passus in der Veröffentlichung bezüglich des Konsuls in Damaskus fehlte. Der Bundesregierung liege sehr daran zu erfahren, wie es zu der Errichtung des SBZ-Konsulats ohne den Vorbehalt der Nichtanerkennung gekommen sei.

Präsident Nasser erwiderte mir, er habe mir und hohen Besuchern aus der Bundesrepublik wiederholt eindeutig erklärt, daß er aus grundsätzlichen politischen Erwägungen die SBZ nicht anerkennen werde. Er entsinne sich auch noch, daß er im November 1959 Herrn Staatssekretär van Scherpenberg gesagt habe, er werde auch die etwaige Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesregierung zu den Oststaaten nicht zum Anlaß und Vorwand nehmen, um seinerseits die DDR anzuerkennen.<sup>7</sup> Man könne von ihm nicht erwarten, daß er das Journal Officiel lese, aber nachdem wir ihn darauf aufmerksam gemacht hätten, daß böswillige Dritte die Nichtaufnahme des Vorbehalts über die Nichtanerkennung bei Genehmigung des Exequaturs für den SBZ-Konsul in Damaskus als eine Änderung einer grundsätzlichen Haltung in der Anerkennungsfrage auslegen könnten, habe er sofort die nötigen Anordnungen für eine Abänderung der Veröffentlichung im Journal Officiel gegeben.

Was nun den Grund für die Genehmigung des SBZ-Konsulats in Damaskus betreffe, so liege die Sache sehr einfach. Als der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetzone Grotewohl im Januar 1959 in Kairo mit ihm gesprochen habe, sei man sich – nachdem er trotz heftigsten Drängens Grotewohls eine De-facto- und De-jure-Anerkennung der DDR und damit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow rundweg abgelehnt habe – darüber einig geworden, in Erfüllung des zwischen Syrien und der DDR im Jahre 1956 geschlossenen Vertrages der DDR ein Generalkonsulat in Kairo einzuräu-

<sup>6</sup> In der Presse wurde kommentiert: „Solange die Bundesregierung an der Hallstein-Doktrin, an der Politik der Nichtanerkennung der DDR, festhält, muß sie sich auch nach Kräften gegen Einbrüche wehren. Unter Respektierung dieser Bonner Prinzipien hat sich Nasser bisher die freundschaftliche Hilfe der Bundesrepublik in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wohl gefallen lassen. Alles, sämtliche Vorteile aus West und Ost, kann man eben auch als Neutraler nicht haben.“ Vgl. den Artikel „Liebäugeln mit Ostberlin“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. Mai 1961, S. 3.

<sup>7</sup> Staatssekretär van Scherpenberg, z.Z. Kairo, berichtete am 14. November 1959, er habe Präsident Nasser am selben Tag erklärt, daß die Frage der Beziehungen zu den sowjetischen Satellitenstaaten die Bundesregierung zwar beschäftige, „zur Zeit aber nicht entscheidungsreif sei. Einer der Gründe dafür sei unsere Sorge, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Satellitenstaaten die Länder der nicht-gebundenen Welt vielleicht veranlassen könnte, dies als Vorwand zur Anerkennung der ‚DDR‘ zu nehmen. Der Präsident erklärte mir darauf spontan, daß es nicht mit seiner uns gegenüber erklärten grundsätzlichen politischen Haltung übereinstimmen würde, wenn er sich einen solchen Vorwand zu eigen machen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 632; B 130, Bd. 3764 A (708).

men<sup>8</sup>, ohne damit eine Anerkennung zu verbinden.<sup>9</sup> Grotewohl habe aber unter Berufung auf den Vertrag auch ein Generalkonsulat in Damaskus gefordert, eine Forderung, die er, Nasser, strikt abgelehnt habe unter Hinweis auf die Tatsache, daß das der DDR aus dem Vertrag von 1956 zustehende Generalkonsulat in Damaskus durch die Einrichtung eines Generalkonsulats in Kairo als der Hauptstadt der VAR konsumiert sei. Indessen habe er sich Grotewohl gegenüber bereit erklärt, wegen der spärlichen Verbindungen zwischen Damaskus und Kairo zur Erleichterung der gegenseitigen Handelsbeziehungen in Damaskus ein Konsulat zu gestatten. Das aber habe – immer unter fälschlicher Berufung auf den Vertrag von 1956 – Grotewohl nicht akzeptiert, und so sei es eben damals bei der Handelsvertretung der DDR in Damaskus geblieben. Innerlich habe sich aber die DDR offenbar nicht mit diesem Ergebnis abgefunden, denn sie habe immer wieder versucht, unter Hinweis und angeblich gedeckt durch den Vertrag von 1956 auf eigene Faust ein Generalkonsulat in Damaskus zu etablieren. Das habe zu höchst unangenehmen Szenen geführt, denn die VAR als souveräner Staat könne sich derartige Eigenmächtigkeit nicht gefallen lassen, und so sei denn das von der DDR an dem Gebäude der Handelsvertretung in Damaskus angebrachte Konsulatsschild wiederholt auf Weisung der Regierung polizeilich entfernt worden, bis man endlich seitens der VAR-Regierung mit der Schließung der Handelsvertretung und Ausweisung der Angestellten gedroht habe. Im Januar d.J. sei nun Herr Rau zu einem Besuch in der VAR erschienen und habe im Laufe der von ihm geführten Wirtschaftsgespräche erneut die Forderung auf Genehmigung eines Generalkonsulats in Damaskus erhoben.<sup>10</sup> Selbstverständlich sei diese Forderung genau so entschieden abgelehnt worden wie seinerzeit im Januar 1959. Angesichts der Aussichtslosigkeit dieser Forderung habe dann Rau kurz vor seiner Rückreise erklärt, daß man sich seitens der DDR mit dem zugestandenen Konsulat abfinde, das damals auch entsprechend der im Januar 1959 gemachten Konzession genehmigt worden sei.

Er, Nasser, sei der Meinung, er habe meinen Vorgänger<sup>11</sup> davon unterrichtet, daß er in den Besprechungen mit Herrn Grotewohl diesem ein Generalkonsulat in Damaskus rundweg abgeschlagen habe und daß es daher dort bei einer Handelsvertretung bleibe. Ich erwiderte ihm, daß seine Ausführungen bezüglich der Nichtgenehmigung eines Generalkonsulats in Damaskus und also des weiteren Verbleibens nur einer Handelsvertretung genau mit den Aufzeichnungen meines Vorgängers über die Unterredung mit ihm übereinstimmten, nur scheine damals nicht klar zum Ausdruck gekommen zu sein, daß man seitens der VAR-Regierung

<sup>8</sup> Gesandter von der Esch, Damaskus, informierte am 9. Oktober 1956: „Staatlicher syrischer Rundfunk bekanntgibt soeben, daß syrische Regierung der Errichtung eines Generalkonsulats der ‚DDR‘ in Syrien zugestimmt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 59; B 12 (Referat 708), Bd. 100.

<sup>9</sup> Zum Gespräch des Präsidenten Nasser mit Ministerpräsident Grotewohl am 9. Januar 1959 vgl. Dok. 148, Anm. 7 und 8.

<sup>10</sup> Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Rau, besuchte vom 25. bis 31. Januar 1961 die VAR. Botschafter Weber, Kairo, teilte am 30. Januar 1961 mit, die Nachrichtenagentur ADN verbreite „heute erneut, in den Gesprächen mit Nasser seien zwar keine Beschlüsse über den Status der SBZ-Vertretungen in der VAR gefaßt, wohl aber ein Meinungsaustausch über die Ausweitung der konsularischen Befugnisse im Rahmen der bestehenden Abmachungen vorgenommen worden. Die Tatsache, daß die zwar einseitige, aber offensichtlich vorher abgestimmte Erklärung Raus über letzteren Punkt nichts erwähnt, spricht jedoch dafür, daß Nasser sich in dieser Frage nicht zu weiteren Konzessionen bereit gefunden hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; VS-Bd. 2971 (708); B 150, Aktenkopien 1961.

<sup>11</sup> Walther Becker.

zwar ein Generalkonsulat in Damaskus abgelehnt, ein Konsulat aber konzidiert habe, dies dann aber von der Gegenseite als unbefriedigend verworfen worden sei. Ich erwiderte dem Staatspräsidenten dann weiter grundsätzlich, so einfach und harmlos, wie die Angelegenheit ihm erscheinen möchte, hätten sich die Dinge von unserer Seite leider nicht angesehen. Da wir ein Gespräch unter vier Augen hätten, könnte ich ihm angesichts des zwischen uns bestehenden Vertrauensverhältnisses folgendes zu seiner persönlichen geheimen Unterrichtung sagen: Da es Gott sei Dank noch Patrioten in der Ostzone gebe, seien wir über gewisse Interna der Zonenmachthaber im Bilde. Wir wüßten daher auch, daß der SBZ-Generalkonsul im Dezember 1959 gewisse Instruktionen erhalten habe, darunter „Vorbereitung der Errichtung eines Konsulats in Damaskus mit dem Ziel der Erlangung eines Exequaturs für den Konsul, welches keine schriftliche Beschränkung der Anerkennung der DDR durch die VAR enthalte“,<sup>12</sup> Er könne es wohl angesichts dieser Informationen der Bundesregierung nicht übelnehmen, wenn sie zunächst vermutet habe, daß – natürlich ohne sein, Nassers, Wissen – hinter dem Fortfall der Nichtanerkennungsklausel im Journal Officiel mehr stecke als ein Versehen.

Bei der Gelegenheit ging ich dann auch noch auf den anderen Punkt der uns bekannten Instruktionen ein, der von den Privilegien des Generalkonsulats handelt. Ich sagte ihm, daß zwar seitens der VAR-Regierung den drei in Kairo befindlichen Vertretungen der Sowjetzone bisher weder die Ausübung politischer Funktionen noch nach außen sichtbare Privilegien echter diplomatischer Vertretungen eingeräumt worden seien, daß aber diese Vertretungen in Kairo:

- 1) der Bevollmächtigte der DDR für die arabischen Länder,
- 2) das Generalkonsulat der DDR und
- 3) die Handelsvertretung der DDR

intern so organisiert seien, daß sie sofort in eine Botschaft umgewandelt werden könnten. Der Bevollmächtigte nenne sich Botschafter auch nach außen. Der Generalkonsul nenne sich im inneren Verhältnis Botschaftsrat bzw. Geschäftsträger, die übrigen Mitglieder betiteln sich im inneren Verhältnis als Legationsräte, Attachés und Handelsräte usw. Von dieser internen Bezeichnung machten die Herren nach außen freigiebigen Gebrauch bei allen Stellen privater und amtlicher Art, außer gegenüber dem Außenministerium und der Präsidialkanzlei. Sie täten dies mit dem einzigen Zweck, der Öffentlichkeit vorzutäuschen, daß sie eine echte diplomatische Vertretung seien, um diese so allmählich an ihre „diplomatische Existenz“ zu gewöhnen. Leider gebe es in der VAR auch an einflußreichen und maßgebenden Stellen Leute, die diese Tendenzen – ob bewußt oder unbewußt – förderten.

Präsident Nasser bedankte sich, daß ich ihm in aller Offenheit diese Dinge dargelegt habe. Ich hatte den Eindruck, daß ihm vorher keiner so reinen Wein eingeschenkt hatte. Meine Offenheit veranlaßte den Präsidenten, mir seinerseits

<sup>12</sup> Legationsrat I. Klasse Munzel, Kairo, berichtete am 26. September 1960 über die Direktive vom Dezember 1959 an den Generalkonsul der DDR in Kairo, Bierbach, der sich um die Erweiterung seiner Amtsrechte in Kairo, etwa die „Erlangung von CD-Schildern oder zumindest CC-Schildern (bisher in Kairo nicht üblich)“ bemühen und ein Konsulat in Damaskus vorbereiten solle: „Gemäß dieser Anweisung hat sich das Schwergewicht der sowjetzonalen Umtriebe seit Errichtung des Generalkonsulats in Kairo nach Damaskus verlagert.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 888.

zu meiner streng vertraulichen Unterrichtung folgendes zu sagen: Der neue Bevollmächtigte der DDR für die arabischen Länder, Herr Kiesewetter, habe sich – offenbar in völliger Verkennung seiner Stellung – in anmaßender Weise und unter Nichtachtung der Tatsache, daß er es mit einem souveränen Staat zu tun habe und nicht mit einem Satelliten der Sowjetunion, seit seinem Kommen nach Kairo Dinge herausgenommen, die gegen das ihm gewährte Gastrecht in grösster Weise verstoßen hätten. Es sei ihm daher in aller Form eröffnet worden, daß ihm und etwaigen Nachfolgern das Gastrecht in der VAR entzogen werden würde, wenn er sich nicht als Gast benehme. Er sei in den Augen der VAR-Regierung weder akkreditierter Botschafter, wenn er sich auch so bezeichne, noch Diplomat, sondern nichts als ein Fremder, dem man wie anderen Fremden das Gastrecht gewährt habe. Daraufhin habe Kiesewetter die VAR verlassen und sei bisher nicht wieder zurückgekehrt.

Die Erwähnung meinerseits der uns bekannten Instruktionen für den Generalkonsul der DDR in Kairo gab mir auch willkommene Gelegenheit, die Frage einer etwaigen Errichtung eines Generalkonsulats oder Konsulats der VAR in der Sowjetzone anzuschneiden und den Präsidenten auf die ernsten Folgen einer solchen Maßnahme genau so nachdrücklich hinzuweisen, wie ich dies bereits einige Tage vorher Ali Sabri gegenüber getan hatte. Ich hatte aber nicht den Eindruck, daß in dieser Beziehung etwas im Werden ist, denn sonst hätte Nasser angesichts unserer sehr offenen Aussprache darauf bestimmt sofort repliziert, wie es bei solchen Gelegenheiten seine Art ist. Im übrigen glaube ich, daß der Krach, den wir zu Recht oder Unrecht wegen des Konsulats der SBZ in Damaskus gemacht haben, mindestens für eine Zeitlang genügt, um die VAR von Torheiten in dieser Beziehung abzuhalten.

Um auf den bevorstehenden Besuch des Vizepräsidenten Boghdadi in der Bundesrepublik überzuleiten, sagte ich dem Präsidenten: Schon aus der Tatsache, daß die Bundesregierung kein Junktim zwischen der Errichtung des SBZ-Konsulats in Damaskus und dem Besuch Boghdadi gemacht habe, ersehe er deutlich, daß die Bundesregierung niemals daran gezweifelt habe, daß er im Zusammenhang mit dem SBZ-Konsulat in Damaskus nicht von seiner grundsätzlichen Linie der Nichtanerkennung abgegangen sei. Nasser meinte daraufhin, er würdige sehr diese Einstellung der Bundesregierung, aber in den arabischen Ländern sei man sehr empfindlich, und er habe daher – wenn man offen auch kein Junktim gemacht habe – doch warten wollen mit seiner Genehmigung zu dieser Reise des Vizepräsidenten bis nach der Unterredung mit mir. Nunmehr nach unserer sehr offenen Aussprache sei er innerlich entschlossen, den Vizepräsidenten an dem von uns genannten Termin 26./27.6. nach Bonn reisen zu lassen.<sup>13</sup> Er wolle mir aber nicht verhehlen, daß auch er es als ein wenig mißlich empfinde, daß es in den Vorbesprechungen noch nicht zu irgendwelchen Absprachen darüber gekommen sei, in welchem Rahmen sich die Verhandlungen bewegen sollten. Aber er vertraue auf die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die sicherlich ihren Niederschlag in den konkreten Ergebnissen der Bonner Verhandlungen finden wür-

<sup>13</sup> Zu einer Verschiebung des für Mitte Juni 1961 geplanten Besuchs des Vizepräsidenten der VAR, Boghdadi, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 168, Anm. 6, 7 und 8.

Boghdadi hielt sich vom 25. Juni bis 8. Juli 1961 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 201.



den. Ich erwiderte ihm, auch ich hätte keinen Zweifel daran, daß der Besuch Boghdadis über seine materielle Bedeutung hinaus geeignet sein werde, zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit sowie zum Verständnis der beiderseitigen Probleme beizutragen. Darüber hinaus könne der Besuch sicherlich zu einem Start für eine fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Förderung interessanter wirtschaftlicher Vorhaben werden. Wie bereits dem Minister Kamaladdin Hussein bei seinem Besuch in Bonn<sup>14</sup> gesagt worden sei, sei man bereit, sich über den Euphrat-Damm zu unterhalten, der m.E. den neuen Assuan-Hochdamm an wirtschaftlicher Bedeutung weit überrage, werde er doch sicherstellen, daß für die VAR unabhängig von den jährlichen Niederschlagsmengen eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Getreide gewährleistet sei.<sup>15</sup>

In besonders guten Jahren könne der sehr begehrte syrische Hartweizen zu guten Preisen ausgeführt oder gegen Weichweizen mit Gewinn eingetauscht werden. Der Euphrat-Damm führe also Syrien einer wirtschaftlichen Prosperität zu, die es immun gegen die vom Kreml angestrebte Sowjetisierung Syriens machen werde. Nasser erwiderte mir, er teile diese Ansicht völlig, insbesondere sei auch er der Auffassung, daß den Sowjets außerordentlich viel daran liege, den Landesteil Syrien in die Hand zu bekommen und dort ein kommunistisches Regime zu errichten. Die Unterhaltung drehte sich dann um die dramatische Vorgeschichte des Zusammenschlusses Syriens und Ägyptens<sup>16</sup>, weil es zur damaligen Zeit bereits nahe daran war, daß der Kommunismus in Syrien die Oberhand gewinnen würde. Präsident Nasser zeigte sich an meinen Eindrücken aus dieser Zeit als Gesandter in Damaskus<sup>17</sup> sehr interessiert und sagte mir dann seinerseits folgendes: Weil er sehe, daß ich mit der Vorgeschichte der Union so vertraut wäre, so erzähle er mir sicher auch kein Geheimnis, wenn er mir folgendes sage: Die zehnköpfige Abordnung, die angesichts der kommunistischen Bedrohung Syriens heimlich nach Kairo gekommen sei, um ihn zu bitten, den Zusammenschluß der beiden Länder sofort zu vollziehen, habe ihn in eine sehr prekäre Lage gebracht. Er habe der Delegation klargemacht, daß Ägypten nach der Suezkrise<sup>18</sup> selbst sowohl national wie international in einer äußerst schwierigen Lage sei. Er könne es einfach nicht verantworten, zu den Bürden, die bereits wegen seines eigenen Landes auf ihm lasteten, noch die Hypothek Syrien dazuzunehmen. Er habe den Herren gesagt, sie möchten in fünf Jahren wiederkommen, dann könne er ihnen vielleicht eine positive Antwort geben. Die Abordnung habe ihm aber erklärt, sie werde freiwillig nicht sein Zimmer verlassen, bis er zugesagt habe, die Union noch in dieser Stunde zu vollziehen, gleichgültig, welche Bedingungen er damit verbinde. Schweren Herzens hätte er dann zustimmen müssen.

<sup>14</sup> Der Erziehungsminister der VAR und ägyptische Ministerpräsident Hussein besuchte vom 1. bis 10. Dezember 1960 die Bundesrepublik. Vgl. dazu BULLETIN 1960, S. 2245 f.

<sup>15</sup> Zum Euphrat-Damm-Projekt vgl. Dok. 122.

Staatssekretär Carstens notierte am 21. Juni 1961, daß Bundesminister Erhard in der Kabinettsitzung am selben Tag zum bevorstehenden Besuch des Vizepräsidenten der VAR ausgeführt habe, „daß er eine Zusage an Boghdadi befürworte, wonach wir den Bau des Euphrat-Dammes evtl. zusammen mit anderen übernehmen werden. Dieser Gedanke wurde im Kabinett allgemein unterstützt, ohne daß ein formeller Beschluß gefaßt wurde.“ Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 15. Vgl. dazu auch KABINETTS-PROTOKOLLE 1961, S. 212.

<sup>16</sup> Ägypten und Syrien schlossen sich am 22. Februar 1958 zur VAR zusammen.

<sup>17</sup> Walter Weber war 1957/58 Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus.

<sup>18</sup> Zur Suezkrise von 1956 vgl. Dok. 44, Anm. 21.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs über Syrien gab er dann offen zu, daß auch er infolge der geographischen Lage Syrien als die entscheidende Schlüsselstellung auf der arabischen Insel ansehe. Die Sowjets hätten dies sehr wohl erkannt. Ihre Bestrebungen seien eindeutig darauf gerichtet, diese Schlüsselstellung Syrien in die Hand zu bekommen. Was ihnen in Syrien damals nicht gelungen sei, versuchten sie jetzt auf dem Umwege über Kairo zu erreichen. Zwar hätten sie 1957 mit Syrien einen großsprecherischen Vertrag gemacht zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes<sup>19</sup>, aber auch dieser Vertrag sei offenbar nur Mittel zu ihren politischen Zwecken gewesen. In dem Augenblick nämlich, in dem die Union vollzogen war, sei Kairo für sie interessanter gewesen als Syrien, und von der Ausführung des Vertrages hätte man nichts mehr gehört. Er habe nach dem Zustandekommen der Union die Sowjetunion ersucht, mit der Durchführung des Wirtschaftsvertrages von 1957 ernst zu machen, denn er habe, wie ich mir denken könne, ein selbstverständliches Interesse an dem wirtschaftlichen Fortschritt Syriens gehabt, für das er damals selbst nichts Wesentliches habe tun können. Die Sowjetunion hätte sich jedoch gegenüber diesem Verlangen völlig ablehnend verhalten. Ich erwiderte ihm, nach unseren Erfahrungen stehe es fest, daß die Sowjets jedem Land, dem sie angeblich bedingungslos und uneigennützig ihre Unterstützung gewähren, eines Tages die politische Rechnung präsentieren. Wohl dem, der ihnen in einem solchen Augenblick die Tür zeigen könne. Nasser erwidert: „Sie haben völlig recht, so haben sie es seinerzeit mit Tito gemacht.“ Er, Nasser, sei aber seinerzeit, als er die östliche Hilfe in Anspruch genommen habe, in einer Zwangslage gewesen. Der Westen habe ihn im Stich gelassen und habe Israel mit Waffen beliefert. Was sei ihm dann übrig geblieben, als sich an den Osten zu wenden? Seine Einstellung zum Kommunismus habe das nicht geändert. Er wisse genau, daß das Ziel der Sowjets sei, auf der arabischen Halbinsel auf dem Wege über ein kommunistisches Regime in Syrien allmählich einen „roten fruchtbaren Halbmond“ zu schaffen.<sup>20</sup> Daß er solchen Bestrebungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten werde, weil damit die Freiheit aller arabischen Länder endgültig besiegelt sein würde, brauche er nicht besonders zu betonen. Gerade unter diesen Gesichtspunkten verspreche er sich viel davon, wenn die Bundesrepublik den Euphrat-Damm bauen würde, weil das dem Landesteil Syrien, ebenso wie die von Deutschland geförderte Petroleum-Industrie<sup>21</sup> dort eine Wirtschaftsstabilität geben würde, die es gegen den Kommunismus abschirmen wird.

Der Präsident vergaß über dieses ihn offenbar sehr interessierende Thema Raum und Zeit. Er sprach von Aserbeidschan und der Osttürkei, die mit Kurden besie-

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Oktober 1957 zwischen Syrien und der UdSSR über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit vgl. DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1957, S. 347–353.

<sup>20</sup> Der Passus „über ein kommunistisches Regime ... zu schaffen“ wurde von Generalkonsul I. Klasse a. D. Voigt mit Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>21</sup> Am 9. Juni 1961 informierte Generalkonsul Fechter, Damaskus, über die Ausschreibung für den Bau einer Pipeline von „Nordostsyrien zum Mittelmeerhafen Banias“, deren Bedeutung „keineswegs übersehen oder auch nur unterschätzt werden“ dürfe. Fechter wies auf die seit dem Frühjahr 1960 laufenden „privat finanzierten Aufschlußarbeiten“ der Deutschen Erdöl AG in dem Gebiet hin und darauf, daß über die geplante Pipeline auch die Produktion dieser Vorkommen transportiert werden solle: „Das Generalkonsulat hält es auch im Interesse des bereits investierten deutschen Kapitals und des von einem Privatunternehmen gezeigten ‚good will‘ für unbedingt wünschenswert, in der Bundesrepublik mit amtlicher Unterstützung Finanzierungsmöglichkeiten für das Pipeline-Projekt zu schaffen“. Zum einen werde sichergestellt, daß die von der Deutschen Erdöl AG begonnene „Er-

delt sei. Er legte dar, wie sich die Kurden-Stämme von Aserbeidschan durch die Osttürkei, Syrien und Irak bis tief nach dem Süden der Arabischen Halbinsel ziehen und daß diese kurdischen Elemente im Zusammenhang mit den Infiltrationsbestrebungen der Sowjets eine große Gefahr darstellen. Durch seine Worte klang immer wieder das Bedauern, daß der Westen so viel über die kommunistische Gefahr rede, aber ganz offensichtlich kein Verständnis dafür hätte, wo die wirklichen Gefahrenpunkte lägen.

Angesichts der späten Stunde erhob ich mich und dankte dem Präsidenten für die offene und wertvolle Aussprache. Er war sichtlich bewegt, als ich mich von ihm verabschiedete, und sagte mir zum Schluß: „You can take it as my decision that the Vice President will leave for Germany on the 26.“

[gez.] Weber

**B 130, Bd. 3593 A (Abteilung II)**

## 190

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Duckwitz

**708-82.00-92.19-754/61 geheim**

**22. Juni 1961**

Betr.: Beziehungen zu Israel

Weisungsgemäß wird hiermit die Stellungnahme der Abteilung 7 zu den von Angehörigen des israelischen Außenministeriums dem Beobachter der Bundesregierung in Jerusalem<sup>1</sup> mitgeteilten Anregungen

über den Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>3</sup> vorgelegt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 823*

schließung der syrischen Ölfelder nicht in fremde Hände übergeht“. Zum anderen könnten die Devisenerlöse aus dem Erdölverkauf die „jetzt passive Handelsbilanz zwischen der syrischen Provinz und der Bundesrepublik“ entlasten. Vgl. den Schriftbericht Nr. 269; B 66 (Referat 416), Bd. 278.

<sup>1</sup> Gerhard Freiherr von Preuschen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 24. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mir scheint der Vorschlag der Abt. 7 verständig u. abgewogen zu sein.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister von Brentano am 13. Juli 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] R[ücksprache].“

Brentano leitete die Aufzeichnung am 10. August 1961 an Bundeskanzler Adenauer mit dem Hinweis, sie komme zu dem von ihm „für richtig gehaltenen Ergebnis, daß wir für den Zeitpunkt des Ablaufs des Israel-Abkommens die Umwandlung der hiesigen Israel-Mission in eine Handelsvertretung mit konsularischen Befugnissen und gleichzeitig die Errichtung einer eigenen Handelsvertretung in Israel vorsehen könnten. Auf diese Weise würde die Fortdauer unserer Beziehungen auch nach Ablauf des Abkommens gesichert sein. In diesem Zusammenhange möchte ich Sie aber auch auf das Ihnen wahrscheinlich schon bekannte Fernschreiben Nr. 734 vom 22. Juli 1961 geheim aus Kairo aufmerksam machen. In diesem Fernschreiben nimmt Botschafter Weber eingehend Stellung zur Frage der Aufnahme von Beziehungen zu Israel und zu den Folgen, die ein solcher Schritt in der arabischen Welt haben könnte.“

Adenauer vermerkte dazu am 17. August 1961 handschriftlich für Brentano: „Wie lange können wir noch warten?“ Vgl. B 130, Bd. 8447 B (Ministerbüro).

Für den Drahtbericht des Botschafter Weber, Kairo, vom 22. Juli 1961 vgl. Dok. 230.